



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Politische Partizipation Studierender in Honduras“

„Zwischen Legitimität, Konvention und Protest“

Verfasser

Nepomuk Hurch

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
(Mag. rer. soc. oec.)

Wien, März 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:

A 121
Diplomstudium Soziologie:
Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche
Studienrichtung

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Franz Kolland

Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt.
Wäre es da nicht doch einfacher,
die Regierung löste das Volk auf
und wählte ein anderes?
—*Bertolt Brecht*

Widmung/Danksagung

Zuerst möchte ich allen Studierenden in Honduras danken, die den Fragebogen der Erhebung ausgefüllt haben. Ohne ihre Zusammenarbeit wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen.

Ich möchte Prof. Dr. Franz Kolland für Betreuung und Abnahme der Diplomarbeit danken.

Meinen Eltern Andrea und Martin für die Ermöglichung des Studiums, ihre Geduld und vieles mehr. Meiner Schwester Katinka und Fabian Mosser für das Korrekturlesen und viele hilfreiche inhaltliche Anmerkungen. Wolfgang Gaiswinkler für die Ordnung der Gedanken. Jan Voß für das ansprechende Design dieser Arbeit, und den großen Arbeitsaufwand, der damit verbunden war. Den Freundinnen und Freunden aus Honduras, die geholfen haben, dem Fragebogen die endgültige Form zu verleihen. Vor allem die Unterstützung von Gerson Andara sei hier hervorgehoben. Auch Lisbeth Hurch und Andreas Rath für die liebevollen Unterstützungen über die Jahre. Ebenso meinen Großeltern Irmgard Oberleithner, Irmgard Hurch und Josef Hurch.

Den Kolleginnen und Kollegen in Honduras, die mit ihrer herzlichen Hilfe, ihrer Zeit und Energie, dafür gesorgt haben, dass dieses Projekt verwirklicht werden konnte. Insbesondere Miguel Barahona, Wendy Cáliz und Luz Baca seien hier hervorgehoben. Stellvertretend für alle anderen sei Céleo Arias gedankt. Robert Strodl sei für die technische Betreuung der Erhebung gedankt. Den verschiedenen Universitäten in Honduras außerdem für die Toleranz gegenüber der Befragung. Auch allen anderen sei gedankt, welche diese Arbeit in der einen oder anderen Weise unterstützt haben, und welche ich hier, im Stress des Abschlusses, vergessen habe zu erwähnen.

Zu guter Letzt sei meiner lieben Sara Anahí gedankt, die mir den Rücken freigehalten hat (ja, ich habe das bemerkt!), für alles das was ich bin und ohne sie nicht wäre.

Abstract

Die vorliegende Arbeit basiert auf der Annahme, dass globale, soziale und ökonomische Wandlungsprozesse, ebenso wie die aktuelle Krise der Weltwirtschaft, Druck auf bislang dominante politische Strukturen und demokratische Systeme der Partizipation ausüben, was in Folge das Konstrukt der Politischen Legitimität herausfordert. Diese Prozesse erfassen so genannte „industrialisierte“ Länder ebenso wie „Entwicklungsländer“ seit geraumer Zeit. Sie finden Ausdruck etwa in neuen Machtasymmetrien zwischen ökonomischen und politischen Akteuren, oder in wachsenden globalen, wie lokalen Ungleichheiten.

Das honduranische politische System scheint, vor allem in jüngerer Zeit, von besonders mangelhafter Einlösung Politischer Legitimität gekennzeichnet. Dies wird in der Einleitung der vorliegenden Arbeit genauer behandelt. In diesem Kontext wird die zentrale Forschungsfrage formuliert: In welcher Art und Weise beeinflussen Politische Legitimität (verstanden als die subjektive Evaluation der verschiedenen Institutionen des politischen Systems) und demokratische Einstellungen verschiedene Formen politischen Verhaltens von Studierenden an honduranischen Universitäten? Welche Rolle spielen soziale Merkmale und andere Faktoren in diesen Beziehungen?

Der theoretische Teil dieser Arbeit geht der Frage nach der Bedeutung von politischer Partizipation in Demokratiegeschichte und -theorie, sowie in der Entwicklungspolitik, nach. Des Weiteren werden Entwicklung, Methodik und wichtige Erkenntnisse der empirischen Partizipationsforschung vorgestellt. Vor allem von Letzteren werden spezifischere Forschungsfragen abgeleitet und Hypothesen formuliert. Um diese zu testen wurde ein standardisierter Fragebogen entwickelt und eine Online-Befragung in Honduras durchgeführt. Mit der engagierten Hilfe einiger KollegInnen in Honduras, die den Fragebogen unter den Studierenden verbreitet haben, überschritt der Datensatz letztlich eine Anzahl von 350 Fällen. Bei der Beurteilung der Ergebnisse muss bedacht werden, dass die Beantwortung auf Online-Partizipation beruhte, was die Repräsentativität einschränkt.

Neben anderen Ergebnissen zeigten die Daten eine Art Polarisierung zwischen Wählen (bei den nationalen Wahlen 2009) und den meisten anderen Formen politischer Partizipation, insbesondere Protest, ausgedrückt in negativen statistischen Beziehungen. Während niedrige politische Legitimität mit Wahlenthaltung verbunden schien, führte sie nicht zu politischer Passivität, sondern erhöhte eher die Wahrscheinlichkeit der Partizipation in anderen Bereichen. Niedrige Legitimität schien sehr verbreitet zu sein und war mit einem geringen Ausmaß an wahrgenommener Demokratie verbunden (sehr schiefe Verteilungen stellen allerdings auch das Messinstrument in Frage). Soziale Merkmale wie Alter oder Geschlecht zeigten keinen bedeutenden Einfluss auf politische Einstellungen und politisches Verhalten. Andere Faktoren allerdings, wie Links-Rechts Selbsteinstufung oder die Frage danach, ob an privaten oder öffentlichen Universitäten studiert wird, zeigten Effekte.

Eine große Anzahl von Studierenden hat der Befragung (teilweise längere) Kommentare zum Thema angefügt. Diese finden sich (in anonymisierter Form) im Anhang der Arbeit. Sie sollen tiefere Einblicke in die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der honduranischen Studierenden ermöglichen.

Abstract

The present diploma thesis is based on the assumption that global, social and economic processes of change, as well as the current world economic crisis, put pressure on the hitherto dominant political structures and democratic systems of participation, which in turn challenges the concept of political legitimacy. These processes are affecting so called »industrial« societies in the same manner as they have been affecting »developing« countries for a while now. They are expressed (e.g.) in a new asymmetry in the power relations between economic and political actors, as well as by growing global and local inequalities.

The Honduran political system in particular seems to be, especially in recent times, in a notably fragile state of political legitimacy, a topic that will be discussed in the introduction to the present work. In this context the central research question is specified: How do political legitimacy (understood to be the subjective evaluation of the various institutions of the political system) and democratic attitudes determine multiple forms of political behavior among the Honduran university-student population? How do social characteristics and other factors affect these relationships?

The theoretical section of this work examines the significance of political participation in democratic history, theory and politics, as well as in development policy. Furthermore the development, methodology and findings of empirical research on participation are discussed. On the latter part more specific questions and hypotheses are formulated. To evaluate them, a quantitative questionnaire was designed and an online-survey was carried out in Honduras. With the help of several colleagues in Honduras in distributing the survey, the sample size exceeded 350 respondents. The questionnaire required online participation, and the findings within should be understood with that in mind.

The analysis of the data showed (among other things) a kind of polarization in conjunction with a negative relationship between voting (in the 2009 national elections) and most other forms of political participation, particularly protest. While low political legitimacy was connected to abstention from voting, it did not lead to general political passivity, but increased the respondents' likelihood to participate in various alternative arenas. Low political legitimacy seemed to be a serious issue among the sample and was related to a low level of perceived democracy (the skewness of distribution, however, raises questions about the tools used for measurement). Social characteristics (such as age and sex) did not seem to influence political attitudes and behaviour considerably; factors such as left-right self-assessment and whether students were studying at a private or public university, however, did show an effect.

A great number of students added comments to the questionnaire; these are included in the appendix of the present work (in anonymous form). They should allow for deeper insides into the political attitudes of the Honduran student population.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
Theoretischer Teil	9
2. Demokratietheorie und Politische Partizipation.....	11
2.1. Antike Demokratie und politische Partizipation	12
2.2. Neuzeitliche Demokratietheorie und politische Partizipation	14
2.3. Unterschiedliche Ansätze politischer Partizipation im 20. Jahrhundert.....	19
2.3.1. Das „Instrumentelle Partizipationsverständnis“	19
2.3.2. Das „Normative Partizipationsverständnis“	21
3. Entwicklungspolitik und politische Partizipation.....	25
4. Erfahrungen aus der Empirischen Partizipationsforschung	29
4.1. Entwicklung empirischer Partizipationsforschung.....	29
4.2. Konzeptionen politischer Partizipation in der Forschung.....	30
4.3. Dimensionierungen politischer Partizipation/Empirische Befunde.....	33
4.4. Determinanten politischer Partizipation	38
5. Forschungsfragen/Hypothesen/Definitionen	49
Empirischer Teil	53
6. Operationalisierung/Konstruktion Erhebungsinstrument.....	55
6.1. Abhängige Variablen.....	56
6.1.1. Wählen	57
6.1.2. Konventionelle politische Partizipation.....	58
6.1.3. Organisationspartizipation	59
6.1.4. Protestpartizipation	60
6.1.5. Weitere Formen politischer Partizipation.....	60
6.2. Unabhängige Variablen	61
6.2.1. Legitimität (des politischen Systems).....	61
6.2.2. Wahrgenommene Demokratie	63
6.2.3. Demokratische Überzeugung.....	63
6.3. Weitere einbezogene Variablen	63
6.4. Soziodemographische Variablen	64
7. Erhebung.....	67
8. Auswertung: Exploration des Datensatzes und Skalenkonstruktion	71
8.1. Soziodemographische Variablen	71
8.2. Abhängige Variablen.....	73
8.2.1. Deskriptive Statistiken	73
8.2.2. Korrelationsmatrix Politische Partizipation.....	77
8.2.3. Explorative Faktorenanalyse Politische Partizipation	78
8.2.4. Reliabilitätsanalyse und Indexkonstruktion	86
8.3. Unabhängige Variablen	88
8.3.1. Politische Legitimität	88
8.3.2. Wahrgenommene Demokratie	91
8.3.2. Demokratische Überzeugung.....	92
8.4. Kontrollvariablen	95
8.5. Operationale Definitionen und Testhypothesen	96
9. Auswertung: Hypothesentestung.....	99
9.1. Hauptkorrelationsmatrix.....	99
9.2. Regressionsanalysen	104
9.2.1. Regressionsmodelle ad Haupthypothese 1	105
9.2.2. Regressionsmodelle ad Haupthypothese 2	107
9.2.3. Regressionsmodelle ad Haupthypothesen 4 und 5	109
10. Fazit	113
11. Literaturverzeichnis.....	119
12. Anhang.....	127
12.1. Fragebogen.....	127
12.2. Kommentare der befragten Studierenden	132
12.2. Tabellen.....	138
Lebenslauf.....	151

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Alter Häufigkeiten.....	72
Abbildung 2: Studienjahre Häufigkeiten.....	72
Abbildung 3: Universitäten Häufigkeiten.....	73
Abbildung 4: Häufigkeiten Demokratische Überzeugung	93
Abbildung 5: Häufigkeiten V801 und V802	95
Abbildung 6: Häufigkeiten Links-Rechts	96
Abbildung 7: Kurvenanpassung ad Regressionsmodelle.....	148
Abbildung 8: Index Alle Partizipationsformen.....	149

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Geschlecht Häufigkeiten.....	71
Tabelle 2: Deskriptive Statistiken (Alter & Studienjahre).....	72
Tabelle 3: Studienrichtungen Häufigkeiten.....	73
Tabelle 4: Partizipation Wahlen 2009.....	74
Tabelle 5: Index Wählen.....	74
Tabelle 6: Partizipationsformen Deskriptive Statistik.....	75
Tabelle 7: Erklärte Gesamtvarianz Faktorenanalyse PP.....	80
Tabelle 8: Kommunalitäten PP.....	81
Tabelle 9: Mustermatrix Politische Partizipation.....	83
Tabelle 10: Strukturmatrix Politische Partizipation.....	84
Tabelle 11: Kommunalitäten Modell 3.....	85
Tabelle 12: Mustermatrix Modell 3.....	86
Tabelle 13: Strukturmatrix Modell 3.....	86
Tabelle 14: Deskriptive Statistik Indizes Politischer Partizipation.....	88
Tabelle 15: Mustermatrix Legitimität.....	90
Tabelle 16: Deskriptive Statistik (Indizes Legitimität).....	91
Tabelle 17: Deskriptive Statistik Wahrgenommene Demokratie.....	92
Tabelle 18: Deskriptive Statistik Demokratische Überzeugung.....	93
Tabelle 19: Korrelationsmatrix (Demokratische Einstellung).....	94
Tabelle 20: Deskriptive Statistik V801, V802.....	95
Tabelle 21: V901 (Deskriptive Statistik).....	96
Tabelle 22: Hauptkorrelationsmatrix.....	100
Tabelle 23: Koeffizienten Regressionsmodell A.....	106
Tabelle 24: Koeffizienten Regressionsmodell B.....	107
Tabelle 25: Koeffizienten Regressionsmodell C.....	108
Tabelle 26: Koeffizienten Regressionsmodell D.....	109
Tabelle 27: Koeffizienten Regressionsmodell E.....	110
Tabelle 28: Koeffizienten Regressionsmodell G.....	111
Tabelle 29: Koeffizienten Regressionsmodell H.....	112
Tabelle 30: Universitäten in der Stichprobe.....	139
Tabelle 31: Kategorien der Studiengänge.....	139
Tabelle 32: Totale Häufigkeiten Partizipationsformen.....	140
Tabelle 33: Korrelationsmatrix alle Partizipationsformen.....	141
Tabelle 34: Faktorenmatrix Modell 1_Politische Partizipation.....	142
Tabelle 35: Mustermatrix Modell 2_Politische Partizipation.....	143
Tabelle 36: Strukturmatrix Modell 2_Politische Partizipation.....	144
Tabelle 37: Korrelationsmatrix Faktoren (Organisationspartizipation).....	144
Tabelle 38: Korrelationsmatrix Faktoren (Politische Partizipation).....	144
Tabelle 39: Deskriptive Statistiken Legitimitäts-Items.....	145
Tabelle 40: Häufigkeiten (total) Legitimitäts-Items.....	145
Tabelle 41: Korrelationsmatrix Politische Legitimität.....	146
Tabelle 42: Strukturmatrix Legitimität.....	147
Tabelle 43: Totale Häufigkeiten (Demokratiewahrnehmung).....	147
Tabelle 44: Häufigkeiten Demokratische Überzeugung.....	147
Tabelle 45: Kurvenanpassung Regressionsmodelle.....	149

1. Einleitung

Die aktuelle, globale Finanzkrise scheint Ausdruck grundlegender Veränderungen ökonomischer Konstellationen darzustellen, welche ihrerseits den Rahmen bisheriger politischer Organisation, und damit die politischen Partizipationsstrukturen, zu verändern scheinen. Neben der Persistenz globaler Machtasymmetrien scheinen die so genannten Entwicklungs- und Industrieländer deutlicher als zuvor ähnlichen Veränderungsdynamiken ausgesetzt. In der Krise scheint zwar hauptsächlich „ökonomischen Sachzwängen“ mit bestimmten, vermeintlich alternativlosen politischen Strategien nachgegeben zu werden, was auf einen gewissen politischen Fatalismus schließen lässt. Gleichzeitig scheinen allerdings im Hintergrund die Debatten um alternative ökonomische und demokratische Organisationsformen wieder aufzuleben¹. Im Folgenden soll dargestellt werden, vor welchen globalgesellschaftlichen Hintergründen und Veränderungen sich moderne Partizipationsproblematiken entfalten, um im Anschluss daran den honduranischen Kontext genauer zu beschreiben. Zum Abschluss der Einleitung wird die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit dargestellt und die Struktur dieser beschrieben.

Der „ökonomische Sachzwang“ scheint etwas darzustellen, das die demokratische Entscheidungsfindung, im Sinne scheinbar höherer Rationalität, unterminiert. Die Einschränkung politischer Handlungsspielräume erschöpft sich nicht auf den besonderen Fall akuter Krisen, sondern scheint den sich mindestens seit den 1980er Jahren vollziehenden, globalen, sozialen Wandlungsprozessen konstitutiv zu sein. Der Übergang in die „Zweite Moderne“ oder ins „Risikoregime“ wurde beschrieben als etwas, das sich vollzieht ohne als politisches Ziel verkündet worden zu sein, das tiefgreifend ist, ohne entsprechend in Öffentlichkeit und Politik verhandelt zu werden, das sich durchsetzt, obwohl es breite Mehrheiten benachteiligt und elitäre Minderheiten bevorzugt (Beck 1999). Gemeint sind mit diesem Wandel einerseits Phänomene wie etwa die verstärkte Globalisierung der Standortwahl multinationaler Konzerne, welche die Beziehungen zwischen Kapital, Arbeit und Staat u.a. insofern veränderte, als sie ein neues Machtgefälle zwischen territorial fixierten, politischen Akteuren und örtlich ungebundenen ökonomischen Akteuren erzeugte (Beck 1999)². Andererseits ist dieser Wandel bestimmt von der Dominanz des „neoliberalistischen“ Paradigmas in Wirtschaftswissenschaften und –politik. Beschrieben sei diese hier lediglich mit den Schlagworten der Handelsliberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung, es bedeutet also den Aufschwung des Glaubens an die Macht der freien Märkte (Beck 1999)³. Die Globalisie-

¹ Ausdruck dafür ist etwa die in Spanien, angesichts gravierender Arbeitslosenquoten vor allem unter Jugendlichen, entstandene und sich global ausbreitende Protestbewegung unter dem Titel *Democracia Real Ya!* (Wirkliche Demokratie Jetzt!).

² Ein jüngeres Beispiel für dieses Phänomen liefern die Umbrüche in Arbeitsprozessen durch die „Kontraktfertigung“ in der globalen Elektronikindustrie. Die Kontraktfertigung ist eine umfassende Form des *outsourcing* der Produktion (etwa von IT-Hardware), bei der in einer neuen Form globaler Arbeitsteilung Niedrigkostenstandorte als neue Fertigungsstandorte integriert werden. Die Kontraktfertiger sind große transnationale Konzerne, welche die Produkte der großen Markenhersteller erzeugen, selbst allerdings kaum in Erscheinung treten. In der Kontraktfertigung werden vertikal integrierte von horizontalen, netzwerkförmigen, transnationalen Produktionsprozessen ersetzt, während bei den Kontraktfertigern selbst gleichzeitig eine starke Tendenz zur Monopolisierung beobachtet wird. Den Kontraktfertigern stehen global, in den sog. Schwellen- und Entwicklungsländern verschiedene Bedingungen der Akkumulation von Kapital und Verwertung von Arbeitskraft gegenüber, was einen harten Wettbewerb der Standorte um Aufträge auslöst und zu erheblichem Druck auf Arbeitsprozess, Arbeitsorganisation, Entlohnung und Beschäftigungsverhältnisse führt (Sproll 2010).

³ Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft werden innerhalb dieses Paradigmas grundsätzlich als suspekt angesehen, nicht nur weil sie die Entfaltung der freien Marktkräfte beeinträchtigen, sondern weil der Eingriff selbst eine Verletzung der, eben auch ökonomisch definierten, generellen Freiheit darstelle (vgl. Friedman 1984). Der Markt selbst sei die vernünftigste, fairste und gar demokratischste Instanz für die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen. Wenngleich die Marktfreiheiten vor allem von Staaten des „Westens“ forciert wurden,

rung scheint bei der Durchsetzung dieser Politiken als eine Art „Erpressungsmittel“ zu fungieren, welche die Freiheitsspielräume des Handelns auflöst (Negt 2010). Das neoliberale Paradigma hat sich dergestalt verallgemeinert, dass es sich auch in jenen Parteien und Organisationen findet, die ursprünglich unter gänzlich anderen politischen Vorzeichen standen (Oberndorfer 2010)⁴. Die Organisation von Gegenmacht steht vor dem Problem, bzw. der Herausforderung strukturell veränderter Voraussetzungen, auf die sie noch nicht fähig schien entsprechend zu reagieren. Die Stärke der Kapitalseite, als Summenausdruck der unkoordinierten Handlungen von einzelnen Unternehmen, Finanzströmen, supranationalen Organisationen, etc., macht aus, dass die Ergebnisse dieser Handlungen als Nebenfolge, mehr oder weniger ungewollt, Politik und Staaten unter Druck setzen und damit zur Auflösung bisheriger Konstellationen führen. Die Schwäche politischer, staatlicher oder auch zivilgesellschaftlicher Gegenmacht liegt demgegenüber darin, dass diese sich im globalen Handlungsfeld erst konstituieren, definieren, orientieren und organisieren muss. Die Folgen dieser globalen, gesellschaftlichen Veränderungen sind u.a. die Zunahme von lokalen wie globalen Ungleichheiten (Beck 1999; Beck 2009), also Rückschläge für die ärmsten Länder (Chomsky 2003) ebenso, wie die Reaktualisierung der sozialen Frage im „industriellen Zentrum“ des Weltsystems (Dörre 2010). Bei Wallerstein (2006) fügen sich diese Entwicklungen in die Analyse genereller Veränderungen der kapitalistischen Weltökonomie ein. In diesen manifestieren sich eine tiefe systemische Krise, die etwa dadurch entstand, dass die „endlose Kapitalakkumulation“, der Hauptantrieb des modernen Weltsystems, begann die Asymptote ihrer Entwicklung zu erreichen. Dadurch wurde immer stärker versucht, das Ausfallen der Profitraten durch die Senkung der Produktionskosten aufzufangen, was die Auflösung gewohnter sozialer Strukturen zur Folge hatte. Eine tiefe systemische Krise sei dadurch bestimmt, dass ihre Folgen nicht mehr mit systeminterner Logik überwunden werden können, sondern nur mehr mit grundlegenden Veränderungen (Wallerstein 2006).

Der beschriebene, gesellschaftliche Wandel veränderte auch den Kontext, in dem das politische System der liberalen, repräsentativen Demokratie operiert. So scheint etwa die Interventionskapazität staatlicher Politik verstärkt auf supranationale Akteure und Marktakteure abgegeben zu werden, wodurch das Spektrum jener Fragen kleiner wird, bei welchen das Volk durch seine RepräsentatInnen Einfluss ausüben kann, was mit der Abnahme demokratischer Inklusion einhergeht. Damit verbunden ist außerdem eine Art Informalisierung und Deinstitutionalisierung des Regierungshandelns und ein auf Kooperation strategischer Akteure angewiesener Staat, wobei den MandatsträgerInnen dabei das Zustandekommen von Entscheidungen verstärkt aus der Hand genommen zu werden scheint⁵. Die Öffentlichkeit stellt dies vor erschwerte Zurechnungsprobleme, denn die Beurteilungskriterien dafür, wer für was und wie weit verantwortlich zu halten ist, verschwimmen. Die Komplexität dessen erlaubt es wiederum den Regierenden, sich verstärkt der

setzen diese selbst weiterhin auf Protektion in verschiedensten Branchen (Chomsky 2003). Für Wallerstein sind freie Märkte ein Mythos, die vielfältigen Beziehungen, resp. Allianzen zwischen Staaten und Firmen bei der Kapitalakkumulation ein zentrales Moment der Funktionsweise des modernen, kapitalistischen Weltsystems. Je stärker die Staaten im Weltsystem, desto größer ihre Macht, ihren Firmen im interstaatlichen System günstige Verwertungsbedingungen zu schaffen (Wallerstein 2006).

4 Darin kann wohl auch ein Grund dafür gesehen werden, warum sich das neoliberale Paradigma so persistent zeigt. Während im Zuge der jüngeren Weltwirtschaftskrise bereits die Auffassung aufkam, dass mit dem Scheitern des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes auch der Neoliberalismus revidiert würde, nachdem die Nationalstaaten massiv intervenieren mussten, um etwa das Bankensystem zu retten, lässt sich bislang kaum ein Strukturbruch erkennen. Die bisherigen Maßnahmen scheinen sich eher wie gigantische Kapitalsanierungsprogramme im Interesse der dominanten Akteure zu lesen (Oberndorfer 2010).

5 „Auch die Frequenz von Korruptionsfällen und Korruptionsverdächtigungen und die ihnen zugrunde liegenden Strukturen („Filz“, „Cliques“, „Netzwerke“) weisen auf die Informalisierung politischer Entscheidungsprozesse hin“ (Offe 2003: 15).

Verantwortung, mit dem Hinweis auf unkontrollierbare Kontextverschiebungen, zu entziehen⁶. Ein wesentliches Kriterium für eine funktionierende, repräsentative Demokratie stellt allerdings eben die Verantwortlichkeit der Regierung dar. Insofern kann ihr Mangel auch als Defizit demokratischer Legitimität angesehen werden. Mitunter liegt hierin die Aktualität der Forderung nach Reformen demokratischer Organisation, etwa durch ein Mehr an Partizipation der BürgerInnen an politischen Entscheidungen, begründet (Offe 2003).

Die Forschung zu relativ jungen Demokratien, wie etwa jenen Lateinamerikas, konzentrierte sich in den 1970er und 1980er Jahren auf die Modi der politischen Transition. Ab den 1990er Jahren standen Grenzen und Möglichkeiten der Konsolidierung von Demokratie im Vordergrund (Oettler/ Peetz 2010). Hierbei wurden Konzepte verwendet, die beispielsweise etablierte, „konsolidierte“ von „unkonsolidierten“, mitunter „defekten“ Demokratien unterschieden. Den Letzteren wurden gegebenenfalls (ev. chronifizierte) „Kinderkrankheiten“ attestiert, wie beschränkte Regierungsverantwortlichkeit, hohes Maß an Korruption in der Verwaltung, oder faktische Aneignung der politischen Macht durch ökonomische oder militärische Eliten. In jüngerer Zeit werden vermehrt erweiterte Perspektiven eingenommen, welche etwa Deformationsprozesse, resp. zunehmende Qualitätsdefizite der „konsolidierten“, „wesentlichen“ Demokratien selbst verstärkte Aufmerksamkeit zukommen lassen (Offe 2003). In Bezug auf die relativ jungen Demokratien wird die Frage nach der Konsolidierung, resp. der Verfestigung „defekter“ demokratischer Strukturen diskutiert (Oettler/ Peetz 2010). Für die damit verbundene skeptische Gegenwartsdiagnose, bzw. die durch die demokratische Praxis enttäuschten Hoffnungen der demokratischen Transition, kam in der spanisch-sprachigen Welt der Begriff des *desencanto*, also der „Entzauberung“ der Demokratie auf (Offe 2003).

In den sogenannten „Entwicklungsländern“ scheinen „ökonomische Sachzwänge“ bei der Umsetzung bestimmter politischer Strategien bislang noch eine weit größere Rolle gespielt zu haben als im Kontext „westlicher“ Staaten. So etwa bei der Implementierung der neoliberalen „Strukturanpassungsprogramme“ im Zeichen der Schuldenkrise der 1980er Jahre⁷. Diese Politiken waren in der Regel nicht demokratischen Prozessen entsprungen, sondern wurden von außen herangetragen. Die Frage nach mangelnder demokratischer Legitimität schien dabei allerdings lange Zeit keinen besonderen Anstoß zu erregen, immerhin postulierten etwa die Modernisierungstheorien, dass Demokratie sich erst nach ökonomischer Entwicklung entfalten könne (vgl. Kapitel 3). Strukturanpassungsprogramme wurden in Honduras relativ spät, v.a. in den 1990er Jahren, implementiert und gingen einher mit einer weiteren Verschärfung von Armut und Ungleichheit, welche bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre einsetzte, als begonnene Agrarreformen zurückgenommen wurden (Zinecker 2008). In den 2000er Jahren ersetzten auch in Honduras die PRSP (*Poverty Reduction Strategy Papers*), das neue entwicklungspolitische Programm von Weltbank und IWF, welches einem partizipativem Anspruch genügen sollte, die Strukturanpassungsprogramme. Wie weit dies allerdings die makroökonomischen Konditionalitäten veränderte und die demokratische Inklusion verbesserte, scheint fraglich (Küblböck 2006)⁸.

Nach Angaben der Weltbank lag in Honduras der Anteil der Bevölkerung unter den absoluten Armutsgrenzen von 2\$/Tag (ca. 30%) und 1,25\$/Tag (ca. 18%) im Jahr 2009 leicht über dem Niveau

6 Genau dies ist ein Beispiel dafür, was mit den eingangs erwähnten „ökonomischen Sachzwängen“ gemeint war.

7 Programme, die sich erstaunlich ähnlich zu lesen scheinen wie jene, welche Griechenland aus der derzeitigen Schuldenkrise führen sollen. Die Strukturanpassungsprogramme werden in Kapitel 3 etwas genauer behandelt.

8 PRSP und Strukturanpassungsprogramme werden in Kapitel 3 etwas näher behandelt.

von 1986. Dazwischen fluktuierten diese Anteile stark, lagen teilweise bedeutend höher, bei mehr als dem Doppelten dieses Wertes etwa im Jahr 1990 (World Bank). Dass dies (in absoluten Zahlen) eine Zunahme von absolut Armen in den letzten Dekaden bedeutet zeigt sich daran, dass im gleichen Zeitraum die Bevölkerung stark angewachsen ist, und zwar von ca. 3,6 Millionen im Jahr 1980 auf mehr als das Doppelte (ca. 7,6 Millionen) im Jahr 2010 (United Nations). Erwähnt sei außerdem, dass der Anteil der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze in den letzten Jahren konstant bei ca. 60% liegt. Den Armutsraten gegenüber steht ein relativ konstantes Wirtschaftswachstum in den 30 Jahren zwischen 1980 und 2010. Das Bruttoinlandsprodukt sah lediglich Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre entscheidende Einbrüche. Das BIP ist zwischen 1980 und 2010 um ca. das 6-fache angewachsen, das BIP pro Kopf um fast das Dreifache (World Bank). Die traditionelle Kaffee- und Bananenexportindustrie wurde Ende der 1990er/ Anfang der 2000er von *Remesas*, *Maquila* und Tourismus in der Bedeutung für die Wirtschaftsleistung zurückgedrängt (Zinecker 2008)⁹. Der Anteil der Einkommen, welche auf die oberen 20% entfielen (ca. 60%), sowie auf die oberen 10% entfielen (ca. 43%) lag im Jahr 2009 auf dem gleichen Niveau wie 1986. Der Anteil der Einkommen, welche im Jahr 2009 auf die unteren 20% entfielen (ca. 2,0%) und auf die unteren 10% (ca. 0,4%) sank allerdings seit dem Jahr 1986 ab (von ca. 3,2% und 1,2%) (World Bank), was ein Anwachsen der ohnehin starken Ungleichheit erkennen lässt.

Honduras kehrte am Beginn der 1980er Jahre formell zur Demokratie zurück. Damit verbunden waren verschiedene Hoffnungen, neben jenen auf politischen, auch jene auf ökonomischen und sozialen Fortschritt. Auf mehreren Ebenen schienen seit damals allerdings Anspruch und Realität weit auseinander zu klaffen. Dies zeigt sich etwa an der Persistenz gravierender Armut. Abgesehen davon, dass die mangelhafte Befriedigung von Grundbedürfnissen eines großen Teils der Bevölkerung, soziale und ökonomische Exklusion, keine günstigen Bedingungen für politische Inklusion schafft, kann in der Armut selbst ein die (gegebene) Demokratie potentiell deslegitimierender und damit langfristig auch gefährdender Faktor gesehen werden (Raison 2003).

Ein weiteres, mit der Armut in Verbindung stehendes – durch sie allerdings nicht hinreichend erklärtes – Phänomen, welches die politische und staatliche Legitimität in Honduras belastet, ist jenes der außerordentlich hohen Gewaltintensität im Land¹⁰. Das Gros des Gewaltaufkommens scheint dabei der „normalen“ Delinquenz zuzurechnen, weitere Anteile den Jugendbanden (*Marras*) und der organisierten Kriminalität (Andara 2008; Zinecker 2008). Zusätzlich ist im Zuge des Staatsstreichs vom Juni 2009 politisch motivierte Gewalt verstärkt zum Thema geworden (vgl. HRW 2011; HRW 2012). Der hohen Gewaltintensität steht die defizitäre Performanz des staatlichen Sicherheitssektors gegenüber, der teilweise selbst in kriminelle Aktivitäten, bis zu extralegalen Hinrichtungen, verstrickt ist. Durch die sehr geringen Aufklärungsraten herrscht weitgehende Straffreiheit vor, insbesondere bei Tötungsdelikten (Zinecker 2008). Dazu kommt die oft kritisierte, mangelnde Unabhängigkeit der Justiz (vgl. Raison 2003; Zinecker 2008; HRW 2011; HRW 2012).

⁹ In Honduras machten *Remesas* (private Geldsendungen von MigrantInnen zurück in ihre Heimatländer) im Jahr 2007 bereits über 20% des BIPs aus. Über die Hälfte der Bevölkerung soll Angehörige im Ausland haben, von denen etwa die Hälfte *Remesas* nach Hause schickt (Koser/ Laczko 2010). Eine Million HonduranerInnen sollen schon im Ausland leben (Zinecker 2008). Nachdem die Geldsendungen der MigrantInnen mit der Zeit abnehmen, ist die *Remesa*-Ökonomie auf ständigen Export von Arbeitskräften angewiesen (Löding 2009). Angenommen wurde, dass dies keine nachhaltigen ökonomischen Impulse schaffen kann, sondern eher unproduktive Rentenstrukturen fördert (Gratius 2005).

¹⁰ Im Jahr 2006 wies Honduras (nach El Salvador) mit 43,8 pro 100.000 Einwohner die höchste Homizidrate der lateinamerikanischen Region auf, wobei geschätzt wird, dass die Dunkelziffer bedeutend höher liegt (Zinecker 2008).

Auf der politisch-institutionellen Ebene waren in der Zeit seit der Rückkehr zur Demokratie einige Fortschritte zu verzeichnen. Zu erwähnen sind hier etwa neue Gesetze zum Schutz besonders gefährdeter gesellschaftlicher Gruppen (wie Frauen, Kinder, Ältere, ethnische Minderheiten), die Schaffung neuer Institutionen wie jene des nationalen Menschenrechtskommissars, oder Wahlrechtsreformen ab den 1990er Jahren, die etwa den Wahlmodus des honduranischen präsidentiellen Regierungssystems insofern veränderten, als nunmehr Präsidentschafts-, Abgeordneten- und Bürgermeisterwahlen mit getrennten Stimmzetteln durchgeführt werden (Raison 2003). Die Wahlrechtsreformen führten zwar zu einem relativen Ausgleich zwischen Kongress und Präsidenten, veränderten allerdings wenig an der Dominanz der beiden, das honduranische politische System bestimmenden, Großparteien *Partido Liberal de Honduras* (PLH) und *Partido Nacional de Honduras* (PNH), welche zu den ältesten in der gesamten lateinamerikanischen Region gehören. Während mittlerweile zwar regelmäßig fünf Parteien zu den Wahlen antreten, spielten die drei Kleinparteien¹¹, im verfestigten Zwei-Parteien-System, bislang nur eine marginale Rolle, noch weniger bei den Präsidentschafts- als bei den Kongresswahlen (Castellanos 2006). Als ein wesentlicher, problematischer Faktor im politischen System werden oftmals die beiden Großparteien selbst angesehen. Diese hätten sich nicht demokratisiert, in ihnen würden vertikale, autoritäre und klientelistische Strukturen vorherrschen (Raison 2003; Castellanos 2006). Zwischen PLH und PNH seien ideologische oder programmatische Unterschiede kaum festzustellen, viel eher scheinen sie sich dadurch zu unterscheiden, dass in ihnen andere familiäre und klientelistische Netzwerke dominieren¹². Zwischen den einzelnen Netzwerken wiederum, auch zwischen den beiden Parteien, würden zahlreiche ökonomische, aber auch private Beziehungen bestehen. Diese würden tiefere Konflikte zwischen den Parteien verhindern und eine Tendenz zu Verhandlung und Konsens erzeugen. Die beiden Großparteien seien damit: „... nicht so sehr Organisationen zur Aggregation der Interessen der Bevölkerung, sondern vielmehr eine Art Konfliktregulierungsinstanz zwischen verschiedenen Teilen der sozio-ökonomischen Elite des Landes“ (Peetz 2009: 5).

Ein anderes, damit verbundenes und problematisches Phänomen ist jenes der verbreiteten Praxis der Korruption. Denn die „inter-oligarchischen“ Verbindungen erzeugen auch eine gewisse Toleranz der zu den jeweiligen Netzwerken gehörenden PolitikerInnen und AmtsträgerInnen (auch im Justizsystem) gegenüber Korruptionsfällen der vermeintlichen politischen GegnerInnen (Peetz 2009). Korruption muss außerdem aus einer erweiterten Perspektive betrachtet werden, denn es geht nicht nur um die evident illegale Korruption, sondern etwa auch darum, dass das politische System es erlaubt, dass verschiedene Gruppen durch ihre Machtausübung auf den Staat, verschiedenen Praktiken der Korruption eine rechtlich legale Form geben können (Raison 2003).

Seit den 1980er Jahren hat sich in Honduras also ein politisches System etabliert, welches sich durch mangelnde Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit auszeichnet, in welchem dominante, oligarchische Eliten und Netzwerke formaldemokratische Verfahren mit informellen Praktiken der Konsensbildung ausfüllen (Oettler/ Peetz 2010)¹³. Es ging dies einher mit der Kontinuität von Armut, sozialer und ökonomischer Exklusion (Castellanos 2006). Für die Auswirkungen dieses spezifischen, politischen und gesellschaftlichen Kontextes - resp. die auf verschiedenen Ebenen man-

¹¹ Die drei Kleinparteien sind die PINU - *Partido Innovación y Unidad*, die PDCH - *Partido Demócrata Cristiano de Honduras* und die UD - *Unificación Democrática* (Castellanos 2006; Oettler/ Peetz 2010).

¹² Die Parteifractionen innerhalb der Parteien seien ebenso wenig ideologisch definiert, sondern von den verschiedenen oligarchischen Familien und ihren jeweiligen Netzwerken bestimmt (Peetz 2009).

¹³ Die oligarchisch geprägten politischen Strukturen reflektieren sich auch in ökonomischen Besitzstrukturen, etwa im Mediensektor („concentrated ownership“), in welchem diese eine Art Selbstzensur im Interesse der privaten Besitzer produziert (Peetz 2009; Oettler/ Peetz 2010).

gelhaft scheinende Einlösung politischer Legitimität - auf das politische Partizipationsverhalten der Bevölkerung, wurden verschiedene Thesen diskutiert. So wurde etwa eine eher utilitaristische, auf persönliche Vorteile fokussierte Einstellung bzgl. politischer Partizipation im konventionellen Rahmen angenommen¹⁴. Diese würde mit politischer Apathie dort einhergehen, wo keine persönlichen Vor- oder Nachteile der Partizipation ausgemacht werden könnten (Raison 2003). Politische Passivität wurde v.a. bei jungen Erwachsenen unter 30 Jahren angenommen, welche einen Großteil der Bevölkerung ausmachen. Die Wahlbeteiligung sank in der Zeit seit der Rückkehr zur Demokratie kontinuierlich ab. Bei den nationalen Wahlen im Jahr 2005 enthielten sich bereits ca. 50% der Wahlberechtigten der Stimme, was mehr als das Doppelte jener Wahlenthaltung darstellt, die am Beginn der 1980er Jahre beobachtet wurde (Zinecker 2008; Posas 2009)¹⁵. Dies kann wohl als genereller Vertrauensverlust gegenüber politischen Parteien und politischem System angesehen werden. Für ersteres sprechen verschiedene Untersuchungen welche zeigen, dass den politischen Parteien unter den verschiedenen politischen Institutionen das geringste Vertrauen entgegengebracht wird (Castellanos 2006; Posas 2009), was insbesondere auch für die jüngeren Generationen zu gelten scheint (UNDP 2009).

Der These von der politischen Passivität gegenüber steht der Umstand, dass sich seit dem Beginn der 1980er Jahre die Anzahl politischer, sozialer und zivilgesellschaftlicher Organisationen stark vergrößerte (Organisationen von Bäuerinnen und Bauern, Gewerkschaften, Gruppen indigener und anderer ethnischer Minderheiten, Menschenrechtsorganisationen, Umweltgruppen, Verbände von ProduzentInnen, StraßenhändlerInnen, etc.). Hier haben die BürgerInnen abseits der politischen Parteien und Wahlen ihre Vertretung selbst übernommen, und fordern ihre politischen, zivilen, sozialen und ökonomischen Rechte ein. Angenommen wurde allerdings, dass diese verschiedenen Organisationen eher spezifische, unmittelbare und konjunkturell bedingte Anliegen hätten, aus ihnen daher keine landesweiten, soziopolitischen Bewegungen entstehen könnten, welche Veränderungen im traditionellen, politischen System herbeiführen könnten (Castellanos 2006)¹⁶.

Ein weiteres, kritisches Element für die Legitimität des politischen Systems in Honduras stellt der Staatsstreich des Jahres 2009 dar, bei dem das honduranische Militär den damaligen Präsidenten Manuel Zelaya am Morgen des 28. Juni unter vorgehaltener Waffe außer Landes flog und am Flughafen von San José (Costa Rica) aussetzte. Eine Besonderheit des Staatsstreichs stellt wohl der Umstand dar, dass der Oberste Gerichtshof kurz darauf verkündete, das Militär habe auf seine Anweisung gehandelt, und das Parlament den (von Zelaya dementierten) Rücktritt des Präsidenten bestätigte, sowie den bisherigen Parlamentspräsidenten Roberto Micheletti (Parteigänger von Zelaya in der PLH) zum Interimspräsidenten ernannte. Dieser sollte das Amt bis zu den ohnehin bereits im folgenden November stattfindenden Präsidentschaftswahlen inne haben. Dies scheint deutlich zu machen, dass Zelaya letztlich nicht nur den politischen Gegner PNH, sondern auch den Großteil der eigenen Partei PLH, insgesamt wohl die Mehrheit der politischen Klasse, gegen sich hatte. Der Staatsstreich könnte somit als Reaktion darauf verstanden werden, dass Zelaya, am Beginn seiner Amtszeit Politiker ganz im Sinne der beschriebenen politischen Traditionen des

¹⁴ Diese Annahme scheint etwa insofern schlüssig, als zahlreiche Jobs im öffentlichen Sektor stark von Parteizugehörigkeit abhängig sind.

¹⁵ Nach offiziellen Angaben enthielten sich auch bei den nationalen Wahlen im November 2009 ca. 50% der Stimme (Tribunal Supremo Electoral).

¹⁶ Es scheint die Möglichkeit zu bestehen, dass sich diese Situation mit den Entwicklungen im Zuge des Staatsstreichs vom Juni 2009 langfristig veränderte.

Landes, vor allem in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit die Pfade der inter-elitären Konsensbildung verließ (Oettler/ Peetz 2010; Peetz 2009).

Die UnterstützerInnen Zelayas (im In- und Ausland) sahen im Staatsstreich ein gewaltsames Komplott der politisch-ökonomischen Elite gegen eine gewählte, progressive und linke Regierung. Die ProtagonistInnen des Staatsstreichs und ihre UnterstützerInnen bewerteten die Geschehnisse demgegenüber als „verfassungskonformen Transitionsprozess zum Schutz der konstitutionellen und demokratischen Ordnung. Die – vom Ausland einhellig verurteilte – Entmachtung Zelayas schien die Bevölkerung selbst zu polarisieren¹⁷. In den kommenden Wochen mobilisierten beide Seiten große Demonstrationen (Oettler/ Peetz 2010; Peetz 2009). Neben Unterstützungskomitees für die *de-facto* Regierung, etwa mit der *Unión Cívica Democrática* (UCD), formierte sich auf Seiten des entmachteten Präsidenten ein Bündnis verschiedener Organisationen, die *Frente Nacional de Resistencia Popular* (FNRP)¹⁸.

Der Konflikt zwischen Zelaya und politischem Establishment eskalierte anhand einer Volksbefragung, welche der Präsident am Tag des Staatsstreichs durchführen wollte. Bei der Befragung sollte es darum gehen, ob bei den nationalen Wahlen im November 2009, neben Präsidentschafts-Kongress- und Bürgermeisterwahlen, auch darüber abgestimmt werden sollte (mit einer „Vierten Urne“), ob das Parlament eine verfassungsgebende Versammlung einberufen sollte. Obwohl dies also nur einen allererster Schritt in Richtung Verfassungsreform bedeutet hätte, formierte sich in Kongress und Justiz breite Opposition gegen die Befragung. Zelaya wurde vor allem vorgeworfen, er strebe letztlich die Ermöglichung seiner Wiederwahl an, etwas das die derzeitige Verfassung kategorisch ausschließt¹⁹. Diese Befürchtungen schien Zelaya letztlich nicht ausräumen zu können. Die Argumentation Zelayas allerdings, dass die politisch-ökonomische Elite aus Furcht vor Veränderungen der sozio-ökonomischen und politischen Strukturen gegen die Befragung, eine Verfassungsreform oder Plebiszite generell sei, scheint gleichzeitig auch nicht von der Hand zu weisen. So oder so untersagten sämtliche gerichtliche Instanzen die geplante Befragung, was Zelaya allerdings – unter Verletzung der formellen Gewaltenteilung – missachtete. Diesen Rechtsverletzungen setzte nun der Staatsstreich einen weit radikaleren Rechtsbruch entgegen. Einerseits weil die reguläre Absetzung eines Präsidenten nur über ein transparentes, rechtsstaatliches Prozedere, wie ein ordentliches Amtsenthebungsverfahren durch Parlament und Verurteilung durch die Justiz, hätte durchgeführt werden können – und es nicht dem Obersten Gerichtshof obliegt, die Absetzung quasi via Dekret anzuordnen, schon gar nicht mittels Verbringung des Präsidenten ins Ausland. Andererseits weil hier sehr eindeutig die universelle, demokratische Norm verletzt wurde, eine gewählte Regierung nicht unter Waffengewalt zu entmachten. Problematischer als der Staatsstreich selbst scheint allerdings die Repressionsdynamik, welche sich unter der *de-facto* Regierung entfaltete (Oettler/ Peetz 2010; Peetz 2009), sowie zahlreiche, damit verbundene, bis heute straffrei gebliebene Menschenrechtsverletzungen (HWR 2011; HRW 2012).

Im November 2009 wurde Porfirio Lobo von der Nationalen Partei (PNH) zum neuen Präsidenten gewählt. Wenngleich ein großer Teil der außerparlamentarischen Opposition die Wahlen boykottierte, schien damit – und mit der späteren, endgültigen und friedlichen Rückkehr Zelayas

¹⁷ Bei einer von der *Corporación Latinobarómetro* im Jahr 2009 durchgeführten Befragung, lehnten etwa 60% der RespondentInnen die Ausweisung Zelayas durch das Militär ab. Ca. zwei Drittel lehnten die Art und Weise ab, wie Micheletti an die Macht kam (Corporación Latinobarómetro).

¹⁸ Die FNRP könnte eventuell als neu gegründete Partei bei den nächsten Wahlen antreten.

¹⁹ Das Verbot der Wiederwahl eines Präsidenten wird sogar von möglichen Verfassungsreformen ausgenommen (vgl. Artikel 239 und 374 - Constitución de la República de Honduras 2009).

ins Land – der Konflikt an Intensität verloren zu haben. Die beschriebenen, tieferen sozio-ökonomischen und politischen Problematiken, welche in der einen oder anderen Weise den Hintergrund des Staatsstreichs und des damit verbundenen gesellschaftlichen Konflikts bildeten, sind allerdings weiterhin ungelöst.

Ausgehend von der Annahme besprochener Legitimationsproblematiken des politischen Systems in Honduras, geht die vorliegende Arbeit der Fragestellung nach, wie sich in diesem Kontext das Verhältnis zwischen Politischer Legitimität (verstanden als subjektive Evaluation der verschiedenen Institutionen des politischen Systems) und Politischer Partizipation darstellt. Außerdem wird der Frage nachgegangen, welche Rollen Demokratische Einstellungen, soziale Merkmale (wie Alter und Geschlecht) und weitere Variablen (wie Art der Universität und Studienrichtung) bei diesen Zusammenhängen spielen. Dies soll im empirischen Teil der Arbeit, anhand der Zielgruppe Studierender an honduranischen Universitäten, versucht werden zu beantworten. Der Fokus auf die studentische Zielgruppe scheint aus vielerlei Gründen interessant und wichtig. So bilden Studierende etwa einen Teil der Jugend des Landes, welche von sozialen Wandlungsprozessen in besonderer Weise betroffen ist. Ihre politischen Einstellungen, Normen, Werte und Verhaltensweisen werden es notwendigerweise sein, welche die Gesellschaft in Zukunft prägen. Studierende spielen aber auch für sich eine besondere Rolle in vielen Gesellschaften, etwa durch das politische Engagement in Studierendenorganisationen. Dieses war auch im jüngeren, gesellschaftlichen Konflikt in Honduras zu verzeichnen²⁰.

Der Aufbau der vorliegenden Arbeit ist der Folgende: Im theoretischen Teil wird in Kapitel 2 zunächst der Frage nach der Bedeutung von politischer Partizipation in Demokratiegeschichte und v.a. –theorie nachgegangen. Hier werden wichtige Diskurse und Kontroversen bis in die Antike zurückverfolgt und letztlich die Frage untersucht, wie sich diese in Demokratietheorie und –politik des 20. Jahrhunderts wandelten. In Kapitel 3 wird das ambivalente Verhältnis von Entwicklungspolitik und politischer Partizipation erläutert. In Kapitel 4 werden die Erfahrungen von ca. 70 Jahren empirischer Partizipationsforschung, sowie methodische Kritik an ihr vorgestellt. Vor allem von diesem Kapitel leiten sich die spezifischeren Forschungsfragen ab, welche in Kapitel 5 dargestellt werden. Hier werden außerdem die Haupthypothesen abgeleitet. Kapitel 6 gehört bereits zum empirischen Teil der Arbeit, hier wird die Konstruktion des Erhebungsinstruments beschrieben. Kapitel 7 beschreibt die sehr erfreulich verlaufende Durchführung der Erhebung. Kapitel 8 exploriert die erhobenen Daten, hier werden deskriptive Statistiken dargestellt, aber v.a. werden die Dimensionen der einzelnen Variablen ermittelt und im Anschluss daran Indizes gebildet. In Kapitel 9 werden die Hypothesen getestet und weitere Zusammenhänge zwischen unabhängigen, abhängigen und Kontrollvariablen untersucht. Kapitel 10 stellt die wichtigsten Ergebnisse noch einmal zusammenfassend dar und erklärt ihre Bedeutung. Hier wird außerdem die gewählte Vorgehensweise der Arbeit kritisch beleuchtet.

Eiligen LeserInnen sei empfohlen, Kapitel 2.1. und 2.2. zu überspringen. Auch die zahlreichen Fußnoten in dieser Arbeit können gegebenenfalls ignoriert werden, sie stellen ausschließlich Ergänzungen und Vertiefungen dar.

²⁰ Die Involvierung Studierender zeigte sich etwa an der Verletzung der Autonomie der UNAH (*Universidad Nacional Autónoma de Honduras*) durch das Militär, als Sicherheitskräfte aufgrund einer Demonstration von Studierenden in das universitäre Gelände eindrangen (Oettler/ Peetz 2010).

Theoretischer Teil

2. Demokratietheorie und Politische Partizipation

Die Thematik Politischer Partizipation ist untrennbar mit jener von Demokratiegeschichte und -theorie verbunden. Wie sollte sonst das Volk (*Demos*) die Herrschaft (*Kratia*) ausüben, ohne auf die eine oder andere Weise politisch zu partizipieren? Darüber, dass politische Partizipation konstitutiv für jedes demokratische System ist, besteht zwischen verschiedensten demokratietheoretischen Ansätzen weitgehend Konsens. Bei Fragen danach, wie politische Partizipation zu definieren sei, wer sie ausüben sollte, welche Formen sie anzunehmen habe, wie weit sie gehen und welchen Zweck sie erfüllen sollte, scheiden sich allerdings die Geister. Die zahlreichen Vorstellungen politischer Partizipation unterscheiden sich mitunter nicht nur um Nuancen, sondern können sich in entscheidenden Punkten konträr darstellen (Hoecker 2003; Trinkle 1997)²¹.

Dies ist auch im Zusammenhang mit der Mannigfaltigkeit von Demokratietheorie an sich zu verstehen, denn tatsächlich gibt es „...keine verbindliche und von allen Seiten getragene Theorie der Demokratie, ja nicht einmal eine Definition von Demokratie, die bei allen Demokratieforschern auf Zustimmung stoßen würde“ (Wiesendahl 1981: 8). Der Hinweis auf diese Mannigfaltigkeit scheint aus vielerlei Gründen wichtig, vor allem weil durch die Dominanz des auf der Marktwirtschaft beruhenden liberal-repräsentativen Demokratiemodells (welches bestimmte Partizipationsverständnisse nahe legt) der Blick darauf verstellt werden könnte, dass dies nicht die einzige theoretische Form demokratischer Organisation darstellt, sondern Ergebnis einer bestimmten demokratietheoretischen Tradition, die sich in der „Geokultur des Weltsystems“ durchsetzte (Wallerstein 2006). Wenngleich gegen Ende des 20. Jh.'s die Durchsetzung dieses Demokratiemodells mitunter als „alternativloser historischer Vorgang“ (Lösch 2005) gesehen wurde (vgl. Menzel 1992), entwickelten sich auch alternative Demokratiekonzepte weiter, die auf anderen demokratietheoretischen Traditionen beruhen (vgl. Barber 1994).

In diesem Kapitel sollen nun verschiedene, teils konträre Verständnisse politischer Partizipation anhand verschiedener Demokratietheorien behandelt werden. Dies soll in einer Art historischer Analyse geschehen, was dadurch opportun scheint, dass Demokratietheorien einem historischen Wandel unterworfen sind, aufeinander aufbauen und sich so etwa einige Themen der Gegenwart bis in die Antike zurückverfolgen lassen. Klarerweise kann (und soll) dies hier nicht erschöpfend geschehen, es soll vielmehr dazu dienen, zentrale Konzepte, Diskurse, Kontroversen und deren theoretische Hintergründe herauszuarbeiten, um Unterschiedlichkeiten in den Positionen und deren Substanz offen zu legen. Begonnen wird mit einer kurzen Beschreibung politischer Partizipation in der antiken Polis und unterschiedlichen Beurteilungen derselben. Am Beginn der Neuzeit wird auf John Lockes Theorie etwas näher eingegangen werden, später auf jene von Jean-Jacques Rousseau. Für das 20. Jahrhundert sollen keine konkreten Theorien in den Vordergrund gestellt werden, sondern unterschiedliche Partizipationsverständnisse in verschiedenen demokratietheoretischen Ansätzen herausgearbeitet und verglichen werden.

Angesprochen werden soll hier zuvor noch, dass die folgenden Kapitel fast durchwegs dem „westlichen“ Diskurs entspringen. Dies ist durchaus kritikwürdig, vor allem angesichts des latein-

²¹ In der Forschung zu politischer Partizipation drückt sich dies etwa in einer „nahezu endlosen“ Liste von vorgeschlagenen Definitionen aus, die über die Zeit diskutiert wurden (Van Deth 2003). Unterschiedliche Demokratievorstellungen können hinsichtlich ihrer Positionen zu politischer Partizipation etwa unterschieden werden in rechtskonservative, altliberale, neoliberalistische, kritisch-emanzipatorische und radikaldemokratisch-sozialistische Position (Trinkle 1997).

amerikanischen Forschungsgegenstands dieser Arbeit, und soll keineswegs unterstellen, dass ein anderer Zugang nicht eventuell besser geeignet wäre. Anzumerken ist allerdings, dass etwa die Tradition bei Abhandlungen über politische Ideengeschichte mit dem zu beginnen, was aus europäischer Perspektive „Antike“ heißt, kein Zufall ist. *„Darin drückt sich die reale politische Hegemonie Europas in der Neuzeit aus – eine Hegemonie, die eben auch kulturelle und insbesondere begriffsgeschichtliche Konsequenzen hat“* (Pelinka 2004: 177-178). So wurden etwa auch in Lateinamerika, in der Phase der Dekolonisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die neuen Nationalstaaten nach europäischem und US-amerikanischem Vorbild entworfen. Ideen des individuellen Liberalismus und der positivistischen Philosophie wurden übernommen, wenngleich *„...so adaptiert, dass sie mit den alten oligarchischen Strukturen von Großgrundbesitz, politischer Ausgrenzung und kultureller Dominanz vereinbar wurden“* (Kuppe 2010: 111). Darüber hinaus sind viele der hier angesprochenen Themen nicht primär „westlich“, sondern, im Sinne der „Geokultur des Weltsystems“ (Wallerstein 2006), globale Angelegenheiten.

2.1. Antike Demokratie und politische Partizipation

Dem Volk als Souverän kamen in der attischen Demokratie umfassende und weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten zu, wobei ihm dabei keine bedeutenden Gewaltenhammnisse gegenüber standen²². Die Macht des Demos zeigt sich in der ganzen Institutionenordnung des attischen Demokratiemodells; in Legislative, Exekutive, Judikative, sowie auch im Beamtenapparat, wobei der Volksversammlung (Legislative) eine herausragende Stellung zukam. Diese war eine Massenveranstaltung von mehreren tausend Männern, die Rednern zuhörten und durch Handzeichen abstimmten²³. Bei weitem nicht alle Stimmberechtigten konnten hier allerdings für die politische Partizipation gewonnen werden. Der „Rat der 500“ war ein jährlich wechselndes Gremium von durch das Los bestellten Männern (Schmidt 2000), zusammengesetzt aus allen Siedlungsgebieten Attikas entsprechend ihrer Bevölkerungszahl (Neumann 1998). Seine Aufgabe war es vor allem, der Volksversammlung Anträge vorzulegen und deren Beschlüsse durchzuführen. Eine vom Willen der Volksversammlung unabhängige Macht hatte diese Exekutive nicht (Schmidt 2000). Der Souverän trat neben der Volksversammlung außerdem durch die Geschworenengerichte direkt in Erscheinung. Diese waren nicht rechenschaftspflichtig, nachdem die Vorstellung der Identität mit dem Volk von Athen vorherrschend war (Neumann 1998). Die Geschworenengerichte wurden aus Laienrichtern gebildet, welche ebenfalls mittels Los aus einem Kreis von Bewerbern ausgewählt wurden. Durch das nivellierende Auswahlprinzip des Loses wurden auch viele Beamte rekrutiert. Ihre Befugnisse wurden auf eine größere Zahl kurzfristiger Amtsträger verteilt, die in ständiger Rechenschaftspflicht gegenüber dem Rat und den Geschworenengerichten standen (Schmidt 2000).

Das antike griechische Demokratiemodell und seine Verfassungswirklichkeit haben vielfältige, teils kontroverse Urteile provoziert, zeitgenössische wie moderne. Aus gegenwärtiger Perspektive

²² „Volk“ ist im Sinne der Antike allerdings ein sehr exklusives Konstrukt, gemeint war damit lediglich die jeweilige Menge an „Vollbürgern“ einer Polis. Vor allem Frauen, Sklaven, Fremde und Bürger, die ihre Rechte verwirkt hatten, also breite Mehrheiten der Gesellschaften, waren tatsächlich von der politischen Partizipation ausgeschlossen (Schmidt 2000). Lediglich zwischen arm und reich innerhalb der Gruppe der Partizipationsberechtigten bestand weitgehend politische Gleichheit, was sich (wie auch ihre relativ große Zahl) deutlich von früheren Herrschaftsformen unterschied (Schmidt 2000; Pelinka 2004).

²³ Aufgrund der faktischen Exklusion der Frauen von politischer Partizipation in fast der gesamten „westlichen“ Demokratieggeschichte [das Frauenwahlrecht ist etwa eine Errungenschaft des 20. Jahrhunderts (Pelinka 2004)] wird hier, wie im nächsten Kapitel, bewusst auf Geschlechtsneutralität verzichtet.

scheint v.a. Kritik an der Exklusivität der politischen Partizipation evident. Wohl nicht zu Unrecht wurde das attische Demokratiemodell etwa als „Massenaristokratie“ der Vollbürger über Sklaven, oder als „elitäre Oligarchie“ betitelt. Für zeitgenössische Kritik spielte dies allerdings keine Rolle, im Vordergrund standen hier etwa die Übermacht der Volksversammlung und die Willkür der Geschworenengerichte²⁴. An der Volksversammlung wurde etwa das von eigenen Interessen geleitete Handeln bestimmter Gruppen (wie der „Armen“) kritisiert, vor allem aber die Macht der Demagogen, die Menge für diese und jene Vorhaben zu mobilisieren oder aufzuwiegeln, was etwa zur durchwegs aggressiven Außenpolitik Athens geführt hätte (Schmidt 2000). Bei Platon ist die Herrschaft der Vielen verantwortungslose Herrschaft „nach Augenblickslust und wankelmütiger Meinung“. Sie sei fehlerhaft und instabil, weiche viel zu weit von der Norm eines guten Gemeinwesens ab, laufe außerdem beständig Gefahr sich in eine Tyrannis zu verwandeln, also in eine noch fehlerhaftere Staatsform als sie selbst.

Wenngleich in abgeschwächter Form, ist auch die Lehre von Aristoteles von Distanz zur Demokratie geprägt. In seiner Staatsformenlehre sind die „richtigen“ Ordnungen jene, in denen mit Rücksicht auf den „Allgemeinnutzen“ geherrscht wird. Alle anderen Formen seien Entartungen der richtigen Formen, bzw. Verfehlungen despotischer Art. Die Demokratie sei die verfehlte Form der Herrschaft der Vielen, sie strebe allein nach dem Vorteil der Armen, die richtige Staatsform der Herrschaft der Vielen wäre ein (auf dem Zensus beruhender) Verfassungsstaat. Vor allem die „extreme“ Form der Demokratie, mit „unbeschränkter“ Herrschaft der Volksversammlung, verstoße gegen Grundsätze der Legitimität; etwa die Herrschaft durch das Gesetz zu regeln oder das Herrscherwohl nicht über das Allgemeinwohl zu stellen. Je „gemäßiger“ die Demokratie ist, d.h. je stärker sie vom Gesetz geregelt ist, je stärker die Volksherrschaft eingeschränkt wird und je kleiner daher der Spielraum für Demagogie wird, desto weniger kritisch wird das System nach Aristoteles beurteilt (Schmidt 2000). Trotz der generellen Einstufung der Demokratie als entartete Staatsform, schrieb Aristoteles ihr auch positive Eigenschaften zu. Zu nennen ist etwa die „Weisheit der Vielen“, ein kollektives Urteil könne demnach besser ausfallen, als das von Wenigen. Außerdem könnten Viele weniger leicht bestochen werden als Einer oder Wenige. Hierzu gehört auch die Auffassung, dass die Fähigkeit zur Beurteilung von Politik mit direkter Erfahrung zunehme, sowie dass ein Staat mit zahlreichen ausgeschlossenen Armen ein „Staat voll von Feinden“ wäre. Eine Mischverfassung von Demokratie und Oligarchie wird bei Aristoteles zu einer relativ guten Staatsform, denn die Mischung neutralisiere negative Tendenzen beider Regimes (Schmidt 2000). Die gemischte Verfassung ist also Zielvorstellung, bzw. optimale Form. Pelinka (2004) bezeichnet Aristoteles daher als Vorboten der Lehren von Gewaltenteilung.

Entgegen der Lehre von Aristoteles betonen andere Zeitgenossen, wie etwa Perikles, die positiven Eigenschaften der radikalen Demokratie im antiken Athen viel stärker. Herausgehoben wurde hier etwa die aktive Partizipation der Bürger, ohne Rücksicht auf Vermögen. Damit einher gehe Bildung, persönliche Entfaltung und Förderung von Tugenden. Die öffentliche Erörterung von politischen Entscheidungsalternativen führe zu deren gründlicherer Abwägung, das Urteil der Menge sei durchaus als vernünftig einzustufen, außerdem hätte es in Athen durchaus ein hohes Maß an Gesetzesherrschaft gegeben (Schmidt 2000).

²⁴ Fehltritte beider Institutionen verwiesen bei Platon auf einen Systemdefekt und stützten die Auffassung „... die Menge könne unmöglich Philosoph sein (...), also nicht über schön oder hässlich, Recht oder Unrecht urteilen und nicht zu wahrer Erkenntnis gelangen“ (Schmidt 2000: 52).

2.2. Neuzeitliche Demokratietheorie und politische Partizipation

Mit dem Beginn der Neuzeit und der Renaissance brach die Geschlossenheit des europäischen Mittelalters in vielerlei Hinsicht (ökonomisch, sozial, wissenschaftlich, religiös, geographisch) auf (Pelinka 2004). Die in Bewegung geratenen Kräfte sozialer Strukturveränderungen, die alle Lebensbereiche erfassten, störten das als „natürlich“ und „gottgewollt“ angesehene Ordnungssystem des Mittelalters (Kiss 1977)²⁵. Dieser Aufbruch bedeutete u.a. dass die, aus dem mittelalterlichen Naturrecht abgeleitete, religiös determinierte Legitimation von Herrschaft radikal in Frage gestellt wurde, wodurch auf der Ebene politischer Ideen neue Pluralität möglich wurde (Pelinka 2004)²⁶.

Entgegen der Auffassung der Unveränderbarkeit von Sozialordnung im Mittelalter, übertragen vernunftrechtlich orientierte Gesellschaftstheorien (etwa bei Thomas Hobbes) das *Prinzip der Machbarkeit* von der fortschreitenden naturwissenschaftlichen auf die soziale Sphäre²⁷. Das Menschenbild ist hier zwar grundsätzlich eher negativ, geht es doch um die Überwindung der menschlichen Natur²⁸, nichtsdestotrotz wird die prinzipielle Gleichheit der Vernunftbegabtheit der Menschen postuliert, dass diese in ihren geistigen (wie auch körperlichen) Anlagen von Natur aus gleich seien²⁹. Daraus konnten einerseits allgemeine und unveräußerliche Menschenrechte abgeleitet werden (wie Freiheit und Gleichheit), sowie auch die Forderung, die Sozialordnung diesen anzupassen. Andererseits bildete dies die notwendige Grundlage für die Übertragung des Modells privatrechtlicher Verträge (aus der Ökonomie) auf Vertragsmodelle der Gesamtgesellschaft³⁰. Die auf rationalen Verträgen begründeten Gesellschaftsordnungen, durchgesetzt von mit Zwangskarakter ausgestatteten Institutionen, sollten von allen Mitgliedern als vernünftig anerkannt, ihre Normen und Werte internalisiert werden. Grundlage dafür ist der *Wille zur Ordnung*, eine apriorische Denkprämisse die zur Grundlage der Vernunft selbst erklärt wird (Kiss 1977). Die politische Macht wird somit zwar vom Volk abgeleitet (bzw. von dessen a priori festgelegten Interessen), der Herrscher allerdings nicht tatsächlich an das Volk gebunden. So bleibt etwa der Vertrag zwischen Herrscher und Volk bei Hobbes fiktiv und unkündbar (Pelinka 2004), womit er eine „rationale“ Legitimation der Machtfülle absolutistischer Monarchien formulierte (Kiss 1977)³¹.

25 Dass diese Entwicklungen mit der Expansion des Bürgertums, der „Umorientierung in der wertmäßigen Einstellung zu wirtschaftlicher Tätigkeit“ (Kiss 1977), sowie dem, was 500 Jahre später *Globalisierung* genannt werden sollte (Pelinka 2004), einhergingen, gibt einen Hinweis darauf, warum Wallerstein den Beginn des modernen kapitalistischen Weltsystems hier im 16. Jahrhundert verortet (Wallerstein 2006).

26 Dass hier nun ein derart großer Zeitsprung gemacht wurde liegt daran, dass nach dem Ende der athenischen Demokratie im Jahre 322 v. Chr. über 2000 Jahre lang keine derartige Herrschaftsordnung mehr existierte (Fuchs 2004).

27 „Sie erheben den Anspruch, mit Hilfe der Vernunft eine Gesellschaftsordnung konstruieren zu können, die die natürliche Ordnung mit ihren »Unvollkommenheiten« aufhebt, die Gesellschaft als eine vereinigte Menge von Willens- und Rechtssubjekten unter rationalen Zielsetzungen in eine »vernünftige Ordnung« verwandelt und die Integration nicht auf natürlicher, sondern auf »künstlicher« Basis von gesetzten politisch-rechtlichen Regelungen (Institutionen) stiftet“ (Kiss 1977: 47).

28 Bei Hobbes ist der Mensch im Naturzustand des Menschen Wolf (Kiss 1977).

29 Frauen und Bedienstete aller Art („Knechte“), also breite Mehrheiten, waren davon allerdings ausgenommen, sie wurden für unmündig erklärt. „Geistige Reife“, die Voraussetzung für die Anwendung der Vernunft und somit der politischen und öffentlichen Teilnahme, war durch Rang oder Eigentum nachzuweisen, letzteres wurde sogar als moralische Kategorie und Qualität des bürgerlichen Subjekts begriffen. Soziale Mobilität durch Eigentumsbildung, somit auch der Nachweis der „geistigen Reife“ sollten allerdings, im Gegensatz zur ständischen Gesellschaft, prinzipiell möglich werden. Frauen waren allerdings auch hiervon ausgenommen (Kiss 1977).

30 Die Betonung der Eigentumsrechte, ungestörter Erwerbstätigkeit und Garantien freier Arbeitsverträge, eine Parallele zum Liberalismus, reflektiert die Interessen des aufsteigenden Erwerbsbürgertums (Kiss 1977).

31 Angemerkt sei zu diesem Absatz noch, dass er sich vorrangig auf Hobbes bezog. Die Idee Immanuel Kants von der Mitwirkung der Bürger an der Gesetzgebung durch „kritische Öffentlichkeit“ (Kiss 1977), oder der Umstand, dass Jean-Jacques Rousseau ein demokratisches Gesellschaftsmodell entwirft [beide Theoretiker werden der vernunftrechtlichen Gesellschaftstheorie zugeordnet (Kiss 1977)], machen die Mannigfaltigkeit auch innerhalb dieses Paradigmas deutlich.

Der Schritt der Bindung der Herrschaft an das Volk wird (dem Anspruch nach) von den klassischen Demokratietheorien des 17. und 18. Jahrhunderts, mit der Forderung, dass das Volk herrschen sollte, dass alle Staatsgewalt von Volke auszugehen hat, vollzogen. Die Rechtfertigung für die Forderung nach Demokratisierung wurde aus den Grundrechten des Menschen (wie Freiheit und Gleichheit), welche auf dem Naturrechtsdenken der Aufklärung basierten, abgeleitet. So könne etwa Herrschaft über freie Bürger nur auf Basis derer Zustimmung, resp. Beauftragung legitimiert werden. Der Schutz der unveräußerlichen menschlichen Grundrechte wird zur obersten Aufgabe der neuen demokratischen Herrschaft erklärt. Das Volk, Träger dieser Rechte, soll den Staat in seinem Sinne lenken, die Staatsgewalt selbst einsetzen und absetzen können, um die Wahrung seiner Rechte sicherzustellen. Verwirklicht werden sollte dies über das Recht auf aktive Teilhabe und Teilnahme (Partizipation) an der Politik³². Die Vorstellungen darüber, wie dies umgesetzt werden sollte, stellen sich allerdings sehr unterschiedlich dar (Wiesendahl 1981).

In der liberalistischen Gesellschafts- und Demokratietheorie, die sich im 17. Jahrhundert von England ausgehend entwickelte, wird der Selbstzweckcharakter des politischen Systems, typisch für vernunftrechtliche Gesellschaftstheorie, umgedeutet in einen Charakter des Mittels zum Zweck des Schutzes der gesellschaftlichen Freiheit und Sicherheit³³. Dem zugrunde liegt ein starker Optimismus gegenüber (bzw. eine normative Aufwertung) der „naturgemäßen“ Handlungsorientierung des Menschen, bzw. der sich daraus ergebenden „natürlichen Ordnung“. Die Handlungsorientierung entspricht im Prinzip der des *Homo oeconomicus*, dessen am Eigennutz orientiertes Wirken, durch Produktivitäts- und Produktionssteigerung, ohne zusätzliche Regelungen automatisch den Fortschritt und das Allgemeinwohl fördere³⁴. Folglich wäre die beste soziale Ordnung jene, welche an die „natürliche“ Eigenart des Menschen angepasst, alle politischen und normativen Schranken abbaue, welche die freie Entfaltung seiner (primär ökonomischen) Aktivitäten hindere (*Laissez-faire*)³⁵. Gemeint ist damit zwar primär die ökonomische Freiheit, gleichzeitig allerdings auch die politische Emanzipation von Bevormundung durch den Staat (Kiss 1977)³⁶.

Die liberalistische Demokratietheorie bei John Locke nimmt viel von jenem bürgerlichen Demokratiemodell vorweg, das sich später insgesamt im „Westen“ durchsetzen sollte. Locke ist zwar Gegner absolutistischer Herrschaft, er steht allerdings nicht für einen radikalen Bruch mit der englischen Monarchie. Vielmehr wird, im Sinne der Herstellung eines Gleichgewichtszustandes, in einem System der Gewaltenteilung, der monarchischen Regierung das Parlament gegenüberge-

32 Dieser Forderung entspricht ein grundsätzlich optimistisches Menschenbild, jenes des *Homo politicus*, der aufgeklärt und mündig ist, und sich vernunftbestimmt verhält (Wiesendahl 1981).

33 In England vollzog sich der Aufstieg des Erwerbsbürgertums früher als in anderen europäischen Staaten. Hier konnte es bereits Ende des 17. Jahrhunderts, in einem System des Gleichgewichts zwischen Krone und Parlament, sukzessive mehr Macht gewinnen, und der sich entwickelnde Kapitalismus seinen politischen Ausdruck finden (Pelinka 2004).

34 Der positive Effekt der summierten Egoismen für das Gemeinwohl resultiere [bei Adam Smith etwa auf Basis der nicht intendierten „wunderbaren Einrichtung“ der Arbeitsteilung (Kiss 1977)] aus der Eigengesetzlichkeit der „ökonomischen Kräfte“. „Überspitzt könnte man formulieren, daß das, was sich in diesem Gesellschaftsmodell bewegt, eine mysteriöse Naturkraft ist, die – auch als Sachzwang (...) zu bezeichnen – den Bewegungsspielraum der Handlungsweisen quasi eindimensional in Richtung technischer Rationalität und Interessenssolidarität – auch ohne bewußte »Gesellschaftsplanung« – hinlenkt“ (Kiss 1977: 93).

35 Die ökonomische Freiheit wird nicht nur im Sinne des Prinzips der höchsten wirtschaftlichen Effizienz aufgewertet, sondern Aneignungsfreiheit und Privatbesitz werden zu den prinzipiellen Grundrechten und –freiheiten der Menschen gezählt, welche etwa bei John Locke auch theologisch abgeleitet werden (Kiss 1977).

36 Als Folge des ökonomischen Fortschritts wurde die Verbreitung der geistigen Emanzipation erwartet, letztlich die politische Emanzipation des Menschen (Kiss 1977). Die Aufwertung der ökonomischen vor der politischen Freiheit findet sich im 20. Jahrhundert in neoliberalistischen Theorien (vgl. Friedman 1984), ebenso wie in Entwicklungstheorien im Sinne der Modernisierungstheorie (Menzel 1992).

stellt³⁷. Die Legislative, als höchste Gewalt im Staat, sollte aus dem Volk hervorgehen, bzw. dieses repräsentieren, indem es seine Vertreter selbst bestimmt und beauftragt (Pelinka 2004; Schmidt 2000). Auf diese Weise sollte das Volk die Staatsgewalt effektiv kontrollieren und beschränken, die natürlichen Grundrechte der Menschen schützen, den Staat etwa an Eingriffen in die bürgerliche Eigentumsordnung hindern (Wiesendahl 1981)³⁸. Der öffentlichen Gewalt werden insgesamt enge Grenzen gezogen, betreffend den Staatszweck wie auch die Machtmittel. Regiert werden soll nach öffentlich bekannt gemachten Gesetzen, die für alle gleichermaßen zu gelten haben und nichts anderes zum Ziel haben dürfen als das „Wohl des Volkes“. Während sich in Lockes Theorien auch das Widerstandsrecht gegen unrechtmäßige Herrschaft findet (das allerdings an hohe Auflagen gebunden ist), beinhaltet es gleichzeitig die Prerogative, ein der Herrschaft vorbehaltenes Recht, mitunter auch gegen das Gesetz im Sinne des „öffentlichen Wohls“ zu handeln. Anzumerken ist weiters, dass auch bei Locke mit „Volk“ lediglich Männer mit Eigentum im dreifachen Sinne von Leben, Freiheit und Vermögen gemeint sind (Schmidt 2000)³⁹, dies bedeutet einerseits die bürgerliche Ausdeutung der Menschenrechte, andererseits den faktischen Ausschluss der Frauen und Besitzlosen von politischen Teilnahmerechten (Wiesendahl 1981)⁴⁰.

Nichtsdestotrotz ist festzuhalten, dass der Gesellschaftsvertrag bei Locke nicht mehr bloße Fiktion ist, sondern dass die Legitimation der Staatsgewalt auf Zustimmung und Beauftragung durch das Volk (bzw. wer hier dazu gezählt wird) basieren soll (mittels Partizipation und Repräsentation), dass Herrschaft »Herrschaft auf Widerruf« wird und durch Recht, Gesetz und Gewaltenteilung eingeschränkt werden soll (Pelinka 2004; Schmidt 2000; Wiesendahl 1981). Viele dieser hier bereits angelegten Prinzipien, wie jenes der Marktwirtschaft und des Rechtsstaates, wurden in Folge verallgemeinert und gingen in später dominant werdende Demokratiemodelle ein (Pelinka 2004).

Während sich das liberalistische Demokratiemodell über die Zeit weiterentwickelt, etwa mit der Judikative als dritte Gewalt neben Exekutive und Legislative, oder mit der Demokratisierung der exekutiven Gewalt, bleibt es bei weitem nicht das einzige Paradigma demokratiethoretischer Theoriebildung. In Jean-Jacques Rousseaus Demokratiemodell⁴¹ kann Freiheit letztlich nicht erreicht werden, wenn die Bürger ihr Recht auf Selbstbestimmung abgeben (Wiesendahl 1981)⁴². Ein

37 „Das ökonomisch bereits erfolgreiche Bürgertum konnte so auch politisch erfolgreich werden, ohne durch allzu radikale Postulate die bereits bestehende, privilegierte ökonomische Situation zu gefährden“ (Pelinka 2004: 191–192).

38 Dabei steht „...der Rechtsanspruch der Bürger auf Schutz im Zentrum, der Rechtsanspruch auf Schutz des Eigentums im Sinne von Leben, Freiheit und Vermögen“ (Schmidt 2000: 68). Umverteilung ist in diesem Modell also kein Thema, geht es doch gerade um den Schutz der Eigentumsordnung vor staatlichen Eingriffen (Wiesendahl 1981). Dies weist auf den liberalistischen Optimismus gegenüber den „Marktkräften“ hin, resp. auf die Interessen des aufstrebenden englischen Bürgertums. Trotzdem lehnt Locke Wohlfahrtspolitik nicht grundsätzlich ab, allerdings nur im Sinne „religiöser Barmherzigkeit“, die Auflagen sind hart (Schmidt 2000).

39 Nur vom Besitzbürger hätte man Mündigkeit, Rationalität und tugendhaftes Verhalten erwarten können (Wiesendahl 1981).

40 „Die liberale Position klassischen Denkens reduzierte von vornherein den Geltungsanspruch der Menschenrechte auf Angehörige des Bürgertums und setzte sich so über naturrechtliche Positionen hinweg, nach denen allen Menschen unabhängig von ihrer jeweiligen gesellschaftlichen und ökonomischen Lage eine unveräußerliche persönliche Würde, Freiheit und Vernunft zustehen“ (Wiesendahl 1981: 40).

41 Um den Kontext seiner Entstehung anzusprechen sei angemerkt, dass dieses im Vorfeld der französischen Revolution, in dem sich das ökonomisch bereits erstarkte Bürgertum Frankreichs angesichts der Reformunfähigkeit und Unbeweglichkeit der französischen Monarchie radikalisierte, entsteht (Pelinka 2004).

42 Gegen das Vertragsmodell (im Sinne von Hobbes) zwischen Herrscher und Beherrschten schreibt Rousseau: „Man wird sagen, daß der Gewaltherrscher seinen Untertanen die bürgerliche Ruhe sichere; (...) Im Kerker lebt man auch ruhig... Die Behauptung ein Mensch verschenke sich unentgeltlich, ist eine unbegreifliche Absurdität; eine solche Handlung ist schon deshalb ungesetzlich und nichtig, weil derjenige, der dies tut, nicht bei gesundem Verstand ist. Wer dies einem ganzen Volke nachsagt, muss es für ein Volk von Verrückten halten: Verrücktheit aber verleiht kein Recht... Auf seine Freiheit zu

Transfer der Souveränität vom Volk zum Staat oder Herrscher, aber auch Repräsentanten sei prinzipiell nicht zulässig, denn die Volkssouveränität sei „unveräußerlich, undelegierbar und unteilbar“. Sobald das Volk seine Souveränität delegiere sei es nicht mehr frei, auch Repräsentation sei „nichts als ein Pfeiler der mittelalterlichen Legitimationslehre“ (Schmidt 2000: 95). Demnach ist Rousseau auch Kritiker des englischen Parlamentarismus seiner Zeit⁴³. Nur auf Basis freier Vereinbarung der Bürger, Selbstverwaltung, resp. direkter Partizipation, kann Herrschaft legitimiert werden (Wiesendahl 1981; Schmidt 2000). Auf die antike Polis zurückgreifend (Pelinka 2004)⁴⁴, sollten die Bürger in einer Volksversammlung selbst zusammentreten, um in freier Abstimmung Gesetze von allen für alle zu erlassen, durch die Identität von Regierenden und Regierten stelle die Befolgung von Gesetzen, die aus dem Allgemeinwillen abgeleitet werden, keine Fremdbestimmung mehr dar (Wiesendahl 1981)⁴⁵. Die Teilnahmerechte der Bürger reichen weit, von Partizipation in Abstimmungen über Gesetze bis hin zu direkter Beteiligung an der Ausübung der Herrschaft⁴⁶. Demnach, und entsprechend dem Postulat der Unteilbarkeit der Volkssouveränität, steht Rousseaus Modell auch gegen das Prinzip der Gewaltenteilung, sie würde zerstückeln, was zusammengehöre. Dennoch sieht auch Rousseaus Modell eine Regierung vor, die den allgemeinen Willen zu vollziehen hat, diese ist allerdings, ebenso wie die gesamte Rechtsordnung, immer eine vom Volk abhängige und ihm rechenschaftspflichtige Kraft (Schmidt 2000)⁴⁷.

Rousseaus Demokratiemodell scheint nur unter Berücksichtigung des ihm zugrunde gelegten Menschenbildes verständlich. Der Mensch ist bei Rousseau im Naturzustand ein schwaches und ängstliches Wesen mit der Neigung zu Mitgefühl, Zusammenarbeit und freier Assoziation, welche ihm im Kampf mit der Natur Vorteile bringt⁴⁸. Im Zivilisationszustand, durch zunehmende Differenzierung, wachsende Ungleichheiten und Abhängigkeiten, das Recht des Stärkeren, Verteidigung des Eigentums und Unterdrückung, werden die menschlichen Beziehungen in die Gegensätze von arm und reich, gebildet und ungebildet, mächtig und rechtlos gezwängt. Dies führt zum Zerfall gemeinsamer Interessen, zur Pervertierung der ursprünglich guten Anlagen des Menschen. Das ursprüngliche menschliche Verhältnis des Mitgefühls verändert sich in eines der Indifferenz, Konkurrenz, Übervorteilung, Rivalität und Streitsucht, wodurch Hass und Verachtung das moralische Bild der Gesellschaft prägen. Der Zustand der Ungleichheiten der sozialen Lagen wird außerdem zur Gewohnheit, zum Sittenkodex, anerzogen, internalisiert und im Interesse der Herrschenden stets reproduziert. Dies bringt Charaktere der Herrschenden und der Geknechteten hervor, führt zu mangelnder Erkenntnisfähigkeit möglicher Freiheit und Emanzipierbarkeit, verhindert die Ausprägung des menschlichen Selbstbewusstseins (Kiss 1977).

*verzichten, heißt auf seine Eigenschaft als Mensch, auf seine Menschenrechte, ja selbst auf seine Pflichten zu verzichten. (...) Es ist also eine nichtige und widerspruchsvolle Übereinkunft, auf der einen Seite eine unumschränkte Macht und auf der anderen einen schrankenlosen Gehorsam festzusetzen. Ist es nicht klar, daß man gegen den, von welchem man das Recht hat, alles zu verlangen, zu nichts verpflichtet ist? Zieht diese einzige Bedingung ohne Entschädigung, ohne Gegenleistung, nicht die Nichtigkeit des Übereinkommens nach sich?“ (Rousseau in *Contrat social* zit. nach Kiss 1977: 31).*

43 „Jedes Gesetz, das das Volk nicht selbst beschlossen hat, ist nichtig; es ist überhaupt kein Gesetz. Das englische Volk glaubt frei zu sein – es täuscht sich gewaltig, es ist nur frei während der Wahl der Parlamentsmitglieder; sobald diese gewählt sind, ist es Sklave, ist es nichts“ (Rousseau in *Contrat Social* zit. nach Schmidt 2000: 96).

44 Jedoch ohne die Diskriminierung der unteren Schichten wie der Sklaven (Kiss 1977).

45 Es scheint evident, dass eine Voraussetzung dafür die Überschaubarkeit, resp. Begrenztheit des Gemeinwesens ist (Wiesendahl 1981; Schmidt 2000).

46 Wobei auch hier angemerkt werden muss, dass die Teilnahmeberechtigten nur Männer sind, bzw. einheimische männliche Bürger (Schmidt 2000; Pelinka 2004).

47 Pelinka (2004) meint, dass sich hier zeige, dass auch für Rousseau letztlich ein Kompromiss zwischen plebiszitären und repräsentativen Elementen unvermeidbar ist.

48 Diese Sichtweise steht im Gegensatz etwa zu jener von Hobbes, bei dem der Mensch des Menschen Wolf ist (Kiss 1977), im Naturzustand kompetitiv und selbstsüchtig ist, im Kriegszustand lebt (Schmidt 2000).

Nachdem es bei Rousseau gerade diese, als widernatürlich und widerrechtlich angesehenen Ungleichheiten (d.h. Machtstellung des Stärkeren durch Reichtum, Privilegien, Ansehen, etc.) im Zivilisationszustand sind, welche die Naturanlagen des Menschen verändern und verfälschen, die natürliche Soziabilität zerstören (Kiss 1977), legt er viel mehr Gewicht auf die politische, aber auch soziale und ökonomische, Gleichheit als die meisten Theoretiker vor ihm (Schmidt 2000). Damit wird eine egalitäre Gesellschafts- und Eigentumsordnung zu einer wichtigen Voraussetzung seines Demokratiemodells (Wiesendahl 1981)⁴⁹.

Die demokratische Staatsverfassung soll nach Rousseau den (primär guten) natürlichen Anlagen des Menschen entsprechen (d.h. frei von persönlichen Abhängigkeiten und Herrschaftsverhältnissen sein) und ihm über einen unmittelbar demokratischen Willensbildungsprozess volle Handlungsfreiheit einräumen⁵⁰. Allerdings ist auch für Rousseau die vertragliche (Selbst-) Bindung der Einzelnen Voraussetzung für das Funktionieren des Gesellschaftskonstrukts. Der Gesellschaftsvertrag wird allerdings nicht zwischen Herrscher und Beherrschten im Hobbes'schen Sinne geschlossen, sondern die Individuen, als freie und gleiche Partner, binden sich im Kollektivinteresse selbst an den „Allgemeinwillen“ (*volunté générale*). Dieser, auch weiter oben bereits erwähnte, Allgemeinwillen ist nicht bloß der Willen der Mehrheit, sondern eine Art Synthese der subjektiven Meinungen. Er entsteht durch den Willensbildungsprozess im permanenten Meinungs austausch ständiger Versammlungen. In diesem Prozess werden sich die (vernünftigen) Einzelnen ihrer gemeinsamen Interessen bewusst, woraus Solidarität resultiert, und der Allgemeinwillen auf die gemeinsame Erhaltung und Wohlfahrt gerichtet wird. Durch den plebiszitären Charakter politischer Entscheidungsverfahren sollte der Allgemeinwille Flexibilität erlangen, sich auf Willensänderungen einstellen können. Die Normen und Gesetze, die aus dem allgemeinen Willen abgeleitet werden, erlangen durchaus Zwangscharakter („Zwang zur Freiheit“), nicht Personen oder Herrschern sollte allerdings Gehorsam geleistet werden, sondern den ohnehin allgemein akzeptierten Normen (Kiss 1977).

An Rousseaus Demokratiemodell wurde u.a. kritisiert, dass es ihm, angesichts der Vorstellung weitgehend konfliktfreier Homogenität und Harmonie der Interessen, zwar nicht an Bürgerrechten, allerdings aber an Grundrechten, etwa Schutz vor potentieller Despotie der Mehrheit und staatlicher Gewalt fehlt. Das Modell kenne keine Sicherungen gegen Verselbstständigung der unbeschränkaren Volkssouveränität (Schmidt 2000). Notwendig zu bedenken scheint hierbei auch, dass Rousseau das methodische Hilfsmittel der Utopie verwendet (Pelinka 2004), dass viele seiner Beschreibungen, etwa die des Naturzustandes, idealisierende Vorstellungen sind, was allerdings nicht die Relevanz der aufgeworfenen Fragestellungen schmälert (Kiss 1977). So konnten etwa Benjamin Barber und andere, bei Entwürfen partizipatorischer Demokratietheorien, etwa in der Kritik am Repräsentationsgedanken des liberalistischen Demokratiemodells, bei Rousseau anknüpfen (vgl. Barber 1994).

49 Für Rousseau ist das bürgerlich-kommerzielle Modell eine schlechte Ordnung des Verfalls, er steht gegen den ökonomischen Lösungsweg liberalistischer Theorie (Schmidt 2000). Dies bedeutet allerdings nicht die Ablehnung von Eigentum an sich (als erarbeitetes Eigentum), sondern die Verurteilung der rechtlichen Möglichkeit zu Anhäufung von Reichtümern und Vermögen (Kiss 1977).

50 Hier zeigt sich die Bedeutung des (positiven) Menschenbildes in Rousseaus Ansatz besonders deutlich. Wird nämlich, im Gegensatz zu zuvor referierten Gesellschaftstheorien, davon ausgegangen „...dass der Mensch »von Natur aus« ein schwaches, hilfloses und auf Zusammenarbeit angelegtes Wesen ist, so kann man radikale Emanzipation fordern, ohne dabei fürchten zu müssen, daß die in Freiheit versetzten Individuen die Existenz und Einheit der Gesellschaft gefährden“ (Kiss 1977: 26).

2.3. Unterschiedliche Ansätze politischer Partizipation im 20. Jahrhundert

Während im vorigen Abschnitt exemplarisch zwei konträre Demokratietheorien, in Bezug auf die Rolle der politischen Partizipation, dargestellt wurden, sollen hier zwei unterschiedliche Verständnisse politischer Partizipation in zwei verschiedenen demokratietheoretischen Ansätzen des 20. Jahrhunderts vorgestellt werden. Aufgrund der Mannigfaltigkeit von Demokratietheorien muss die Dichotomie der folgenden Darstellung als grobe Einteilung, vielleicht im Sinne von Idealtypen, verstanden werden, keinesfalls aber als Beschreibung überall tatsächlich vorzufindenden Bipolarität des Partizipationsverständnisses⁵¹.

Eine kurze Bemerkung vorweg zum Kontext, innerhalb dessen die Demokratietheorien des 20. Jh.'s entstanden. Der politische, ökonomische und soziale Hintergrund ist (offensichtlich) ein gänzlich anderer als jener, vor dem sich klassische Demokratietheorie die Jahrhunderte davor entwickelte. Zwei Besonderheiten dieses Kontexts seien hier in aller Kürze erwähnt. Erstens hinterließen die Erfahrungen mit der Etablierung faschistischer Terror-Regimes, sowie der Entwicklung des Stalinismus, in der Theoriebildung ihre Spuren. Demokratie wurde demnach als eine ständig bedrohte Ordnung verstanden. Zweitens ist der Einfluss der Entwicklung der empirischen Wahlforschung (im Zuge der generellen Entwicklung der empirischen Sozialforschung) seit den 1940er Jahren zu erwähnen⁵². Diese zeichnete ein (empirisch abgeleitetes) Bild des Wählers/ der Wählerin, welches der demokratietheoretischen Leitvorstellung des *Homo politicus* zuwider zu laufen schien⁵³. Die zwei hier vorzustellenden Ansätze verarbeiten diese Krisensituationen für die Demokratietheorie, offensichtliche Diskrepanzen zwischen (normativen) Sollzuständen und (realen) Gegebenheiten, auf unterschiedliche Art. Während es im „realistischen“ Ansatz eher um die Revision der Theorie geht, nachdem die bisherige Theorie und ihre Idealvorstellungen nicht realisierbar schienen, geht es im „normativen“ Ansatz eher um die Revision der Praxis, nachdem etwa auch in der demokratietheoretischen Klassik die positive Entfaltung des Menschen in Abhängigkeit der Entwicklung verschiedener sozialer Bedingungen gesehen wurde, die bislang nicht oder unzureichend erfüllt wurden (Wiesendahl 1981)⁵⁴.

2.3.1. Das „Instrumentelle Partizipationsverständnis“

Das „instrumentelle Partizipationsverständnis“ findet sich im so genannten „empirischen“ oder „realistischen“ demokratietheoretischen Ansatz (Hoecker 2006), welcher, wie bereits angesprochen, keine in sich geschlossene Theorie darstellt, sondern welchem vielmehr verschiedene Demokratietheorien zugeschrieben werden können (Wiesendahl 1981). Beispiel dafür ist etwa der

⁵¹ Angemerkt sei, dass aus den verschiedenen Demokratietheorien des 20. Jahrhunderts im Hinblick auf politische Partizipation durchaus mehr als zwei Ansätze extrahiert werden könnten. Bettina Lösch schlägt beispielsweise die Hinzufügung eines dritten Ansatzes vor: „Prozedurale Demokratietheorien“, darunter etwa die „Deliberative Demokratietheorie“ (Lösch 2005). Für die hier intendierte Allgemeinheit der Beschreibung scheint die Zweiteilung ausreichend.

⁵² Die empirische Wahlforschung stellt auch einen Anfangspunkt der empirischen Partizipationsforschung dar, auf welche in einem späteren Abschnitt genauer eingegangen werden soll.

⁵³ „Nach den ersten amerikanischen Wahlstudien der 40er und 50er Jahre handelt der Wähler alles andere als rational. Berelson, Lazarsfeld und McPhee zeichnen die Konturen des Wählers wie folgt: Seine Teilnahmemotivation ist schwach ausgebildet, er ist schlecht informiert, nicht besonders vernunftbestimmt und handelt nicht nach hohen Prinzipien, sondern aufgrund sozialer Verwurzelung. Er zeichnet sich durch „Gleichgültigkeit“ gegenüber der Politik aus“ (Wiesendahl 1981: 44).

⁵⁴ Wiesendahl meint außerdem, dass dieser (weiterhin idealtypisch gemeinten) demokratietheoretischen Teilung verschiedene epistemologische Positionen in den Sozialwissenschaften entsprechen. „Empirisch-exakte“ Wissenschaftsposition (mit der empirischen Sozialforschung) auf der „realistischen“ Seite, „kritisch-reflexive“ Wissenschaftsposition (etwa Kritische Theorie) auf der anderen Seite (Wiesendahl 1981).

Ansatz von Joseph A. Schumpeter. Bei ihm wird Demokratie zu einer Methode der Ordnung, in welcher politische Entscheidungsbefugnis im Konkurrenzkampf um die Stimmen des Volkes erworben wird. Die Partizipation des Volkes geht dabei über den Wahlakt nicht hinaus. Die von ihm in periodischen Wahlen bestimmten VertreterInnen sind zudem nicht an Aufträge gebunden, denn Funktion der Wahlen ist nicht die Durchsetzung von Interessen der WählerInnen, sondern die Hervorbringung einer Regierung. „*Demokratie ist nach diesem Verständnis somit nicht Herrschaft des Volkes, sondern Herrschaft der Politiker mit Zustimmung des Volkes*“ (Hoecker 2006: 4).

Ein Hauptgrund für die, hier anhand von Schumpeter dargestellte, marginale Rolle der BürgerInnen in derartigen Demokratiekonzeptionen ist darin zu finden, dass ihnen, im Gegensatz zu den klassischen Demokratietheorien, äußerst wenig politische Kompetenz zugetraut wird. Für Schumpeter etwa sind mündige BürgerInnen weitgehend Fiktion, er attestiert ihnen „geringen Wirklichkeitssinn“ und „wenig ausgeprägtes Verantwortungsgefühl“ in politischen Angelegenheiten (Hoecker 2006: 5)⁵⁵. Im „realistischen“ Ansatz werden DurchschnittsbürgerInnen generell eher skeptisch betrachtet, als politisch irrational, unberechenbar, aber auch desinteressiert eingestuft, der *Homo politicus* sei lediglich in einer kleinen politischen Schicht jeder Gesellschaft präsent (Wiesendahl 1981)⁵⁶. Die politische Passivität, resp. Apathie der „Masse“ sei nicht Ergebnis bestimmter sozialer oder politischer Kontexte, sondern etwas Grundsätzliches, mitunter Erforderliches, denn in ihr drücke sich Zufriedenheit, bzw. passive Zustimmung zum politischen System aus. Lediglich in Grenzsituationen, wie etwa massiven Protests, würde sich dies ändern, allerdings nicht zum Positiven, was unter der Prämisse des stark pessimistischen Bildes der BürgerInnen evident scheint. Im „realistischen“ Demokratieansatz stellt allgemeine Politisierung eine Gefahr für das demokratische System dar, ein hohes Maß an politischer Partizipation wird zur Bedrohung der Stabilität⁵⁷. Demnach wird politische Partizipation möglichst auf repräsentativ-demokratische Formen begrenzt, insbesondere Wahlen, ihr Konzept wird eher auf ein formales Verständnis, auf eine Methode reduziert, sie wird Mittel zum Zweck des Funktionierens, der Legitimation und Stabilität des Systems (Wiesendahl 1981; Hoecker 2006).

Während im „normativen“ Ansatz die Fragen nach Verwirklichungsmöglichkeiten menschlicher Grundrechte wie Freiheit oder Gleichheit (die normativen Anliegen klassischer Demokratietheorie) in den Hintergrund treten, gelangen Fragen nach den Funktionsvoraussetzungen des demokratischen Systems ins Zentrum der Aufmerksamkeit (Wiesendahl 1981), die Sorge um die Stabilität steht dabei im Vordergrund (Hoecker 2006)⁵⁸.

⁵⁵ Der „typische Bürger“ fällt für ihn „...auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung, sobald er das politische Gebiet betritt“ (Schumpeter 1950: 416 zit. nach Hoecker 2006: 5).

⁵⁶ Demnach argumentierten etwa Almond und Verba in der Studie „The Civic Culture“, dass ein politisches System viel mehr passive als aktive BürgerInnen geradezu brauche, um erfolgreich zu sein (vgl. Booth/ Seligson 2009).

⁵⁷ „Wie könnte eine Massendemokratie funktionieren, wenn alle Leute an der Politik größten Anteil nehmen würden? Mangelndes Interesse einiger Leute hat also auch seine Vorteile“ (Berelson et al. 1975: 50 zit. nach Wiesendahl 1981: 63). „Wir wissen ja heute, daß das Maximum etwa an politischer Aktivierung aller Bürger nicht auch das Optimum, daß es eher ein Krisensignal als ein Zeichen für stabile demokratische Verhältnisse ist“ (Dahrendorf 1968: 79 zit. nach Wiesendahl 1981: 62). „Ein gewisses, recht erhebliches Maß an politischer Teilnahmslosigkeit kann also mit durchaus stabilen marktrationalen Verhältnissen zusammengehen. Übersetzen wir diese Erkenntnis in ein Werturteil, so können wir auch sagen, Nichtteilnahme sei innerhalb gewisser Grenzen nicht nur tragbar, sondern geradezu wünschenswert“ (Dahrendorf 1975: 77 zit. nach Wiesendahl 1981: 62-62).

⁵⁸ Damit hat der „realistische“ Ansatz „...das Zielmaximierungsmodell klassischen Denkens mit einem analytischen Systemüberlebensmodell ausgetauscht“ (Wiesendahl 1981: 61-61).

Aus der Annahme der geringen politischen Kompetenz des Volkes, sowie deren geringer Engagementbereitschaft, folgt die Annahme der funktionalen Notwendigkeit der Übernahme des Politischen durch aktive Minderheiten. Hier zeigen sich Verknüpfungen des „realistischen“ Demokratieansatzes mit der Elitentheorie⁵⁹, sie unterscheiden sich allerdings insofern, als dass im „realistischen“ Ansatz die Eliten gegenüber den Massen „offen“ zu sein haben (im Sinne der sozialen Mobilität etwa) und die Eliten miteinander in Konkurrenz stehen sollten, indem sie sich periodisch dem Votum der WählerInnenschaft stellen (Elitenzirkulation und demokratische Legitimation). Das Prinzip des politischen Wettbewerbs der Eliten ist gleichzeitig als Analogie zur liberalen Markttheorie zu verstehen, denn auch hier wird davon ausgegangen, dass die Konkurrenz ein Maximum an kollektivem Nutzen bringt (Wiesendahl 1981; Hoecker 2006)^{60, 61}. Insofern ist der Anspruch der Ideologiefreiheit, den der „realistische“ oder „empirische“ demokratietheoretische Ansatz erhebt, wohl als ebenso unrealistisch zurückzuweisen, wie dieser Ansatz es seinerseits der klassischen Idee der Volkssouveränität vorwirft (Wiesendahl 1981).

2.3.2. Das „Normative Partizipationsverständnis“

Das „normative Partizipationsverständnis“ findet sich im sog. „normativen“ demokratietheoretischen Ansatz. Dieser wird mitunter als bewusste Alternative zum zuvor beschriebenen demokratietheoretischen Realismus verstanden.

Auf wissenschaftstheoretischer Ebene ist ein Hauptkritikpunkt am „realistischen“ Ansatz die von diesem postulierte Objektivität und Werturteilsfreiheit, für die Demokratietheorie sei es durchaus notwendig Sollaussagen und Werturteile zu formulieren, sie könne sich nicht auf die Analyse des „Messbaren“ beschränken. Trotz (damit offensichtlich werdenden) Rückgriffen auf normative Ursprünglichkeiten klassischer Demokratietheorie übernimmt der „normative“ Ansatz diese nicht, sondern entwickelt eigene Problemverständnisse und Denkpositionen (Wiesendahl 1981)⁶².

59 Die Elitentheorie, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jh.'s entstand, negiert das Kredo vom gleichen und mündigen Menschen von vornherein. Teilung der Gesellschaften in herrschende Elite und beherrschte Masse sei unvermeidbar, Volksherrschaft sei unrealistisch und allenfalls als Legitimationsformel dienlich. Das Prinzip der Elitenherrschaft innerhalb des „realistischen“ Demokratieansatzes kommt am stärksten in der „Theorie demokratischer Elitenherrschaft“ zum Ausdruck (Wiesendahl 1981).

60 Die Marktanalogie innerhalb des „realistischen“ Ansatzes kommt wohl am stärksten in der „ökonomischen Theorie der Demokratie“ zum Ausdruck (Wiesendahl 1981).

61 *„In dem Sinne ist Konkurrenz kein ursprünglich demokratisches Prinzip, sondern Kerngedanke des Liberalismus“ ...„Die Konkurrenzdemokratie ist die Übertragung des liberalen Glaubens an die Selbststeuerungsfähigkeit einer freien Marktwirtschaft auf die Demokratie im 20. Jahrhundert. Hinter dem Konkurrenzgedanken steht in der Tendenz ein Entpolitisierungskonzept von Demokratie. Es geht ihm nicht um den Kampf um Freiheiten, um Realisation gesellschaftlicher Gleichheit gegen den Widerstand von mächtigen und privilegierten Gruppen, sondern es geht ihm um die Konkurrenz von Interessen privilegierter Minderheiten, die unter sich einen Interessensausgleich durch Kompromisse herzustellen bereit sind. Damit wird aber ein wesentliches Element der Demokratie aufgegeben. Mehrheitsinteressen wollen gegen den Widerstand von privilegierten Minderheiten durchgesetzt sein und nicht auf der Basis ihrer Zustimmung“* (Wiesendahl 1981: 91).

62 *„Die rein normative Ebene darf nicht, wie im klassischen Denken, eine eigene Wesenheit ohne Praxisbezug entfalten; genausowenig darf sie die Sollebene (wie im empirischen Denken) auf die reine Faktizität von Herrschaftsverhältnissen beschränken.“* (Wiesendahl 1981: 97).

So greift etwa die Theorie partizipatorischer Demokratie auf Prinzipien der Klassik, wie Mündigkeit, Selbstentfaltung, Freiheit von Zwang oder Teilhabe an Herrschaft auf und findet in der Partizipationsnorm ein praxisnahes Prinzip für die Annäherung an diese Ziele. Im Versuch eines praxisnahen Zugangs ist ein wesentlicher Unterschied zur Abstraktheit klassischen Denkens zu sehen. Weitere Unterschiede sind etwa die Universalisierung des Partizipationsrechts oder die Revidierung der Trennung in politische und unpolitische Partizipation, die als äußerlich angesehen und abgelehnt wird (Wiesendahl 1981).

Beherrschung des Menschen durch den Menschen stellt im „normativen“ Ansatz nicht etwas Unvermeidbares oder Funktionales dar, wie im „realistischen“ Ansatz, sondern einen Grundwiderspruch zu ihrer unveräußerlichen Würde, Mündigkeit und Autonomie, den es aufzulösen gelte (Wiesendahl 1981)⁶³. Im Zentrum steht die Frage nach der Verwirklichung von Volkssouveränität, das Ziel der tatsächlichen Selbstbestimmung des Volkes (Hoecker 2006). Dies bedeutet im praxisnahen Bezug nicht die Ablehnung jeglicher Herrschaft, sondern die Forderung, über Beteiligung und Mitbestimmung aller BürgerInnen an den Herrschaftsakten die sie betreffen, dem Ziel der Selbstbestimmung näher zu kommen (Wiesendahl 1981). Die Partizipationsforderung geht damit über eine oftmals sehr begrenzt definierte politische Sphäre hinaus und wird für breite gesellschaftliche Bereiche erhoben, nachdem beispielsweise gerade der ökonomische Bereich die Herrschaftsstrukturen wesentlich beeinflusst (Wiesendahl 1981; Hoecker 2006).

Anhand der Theorie partizipatorischer Demokratie wird deutlich, wie im normativen Ansatz direktdemokratische (gegenüber repräsentativen) Formen der Partizipation aufgewertet werden⁶⁴. Repräsentative Formen werden dabei nicht verworfen, letztlich ist im normativen Ansatz die Substanz der Ergebnisse demokratischer Verfahren wichtiger als die konkrete Methode. Demnach muss „...*die Entscheidungsbildung in der Demokratie vom Volk soweit selbst getragen werden, daß seine Interessen und Bedürfnisse Gegenstand dieser Entscheidungen bilden*“ (Wiesendahl 1981: 102).

Politische Apathie wird nicht als natürlicher Wesenszug des Menschen akzeptiert, sondern als Produkt der Herrschaftsverhältnisse angesehen, als essentiell für die Reproduktion derselben (Wiesendahl 1981). Das Volk wird generell als durchaus politisch kompetent angesehen, gerade *durch* die Prozesse der Partizipation werden notwendige Kenntnisse und Fähigkeiten, Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwesen erworben. Politische Partizipation ist damit zwar auch Mittel zum Zweck, funktionales politisches Instrument⁶⁵, aber auch Ziel und Wert an sich (Hoecker 2006). Sie besitzt Eigenwert weil sie Teil des sozialen (etwa politischen und moralischen) Lernens der BürgerInnen darstellt, also einen integralen Bestandteil des sozialen Lebens an sich bildet. Engagement für Politik und Mitwirkung an Entscheidungsprozessen befriedigt außerdem psychische Bedürfnisse, sie bilden den Schlüssel zur Selbstverwirklichung des Menschen (Wiesendahl 1981; Hoecker 2006).

Die Kritik, mit der sich das normative Partizipationsverständnis konfrontiert sieht, bezieht sich beispielsweise auf die Unterstellung allgemeiner Partizipationsbereitschaft, etwa mit dem Hinweis

63 Demokratisierung wird als historischer Prozess der Emanzipation der Menschen verstanden. Demokratie sei bislang nirgends vollkommen realisiert worden und würde es auch nicht, ohne weiterhin errungen zu werden (Wiesendahl 1981). Hierzu ist etwa anzumerken, dass die Exklusion großer Teile der Gesellschaften von politischer Partizipation eine Konstante in der Demokratiegeschichte darzustellen scheint. Während einige Trennlinien zwischen Inklusion und Exklusion aufgehoben wurden, blieben andere bestehen oder entstanden neue. Gegenwärtig, in Zeiten erhöhter globaler Mobilität, fällt besonders stark auf, wie, durch das auf Staatsbürgerschaften basierende Recht auf politische Teilnahme, bedeutende Exklusionslinien durch Gesellschaften gezogen werden. Wallerstein meint, dass sich das Konzept der Souveränität des Volkes basierend auf Nationalstaaten und Staatsbürgerschaften schnell von einem Konzept der Inklusion in eines der Exklusion verwandelte (Wallerstein 2006).

64 „*Der partizipatorische Demokratiebegriff zielt auf ein Mischverhältnis von direkt und indirekt demokratischen Elementen. Mehr Partizipation, das heißt mehr direkte Demokratie, das heißt Zurückdrängung des (indirekt demokratischen) Repräsentationsgedankens. Mehr Partizipation, das heißt Stärkung der plebiszitären gegenüber der repräsentativen Komponente in einer Demokratie. Mehr Partizipation bedeutet die Aufforderung, trotz der harten Notwendigkeit politischer Arbeitsteilung das utopische Kernelement der Demokratie nicht außer acht zu lassen: die Selbstbestimmung eines Volkes von Gleichen*“ (Pelinka 1976: 38 zit. nach Wiesendahl 1981: 104).

65 „...*Letzten Endes vermag keine Gesellschaft die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu erkennen und sich auf sie einzustellen, ohne daß sie die Mitglieder selbst an der Gestaltung und Veränderung ihrer Struktur beteiligt...*“ (Etzioni 1975: 633 zit. nach Wiesendahl 1981: 106).

auf schichtspezifische Partizipationsschranken⁶⁶. Das hohe Niveau an Arbeitsteilung und Rollendifferenzierung in modernen Gesellschaften sei unvereinbar mit dem normativen Verständnis hoher Beteiligungsraten. Diese seien dysfunktional, hätten krisenhaften und stabilitätsgefährdenden Gehalt und bergen die Gefahr totalitärer Folgeerscheinungen in sich (Wiesendahl 1981).

66 Die soziale Ungleichverteilung der Partizipationschancen ist ein Thema, das in einem folgenden Kapitel über die Empirie politischer Partizipationsforschung behandelt werden wird. Es ist eine Problematik mit der sich der normative Ansatz durchaus auseinandersetzt, wird allerdings nicht als unveränderbare empirische Tatsache akzeptiert. Vielmehr geht es darum, die Ursachen der ungleichen Chancen politischen Engagements, also etwa extreme ökonomische Ungleichheiten, zu beseitigen (Wiesendahl 1981). Damit scheint noch einmal klar zu werden, dass das normative Partizipationsverständnis dem gegenwärtig dominanten politischen und ökonomischen System notwendigerweise kritisch gegenübersteht, dass in ihm gesellschaftliche Strukturveränderungen angelegt sind.

3. Entwicklungspolitik und politische Partizipation

Entwicklungstheoretische Konzepte und entwicklungspolitische Praxis scheinen hier vor allem in Hinblick auf den gesellschaftlichen Kontext des Ziellandes der vorliegenden Arbeit interessant. Die Thematik der politischen Partizipation in der Entwicklungstheorie und -politik weist in vielerlei Hinsicht Parallelen mit zuvor erläuterten, demokratietheoretischen Fragen auf, hat aber auch ihre eigenen Schwerpunkte. Dies soll hier – in aller Kürze – behandelt werden.

Seit sich ab den 1940er Jahren Entwicklungstheorie und -politik etablierten, stand die Förderung wirtschaftlichen Wachstums, auch innerhalb verschiedener Paradigmen, dabei weitgehend im Vordergrund⁶⁷. Das Primat des ökonomischen Wachstums bedeutete für die Frage nach politischer Partizipation, dass ihr – wenn überhaupt – eine sekundäre Rolle zufiel. Den entwicklungstheoretischen Diskurs und die Entwicklungspolitik des „Westens“ dominierte bis in die 1970er Jahre das Paradigma der Modernisierungstheorie. Das Modell der marktwirtschaftlichen „westlichen“ Länder wurde dabei als Modernität und Leitbild für die Zielländer der Entwicklungspolitik verabsolutiert, demgemäß sollte eine Art Schablone westeuropäischer Entwicklungsgeschichte auf diese Länder übertragen werden⁶⁸. Das Modell sah vor, dass es, ausgehend von ökonomischer Entwicklung, zu Industrialisierung, Urbanisierung, Alphabetisierung, etc. kommen sollte, im Endeffekt auch zu sozialer Mobilisierung, politischer Partizipation und Demokratisierung. Die letzteren Aspekte wurden allerdings eher als ferne Endprodukte denn als genuine Elemente des (primär ökonomisch verstandenen) Entwicklungsprozesses angesehen. „Frühzeitige“ politische Emanzipation wurde bei einigen AutorInnen zum Hindernis oder zur Gefahr für den Prozess der Entwicklung, autoritäre Regimes demnach als notwendig oder wünschenswert erachtet (Menzel 1992; Nohlen 1993; Berg-Schlosser/ Kersting 2000; Spanger/ Wolff 2003). „*Jeder Grad an Freiheit wird mit etwas Verlangsamung der Entwicklung, jeder Grad an Beschleunigung mit etwas Verlust an Freiheit bezahlt*“ (Löwenthal zit. nach Nohlen 1993: 556). Bei Huntington drückt sich die Sorge um die Stabilität bei „exzessiver“ politischer Partizipation aus, er meinte, dass „...*citizens might participate in politics to such an extent that their demands and protests could overwhelm an emerging political system's institutions and thus lead to its decay and breakdown...*“ (Booth/ Seligson 2009: 19). Diese Vorstellungen lieferten im Kalten Krieg die Rechtfertigung dafür, verbündete autoritäre und despotische Regimes

67 Konzepte um Wirtschaftswachstum zu erreichen wurden etwa neoklassisch, keynesianisch, neomerkantilistisch oder auch sozialistisch formuliert (Menzel 1992).

68 Basierend auf der klassischen Nationalökonomie (aber auch Klassikern der Soziologie) wurden die Gesellschaftsstrukturen (wie auch Bewusstseinsstrukturen) in den Zielländern der Entwicklungspolitik als traditionell und „unterentwickelt“ verstanden, bzw. als die wesentlichen Hindernisse für weitgehende Modernisierung. Dies weist darauf hin, dass die als Rückständigkeit angesehenen sozialen Verhältnisse in den „Entwicklungsländern“ auf endogene Faktoren zurückgeführt wurden. Von außen sollte nun ein gesellschaftlicher Wandel insofern angestoßen werden, als dass den „modernisierungswilligen“ Kräften freie Bahn verschafft werden sollte. Diese Kräfte waren freilich die ökonomischen Akteure, denn Modernisierung bedeutete primär Wirtschaftswachstum, welches zudem nur über die kapitalistische Marktwirtschaft zu erreichen sei. Wohlstandszuwächse zunächst vor allem bei den oberen Schichten, resp. ungleiche Einkommensverteilungen wurden generell positiv gewertet, denn diese sollten zur notwendigen Konzentration der vorhandenen Ressourcen in einem modernen industriellen Kern führen. Nach dem Prinzip des *Spread and Trickle Down* würde sich das Wachstum sukzessive auch in den traditionellen und ländlichen Raum ausbreiten und so langfristig auch den unteren Einkommensschichten zugute kommen. Wenngleich nach dem Zweiten Weltkrieg, angesichts der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, der Keynesianismus die Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungstheorie des „Westens“ stark beeinflusste, wenngleich also auch in der Entwicklungspolitik mitunter starke Hoffnungen auf (begrenzte) staatliche Eingriffe gesetzt wurden – etwa bei der Importsubstitutionsindustrialisierung – (Menzel 1992) zeigt sich vor allem im Prinzip des *Trickle Down* eine Kernthese des klassischen Wirtschaftsliberalismus, die bereits auf Adam Smith zurückgeht (Kiss 1977). Die generell positive Rolle einer ungleichen Einkommensverteilung findet sich auch in neoliberaler Theorie, etwa bei Milton Friedman (Friedman 1984).

zu unterstützen, während Demokratisierungsforderungen als ideologische Waffe gegen mit der Sowjetunion verbündete Entwicklungsländer eingesetzt wurden (Spanger/ Wolff 2003; Menzel 1992). Sie rechtfertigten außerdem die (mitunter militärischen) Interventionen gegen die soziale Mobilisierung in Entwicklungsländern, oder auch gegen demokratisch gewählte Regierungen in diesen, welche die Machtfrage stellten und im Sinne eines umfassenden Partizipationsbegriffs (ökonomisch und politisch) strukturelle Veränderungen im Herrschaftssystem und soziale Umverteilung forderten (Nohlen 1993). Dies macht im Besonderen deutlich, was auch im Allgemeinen angemerkt werden muss, dass Entwicklungspolitik immer (auch) Interessens- und Machtpolitik war und ist⁶⁹. Deutlich wird dies auch etwa an den vielfältigen politischen Konditionalitäten, welche über universelle Menschenrechte hinausgehen und unter Androhung des Entzugs von Subsidien etwa die Durchsetzung bestimmter politischer Organisationsprinzipien erzwingen. Das von Interessen geleitete Moment scheint sich an deutlichsten in den ökonomischen Konditionalitäten auszudrücken, welche seit jeher die Entwicklungspolitiken begleiten (Nuscheler 1996).

In den 1980er Jahren wurde den Entwicklungsländern, die im Zeichen der sich für sie verschärfenden Schuldenkrise vermehrt in die Rolle internationaler Bittsteller gedrängt wurden, unter den damals die internationale Entwicklungspolitik dominierenden Strukturanpassungsprogrammen, eine besonders lange Liste von haushalts-, finanz-, handels- und arbeitsmarktpolitischen Konditionalitäten auferlegt. Diese stellten, unter massiver Einschränkung der jeweiligen Souveränität, weitreichende Eingriffe in die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen der betreffenden Länder dar. Inhaltlich sind die Strukturanpassungsprogramme als Ausdruck einer Renaissance der Idee des *Trickle Down*, sowie des Aufschwungs des Neoliberalismus in den Wirtschaftswissenschaften zu verstehen⁷⁰. Sie zielten vor allem auf die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit, etwa durch Streichung von Subventionen (z.B. für Grundnahrungsmittel) oder Kürzung von öffentlichen Dienstleistungen (v.a. Bildung, Gesundheit, Energie, Transport), sowie auf schnelles Wachstum durch Entstaatlichung der Wirtschaft und Privatisierung, Investitionsanreize für Privatkapital, Umverteilung nach oben, Liberalisierung und Deregulierung der Märkte, also Öffnung der Ökonomien gegenüber dem Weltmarkt, Exportorientierung,

69 „Seit es Entwicklungspolitik gibt, wird nach den hinter den amtlichen Erklärungen versteckten Interessen geforscht. Weitgehende Übereinstimmung besteht darüber, daß die Geberländer mit Entwicklungshilfe handfeste politische und wirtschaftliche Eigeninteressen und allenfalls auch, aber nicht vorrangig, ein originäres »Entwicklungsinteresse« verfolgen. Die marxistischen Imperialismuskritiker hatten diese Sichtweise polemisch zugespitzt: Sie konnten in der Entwicklungshilfe immer nur »Hilfe zur Unterentwicklung« erkennen. Ganz verschwunden ist diese Fundamentalkritik nicht, auch wenn das marxistische Vokabular nicht mehr en vogue ist“ (Nuscheler 1996: 361). „Die nationalstaatlichen Interessen schlagen mittels Stimmrechten auch dort durch, wo sie sich hinter internationalen Firmenschildern verstecken [sic]: in den internationalen Finanzorganisationen (IWF, Weltbank, regionalen Entwicklungsbanken)“ (Nuscheler 1996: 360).

70 Zu erwähnen ist, dass die neoliberale Phase ab den 1980er Jahren einer kurzweiligen Wende im Mainstream der internationalen Entwicklungspolitik in den 1970ern folgte. Hier wurde, angesichts ausbleibender Erfolge bisheriger Konzepte, die reine Wachstumsfixierung und Annahme des *Trickle Down* vermehrt in Frage gestellt und gelockert. Mit der „Grundbedürfnisstrategie“ wurde etwa die Bekämpfung der absoluten Armut explizites Thema. Investitionen im sozialen Bereich und Maßnahmen der Umverteilung wurden ermöglicht. Zu den Grundbedürfnissen wurden auch immaterielle Bedürfnisse wie Bildung oder politische Partizipation gezählt (Nikisianli 2009; Spanger/ Wolff 2003). Diese kurzfristige Wende ist auch im Zusammenhang mit einer Reihe weiterer Phänomene zu sehen; Entspannungspolitik im Ost-West Konflikt, letzte Entkolonisierungswelle und Verschiebung von Stimmajoritäten in den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen, relativ starke Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer und nicht zuletzt das Aufkommen der Dependenztheorie aus Lateinamerika als neues Paradigma. In der Dependenztheorie wird der Akzent der Erklärung der Entwicklungsproblematik auf exogene Faktoren verlagert. Nicht fehlende oder geringe Modernisierung wurde als Hauptursache angesehen, sondern ein Prozess der gesellschaftlichen Deformation, welcher durch Kolonisierung und andauernde externe Durchdringung, sowie die zwangsweise Einbindung in den Weltmarkt eingeleitet wurde. Auch nach Ende des Kolonialismus konnten sich die so erzeugten Abhängigkeiten durch die weltwirtschaftlichen Strukturen perpetuieren (Menzel 1992).

etc.⁷¹. Dies bedeutete, dass Armutsbekämpfung und andere soziale Anliegen, welche in den 1970er Jahren vermehrt Eingang in die Entwicklungspolitik gefunden hatten, wieder in den Hintergrund gedrängt wurden. Gleichzeitig wurden partizipative Ansätze wieder verworfen, Demokratisierung hintangestellt und mitunter diktatorische Regimes in der letzten Phase des Kalten Krieges offen unterstützt (Enzi 2004; Spanger/ Wolff 2003; Nohlen 1993; Menzel 1992).

Das Ausbleiben der propagierten Erfolge der Strukturanpassungsprogramme (hinsichtlich des Wirtschaftswachstums ebenso wie hinsichtlich einer nachhaltigen Schuldensituation), die stark negativen sozialen Auswirkungen mit denen diese verbunden waren und die wachsende Kritik daran⁷², führte nach und nach wieder zu programmatischen Änderungen in den Konzeptionen der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank, welche mittlerweile zu den zentralen internationalen, entwicklungspolitischen Akteuren avanciert waren. Zu Beginn der 1990er wurde beispielsweise einerseits an den rigiden Strukturanpassungen festgehalten, auf der anderen Seite stand allerdings eine Rückbesinnung auf armutsorientierte Interventionen, welche die sozialen „Kosten“ der neoliberalen Politik abfedern sollten⁷³. Auch soziopolitischen Fragen, etwa nach politischen Armutursachen, schlechter Regierungsführung, Demokratie oder politischer Partizipation kommt nun (wieder) verstärkte Aufmerksamkeit zu (Spanger/ Wolff 2003)⁷⁴.

Das neue entwicklungspolitische Programm der PRSP (*Poverty Reduction Strategy Papers*), welches von IWF und Weltbank vor dem Hintergrund der Millenniums-Ziele der Vereinten Nationen im Jahr 1999 beschlossen wurde, stellt konzeptuell eine weitgehende Abkehr von bisherigen Programmen, vor allem von jenen der strukturellen „Anpassung“ dar. Die PRSP sollten ab nun Grundlage für Schuldenerlässe, Budgethilfen und weitere Kredite bilden. Unter dem neuen Programm sollten sich alle bi- und multilateralen Geber versammeln (*Geberharmonisierung*), sie sollten also ihre Leistungen an die Ausarbeitung, Annahme und Umsetzung der PRSP in den jeweiligen Ländern knüpfen. Die Armutsbekämpfung sollte mit den PRSP in den Vordergrund rücken, ihr sollte sich alles unterordnen, auch das ökonomische Wachstum (*Pro-Poor Growth*). Als weitere Prinzipien der PRSP galten *Good Governance* (Demokratisierung, Menschenrechte und Eindämmung der Korruption), *Ownership* (die jeweiligen Staaten sollten ihre eigenen PRSP selbst

71 Diese neoliberalen Rezepte drängten nicht nur die dependenztheoretische Seite entwicklungspolitischer Diskussion zurück, sondern auch den Keynesianismus. Der Aufschwung des Neoliberalismus und letztlich seine Dominanz in den Wirtschaftswissenschaften beeinflusst ab dieser Phase nicht nur den entwicklungstheoretischen Zusammenhang, sondern das Weltsystem als Ganzes (Wallerstein 2006).

72 Die Weltbank selbst nannte die 1980er Jahre ein „Verlorenes Jahrzehnt“ (Menzel 1993).

73 Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen standen sich so evidenterweise oftmals sehr widersprüchlich gegenüber (Spanger/ Wolff 2003).

74 Auch auf der Projektebene treten nun Ansätze wieder hervor, welche die Partizipation der „Zielgruppe“ bei Zielformulierung, Durchsetzung und Evaluation einfordern. Die Partizipation auf Projektebene soll sich außerdem positiv auf die politische Partizipation auswirken, soll auch außerhalb des Projekts zu „Empowerment“ führen – im Sinne von Ermächtigung sich zu artikulieren, zu assoziieren und so Kontrolle über Ressourcen und das eigene Leben zu erhalten. Bei letzterem Punkt ist allerdings ein entscheidender Unterschied in verschiedenen Konzeptionen von Partizipation in Projekten zu konstatieren; wird sie als Mittel zum Zweck der Erreichung eines bestimmten Entwicklungsziels angesehen, oder selbst als Ziel dieser Entwicklung im Sinne von sozialer und politischer Emanzipation und dem beschriebenen „Empowerment“? Der Hinweis auf diese Unterscheidung scheint essentiell, denn Partizipation als Mittel zum Zweck kann alleine aus Effizienzgründen vorteilhaft erscheinen, etwa um auf lokales Wissen und die Unterstützung der lokalen Bevölkerung zurückgreifen zu können. Partizipation als Mittel zum Zweck kann zwar auch auf Umverteilung von Macht und Ressourcen abzielen (etwa hinsichtlich der Mittel die aus der Entwicklung frei werden), kann aber ebenso vorbei an bestehenden Herrschaftsverhältnissen die Delegation von Aufgaben und Verantwortungen erleichtern und so mächtigen Eliten durchaus entgegenkommen (Nikisianli 2009; Chambers 2001; Chambers 2007; Oakley 1995; Oakley/ Clayton 2000).

erstellen) und *Partizipation* (die Strategien sollten unter „breiter gesellschaftlicher Partizipation“ erarbeitet, umgesetzt und evaluiert werden)⁷⁵.

Wenngleich in manchen Ländern durchaus Partizipationsprozesse in Gang gesetzt wurden, sah das Programm in keiner Weise vor, wie weit die Partizipation gehen sollte und vor allem nicht in welcher Form die dabei formulierten Forderungen sich in den, von den Regierungen auszuarbeitenden, PRSP wiederfinden sollten. Partizipation beschränkte sich so in der Regel auf unverbindliche, diffuse Konsultationen von verschiedenen großen Ausschnitten der organisierten „Zivilgesellschaft“ und ging an besonders von Armut betroffenen Gruppen, aber auch an sozialen Bewegungen wie Gewerkschaften und außerdem an den Parlamenten vorbei. Besonders wichtig anzumerken scheint auch, dass makroökonomische Strategien in den Partizipationsprozessen nicht zur Diskussion oder gar Disposition standen. In den PRSP zeigte sich makroökonomisch weitgehend Kontinuität der neoliberalen Strukturanpassungen, wenngleich sich mitunter breiter gesellschaftlicher Widerstand gegen eben diese artikulierte. Da es die *Executive Boards* von IWF und Weltbank waren, welche letztlich über Annahme oder Ablehnung eines ihnen vorzulegenden PRSP entschieden, konnten weiterhin explizite und implizite neoliberale Konditionalitäten ausgemacht werden, da diese in Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, etc. weiterhin die besten Rezepte für ökonomisches Wachstum sahen und dieses als *conditio sine qua non* der Armutsbekämpfung⁷⁶. Es scheint evident, dass all dies die Prinzipien von *Partizipation*, *Ownership*, sowie auch die demokratische Selbstbestimmung stark in Frage stellt (Spanger/ Wolff 2003; Küblböck 2006).

Relevant scheinen also einerseits die Fragen danach, welche progressiven Veränderungen das Partizipationspostulat in der internationalen Entwicklungspolitik gebracht hat (oder welches positive Potential in diesem steckt), ob es etwa von Armut und Exklusion Betroffenen neue Einbindung in politische Entscheidungsprozesse, sowie tatsächliche Gestaltungsmöglichkeiten ihrer Lebensverhältnisse brachte. Andererseits muss die Frage gestellt werden, ob es überhaupt Veränderungen bewirkte, oder ob Politik weiterhin Angelegenheit der Eliten bleibt, den Interessen der herrschenden Klassen und des internationalen Kapitals dient. Ob also trotz des neuen Postulats bestehende Herrschaftsverhältnisse fortbestehen und dies durch die Art der Partizipationsprozesse mitunter verdeckt, oder sogar bestärkt wird. Etwa dadurch, dass Partizipation Entscheidungen höhere Legitimität verleiht, welche ökonomische und politische Machtungleichheiten reproduzieren oder vertiefen (Cooke/ Kothari 2004; Nikisianli 2009; Berg-Schlosser/ Kersting 2000).

⁷⁵ Mit dem Prinzip des *Good Governance* sollte der Diskussion um politische Armutsursachen Rechnung getragen werden. Es scheint außerdem widerzuspiegeln, dass sich letztlich die Auffassung durchsetzte: „*Nicht Diktaturen bringen Entwicklung und dann Demokratie hervor, sondern Demokratien in armen Ländern weisen oft bessere Bedingungen für die Bekämpfung von Hunger und Armut und eine längerfristige ökonomische Entwicklung auf*“ (Berg-Schlosser/ Kersting 2000: 9). Die Prinzipien des *Ownership* und der *Partizipation* sollten die Kritik fremdbestimmter Entwicklungsstrategien entkräften, es ist allerdings auch ein utilitaristisches Moment auszumachen, denn die Erfahrung zeigte, dass von außen aufoktroierte Programme in der Regeln nicht funktionierten, vor allem wenn sie von den Betroffenen selbst nicht getragen wurden (Spanger/ Wolff 2003; Küblböck 2006).

⁷⁶ In Hinblick auf die makroökonomische Kontinuität muss also die Frage gestellt werden, inwieweit sich das propagierte *Pro-Poor Growth* von *Trickle Down*-Strategien tatsächlich unterschied (vgl. Vos/ Cabezas 2006).

4. Erfahrungen aus der Empirischen Partizipationsforschung

In diesem Kapitel liegt der Fokus auf Entwicklungen, Methoden und Ergebnissen der „empirischen Partizipationsforschung“. Damit ist ein bestimmter Forschungsansatz gemeint, der die Verwendung von standardisierten Messinstrumenten (v.a. strukturierte Befragungen) nahe legt⁷⁷. Dies soll nicht unterstellen, dass keine anderen Forschungszugänge prinzipiell möglich wären, grundsätzlich steht der Partizipationsforschung eine Vielzahl von Methoden zur Verfügung (Hoecker 2006)⁷⁸. Allerdings wurde auch in der vorliegenden Arbeit ein standardisiertes Instrument entwickelt, wodurch der Fokus auf eben diesen Zugang essentiell ist. Angemerkt sei, dass der Forschungsradius der „empirischen Partizipationsforschung“ lange Zeit kaum über „westliche“ Gesellschaften hinauszureichen schien. Aus diesem Grund soll hier u.a. besonderes Augenmerk auf Studien gelegt werden, die in lateinamerikanischen Gesellschaften, resp. auch in Honduras selbst durchgeführt wurden.

4.1. Entwicklung empirischer Partizipationsforschung

Die Ursprünge der empirischen Partizipationsforschung finden sich einerseits generell in der Entwicklung der empirischen Sozialforschung, andererseits spezifisch in Studien zum Wahlverhalten der 1940er und 1950er Jahre. Die empirische Partizipationsforschung zeigt allerdings seit ihren Anfängen eine sukzessive Ausweitung der als politische Partizipationsformen erfassten Aktivitäten. Während die ersten derartigen Studien politische Partizipation mit Wählen gleichsetzten, wurden bald auch weitere Aktivitäten rund um den Wahlakt (wie Beteiligung in Wahlkampagnen) mit einbezogen. Seit den frühen 1960er Jahren kamen weitere (auch nicht elektorale) Aktivitäten, wie etwa Kontakte zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen / BeamtenInnen, oder Mitarbeit in politischen Parteien (resp. Mitgliedschaften) hinzu. Diese bislang genannten Aktivitäten sind mehr oder weniger jene, welche später als „konventionelle“ politische Partizipation gefasst werden sollten (Hoecker 2006; Van Deth 2003).

Wenngleich sich der erforschte Partizipationsraum erweiterte, ging er noch nicht über den institutionalisierten Rahmen hinaus. Dies provozierte Kritik, die vor allem angesichts der breiten Protestbewegungen der späten 1960er und 1970er Jahre („Partizipatorische Revolution“) lauter wurde, nachdem diese gesellschaftlichen Entwicklungen von Studien mit derartigen Konzeptionen nicht erfasst wurden (Hoecker 2006; Geißel/ Thillman 2006). In diesem Kontext wurden nun nach und nach weitere Aktivitäten, etwa Engagement in „Neuen Sozialen Bewegungen“ und vor allem verschiedenste Protestformen, die sich stark vom Muster der „konventionellen“ Formen zu unterscheiden schienen, in die Forschung aufgenommen. Diese Aktivitäten wurden dann als „unkonventionelle“ politische Partizipation bezeichnet, was die Auffassung widerspiegelt, dass diese Formen dem bisherigem Standard der Wissenschaft (bzw. den sozialen und institutionellen Normen – so wurde argumentiert) nicht entsprachen (Van Deth 2003; Geißel/ Thillman 2006). Die international vergleichende Studie *Political Action* von Barnes und Kaase (et al.) aus dem Jahr 1979 wird in diesem Zusammenhang oft als wegweisend genannt, denn hier wurden „unkonventionelle“

⁷⁷ Zentrales Anliegen der empirischen Partizipationsforschung ist damit etwa, über quantitative Erhebungen verallgemeinerbare Aussagen über politisches Verhalten, Einstellungen und deren Determinanten zu erlangen (wobei sich diese evidenterweise auf bestimmte Grundgesamtheiten beziehen, die Bestimmung einer »repräsentativen« Stichprobe demnach ein zentrales methodisches Problem darstellt (Hoecker 2006).

⁷⁸ Zentrales Anliegen qualitativer Partizipationsforschung ist beispielsweise, mittels wenig bis nicht strukturierten Erhebungsinstrumenten, tiefere Kenntnisse über Problemzusammenhänge zu erlangen (Hoecker 2006).

Formen systematisch, in ihrer Beziehung zu „konventionellen“ Formen, untersucht⁷⁹. Diese Studie (sowie zahlreiche nachfolgende Untersuchungen) zeigte ein komplementäres Verhältnis zwischen konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen, was etwa der Vorstellung von Protest als anomische Verhaltensweise weitgehend widersprach und folglich nahe legte, eine andere Konzeption dieser Dimension in der Forschung zu etablieren (Hoecker 2006; Geißel/ Thillman 2006).

In den 1990er Jahren kam es insofern zu einer Erweiterung des erfassten Spektrums politischer Partizipation, als dass in vielen Studien die Trennung zwischen spezifisch „politischen“ und „sozialen“ Partizipationsformen aufgehoben wurde (bzw. entstand hier eine Diskussion um diese Trennung, welche im Grunde bis heute andauert). Damit wurden beispielsweise ehrenamtliche Tätigkeiten (wie Engagement in vielfältigen Freiwilligenorganisationen) in das Konzept aufgenommen. Begründet wurde dies etwa damit, dass die klare Unterscheidung zwischen politischer und unpolitischer gesellschaftlicher Sphäre, aufgrund gegenseitiger Durchdringung, nicht mehr aufrechtzuerhalten sei (Hoecker 2006; Van Deth 2003)⁸⁰.

Mit dem Fortschritt und der Verbreitung neuer Informationstechnologien eröffneten sich wiederum neue Möglichkeiten der Erweiterung des politischen Partizipationsraums. Damit begann ab den 2000er Jahren die Diskussion um die Aufnahme von „E-Partizipationsformen“ in die Forschung. Die in der Forschung erfassten Formen politischer Partizipation erweiterten sich also vom eindimensionalen Wählen bis heute sukzessive um weitere Aktivitäten und Dimensionen (Hoecker 2006; Van Deth 2003).

4.2. Konzeptionen politischer Partizipation in der Forschung

Die nun angesprochene Mannigfaltigkeit der beforschten Partizipationsformen erscheint nur unter Einbezug der dahinter stehenden, theoretischen Konzeptionen politischer Partizipation sinnvoll. Denn was als politische Partizipation gefasst wird, wie und was nicht divergiert nicht nur im Zeitverlauf, sondern ebenso zwischen verschiedenen gesellschaftstheoretischen Ansätzen (Hoecker 2006; Van Deth 2003). So könnten etwa Unterschiede zwischen den verschiedenen, in Kapitel 2 besprochenen, demokratietheoretischen Ansätzen des 20. Jahrhunderts („normative“ und „empirische“ oder „realistische“ Ansätze) und ihre unterschiedlichen Partizipationsverständnisse („normative“ und „instrumentelle“) hervorgehoben werden. Wenngleich in der Geschichte der empirischen Partizipationsforschung vor allem die instrumentellen Funktionen der Partizipation betont wurden (Van Deth 2003), also „empirische“ Ansätze im Vordergrund standen, ist daraus wohl nicht abzuleiten, dass sich der Rahmen beforschter Formen politischer Partizipation ausschließlich aus vorgefundenen Realitäten abgeleitet hätte. Denn jedes Demokratieverständnis impliziert selbst *„... – egal ob es sich um das klassische Demokratiemodell handelt, oder ob im Sinne Schumpeters eine Reduzierung von Demokratie auf das formale Prinzip der Wahl (...) erfolgt – eine nicht unmittelbar aus der Realität ableitbare normative Entscheidung“* (Fischer/ Kohr 1980: 33).

79 Untersucht wurde *„... ob beide Dimensionen in einem komplementären oder nicht-komplementären Verhältnis zueinander stehen würden. Eine sich ausschließende Beziehung würde ein hohes Konfliktpotential in einer Gesellschaft erkennen lassen. Eine sich ergänzende Beziehung würde dagegen besagen, dass sich das politische Verhaltensrepertoire der Bürger verändert, erweitert hätte“* (Kaase 1982: 179f zit. nach Hoecker 2006: 17).

80 Die Diskussion um den Einbezug von bislang als „soziale“ Partizipationsformen gefassten Aktivitäten in Konzepte politischer Partizipation, bzw. die nähere Erforschung dieser Formen (vgl. Gabriel 2002; Van Deth 2001), wird etwa in Zusammenhang mit der „Sozialkapital“-Debatte gesehen (Hoecker 2006), aber auch in Zusammenhang mit der Wiederentdeckung eines „Tocquevilleschen“ und eines „kommunitaristischen“ Ansatzes (Van Deth 2003).

Ein gravierender Unterschied in Konzeptionen politischer Partizipation ist etwa in der Systemerhaltungsprämisse zu finden. Formale Demokratiebegriffe (wie etwa bei Schumpeter) implizieren formale Teilnahmebegriffe, d.h. nur solche Aktionsformen werden mit einbezogen, die formalen, konventionellen Charakter aufweisen, resp. wird politische Partizipation primär in Bezug auf die Erhaltung der Systemstabilität gesehen. Das bedeutet etwa, dass spontane und unmittelbare Partizipation (wie etwa bei Demonstrationen oder BürgerInneninitiativen) von vornherein als suspekt angesehen wird. „*Aktionen, die Friktionen des Systems kennzeichnen, die auf grundlegende Veränderungen der Gesellschaft hin tendieren, werden nicht nur von diesem Begriff der politischen Teilnahme nicht erfaßt, sondern (...) ausdrücklich als nicht politisch bezeichnet*“ (Fischer/ Kohr 1980: 31)⁸¹. Unter der Systemerhaltungsprämisse wird die gesellschaftliche und politische Realität eine nicht zu hinterfragende Konstante, um die sich Theorie und Forschung zu strukturieren habe. Bei der Erforschung politischer Partizipation geht es dann weniger um Fragen wie etwa die Durchsetzung von legitimen Interessen, sondern primär um die Frage nach optimaler Integration des Individuums in das vorgegebene System (Fischer/ Kohr 1980).

Unter einem anderen Demokratie- und Partizipationsverständnis, in dem etwa das gegebene politische System selbst zur Diskussion steht, in dem Emanzipation, Selbstbestimmung und der Abbau von Herrschafts- und Machtpositionen Einzelner im Vordergrund stehen, können Systemerhaltungsprämisse und formale Teilnahmebegriffe demgegenüber als höchst undemokratisch angesehen werden. „*Da, wo zwar Teilnahme initiiert wird, diese aber lediglich formalen Charakter hat, inhaltlich den Anspruch von Demokratie nicht einlöst und mit ihr keine realen Einflußmöglichkeiten verbunden sind, wird Teilnahme in ihr Gegenteil pervertiert*“ (Fischer/ Kohr 1980: 34). „*Das führt zum Phänomen der Scheinaktivität, die auf einem sorgfältig abgegrenzten Spielfeld stattfindet, Einfluß suggeriert, politisches Potential neutralisiert und Herrschaft unangetastet läßt*“ (Zimpel zit. nach Fischer/Kohr 1980: 34). Unter einem kritisch-emanzipatorischem Demokratieverständnis ist die Frage nach politischer Partizipation außerdem weniger eine quantitative als eine qualitative. Eine Konsequenz daraus ist, dass Partizipation nicht nur im institutionell vorgegebenen Rahmen definiert und untersucht werden kann, sondern sich die Forschung zumindest auf weitere Dimensionen (z.B. Demonstrationen, BürgerInneninitiativen, etc.) erstrecken muss. Methodisch impliziert dies u.a. auch, dass die angesprochene Annahme eines eindimensionalen Verhaltenskontinuums verworfen werden muss (Fischer/ Kohr 1980).

In Folge seien einige verschiedene Definitionen politischer Partizipation aus verschiedenen Studien der Partizipationsforschung zitiert. Auch wenn diese letztlich einen breiten Interpretationsspielraum offen lassen, können sie einen Eindruck verschiedener Konzeptionen vermitteln:

„*Political participation may be defined as those actions of private citizens by which they seek to influence or to support government and politics*“ (Milbrath/ Goel 1977: 2).

- I. „*By political participation, we refer to those legal activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/ or the actions they take*“ (Verba et al. 1978: 46).

81 In methodischer Hinsicht meinen Fischer/ Kohr (1980), dass nur diese Begrenzung auf formale Teilnahmeaspekte, resp. damit die Annahme der Eindimensionalität politischer Partizipation, es möglich machen würde, einen generellen Teilnahmeindex zu konstruieren, der ein Kontinuum von *keiner* bis *viel* Partizipation abbilden sollte. Verbunden mit der Systemerhaltungsprämisse ist außerdem die, in Kapitel 2 behandelte, Frage nach einem Partizipationsoptimum. Im Sinne der Systemstabilität war für viele AutorInnen des formalen Teilnahmeverständnisses politische Apathie seitens großer Teile der Bevölkerung nicht nur akzeptabel, sondern wünschenswert (Fischer/ Kohr 1980).

- II. *“By political participation we refer simply to activity that has the intent or effect of influencing government action – either directly by affecting the making or implementation of public policy or indirectly by influencing the selection of people who make those policies“* (Verba et al. 1995: 38).

- III. *„...all voluntary activities by individual citizens intended to influence either directly or indirectly political choices at various levels of the political system“* (Kaase/ Marsh 1979: 42 zit. nach Van Deth 2003: 170).

- IV. *„...jene Verhaltensweisen von Bürgern (...), die sie alleine oder mit anderen freiwillig zu dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“* (Kaase 2002: 350 zit. nach Gaiser et al. 2006: 222; Van Deth 2003: 170).

- V. *„Jedes Handeln ist dann als politische Partizipation zu betrachten, wenn eine politische Bedeutung dieser Aktivitäten sichtbar oder zu erwarten ist“* (Gabriel et al. 2002: 154)82.

- VI. *„...behavior influencing or attempting to influence the distribution of public goods within a country“* (Gaviria et al. 2003: 10).

- VII. *„...any dimensions of activity that are either designed directly to influence government agencies and the policy process, or indirectly to impact civil society, or which attempt to alter systematic patterns of social behavior“* (Norris 2001: 16, zit. nach Van Deth 2003: 170).

Die ersten beiden hier angeführten Definitionen sind in besonderem Maße auf die Regierung und Aktivitäten rund um den Wahlakt beschränkt⁸³. Bei Verba et al. 1978 scheint dieser Fokus deutlicher hervortreten, wenngleich diese Studie durchaus bereits verschiedene Dimensionen politischer Partizipation analysiert, sucht man etwa Protestpartizipation vergebens. Die dritte angeführte Definition (Verba et al. 1995) zeigt, nicht besonders verschieden von der vorherigen Definition, weiterhin einen starken Fokus auf Regierung und Wahlen, wenngleich in der zitierten Studie eine Vielzahl von Partizipationsformen (auch Protestformen) sehr detailliert erhoben und analysiert wurden. Die vierte (und fünfte) angeführte Definition wurde bereits in der erwähnten Studie „Political Action“ von den Herausgebern Barnes und Kaase aus dem Jahr 1979 verwendet und scheint heute in der Literatur zu den am häufigsten verwendeten zu gehören. Die Wendung

82 *„Die enge Verflechtung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, privater und politischer Bereiche macht es auch im privaten Umfeld fast unmöglich, dass Handeln ohne politische Relevanz bleibt“* (Gabriel et al. 2002: 154).

83 Wenngleich Milbrath in früheren Studien eindimensionale Konzepte entwirft (vgl. Hoecker 2006), wird auch bei Milbrath/ Goel 1977 bereits die Multidimensionalität von politischer Partizipation diskutiert. Sie merken zu angeführter Definition an, dass diese sich ganz bewusst nicht lediglich auf die Regierung, sondern auf die Politik als Ganzes beziehen sollte. Hier finden sich darüber hinaus bereits Analysen einiger Items zu Protestpartizipation. Die Art und Weise dieser Analysen scheinen allerdings durchwegs der Kritik von Fischer/ Kohr 1980 zu entsprechen, denn Protest scheint vor allem im Sinne anomischer Verhaltensweisen („radical action“, „extremist behavior“) behandelt zu werden (vgl. Milbrath/ Goel 1977).

„auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems“ zeigt ein bedeutend breiteres Partizipationskonzept an, als bei den zuvor zitierten Studien. Die sechste angeführte Definition ist im Zusammenhang mit der Diskussion um die Aufhebung der Trennung in politische und soziale Partizipationsformen zu verstehen. Diese Definition ist allerdings so breit, dass Studien meist engere Definitionen wählen, um in der Allgemeinheit nicht letztlich die besondere Bedeutung der politischen Partizipation zu verlieren (Van Deth 2001; Gabriel et al. 2002). Die siebte Definition verdient Aufmerksamkeit, weil sie sich stark von den anderen unterscheidet. Sie wurde von den zitierten AutorInnen verwendet, um den Wahlfokus vieler Studien zu umgehen und den Partizipationsraum trotzdem breit fassen zu können, etwa mit Partizipation in Berufsverbänden oder kommunalen Organisationen (vgl. Gaviria et al. 2003). Die achte und letzte angeführte Definition greift mit der „Zivilgesellschaft“ eine moderne Diskussion auf und erwähnt zusätzlich dezidiert die Veränderung sozialer Verhaltensmuster.

Van Deth (2003) meint, dass – trotz ihrer Verschiedenartigkeit – die meisten Definitionen politischer Partizipation heute vier Charakteristika aufweisen. Dass sie sich *erstens* auf Individuen in ihrer Rolle als BürgerInnen beziehen und nicht als PolitikerInnen oder BeamtenInnen, dass es sich *zweitens* um Aktivitäten, um Tätigkeiten handelt und nicht etwa um Interesse, dass *drittens* diese Aktivitäten freiwillig zu sein haben und *viertens*, dass sich politische Partizipation nicht auf eine einzige Ebene oder einen einzelnen Bereich beschränkt, sondern sich auf das politische System im weiteren Sinne bezieht (Van Deth 2003).

4.3. Dimensionierungen politischer Partizipation/Empirische Befunde

Während zu Beginn der Partizipationsforschung politische Partizipation als eindimensionales Phänomen behandelt wurde, was auch in Zusammenhang mit der selektiven Aufnahme von Partizipationsformen zu verstehen ist, scheint mittlerweile Konsens über die Multidimensionalität des Konstrukts zu bestehen. Welche Dimensionen allerdings herausgestellt werden ist zwischen verschiedenen Studien zwar ähnlich, aber keinesfalls einheitlich. Dies ist mit verschiedenen Forschungskonzepten, aber wohl auch damit zu erklären, dass die Dimensionierungen stark kontext-abhängig sind, in unterschiedlichen historischen und gesellschaftlichen Kontexten sollten sich notwendigerweise verschiedene Muster finden lassen⁸⁴. Um die verschiedenen Partizipationsformen zu unterscheiden wurden also verschiedene Typologien und Schemata entwickelt und vorgeschlagen, entweder auf theoretischer und inhaltlicher oder auf empirischer Basis, anhand von statistischen Analysen, wie etwa Techniken der Datenreduktion zur Identifizierung latenter Strukturen hinter erhobenen Items. Die Vorschläge reichen von älteren Pyramiden-Schemata aktiver und passiver Partizipationsformen, über, in Folge beschriebene, dichotome Kategorien, bis hin zu moderneren Einteilungen in mehrere Haupttypen, resp. Dimensionen (Hoecker 2006; Van Deth 2003; Gaiser et al. 2006).

Theoretisch unterschieden wurde beispielsweise zwischen *repräsentativ-demokratischen* Partizipationsformen (z.B. Beteiligung an Wahlen, Wahlkämpfen, Parteienmitgliedschaften) und *direkt-demokratischen* Formen (z.B. Teilnahme an Referenden, BürgerInneninitiativen); nach dem Grad der institutionellen Verankerung in *verfasst* und *unverfasst*; nach dem Grad der öffentlichen Anerkennung in *konventionell* und *unkonventionell*; nach dem Rechtsstatus in *legal* und *illegal*; oder

⁸⁴ Wenngleich die gemeinten Muster viel tiefer gehen, sei hierzu das simpelste Beispiel der Unterscheidung in *legal* und *illegal* erwähnt; evidenterweise kann diese vor verschiedenen rechtlichen Rahmen völlig unterschiedlich ausfallen.

bei illegalen Aktivitäten in *gewaltlos* und *gewaltsam* (Hoecker 2006)⁸⁵. In Folge seien Diskussionen und empirische Befunde zu einigen Dimensionen politischer Partizipation etwas näher behandelt.

Wählen ist in der empirischen Partizipationsforschung die wohl am meisten beforschte Form politischer Partizipation. In ihrer Besonderheit als einmaliger Akt (pro Wahl) scheinen sich die ihr zugrunde liegenden Motivations- und Einstellungsmuster von jenen anderer Partizipationsformen zu unterscheiden. Wählen wird in vielen Studien daher als eigene Dimension politischer Partizipation gesondert analysiert (vgl. Booth/ Seligson 2009; Verba et al. 1995; Verba et al. 1978; Milbrath/ Goel 1978)⁸⁶. Wählen ist in der Regel die am meisten genutzte Partizipationsform und jene, welche am wenigsten Initiative benötigt um ausgeführt zu werden (Van Deth 2003; Van Deth 2001; Verba et al. 1978). *“Voting is the most common and, in a profound sense, the most basic citizen act”* (Verba et al. 1995: 9). Der Wahlfokus vieler Studien wurde auf verschiedene Weisen kritisiert. Verba et al. (1995) meinen, dass Wählen jene Partizipationsform darstellt, deren Ausführungsmöglichkeiten in einer Bevölkerung am ehesten gleichverteilt sind – ein Erwachsener eine Stimme – (ganz im Gegensatz etwa zu Wahlkampfspenden, deren Möglichkeiten offensichtlich am stärksten ungleich verteilt sind), trotzdem seien auch hier Machtdynamiken und Machtungleichheiten bei der Beeinflussung des Wahlvolks mit einzubeziehen⁸⁷. Wählen kommuniziere außerdem sehr wenig Information über Meinungen, Sorgen und Prioritäten der WählerInnen (Verba et al. 1995). *„Turnout, however, is a limited measure of “participation” because, among other things, it is a one-time action that provides little feedback to legislators facing specific policy issues. Furthermore, turnout is likely to be affected by compulsory voting laws and vote-buying practices”* (Gaviria et al. 2003: 2). Interessant scheint auch die methodische Kritik an der Art und Weise wie Wählen in der Regel erhoben und interpretiert wird. Die klassisch erhobene Dichotomie von Wählen und Nicht-Wählen scheint wenig geeignet, die dahinter stehenden Bedeutungsinhalte zu fassen. So kann etwa Stimmenthaltung vielerlei bedeuten, etwa Gleichgültigkeit, passive Zufriedenheit oder politischen Protest (Eilfort 2006).

Neben der Dimension des Wählens bilden vor allem *Wahlkampfunterstützung* und *Engagement für politische Parteien* weitere Formen, die in der Regel der „konventionellen“ Seite der politischen Partizipation zugeordnet wurden (Hoecker 2006; Van Deth 2003) und die oftmals gemeinsam eine

85 Die Unterscheidung in *konventionell* und *unkonventionell* scheint in der Forschung nach wie vor populär. Sie geht u.a. auf die bereits erwähnte Studie *Political Action* aus dem Jahr 1979 zurück. *„Als konventionell werden diejenigen Beteiligungsformen bezeichnet, die mit hoher Legitimitätsgeltung auf institutionalisierte Elemente des politischen Prozesses, insbesondere die Wahl bezogen sind. ... Als unkonventionell werden hingegen alle die Beteiligungsformen bezeichnet, die auf institutionell nicht verfasste unmittelbare Einflussnahme auf den politischen Prozess abstellen“* (Kaase 1992b: 148 zit. nach Hoecker 2006: 10). Bis heute werden mitunter beide oder nur eine der Bezeichnungen verwendet, um Dimensionen politischer Partizipation zu beschreiben (vgl. Klesner 2004; Mannarini et al. 2008). Als „konventionell“ werden dabei vor allem repräsentativ-demokratische Formen, als „unkonventionell“ vor allem verschiedene Protestformen gefasst. Diese Unterscheidung scheint allerdings dadurch in Frage gestellt, dass viele der als unkonventionell bezeichneten Aktivitäten, wie Unterschriftenaktionen, Demonstrationen oder auch BürgerInneninitiativen, heute weit verbreitet und anerkannt sind, sie sich damit „normalisiert“ haben und ihnen kein „unkonventioneller“ Charakter im ursprünglichen Sinne mehr innewohnt (Geißel/ Thillman 2006; Hoecker 2006; Gabriel et al. 2002). *„... what is considered to be unconventional activity varies substantially with time and place“* (Verba et al. 1995: 47). Deshalb wurden für die gemeinte Dimension mitunter andere Bezeichnungen vorgeschlagen, etwa *„Die Eliten herausfordernde Aktivitäten“* bei Ronald Inglehart (Hoecker 2006: 10).

86 Milbrath/ Goel (1977) zeigten, dass Wählen weniger Information und Motivation bedurfte als alle anderen von ihnen erhobenen Formen politischer Partizipation. Auf einer eindimensionalen Aktivitätsskala (von *inaktiv* bis *sehr aktiv*) würde Wählen eher auf der inaktiven Seite zu liegen kommen. In den Dimensionierungen von Fischer/ Kohr 1980 findet sich Wählen auf der Dimension „Passive politische Teilnahme“. Auch Verba et al. (1978) stellten heraus, dass Wählen relativ wenig Initiative benötigt um ausgeführt zu werden. Zwischen Wählen und den anderen Partizipationsformen bestand bei Milbrath/ Goel (1977) außerdem nur ein schwacher positiver Zusammenhang.

87 Angesprochen seien außerdem die gravierenden Exklusionslinien, welche durch Staatsbürgerschaften auch in das Wahlrecht gezogen werden. Insbesondere in Zeiten erhöhter globaler Mobilität scheinen sie die postulierte Gleichheit der Wahl zu kompromittieren.

weitere Dimension politischer Partizipation bilden (vgl. Booth/ Seligson 2009; Verba et al. 1978; Milbrath/ Goel 1977)⁸⁸.

Partizipation in verschiedensten Organisationen scheint in der Forschung ein besonders kontrovers diskutierter Bereich zu sein, weswegen diese Thematik hier ein wenig näher beleuchtet werden soll. Fischer/ Kohr (1980) meinen, die Bedeutung des Einbezugs von Engagement für Organisationen in Konzepte politischer Partizipation rühre daher, dass Staat und Gesellschaft mit dem sich entwickelten Kapitalismus keine disjunkten Bereiche wurden, wie dies die liberalistische Theorie postuliert hätte. Vielmehr seien sie, etwa durch die Funktionsausweitung des Staates auf viele gesellschaftliche Sphären oder den gewachsenen Einfluss organisierter Gruppen auf den Staat, immer verschränkter geworden. Dies mache es für den Einzelnen notwendig, seine Interessen über verschiedene Organisationen zu artikulieren, welche so zwischen Individuum und Politik vermitteln, also eine Art intermediären Bereich bilden. Gerade konservative Positionen stünden gegen die Verflechtung von Staat und Gesellschaft, etwa den Einfluss des Staates auf die Ökonomie, worin ein Grund dafür gesehen werden könne, dass der spezifisch politische Charakter vielfältiger Partizipationsformen lange negiert wurde (Fischer/ Kohr 1980).

Partizipation in verschiedensten Organisationen, die keine institutionalisierten politischen Parteien darstellen, wurde – wie bereits angesprochen – mindestens seit der „Partizipatorischen Revolution“ der 1960er und 1970er Jahre und der Erweiterung um „unkonventionelle“ Formen in die Forschung aufgenommen. Dies wird auch in Zusammenhang mit der Verbreitung von „Neuen Sozialen Bewegungen“ seit dieser Zeit gesehen, welche sich durch ihre eher dezentralen Organisationsformen, ihre Aktionsformen eher außerhalb der etablierten Politik, und ihre eher flexiblen Partizipationsmöglichkeiten auszeichneten (Geißel/ Thillman 2006)⁸⁹. Außerdem wurden sie eher von den jüngeren Generationen vertreten (Gaiser et al. 2006). Beispiele für Neue Soziale Bewegungen sind etwa Umwelt-, Frauen- und Homosexuellengruppen oder die Friedensbewegung. Mitunter werden auch Gruppen mit Themen wie Internationale Solidarität, Antiimperialismus oder (seit den 1990ern) Globalisierungskritik hierzu gezählt⁹⁰. Die Entstehung von Sozialen Bewegungen wurde auf verschiedene Weisen versucht zu erklären. Nach dem „Krisenansatz“ etwa sind sie Ausdruck und Folge gesellschaftlicher Antagonismen, Spannungen und Legitimationskrisen eines bestimmten Systems, denn Soziale Bewegungen thematisieren gesellschaftliche Probleme, welche aus Krisen des Systems selbst entstanden (Geißel/ Thillman 2006).

88 Vor allem Wahlkampfunterstützung wird im Vergleich zu Wählen bereits als „schwierigere“ Aktivität bezeichnet, nachdem sie Kooperation bedarf zu und Konfliktsituationen führen kann (Verba et al. 1978: 53). Zusätzlich zur Wahlkampfunterstützung werden manchmal auch *Wahlkampfspenden* erhoben, denen aufgrund hoher privater Wahlkampfkosten in einigen Ländern eine besondere Rolle eingeräumt wird. Der Umstand der politischen Bedeutung von Wahlkampfspenden, resp. der politische Einfluss der damit verbunden ist, scheint – insbesondere in Gesellschaften mit starken Ungleichheiten in Einkommens- und Vermögensverteilungen – die Norm der politischen Gleichheit in einer Demokratie zu gefährden (Verba et al. 1995). Ob Wahlkampfspenden tatsächlich als Aktivität und politische Partizipation zu fassen sind scheint ebenso zu hinterfragen, wie die verbreitete Vorgehensweise Engagement in/für Parteien oder Organisationen über Mitgliedschaften zu messen.

89 Wichtig anzumerken scheint, dass auch etwa die klassische ArbeiterInnenbewegung und ihre Gewerkschaften, von welchen „Neue“ Soziale Bewegungen mitunter abgegrenzt werden, ursprünglich Bewegungscharakter hatten und sich erst im Laufe ihrer Entwicklung (die sich selbstverständlich in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich vollzog) institutionalisierten. Demgegenüber entstehen an neuen kapitalistischen Standorten neue Gewerkschaften mit Bewegungscharakter und neuen Organisationsformen, wie etwa vielfältige Beziehungen zu Zivilgesellschaft, NGO's und globalen sozialen Bewegungen (Dörre 2010).

90 Angemerkt sei, dass mit dem Anwachsen von Partizipation in Sozialen Bewegungen auch Organisationen mit nationalistischen, xenophoben oder faschistischen Inhalten sich (wieder) verbreiteten, diese bilden aus demokratischer und humanistischer Sicht die Schattenseiten neuer politischer Partizipationsformen (Gaiser et al. 2006).

Mit einbezogen wurde und wird in der Partizipationsforschung unter dem Konstrukt der Organisationspartizipation allerdings keineswegs lediglich, was unter Neuen Sozialen Bewegungen gefasst wurde. Berücksichtigt wurde mittlerweile eine Vielzahl an politischen und sozialen, lokalen bis globalen Organisationen und Gruppen, von Interessensvertretungen, über zivilgesellschaftliche NGO's, NPO's, bis hin zu NachbarInnenschaftsvereinigungen und BürgerInneninitiativen. Wie bereits angesprochen, stellen sich die Dimensionierungen dieser mannigfaltigen Gruppen alles andere als einheitlich dar⁹¹. Eine Besonderheit scheint der letztgenannte Themenbereich darzustellen, jener kommunaler, resp. lokaler Gruppen und Initiativen. Dieser wird einmal der sozialen, ein anderes Mal der politischen Sphäre zugeordnet, stellt oftmals überhaupt eine eigene Dimension politischer Partizipation dar (z.B. bei Milbrath/ Goel 1977; Verba et al. 1978; Verba et al. 1995 und Booth/ Seligson 2009). Die nun (wieder) angesprochene Differenzierung in sozialen und politischen Bereich der Partizipation ist eine, welche in vielen Studien vorgenommen wird, auch sie selbst kann sich allerdings zwischen verschiedenen Konzepten mitunter stark unterscheiden⁹².

Die Diskussion um die Trennung in politische und soziale Partizipation wurde zuletzt in Zusammenhang mit dem Konzept des Sozialkapitals und der Zivilgesellschaft in den 1990ern geführt. Im Sozialkapitalansatz scheint sich die Trennung in sozial und politisch aufzulösen, denn vielfältige Organisationen – auch solche, die sich relativ eindeutig der unpolitischen Sphäre zuordnen ließen – werden hier in verschiedenster Weise als demokratie- und damit politikrelevant angesehen⁹³. Einerseits wird angenommen, dass in Vereinen und Verbänden demokratierelevante Normen und Werte entwickelt werden, andererseits, dass hier Handlungsfähigkeiten und Kompetenzen erworben werden, die auch in anderen Bereichen angewandt werden können, was letztlich auch die politische Involvierung und Partizipation auf verschiedenste Weise fördere. Durch ein lebendiges Vereinsleben soll Verbundenheit und Solidarität gestärkt, eine öffentliche Kultur des Vertrauens hervorgebracht und das Gefühl der Eigenverantwortlichkeit gesteigert werden. Dadurch verringere sich die Distanz zwischen BürgerInnen und staatlichen Institutionen, die BürgerInnen würden aktive PartnerInnen des Staates bei der Erfüllung seiner Aufgaben, was dessen Effizienz steigern und letztlich auch dazu führe, dass die Forderungen nach staatlichen Leistungen abnehmen (Gabriel et al. 2002). Es scheint offensichtlich, dass sich viele Punkte dieses Ansatzes, wenngleich er u.a. vom Kommunitarismus inspiriert war, ebenso etwa neoliberal deuten ließen. So könnte der Lösungsweg des Sozialkapitals beispielsweise als Antwort auf die – von Neoliberalismen postulierte – „Ausuferung“ und „Überforderung“ staatlicher Leistungen interpretiert werden, welcher staatliche Aufgaben auf das Individuum überträgt und den Staat so aus sozialen Verantwortungen entlässt⁹⁴.

Die Hypothese eines positiven Zusammenhangs zwischen Engagement in sozialen und politischen Organisationen wurde zwar von vielen empirischen Studien generell unterstützt (Gabriel et al. 2002), allerdings mit verschiedenen Einschränkungen⁹⁵. Bei Mannarini et al. (2008) zeigten

91 Bezüglich verschiedener Dimensionierungen vgl. etwa Verba et al. 1995; Van Deth 2001; Gabriel 2002; Gaviria et al. 2003; Klesner 2004; Mannarini 2008; Booth/ Seligson 2009.

92 „*The boundary between political and non-political activity is by no means clear ...*“ (Verba et al. 1995: 40).

93 „*Good government [...] is a by-product of singing groups and soccer clubs*“ (Putnam 1993: 176 zit. nach Gabriel et al. 2002: 20).

94 Die Relevanz von Organisationen, Vereinen und Verbänden für gesellschaftliche Entwicklung wurde auf modernisierungstheoretische, kommunitaristische, funktionalistische, strukturalistische, ideologische, progressive und konservative Weise begründet (vgl. Van Deth 2001: 208).

95 Anzumerken ist, dass es auch Annahmen darüber gibt, dass die positiven Beziehungen zwischen „politischen“ und „sozialen“ Partizipationsformen Scheinkorrelationen darstellen, welche sich über sozioökonomische Variablen – also z.B. Bildung und Einkommen – vermitteln (Gabriel et al. 2002; Van Deth 2001).

sich positive Korrelationen zwischen konventioneller politischer, unkonventioneller politischer und sozialer Partizipation, wobei soziale Partizipation allerdings nicht von den gleichen Variablen beeinflusst schien, als die anderen beiden Dimensionen⁹⁶. Bei Gabriel et al. (2002) zeigten sich positive Beziehungen zwischen Engagement für soziale, sowie kulturelle Organisationen (über Mitgliedschaften gemessen) und den erhobenen Formen politischer Partizipation, allerdings in stärkerem Ausmaß mit „konventioneller“ Partizipation (Parteienpartizipation), was sie als Hinweis auf den gemeinsamen konventionellen Hintergrund dieser Aktivitäten deuten⁹⁷. Engagement in Freizeit- und Sportvereinen war für politische Partizipation irrelevant, mit Protestpartizipation gar nicht verknüpft. Letzteres spricht im Grunde gegen die beschriebenen Annahmen des Sozialkapitalansatzes. Lediglich Engagement in Interessensgruppen (Gewerkschaften, berufliche Organisationen) stand mit allen erhobenen Formen politischer Partizipation in eindeutigen und positivem Zusammenhang (Gabriel et al. 2002). Auch Klesner stellt einerseits positive Zusammenhänge heraus: „... *voluntary work for political organizations is strongly associated with voluntary work for non-political organizations*“ (2004: 26)⁹⁸. „... *those who are prone to join organizations and devote their time to collective endeavors will do so across many types of collective effort*“ (Klesner 2004: 27). Andererseits stellten sich die Beziehungen zu „unkonventioneller“ politischer Partizipation (hier ausschließlich verschiedene Protestformen) wiederum unterschiedlich dar: „*Interestingly, voluntary work for non-political organizations did not seem to affect respondent's likelihood of engaging in unconventional political activism, except that those who contributed unpaid work for labor unions were more likely to sign petitions, attend demonstrations, and occupy buildings*“ (Klesner 2004: 26). Bei der Erforschung dieser Beziehungen scheint offensichtlich viel davon abhängig zu sein, welche Formen als spezifisch „politisch“ oder „sozial“ gefasst werden. Nach der weiter oben angeführten Definition politischer Partizipation von Gaviria et al. (2003) etwa (redistributiver Fokus), wären Gewerkschaften eindeutig der politischen Sphäre zuzuordnen.

Noch einmal angesprochen sei, dass die Forschung im Grunde durchwegs positive Beziehungen zwischen allen Formen von, als politische Partizipation gefassten, Aktivitäten herausstellt. Mindestens seit der Studie *Political Action* auch zwischen „konventionellen“ und „unkonventionellen“ Aktivitäten (Hoecker 2006; Geißel/ Thillman 2006), so auch zwischen den eher riskanteren oder „kostspieligeren“ Formen der Protestaktivitäten und allen anderen Formen. Dies bestätigte sich etwa bei Booth/ Seligson (2009) in den untersuchten lateinamerikanischen Ländern, sie fanden durchwegs signifikante positive Effekte zwischen Protestaktivitäten und allen anderen Partizipationsformen⁹⁹. Protestaktivitäten finden sich übrigens oftmals in einer weiteren eigenen Dimension politischer Partizipation (vgl. Verba et al. 1995; Gaviria et al. 2003; Klesner 2004; Mannarini et al. 2008; Booth/ Seligson 2009).

Ein relativ neues Thema stellt jenes der *Online*-Partizipation dar, die mit der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien an Bedeutung gewonnen hat. Die Möglichkeiten der politischen *Online*-Partizipation sind prinzipiell groß, reichen von Diskussionsforen, Plattformen und Vernetzungen, über Abstimmungen und Befragungen, bis hin zu Kampagnen, Petitionen und Boykotten. Neben neuen Aktionsmöglichkeiten überschneiden sie sich mit realen Aktionsformen, bzw. ergänzen diese. Die *Online*-Partizipation wird nach wie vor, etwa

96 Mannarini et al. (2008) untersuchten eine studentische Stichprobe.

97 Gabriel et al. (2002) analysierten Daten des *World Values Survey*.

98 Klesner (2004) analysierte ebenfalls Daten des *World Values Survey*, allerdings mit dem Fokus auf lateinamerikanischen Ländern.

99 Erhoben wurde hier in Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Panama.

in Bezug auf eventuelle Effekte auf die Demokratie, kontrovers diskutiert. So geht etwa die *Mobilisierungsthese* davon aus, dass durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien bisher passive Gesellschaftsgruppen zu Partizipation angeregt werden könnten. Durch neue Formen des politischen Aktionismus im Netz würden Barrieren der BürgerInnenbeteiligung abgebaut und letztlich mehr politische Gleichheit entstehen. Die *Reinforcementthese* geht demgegenüber davon aus, dass sich durch die neuen technischen Möglichkeiten bestehende Partizipationsstrukturen reproduzieren, bzw. verstärken würden. Lediglich die ohnehin politisch Aktiven, Vernetzten und Motivierten würden die neuen Möglichkeiten des Internets nutzen. Darüber hinaus sei das *sozioökonomische Standardmodell* auch bei der Internetnutzung nach wie gültig¹⁰⁰. Die These von der partizipationsfördernden Wirkung der neuen Informationstechnologien beruhe außerdem auf der falschen Annahme, dass Nicht-Teilnahme vorrangig ein technisches Problem sei (Hoecker 2006-1).

Zuletzt sei noch angemerkt, dass die Partizipationsforschung bei „konventionellen“ Partizipationsformen, also etwa Wahlbeteiligungen, in den letzten Dekaden generell Rückgänge verzeichnet, dies allerdings mit einer Zunahme „unkonventioneller“ Formen einhergeht, sich also in gewisser Weise Partizipationsräume verschieben. Die meisten erhobenen Aktivitäten stellen (im Einzelnen) allerdings überhaupt eher eine Sache von Minderheiten dar, denn von Mehrheiten, mit Ausnahme z.B. von (nach wie vor) Wählen oder mittlerweile auch Unterschriftenaktionen (vgl. Van Deth 2001; Gabriel et al. 2002; Van Deth 2003). Dies könnte einen Hinweis darauf bedeuten, dass die Erweiterung des Partizipationsraumes nicht automatisch zu mehr Emanzipation oder der Verbesserung demokratischer Entscheidungsfindung führt. „...the fact that disparities in political involvement are so substantial and that so many citizens are not active at all potentially compromises democracy“ (Verba et al. 1995: 11).

4.4. Determinanten politischer Partizipation

Im Folgenden sollen wichtige, von der empirischen Partizipationsforschung über die Jahre herausgestellte, Einflussfaktoren politischer Partizipation behandelt werden. Im Anschluss daran werden einige dieser Determinanten näher beschrieben.

Zu wichtigen Gruppen von Einflussfaktoren politischer Partizipation gehören erstens die, bereits angesprochenen, *institutionellen Gelegenheiten*, welche den Rahmen für die Partizipation der BürgerInnen in vielerlei Hinsicht beeinflussen¹⁰¹. Zweitens ist die Bedeutung von *situativen Elementen*, also etwa mobilisierende Ereignisse, Konflikte, aber auch verschiedenste Gruppeneinbindungen, zu erwähnen. Besonders wichtig scheint drittens der Bereich *subjektiver Einstellungen* in Bezug auf verschiedenste Aspekte der Politik. Hierzu gehören auch Variablen wie etwa das Vertrauen in die eigene politische Kompetenz oder die Überzeugung bzgl. eigener Handlungsspielräume. Viertens ist das, in den 1970ern entwickelte, *sozioökonomische Standardmodell* (SES-Modell) zu erwähnen. Dieses Modell besagt im Grunde, dass die individuelle Ressourcenausstattung (etwa

¹⁰⁰ Auf dieses Modell wird im nächsten Subkapitel genauer eingegangen werden, es besagt im Prinzip, dass Partizipation (in allen Formen) stark und positiv mit sozioökonomischen Variablen (z.B. Bildung, Einkommen) korreliert. In Bezug auf die Internetnutzung wird hierbei auch von einer „digitalen Kluft“ gesprochen. Wenngleich mittlerweile bereits an manchen Orten eine „Demokratisierung“ des Netzes beobachtet wird (in dem Sinne, dass sich das soziodemographische Profil der *OnlinerInnen* zunehmend jenem der Gesamtbevölkerungen annähert), ist Teilnahme weiterhin von Faktoren wie Bildung, Einkommen und Berufstätigkeit abhängig (Hoecker 2006-1).

¹⁰¹ Politische Partizipation findet selbstverständlich auch außerhalb der institutionalisierten Handlungssphären statt, es scheint allerdings evident, dass auch hier der institutionelle Rahmen die stattfindenden Handlungen in der einen oder anderen Weise beeinflusst.

Bildung, Einkommen, Beruf, gesellschaftliche Stellung) in positivem Zusammenhang mit politischer Partizipation steht (Hoecker 2006; Van Deth 2003)¹⁰².

Im Rahmen der *Cleavage-Theorie* aus den 1960er Jahren wurde davon ausgegangen, dass verschiedene Konfliktlinien innerhalb von Gesellschaften (z.B. Kapital vs. Arbeit, Zentrum vs. Peripherie, Staat vs. Kirche) zentrale Determinanten für Wahlverhalten und Parteienstruktur darstellen. In einem sozialpsychologischen Ansatz der 1960er Jahre wird die Bedeutung der politischen Sozialisation hervorgehoben, welche die politischen Einstellungen strukturiert und im Zuge derer Parteienidentifikation entsteht. Erwähnt sei hier auch die Studie *Civic-Culture*, welche die Bedeutung von kulturellen Normen und Werten für das politische Verhalten herausstellt, sowie weitere Erklärungsvariablen einführt, z.B. politisches Wissen, subjektive politische Kompetenz, soziale Aktivität, Primärsozialisation. Ein anderer, sehr marktaloger, sozialpsychologischer Ansatz aus den 1960ern, ist jener des *Rationalen Wählers*. Nach diesem nehmen die WählerInnen die Parteien als konkurrierende Anbieterinnen von Programmen wahr, die Wahlentscheidungen fallen nach dem Abwiegen von individuellen Vor- und Nachteilen, orientiert an Nutzenmaximierung und Kostenminimierung. Erwähnt sei noch das Modell der *Zyklen politischer Partizipation*, demnach folgen auf Phasen hoher Mobilisierung Phasen des Rückzugs ins Private (Hoecker 2006).

Bei Verba et al. (1995) wurden u.a. spezifische Motivationen, die zu verschiedenen Formen politischer Partizipation führen, erhoben. Ein interessanter Aspekt davon sind die *selective social benefits*, beispielsweise *enjoying the other people involved*, oder das Gefühl einer bürgerlichen Verpflichtung nachzukommen (*seeking to do their share*). Als weit wichtiger stellte sich die Motivation, resp. der Wunsch *to influence public policy* heraus. Letzteres scheint vor allem deswegen bedeutend, weil die Intention die öffentliche Politik zu beeinflussen einerseits den meisten Definitionen politischer Partizipation entspricht, diese Intentionalität andererseits in den meisten Studien anscheinend implizit angenommen wurde, ohne dass explizit danach gefragt wurde. Der Einflussfaktor der Motivation ist allerdings nicht losgelöst von anderen, etwa sozioökonomischen Variablen zu verstehen. Auch die institutionellen Einbindungen des Individuums im Laufe seines Lebens (Familie, Schule, Beruf, verschiedenste Organisationen), im Zuge derer politische Einstellungen erworben werden, sind zu erwähnen (Verba et al. 1995). In diesem Zusammenhang wichtig scheinen auch Voraussetzungen wie Kompetenzen und Ressourcen, welche politische Partizipation, resp. die Disposition zu politischer Aktivität beeinflussen und welche in der Regel in Gesellschaften ungleich verteilt sind (Verba et al. 1995; Verba et al. 1978).

Während bei der Entwicklung des *Sozioökonomischen Standardmodells* (in Folge SES-Modell) zunächst gezeigt werden konnte, dass sozioökonomische Variablen mit „konventionellen“ Partizipationsformen positiv korrelierten, zeigten spätere Studien, dass auch die „unkonventionellen“ Formen (etwa Protestaktivitäten oder freiwillige Tätigkeiten in sozialen Bewegungen) diesem Muster folgten (Hoecker 2006; Van Deth 2003)¹⁰³. Das SES-Modell bestätigte sich mittlerweile seit Dekaden in zahlreichen Studien und Ländern (Verba et al. 1995). „*Die empirische Partizipationsforschung hat immer wieder festgestellt, dass für alle Formen politischer Beteiligung eine selektive Rekrutierung*“

102 Bereits mit der Studie „The People’s Choice“ aus dem Jahr 1944 von Lazarsfeld et al. wurde jener soziologische Ansatz begründet, welcher Wahlverhalten als sozialstrukturell bedingt ansieht. „*A person thinks, politically, as he is socially. Social characteristics determine political preference*“ (Lazarsfeld et al 1955: 27, zit. nach Hoecker 2006: 15). Die Variablen zum sozioökonomischen Status waren auch hier v.a. Bildung, Einkommen und Beruf, allerdings wurden auch Konfession, Wohnort und verschiedenste Gruppenmitgliedschaften (Primär- und Sekundärumwelten) – etwa Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft, Vereine oder berufliche Organisationen – in Verbindung mit Wahlverhalten gestellt (Hoecker 2006).

103 Ergänzt wird das SES-Modell in der Regel um demographische Variablen wie Alter und Geschlecht.

tierung der ressourcenstarken Teile der Bevölkerung erfolgt“ (Van Deth 2003: 185). „Es sind eindeutig die höher gebildeten, den höheren Einkommensgruppen und höheren Schichten angehörigen (männlichen) Bürger, die überdurchschnittlich partizipieren“ (Van Deth 2003: 184)¹⁰⁴. Es scheint evident, dass diese Befunde in Hinblick auf demokratietheoretische Fragen nach politischer Gleichheit gravierend sind, resp. sie die Erfüllung der demokratischen Norm politischer Gleichheit im gegenwärtig dominanten politischen System und demokratischen Modell in Frage stellen. Durch diese Befunde scheint z.B. die Vorstellung in Frage gestellt, dass formale politische Gleichheit in ökonomisch sehr ungleichen Gesellschaften automatisch zu stärkerer Redistribution und ergo zu mehr ökonomischer Gleichheit führen würde. Ein Grund dafür könnte etwa darin gesehen werden, dass sich die sozioökonomischen und politischen Hierarchien, gegeben bestimmte Partizipationsstrukturen, wechselseitig verstärken¹⁰⁵.

Erwähnt sei, dass international vergleichende Studien zeigten, dass das SES-Modell auch regionalen Vergleichen standhielt. So stellte etwa Klesner (2004) in den analysierten lateinamerikanischen Ländern einen positiven Zusammenhang zwischen Bildung, sowie *Subjective social class*, und politischer Partizipation heraus¹⁰⁶. Wenngleich sich das SES-Modell generell über alle Dimensionen politischer Partizipation spannt, zeigen sich immer wieder auch Abweichungen. In den von Klesner analysierten Daten zeigte sich beispielsweise, dass Bildung zwar positiv mit „unkonventionellen“ Partizipationsformen (dazu zählte er lediglich 5 Protestaktivitäten) korrelierte, sich dies allerdings nur auf die *less confrontational activities* bezog und sich nicht auf die *more confrontational modes* übertragen ließ (vgl. Klesner 2004).

Demgegenüber zeigte sich bei Gaviria et al. (2003), dass – ebenso wie *general political engagement* (mit dieser Dimension fassten sie neben Parteizugehörigkeit einige individuelle Aktivitäten wie „sich informieren über Politik“ oder „Diskussionen über Politik“) – auch *aggressive participation* (so nannten sie verschiedene Protestformen) unter den relativ Wohlhabenden viel verbreiteter war als unter den Ärmeren¹⁰⁷. Bei Booth/ Seligson wiederum korrelierte Wohlstand nicht mit Protestaktivitäten: „*Protest, therefore, rather than being merely a tool of the weak and the resource of the poor, pervades a broad array of social and demographic strata in our eight Latin American nations*“ (Booth/ Seligson

104 „Es sind also eindeutig nicht die Opfer gesellschaftlicher Prozesse oder gesellschaftliche Randgruppen, welche politisch partizipieren, um ihre Interessen zu vertreten oder um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Im Gegenteil: Unter dem Blickwinkel der demokratischen Grundregel der politischen Gleichheit zeigt die empirische Partizipationsforschung erhebliche und konsistente Verzerrungen“ (Van Deth 2003: 185). „The messages communicated to political leaders through the participatory system will reflect the preferences of the advantaged groups. The result is that those who are already well off tend to benefit more from governmental policies because they have greater influence on such policies“ (Verba et al. 1978: 5).

105 „In general, political and socioeconomic stratification hierarchies are likely to be closely aligned. This is because one's position on one hierarchy affects positions on other hierarchies. Wealth is not the same as political power, but it can (usually) purchase political power as it can (...) purchase social respect. Conversely, political power can be converted into wealth. Where political and non-political stratification hierarchies are closely congruent, they mutually support each other. Those citizens who are wealthier, better educated, or who come from more prestigious ethnic or racial or linguistic groups will hold a disproportionate share of political influence. The political stratification system in turn reinforces the socioeconomic one: The economically and socially better-off dominate politics. Government policy, in turn, maintains and reinforces the position of those who are better off“ (Verba et al. 1978: 2).

106 Wie bereits weiter oben erwähnt, analysierte Klesner (2004) Daten des *World Values Survey*, der Fokus lag auf den Ländern Argentinien, Chile, Mexiko und Peru. Nachdem die untersuchte „Wave“ (1999-2001) in 82 Ländern weltweit durchgeführt wurde, ermöglichte sie auch internationale Vergleiche mit dem lateinamerikanischen Sample. Insgesamt stellt er heraus, dass auch hier ähnliche Partizipationsmuster, resp. Charakteristika vorliegen als in anderen Regionen. Beispiele dafür sind eben die positiven Zusammenhänge zwischen politischer Partizipation und sozioökonomischen Variablen, positiver Zusammenhang mit der Variablen Alter (wenngleich schwach) oder die stärkere Partizipation von Männern als von Frauen, wenngleich auch dieser Zusammenhang schwach war (vgl. Klesner 2004).

107 Gaviria et al. (2003) analysierten Daten der *Corporación Latinobarómetro*, erhoben in 17 lateinamerikanischen Ländern in den Jahren 1996, 1997 und 1998, ca. 1200 RespondentInnen pro Jahr und Land.

2009: 170)¹⁰⁸. Weiters stand in den Analysen von Gaviria et al. (2003) die Dimension *community activism* in negativem Zusammenhang mit Wohlstand¹⁰⁹. Dementsprechend fanden auch Booth/Seligson (2009) negative Zusammenhänge zwischen Wohlstand und *Civil society activism*. Bildung erwies sich bei Gaviria et al. (2003) als stärkerer Faktor politischer Partizipation als Vermögen, die partizipatorischen Ungleichheiten nach der Bildungsvariablen waren also stärker ausgeprägt als jene nach der Vermögensvariablen. Bildung stand auch bei Booth/Seligson (2009) in positiver Beziehung zu fast allen Formen politischer Partizipation (auch zu Protestaktivitäten). Trotz der herausgestellten sozioökonomisch bedingten Ungleichheiten bei den meisten Formen politischer Partizipation stellten Gaviria et al. (2003) – im internationalen Vergleich – heraus: „...*participation in politics is much more evenly distributed in Latin America than in other regions of the world*“ (Gaviria et al. 2003: 19). „*Spain is more unequal than the most unequal Latin America country in the sample for all measures of political activism*“ (Gaviria et al. 2003: 20). Dies scheint ein interessantes Ergebnis zu sein, kann allerdings nicht implizieren, dass der politische Einfluss in lateinamerikanischen Gesellschaften nicht stark sozioökonomisch bedingt und stark ungleich verteilt ist (Gaviria et al. 2003)¹¹⁰.

Einen anderen bedeutenden Faktor politischer Partizipation stellt das Konstrukt der (politischen) *Entfremdung* dar. Auf Basis von Studien, die einen negativen Zusammenhang zwischen politischer Entfremdung (i.e. zwischen negativen Evaluationen des politischen Systems) und „konventioneller“ politischer Partizipation herausstellten, wurde beispielsweise – als bereits „unkonventionelle“ Formen wie Protestaktivitäten erhoben wurden – die Frage untersucht, ob politische Entfremdung generell zu politischer Apathie, resp. Rückzug aus der Politik führe, oder ob sie „unkonventionelle“ politischen Aktivitäten (etwa Protest gegen das politische System) begünstigt (vgl. Milbrath/ Goel 1977). Demnach würde etwa Vertrauen in die politischen Institutionen „...*result in a tendency to adopt conventional forms of participation (e.g. voting) (...), whereas mistrust would enhance unconventional modes such as protest (...)*“ (Mannarini et al. 2008: 98). Der positive Zusammenhang zwischen politischer Entfremdung und Protest schien sich bei Milbrath/ Goel (1977) zu bestätigen¹¹¹. In Hinblick auf die bereits beschriebenen positiven Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Variablen und den meisten Formen politischer Partizipation, vor allem den hier wichtigen Protestaktivitäten, kommen Milbrath/ Goel (1977) zu dem Schluss, dass politische Entfremdung bei den höheren und mittleren Schichten eher zu Aktivismus und bei den unteren Schichten eher zu Rückzug führe¹¹². „*Upper and upper-middle class individuals, for example, seem more likely to play out the alienation in active modes such as reformism or rebelliousness, because they have the resources and the relative economic and social invulnerability to do so and because they have learned*

108 In der Studie von Booth/Seligson (2009) wurden im Jahr 2004 in acht lateinamerikanischen Ländern standardisierte Befragungen durchgeführt. Erhoben wurde in Mexiko, Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica, Panama und Kolumbien. Der Datensatz umfasste über 12.000 Fälle.

109 Diese Dimension politischer Partizipation wurde anhand von Mitgliedschaften in verschiedenen Organisationen, die nach ihrer Definition politischer Partizipation einen *redistributiven Fokus* hätten, gemessen (Gaviria et al. 2003).

110 Abgesehen davon, dass von Messungen politischer Partizipation nur indirekt auf den damit verbunden politischen Einfluss geschlossen werden kann, ist anzumerken, dass in den von Gaviria et al. (2003) analysierten Stichproben ausschließlich im urbanen Raum befragt wurde, was wohl insbesondere im lateinamerikanischen Kontext zu Repräsentativitätsproblemen führt.

111 „...*the likelihood of extremist action against the government will be highest when the level of trust in political institutions and its leadership is low*“ (Milbrath/ Goel 1977: 73). Allein die Begriffswahl („extremist action“) scheint hier zu verdeutlichen, dass diese Zusammenhänge meistens nach der angesprochenen Systemerhaltungsprämisse interpretiert wurden, demnach würde etwa Protest das politische System, bzw. die „Demokratie“ an sich, destabilisieren und gefährden.

112 „...*those most likely to participate in unconventional, extremist behavior are not depressed, ignorant, and low class; instead they tend to be better educated, more sophisticated, more interested in politics, more knowledgeable about it, and more subjectively efficacious about their personal capabilities*“ (Milbrath/ Goel 1977: 73-74).

norms of civic duty and participation that would make withdrawal, for example, a nonvalued option” (Schwartz 1973: 23 zit. nach Milbrath/ Goel 1977: 73). Diese relativ einfachen Konzepte – entweder sollte politische Entfremdung zu politischer Apathie führen, oder zu (vielfach als problematisch betrachteten) Protestaktivitäten – scheinen in späteren Studien von differenzierteren Fragestellungen abgelöst zu werden¹¹³.

Gemeinsam scheint verschiedenen Ansätzen von Entfremdung in der empirischen Sozialforschung zu sein, dass sie eine Art Spannungsverhältnis meint, etwa zwischen Individuum und Gesellschaft oder zwischen Individuum und Norm. „*Entfremdung ist kennzeichnend für das Auseinanderfallen von bestimmten idealtypischen Vorstellungen und der Realität*“ (Fischer/ Kohr 1980: 42). Was dieses Spannungsverhältnis bedeutet wurde zwar sehr unterschiedlich interpretiert, Fischer/ Kohr (1980) meinen allerdings, dass das ursprüngliche Konzept dabei vollständig auf den Kopf gestellt wurde. Während bei Marx und Durkheim das Entfremdungskonzept primär gesellschaftsbezogen war, es ging um einen Krisenzustand der Gesellschaft in dem das Individuum an den Verhältnisse leidet, sei in der empirischen Explikation diese explizite Gesellschaftskritik verschwunden. „*Mehr und mehr war es das Individuum, das an der Gesellschaft leidet, weil es deren – an sich vernünftige und erhaltenswerte – Standards nicht erfüllt, weil es abweicht von einer wünschenswerten Norm*“ (Fischer/ Kohr 1980: 42). Die vorgefundene gesellschaftliche Realität wird dabei verabsolutiert, bzw. zur Norm erhoben, Vorstellungen von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen werden somit annulliert. Der kritische Sinngehalt des Entfremdungsbegriffs – als eines durch die gesellschaftlichen Verhältnisse erzeugtes Phänomen – sei mit der Transformation in eine (individual-)psychologische Kategorie verloren gegangen¹¹⁴. „*Entfremdung wird zum Synonym für abweichendes, falsches Verhalten, für ein Verhalten, das die Integration des Individuums in die Gesellschaft gefährdet – und damit auch das potentielle Gleichgewicht des Systems*“ (Fischer/ Kohr 1980: 42-43). In diesem Zusammenhang wurden auch individuelle Verhaltensweisen vorrangig unter dem Gesichtspunkt analysiert, ob sie etwa systemgefährdend seien oder nicht¹¹⁵. Derartige Konzeptionen, das Ausklammern gesellschaftlicher Aspekte bei gleichzeitiger Verabsolutierung eines gesellschaftlichen Ist-Zustandes, würden wichtige Fragestellungen von vornherein verhindern, etwa Fragen nach Diskrepanzen zwischen demokratischer Theorie und Realität (Fischer/ Kohr 1980).

Sehr nahe verwandt mit dem Konzept der politischen Entfremdung ist das Konzept der politischen (oder staatlichen) *Legitimität*. Dieses basiert klassischerweise auf der Vorstellung, dass politische Systeme in langen historischen Prozessen verschiedenste Krisen überwinden, um letztlich Legitimität zu erlangen, etwa durch das Vertrauen und die Zustimmung der BürgerInnen, oder auch durch andere Kriterien wie ökonomische Entwicklung (Booth/ Seligson 2009). Im Falle des Vertrauens, resp. der Unterstützung der BürgerInnen wird Legitimität auf der individuellen Einstellungsebene (bzgl. des politischen Systems) erhoben. Die politische Legitimität eines gegebenen Systems wird so zu einer Funktion der Evaluation eben dieses Systems durch die BürgerInnen

¹¹³ Dies steht wohl auch damit in Zusammenhang, dass politische Entfremdung, sowie politische Partizipation stärker in ihrer Multidimensionalität erfasst werden.

¹¹⁴ Eine messtechnische Konsequenz aus dieser Konzeption sei gewesen, dass bei der Erstellung von Skalen soziale und politische Entfremdung nicht getrennt worden sind, nachdem angenommen wurde, dass beide direkt in der Persönlichkeit des Einzelnen zu verorten seien. Die Korrelationen dieser Skalen mit Skalen zu politischen Verhaltensweisen bestätigten dann das Bild der anomischen BürgerInnen, die vielfach von der Norm ihrer Gruppe abzuweichen schienen (Fischer/ Kohr 1980).

¹¹⁵ Festzustellen was das System gefährden würde und was nicht seien im Wesentlichen ideologische Aussagen (Fischer/ Kohr 1980).

selbst¹¹⁶. In der Literatur politischer Legitimität erscheint diese gerade für demokratische Systeme zentral – hohe Legitimität (d.h. starke Unterstützung des Volkes) sollte Einstellungen und Verhaltensweisen generieren, welche das demokratische System verstärken, niedrige Legitimität sollte es schwächen (Booth/ Seligson 2009). Letzteres scheint deutlich zu machen, dass auch hier die Frage nach der Systemstabilität hervorgehoben behandelt wurde.

In Hinblick auf Fragen nach den Zusammenhängen zwischen Legitimität, politischer Partizipation und Stabilität wurden dabei verschiedene Thesen kontrovers diskutiert¹¹⁷. Im Folgenden sollen einige dieser Thesen vorgestellt werden¹¹⁸. Zunächst sei festgehalten, dass Thesen im Rahmen des beschriebenen „realistischen“ Demokratieansatzes generell davon ausgehen, dass ein „Zuviel“ an Partizipation (sofern sich diese nicht etwa auf Wählen beschränkt) das System gefährde. Legitimität hat damit insofern zu tun, als dass sich etwa gerade in der Passivität eines Großteils der Bevölkerung dessen Zufriedenheit ausdrücke (vgl. Kapitel 2). Demgegenüber kann die Vorstellung gesetzt werden, dass ein „Zuwenig“ an Partizipation, bzw. sinkende Partizipationsraten aufgrund von niedriger Legitimität, ein demokratisches System deswegen gefährden, weil gerade in der politischen Partizipation der BürgerInnen das Wesen der Demokratie liegt, erst in den demokratischen Prozessen der Partizipation können etwa repräsentative Entscheidungen getroffen werden, die ihrerseits die Basis der Legitimität des Systems selbst bilden. Eine gänzlich andere These spricht der Legitimität und der politischen Partizipation die Relevanz bezüglich der Stabilität von Demokratien generell ab, der einzige bedeutsame Faktor sei das Wohlstandsniveau eines Landes, resp. die ökonomische Entwicklung. Demnach müsse etwa erst das BIP pro Kopf ein gewisses Limit unterschreiten, um das System in Gefahr zu bringen¹¹⁹. Ein wieder anderer Ansatz geht von einem gewissen Reservoir an Unterstützung für ein politisches System aus. Demnach akkumuliere sich durch zunächst zufrieden stellende Performance eines Systems und Sozialisationsprozesse Legitimität, welche erst nach und nach zu erodieren vermag (Booth/ Seligson 2009).

Folgende spezifischere Thesen seien noch erwähnt, die in der Forschung oftmals diskutiert wurden. Erstens die Annahme, dass zwischen Legitimität und „konventioneller“ politischer Partizipation ein (linearer) positiver Zusammenhang besteht. „...*citizens with high legitimacy values (i.e., those strongly supportive of regimes) would more likely engage in conventional political participation within institutional channels*“ (Booth/ Seligson 2009: 20). Diese Partizipation würde das System stärken, während Individuen mit negativen politischen Evaluationen es nicht gefährdeten, weil diese zum generellen Rückzug aus der Politik führe. „*Institutionally supportive citizens engage within the system and strengthen it, while disaffected citizens withdraw without weakening it*“ (Booth/ Seligson 2009: 146). Demgegenüber steht die These, dass zwischen Legitimität und „unkonventioneller“ politischer Partizipation ein negativer (linearer) Zusammenhang bestehe, resp. etwa dass niedrige

116 In einer anderen Forschungstradition des Legitimitätskonzepts soll die Legitimität eines gegebenen Systems in einem bestimmten Staat durch außenstehende BeobachterInnen, anhand verschiedener festgelegter Kriterien, gemessen und beurteilt werden, sowie Vergleiche mit anderen Staaten möglich werden (Booth/ Seligson 2009). Evident scheint, dass festgelegte Kriterien auch bei Evaluationen der BürgerInnen mit standardisierten Messinstrumenten eine Rolle spielen.

117 Dies ist auch im Zusammenhang mit unterschiedlichen Vorstellungen darüber zu sehen, welche Arten von Partizipation in welchem Ausmaß als „zu viel“ oder „zu wenig“ angesehen werden (Booth/ Seligson 2009), was wiederum vor dem Hintergrund unterschiedlicher demokratietheoretischer Ansätze diskutiert werden kann (vgl. Kapitel 2).

118 Angemerkt sei, dass diese Thesen notwendigerweise jenen im Rahmen des Konzepts der politischen Entfremdung gleichen, was in der konzeptuellen Überschneidung begründet liegt.

119 Zwischen *Evaluation of regime economic performance* und BIP-Wachstum fanden Booth/ Seligson (2009) einen Zusammenhang. Honduras und Nicaragua, die Länder mit dem geringsten BIP-Wachstum zwischen 1990 und 2003, waren jene Länder in der Stichprobe mit den niedrigsten Legitimitäts-Werten.

Legitimität zu systemkritischem Protest führe. „...citizens with low legitimacy values would be more likely to engage in unconventional or protest participation” (...) „...disaffected citizens may protest or rebel, but supportive or neutral citizens generally do not. In sum, large amounts of protest or confrontational participation could overtax inflexible institutions and provoke their decay or even overthrow them” (Booth/ Seligson 2009: 20)¹²⁰.

Vor allem letztere These, dass Unzufriedenheit mit dem politischen System, resp. niedrige Legitimität verstärkt zu Protest führe, schien sich in jüngeren empirischen Forschungen nicht zu bestätigen. Die angenommenen Effekte von Legitimität auf Systemstabilität seien bislang ebenso wenig empirisch bestätigt worden¹²¹. Darüber hinaus scheint die Konstruktvalidität der politischen Legitimität bislang noch unzureichend verifiziert worden zu sein (Booth/ Seligson 2009). So oder so scheint ein Argument evident; dass Legitimität in Demokratien relevant sein *sollte*, ebenso wie die politische Partizipation. Immerhin ist es doch die explizite theoretische Annahme davon, dass das Volk herrscht, dass es das politische System selbst gestaltet und so nach seinen Bedürfnissen und Wünschen ausrichtet.

An den Thesen, Forschungskonzepten und Messinstrumenten vieler Studien der empirischen Partizipationsforschung hinsichtlich des Legitimitätskonzepts kritisieren Booth/ Seligson (2009) vor allem, dass erstens das Konstrukt der Legitimität oftmals nicht in seiner Multidimensionalität erfasst wurde¹²². Während also oftmals eindimensionale Ansätze verwendet wurden, wurde Legitimität manchmal sogar nur anhand einer einzelnen Frage erhoben¹²³. Die dimensionale Verkürzung gelte zweitens auch für Konzepte politischer Partizipation. Die Ansätze tendierten dazu, wie auch anhand zuvor angeführter Thesen ablesbar, politische Partizipation zu dichotomisieren, anstatt mehrere relevante Dimensionen zu unterscheiden. Aus den ersten zwei Punkten ergibt sich drittens die Kritik an den hypothetisierten Zusammenhängen zwischen Legitimität und politischer Partizipation, die oftmals nicht berücksichtigten, dass verschiedene Dimensionen politischer Legitimität verschiedene Einflüsse auf verschiedene Dimensionen politischer Partizipation ausüben können. Damit sei viertens noch die Kritik daran angemerkt, dass meistens lediglich auf lineare

120 Die Befürchtungen einiger AutorInnen des „empirischen“ Demokratieansatzes bzgl. der Stabilität des Systems bei „ausufernder“ Partizipation scheinen in letzterer These besonders stark zum Ausdruck zu kommen.

121 Viele Studien in wohlhabenderen, etablierten Demokratien zeigen seit den 1960er Jahren einen Rückgang an öffentlichem Vertrauen gegenüber Regierung, PolitikerInnen und staatlichen Institutionen, resp. einen Abfall politischer Legitimität, ohne dass sich die Konsequenz der Systeminstabilität eingestellt hätte, oder es gar zum Kollaps gekommen wäre. Auch in Ländern mit außerordentlich schlechter ökonomischer Performance hielten sich formale demokratische Institutionen an der Macht (Booth/ Seligson 2009). „...*Sharply declining legitimacy in established democracies does not seem to consistently cause anything close to regime breakdown. Some new democracies do fail, conforming to theory that suggests they should break down, while others confound the theory by surviving under apparently high levels of stress*” (Booth/ Seligson 2009: 5).

122 Schon früh wurde herausgestellt, dass etwa zwischen *diffuse support* für das generelle politische Regime und *specific support* für die Performance der konkreten politischen Autoritäten zu unterscheiden ist (Booth/ Seligson 2009). „*Individuals may accord legitimacy to the regime but distrust leaders*“ (Milbrath/ Goel 1977: 64).

123 Hierzu scheint es wichtig anzumerken, dass manche Studien Items verwendeten, die nicht auf die Legitimität eines konkreten politischen Kontextes ausgerichtet waren, sondern etwa nach der Zufriedenheit mit *der* Demokratie gefragt haben. Wenngleich dies sicherlich auch einen wichtigen Faktor darstellt, ist es doch wichtig festzuhalten, dass es sich nicht um das gleiche Konstrukt handelt (vgl. Booth/ Seligson 2009). Diese Konstrukte zu verwechseln oder zu vermischen scheint darauf zurückzuführen, ein konkret gegebenes politisches System a priori als *die* „Demokratie“ zu verabsolutieren, denn dann stellt die Legitimität dieses Systems das gleiche dar wie Zustimmung zu demokratischen Systemen an sich. Dies allerdings birgt etwa die Gefahr, die Möglichkeit auszuschließen, dass sich niedrige Legitimität gerade dadurch ergibt, dass konkrete politische Institutionen als unzureichend demokratisch wahrgenommen werden. Unter diesem Ausschluss wird etwa antisystemischer Protest zwangsläufig zu antidemokratischem Protest und die Thesen vom demokratiegefährdenden Potential derartiger politischer Aktivitäten bestätigen sich, obwohl sie ebenso gut demokratiefördernde Inhalte gehabt haben können.

Zusammenhänge getestet wurde, also etwa keine eventuellen kurvilinearen Zusammenhänge untersucht worden sind (Booth/ Seligson 2009).

Anhand des Datensatzes von *The Legitimacy Puzzle in Latin America* (Booth/ Seligson 2009) bestätigte sich die Multidimensionalität politischer Legitimität, die Autoren identifizierten sechs Dimensionen¹²⁴. In Bezug auf politische Partizipation zeigte diese Studie im Allgemeinen: „... *legitimacy clearly does matter in shaping political behavior*“ (Booth/ Seligson 2009: 154). Nicht alle Dimensionen von Legitimität beeinflussten allerdings alle Partizipationsformen und nicht alle Zusammenhänge waren signifikant. Das bedeutendste Ergebnis war wohl die besondere Art der Beziehungen zwischen Legitimität und Partizipation. „... *the main pattern of relationship between legitimacy and participation (...) is U-shaped – that is, both the most supportive and the most disaffected citizens are more active than citizens holding middling legitimacy norms*“ (Booth/ Seligson 2009: 157)¹²⁵. Diese kurvilinearen (U-förmigen) Zusammenhänge zeigten sich z.B. zwischen *Evaluation of regime economic performance*, sowie *Support for political actors* und *Partisan and campaign activism*¹²⁶. Zwischen *Evaluation of regime economic performance* und *Communal activism*, *Civil society activism*, sowie *Protest participation*¹²⁷.

Diese Ergebnisse sprechen stark gegen die Annahmen, dass niedrige Legitimität zu politischer Apathie oder linear zu „unkonventionellen“ Partizipationsformen wie Protest führen würde, welche das System gefährdeten. U-förmige Zusammenhänge zeigten sich ebenso bei „konventionellen“ Formen wie Parteien- und Wahlkampfpartizipation, als auch bei klassischerweise als „un-

124 Diese Dimensionen waren:

I. *Evaluation of Regime Economic Performance*; gemessen an Items zur Evaluation der Ökonomie (diese Dimension zeigte von allen sechs den stärksten Einfluss auf politische Partizipation) -

II. *Support for Regime Institutions*; gemessen an Items zur Bewertung verschiedenster politischer Institutionen -

III. *Support for Political Actors or Authorities*; Items zur Evaluation der Arbeit der gegenwärtigen Regierung -

IV. *Support for Local Government* -

V. *Support for Core Regime Principles*; gemessen an Items zur Einstellung gegenüber demokratischen Normen (diese „demokratischen Normen“ waren ausschließlich verschiedene Formen politischer Partizipation) -

VI. *Political Community*; gemessen an Items zur generellen Identifikation mit dem jeweiligen Land -

(vgl. Booth/ Seligson 2009). Die letzten drei Dimensionen sollen in Folge nicht weiter verfolgt werden. *Political Community* scheint mit dem politischen System im Grunde nichts zu tun zu haben, zeigte außerdem bei Booth/ Seligson (2009) den geringsten Einfluss auf Partizipation. *Support for Core Regime Principles* sollte Einstellungen zu demokratischen Prinzipien messen, die als genuine Merkmale des jeweiligen politischen Systems zu interpretieren waren. Nachdem nicht unbedingt nachvollziehbar scheint, ob diese Prinzipien letztlich auch in den Einstellungen der RespondentInnen genuine Merkmale des politischen Regimes darstellen, in dem sie leben, scheint die Frage angebracht, ob es nicht sinnvoller wäre, diese Items einem Konstrukt demokratischer Einstellungen zuzuordnen (bei Booth/ Seligson 2009 etwa *Demand for Democracy*).

125 Erwähnt sei, dass in allen Modellen eine interessante Liste von Kontrollvariablen einbezogen wurde. Neben demographischen und sozioökonomischen Fragen auch Variablen wie *Victimized by crime in last year*, *Fear in one's neighborhood*, *Solicited for bribe by public employee*, *Approve armed overthrow*, *Justify coup*, *Approve confrontational political tactics*, *Support for vigilantism*, *Perceived supply of democracy* oder *Demand for democracy* (vgl. Booth/ Seligson 2009: 294-297).

126 „... *both strong approval of government performance and strong disapproval motivate citizens to participate in electoral competition*“ (Booth/ Seligson 2009: 159). Die Autoren nehmen an, dass dies mit dem demokratischen Kontext der untersuchten Länder in Zusammenhang steht. „... *in formal democracies with modest or little repression of participation (...), we find that disaffected citizens do not drop out of electoral contention (...), but rather embrace it*“ (Booth/ Seligson 2009: 161). Zwischen *Support for Regime Institutions* und dieser Partizipationsdimension stellte sich allerdings ein positiver linearer Zusammenhang heraus.

127 Bezüglich kommunalen Aktivitäten: „... *rather than dropping out of politics, those disgruntled with national economic performance (...) instead direct their activism to the arena of their own communities and work to improve them*“ (Booth/ Seligson 2009: 165). Bezüglich zivilgesellschaftlichem Engagement: „*Those who are least satisfied with the government's economic performance and those who are most satisfied tend to participate in these organizations somewhat more intensely than do citizens indifferent about economic performance*“ (Booth/ Seligson 2009: 167). Bezüglich Protestaktivitäten zeigte sich trotz des U-förmigen Zusammenhangs doch auch, wenngleich in sehr geringem Ausmaß: „... *disaffected citizens do protest more while string supporters of the system protest less*“ (Booth/ Seligson 2009: 236).

konventionell“ bezeichneten Aktivitäten. „...we find disaffected citizens actively engaged in multiple arenas, not merely protesting but participating in both formal political channels and civil society“ (Booth/ Seligson 2009: 172). „They are just about as likely as supportive citizens to become more politically active both within national institutional channels and in alternative arenas“ (Booth/ Seligson 2009: 175).

Des Weiteren zeigte sich, dass die Mehrheit der Befragten demokratischen Prinzipien (*Support for regime principles*) sehr positiv zugeneigt war, wenngleich sie gegenüber politischen Akteuren, Institutionen und der ökonomischen Performance sehr kritisch eingestellt war. Große Mehrheiten bevorzugten außerdem gewählte Regierungen (*Demand for democracy*)¹²⁸. Der Zusammenhang dieser Variablen mit allen Partizipationsformen schien zwar positiv zu sein, allerdings in den meisten Fällen nicht signifikant. Die Autoren schließen daraus: „...Latin Americans prefer elected governments whether they are politically active or not ...“ (Booth/ Seligson 2009: 217). Auch der Zusammenhang zwischen *Demand for democracy* und den meisten Legitimitätsdimensionen zeigte sich positiv, allerdings äußerst gering. Daraus wiederum schließen die Autoren, „...that the demand for democracy, manifestly high in all our countries, has become or is becoming a nearly universalized value...“ (Booth/ Seligson 2009: 204). „Democracy, we find, has a strong reservoir of support in the region and appears fairly resistant to low legitimacy norms“ (Booth/ Seligson 2009: 219). Bei der Variablen *Perceived supply of democracy* zeigen sich die Zusammenhänge mit politischer Partizipation stärker, aber uneinheitlich¹²⁹. „The demand for democracy is not very participation dependent. The perceived supply of democracy is more participation dependent. Voters, civil society activists, and party-campaign activists – and those who protest less – perceive more democracy“ (Booth/ Seligson 2009: 217)¹³⁰. Die Variable *Supply of democracy* stand außerdem mit den Legitimitätsdimensionen in stärkerem positivem Zusammenhang, was bedeutet, dass jene die das politische System schlechter bewerteten, es gleichzeitig auch für weniger demokratisch hielten, als jene mit höheren Legitimitäts-Werten¹³¹. „The people want democracy, and the better they believe their government is performing, the more democracy they will believe they have“ (Booth/ Seligson 2009: 240).

Weitere interessante Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Demokratie, Legitimität und Partizipation liefern die folgenden Variablen, welche Booth/ Seligson unter dem Konstrukt „Negatives politisches Kapitel“ zusammenfassten. Hierzu zählt etwa die Variable *Willingness to accept the violent overthrow of an elected government*¹³². Zwischen dieser Variablen und den Legitimitätsdimensionen *Regime performance* und *Political actors* zeigten sich negative Zusammenhänge. Das gleiche gilt auch für die Beziehung zwischen diesen beiden Legitimitätsdimensionen und der Variablen *Support for a coup d'état*, auch hier zeigten sich negative Zusammenhänge¹³³. „Greater support

128 Die Variable *Demand for democracy* wurde mit einer einzelnen Frage danach erhoben, ob ein gewählter oder ein nicht gewählter politischer Führer (generell) besser sei. HonduranerInnen zeigten mit 78,5% die niedrigste Präferenz für gewählte Regierungen, was nichts desto trotz einen Anteil von über ¾ der Befragten ausmacht (vgl. Booth/ Seligson 2009: 203).

129 *Perceived supply of democracy* wurde anhand von zwei Fragen darüber gemessen, wie demokratisch das eigene Land eingestuft wird (vgl. Booth/ Seligson 2009).

130 Dieses Ergebnis scheint nicht unlogisch, denn: „Why bother voting or campaigning if one does not believe in the responsiveness of one's democratic regime?“ (Booth/ Seligson 2009: 217).

131 In allen Ländern wurden niedrigere Werte für *Supply of democracy* als für *Demand for democracy* gemessen, diese Diskrepanz nannten die Autoren „The Democracy Demand-Supply Gap“ (vgl. Booth/ Seligson 2009).

132 Auf einer Skala von 0 bis 100 (100 = starke Zustimmung zu einem gewaltvollen Umsturz) erreichte der gesamte Datensatz einen Mittelwert von 17,1 – wobei Honduras mit 24,0 den höchsten Mittelwert erreichte (vgl. Booth/ Seligson 2009: 182).

133 Gefragt wurden die RespondentInnen, ob sie, unter verschiedenen Bedingungen, einen Militärputsch unterstützen würden. Die beachtlichen Zustimmungsraten reichen von 31% (unter der Bedingung exzessiver sozialer Proteste) bis zu 52% (unter der Bedingung hoher Korruption). Honduras und El Salvador erreichten die höchsten mittleren Zustimmungsraten zu hypothetischen Militärputschen (vgl. Booth/ Seligson 2009: 185-186). „While Latin

for political actors and national economic performance (...) reduce support for armed rebellion and coups“ (Booth/ Seligson 2009: 197). Bei der Variablen *Approval of confrontational political tactics* wiederholten sich diese negativen Beziehungen zu Legitimität allerdings nicht¹³⁴. Vielmehr zeigten sich hier positive Zusammenhänge etwa mit der Legitimitätsdimension *Support for regime institutions*, sowie mit der Zustimmung zu demokratischen Prinzipien. „Citizens with high support for democracy and national institutions tend rather strongly to approve of confrontational tactics. Apparently these citizens of eight Latin American countries do not view the techniques of confrontational protest to be inconsistent with democracy or national institutions“ (Booth/ Seligson 2009: 195)¹³⁵. Daraus ziehen die Autoren den wichtigen Schluss: „Policy makers, scholars, and the media would err seriously by imputing the protest or protestors in Latin America for any necessary repudiation of democracy or democratic institutions“ (Booth/ Seligson 2009: 238).

Die Autoren führen diese Ergebnisse insgesamt v.a. auf die demokratische Transition in den beforschten Gesellschaften zurück, welche politische Repression reduziert, so ein Mehr an Partizipation zugelassen und animiert hätte und zu starker grundsätzlicher Unterstützung des demokratischen Systems geführt habe, wenngleich politische Institutionen, Akteure und deren Leistungen äußerst kritisch beurteilt werden. „It may, therefore, require extremely poor performance by a democratic government to create enough discontent to spawn rebellion“ (Booth/ Seligson 2009: 174). Allerdings merken sie auch an, dass hier eine Gefahr verborgen liegt. Diese drückte sich etwa dadurch aus, dass Erfahrungen mit staatlicher Korruption (*Solicited for bribe in last year*) die Präferenz für gewählte Regierungen (*Demand for democracy*) deutlich schwächte. „We conclude that official corruption is a serious problem in Latin America, not just in its own right but because it erodes support for democracy“ (Booth/ Seligson 2009: 219). Gleichzeitig zeigte sich, dass Korruptionserfahrungen (aber auch Angst vor Kriminalität in der eigenen Nachbarschaft und Opfer eines Verbrechens geworden zu sein) die Zustimmung zu Militärputschen begünstigte. „While most citizens appeared to be patient in 2004, their patience may not be open ended. Persistent poor performance and resulting low legitimacy in a democratic setting may, of course, eventually nurture levels of disgruntlement that could provoke withdrawal from politics and perhaps even hostility toward democracy“ (Booth/ Seligson 2009: 172).

Im Zusammenhang mit der Frage nach der „Stärke“ sozialwissenschaftlicher Forschung in diesem Bereich sei zuletzt noch folgende Textstelle zitiert, welche die Autoren von *The Legitimacy Puzzle in Latin America* wohlgermerkt vor dem Putsch in Honduras im Juni 2009 abfassten. Es bezieht sich auf die besonders hohen Werte bei Skalen zum „Negativen politischen Kapital“ (etwa „Unterstützung für einen Militärputsch“), welche beim honduranischen Teil der Stichprobe herausgestellt wurden. „These patterns suggest a potential reservoir of mass tolerance for potential coup plotters in Honduras. They also lead us to expect a particularly high propensity for mass protest and political turmoil in Honduran politics. To the extent that these political capital norms shape participation and encourage support for potential antidemocratic elites, we suspect that Hondurans’ willingness to countenance rebellion and confrontation could tempt that country’s antidemocratic elites to act against democracy to a degree greater than in most other countries in our study“ (Booth/ Seligson 2009: 199).

Americans embrace democracy today, there remains a reservoir of acceptance of a coup by the armed forces as a potential source of rescue from crises of various sorts“ (Booth/ Seligson 2009: 189).

¹³⁴ Bei dieser Variablen wurde die Zustimmung zu Besetzungen von Fabriken, Büros und anderen Gebäuden, sowie die Zustimmung zu Landbesetzungen und Straßenblockaden gemessen. Auf der Skala von 0 bis 100 (100 = große Zustimmung), erreichte wiederum Honduras mit einem Mittelwert von 25,5 die höchsten Zustimmungsraten (Booth/ Seligson 2009: 190).

¹³⁵ „While this underscores the prospect that political turmoil in the form of protest will likely play a prominent role in Latin American democracies, it also suggests that protest does not necessarily menace either democracy as such or national institutions“ (Booth/ Seligson 2009: 195).

5. Forschungsfragen/Hypothesen/Definitionen

Wie bereits am Ende der Einleitung dargestellt, bezieht sich die Haupt-Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit auf das Verhältnis zwischen Politischer Legitimität (verstanden als die subjektive Evaluation der verschiedenen Institutionen des politischen Systems) und Politischer Partizipation von Studierenden an honduranischen Universitäten, sowie darauf, welche Rolle demokratische Einstellungen bei diesen Zusammenhängen spielen. Folgende, präzisere Fragen seien nun abgeleitet: Wie verhalten sich verschiedene Partizipationsformen untereinander? Führen ablehnende Haltungen gegenüber den gegenwärtigen Institutionen des politischen Systems, resp. niedrige politische Legitimität, zur Abwendung von systemischen, „konventionellen“ Partizipationsräumen (Wahlen, Wahlkampf, Parteien)? Zu generellem Rückzug aus der Politik, resp. zu politischer Passivität? Oder zu politischem Engagement, Organisation und Assoziation außerhalb des institutionalisierten Rahmens? Zu Partizipation im zivilgesellschaftlichen oder kommunalen Bereich? Zur Hinwendung zu Protestaktivitäten? Ist politische Legitimität überhaupt relevant für die Erklärung politischer Partizipation? In welchen Zusammenhängen stehen demokratische Einstellungen dabei? Welche weiteren Faktoren beeinflussen das Partizipationsverhalten der Zielgruppe? Welche Rolle spielen soziale Merkmale (wie Alter und Geschlecht), oder auch die Art der Bildungseinrichtung dabei?

Zur empirischen Überprüfung dieser Fragestellungen werden in Folge fünf Hypothesen formuliert. Die in ihnen enthaltenen, abstrakten Begriffe werden im Anschluss daran (nominal) definiert. Danach werden die Bedeutungen der Hypothesen noch etwas genauer beschrieben. Vorab sei noch angemerkt, dass es sich, wie in dieser Arbeit bereits im Vorangegangenen beschrieben, bei politischer Partizipation (sowie auch bei politischer Legitimität) um multidimensionale Konstrukte handelt. Die Struktur dieser Dimensionen kann und soll nicht *a priori* festgelegt werden, vielmehr ist die Frage nach relevanten Dimensionierungen die erste, welche im Rahmen des empirischen Teils dieser Arbeit beantwortet werden soll. Diese zum Teil explorative Vorgehensweise hat die Konsequenz, dass die endgültige Bestimmung der Variablen (sowie der operationalen Definitionen) erst nach den ersten Auswertungen und strukturentdeckenden Verfahren möglich wird. Aufgrund dessen sind die folgenden, zu überprüfenden Hypothesen als Orientierungs- und Ausgangspunkt der Analyse des zu erhebenden Datenmaterials zu verstehen, nicht als deren gesamter Inhalt.

- » **Hypothese 1:** Politische Legitimität steht mit konventioneller politischer Partizipation in positivem Zusammenhang. Das heißt, je positiver die Bewertungen der verschiedenen Institutionen des politischen Systems, desto eher kommt es zu konventionellen Formen politischer Partizipation.
- » **Hypothese 2:** Politische Legitimität steht mit Protestpartizipation in negativem Zusammenhang. Das heißt, je negativer die Bewertungen der verschiedenen Institutionen des politischen Systems, desto eher kommt es zu verschiedenen Formen des Protests.
- » **Hypothese 3:** Demokratische Überzeugung und politische Partizipation (in allen ihren Formen) stehen in positivem Zusammenhang. Das heißt, je stärker demokratische Überzeugungen, desto eher kommt es zu politischer Partizipation.
- » **Hypothese 4:** Das Ausmaß wahrgenommener Demokratie steht mit konventioneller politischer Partizipation in positivem Zusammenhang. Das heißt, je

demokratischer das politische System wahrgenommen wird, desto eher kommt es zu konventioneller politischer Partizipation.

- » **Hypothese 5:** Das Ausmaß wahrgenommener Demokratie und Protestpartizipation stehen in negativem Zusammenhang. Das heißt, je weniger demokratisch das politische System wahrgenommen wird, desto eher kommt es zu verschiedenen Formen des Protests.

Die Hypothesen beziehen sich ausschließlich auf die Ebene individueller Einstellungen und Verhaltensweisen. Sie beziehen sich auf (zum Zeitpunkt der Erhebung) aktuell an honduranischen Universitäten Studierende und einen noch festzulegenden Referenzzeitraum. Wenngleich die Richtung der Kausalität theoretisch auch umgekehrt sein könnte, bilden die abhängigen Variablen in dieser Arbeit ausschließlich verschiedene Verhaltensweisen.

In Abwandlung vor allem der Definitionen von Kaase/ Marsh 1979 und Kaase 2002 (aus Van Deth 2003; vgl. Kapitel 4.2) wurde für diese Arbeit folgende Definition **Politischer Partizipation** formuliert: *Alle Tätigkeiten, welche Studierende an honduranischen Universitäten freiwillig mit dem Ziel unternehmen – bzw. bei denen die Intention oder der Effekt erkennbar ist – direkt oder indirekt Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.*

Diese Definition scheint breit genug, um politische Partizipation in ihrer Multidimensionalität erfassen zu können, bzw. auch um die explorative Abklärung des, für die Zielgruppe relevanten, Partizipationsraums zu gewährleisten. Mit **Konventioneller Politischer Partizipation** sind repräsentativ-demokratische Partizipationsformen gemeint, wie Wählen, Wahlkampfunterstützung oder Parteienpartizipation. Wie bereits dargelegt, scheint dafür der Begriff „konventionell“ im ursprünglichen Sinne nicht besonders adäquat¹³⁶, er soll mangels alternativer Begriffsvorschläge, auch in der Literatur zur empirischen Partizipationsforschung, hier allerdings trotzdem verwendet werden. Diese Form politischer Partizipation scheint sich vor allem dadurch auszuzeichnen, dass sie auf wenig bis keine Friktion mit einem herrschenden politischen System schließen lässt. Was mit **Protestpartizipation** gemeint ist scheint klar; Teilnahme an verschiedensten Arten von Protest. Erwähnt sei hier noch einmal, dass auch eine Reihe weiterer Partizipationsformen erhoben – und hinsichtlich ihrer Beziehungen zu den anderen hier relevanten Variablen analysiert – werden sollen, wenngleich für diese keine Hypothesen aufgestellt wurden.

Auf Seiten der unabhängigen Variablen soll zunächst das theoretische Konstrukt der **Politischen Legitimität** genauer bestimmt werden. Gemeint sei damit die subjektive Evaluation der verschiedenen Institutionen des politischen Systems. Zu erwarten steht, dass die hier zu verwendenden Items mehrere Dimensionen herausstellen werden. Der Begriff „Legitimität“ scheint vor allem im demokratiethoretischen Zusammenhang sinnvoll, in dem für die Rechtmäßigkeit eines politischen Systems die Zustimmung seiner Mitglieder gefordert wird.

Mit **Wahrgenommener Demokratie** sei die subjektive Wahrnehmung des Ausmaßes an „Demokratie“ gemeint, welches das gegebene politische System offeriert.

¹³⁶ Ebenso wenig wie der Begriff „unkonventionell“ für andere Partizipationsformen, wie Protestaktivitäten oder Engagement in sozialen Bewegungen, aufgrund deren Verbreitung und Anerkennung, im Grunde unangemessen wäre.

Mit **Demokratischer Überzeugung** sei die subjektive Einstellung gegenüber dem abstrakten Konstrukt „Demokratie“ gemeint, resp. das Ausmaß der Zustimmung zu demokratischen Prinzipien. Gemeint ist Demokratie an sich (etwa im Widerspruch zu Autokratie) nicht ein bestimmtes demokratietheoretisches Modell. Um nicht eine bestimmte Demokratievorstellung zum Maßstab zu erheben, sollen Fragen zu dieser Variablen möglichst allgemein gehalten werden.

Die Hypothesen sollen hauptsächlich dazu dienen, die Einflüsse der unabhängigen Variablen auf zwei sehr unterschiedliche Formen politischer Partizipation zu untersuchen. Freilich scheint es gleichzeitig auch wichtig herauszustellen, wie sich die verschiedenen zu erhebenden Partizipationsformen untereinander verhalten. Es wird angenommen, dass diese mehrere Dimensionen bilden, würden sie allerdings auch negative Beziehungen zeigen, würde dies auf eine Art Polarisierung im Partizipationsverhalten schließen lassen. Die Hypothesen 1 und 2 sollen zur Prüfung der wichtigen Frage dienen, ob sich – wenn überhaupt vorhanden – Effekte politischer Legitimität auf verschiedene Formen politischer Partizipation unterschiedlich darstellen. Diese Hypothesen scheinen vor allem angesichts der jüngeren, gesellschaftlichen Entwicklungen in Honduras sinnvoll. Die Annahme von Hypothese 1 würde bedeuten, dass niedrige politische Legitimität zum Rückzug aus konventionellen Partizipationsräumen führt. Die Annahme von Hypothese 2 würde bedeuten, dass dies nicht mit politischer Passivität, sondern mit Partizipation außerhalb der konventionellen Kanäle einhergeht (am Beispiel des Protests). Nachdem nicht angenommen wird, dass dies ausschließlich zu Protest führt, werden – wie gesagt – auch weitere Partizipationsformen berücksichtigt. Weiters schiene es äußerst unschlussig – vor allem angesichts des spezifischen, politischen Kontextes in Honduras – regimekritisches- mit demokratiegefährdendem Verhalten gleichzusetzen, wie dies in der Forschung (vgl. Kapitel 4) oftmals getan wurde. Vielmehr wird hier angenommen, dass demokratische Überzeugung – gleich welche politisch-gesellschaftlichen Modelle bevorzugt werden – auch in Honduras etwas Universalisiertes darstellt und alle Formen politischer Partizipation positiv beeinflusst. Auch im jüngeren, gesellschaftlichen Konflikt in Honduras scheinen beide Seiten, neben Verfassung und Souveränität, die verallgemeinerte Norm der Demokratie für sich reklamiert zu haben. Diese Frage soll anhand von Hypothese 3 überprüft werden. Ergänzt wird dies durch die Hypothesen 4 und 5. Hier wird erstens angenommen, dass jene, die das gegebene, politische System für demokratisch halten, eher bereit sind konventionell zu partizipieren. Zweitens wird angenommen, dass jene, die es für wenig demokratisch halten, eher außerhalb des konventionellen Rahmens versuchen, politisch Einfluss zu nehmen.

Angemerkt sei noch, dass Studierende sicherlich nicht repräsentativ für die Gesamtgesellschaft sind, die zu ziehende Stichprobe soll also ausschließlich für die Zielgruppe selbst möglichst repräsentativ sein. Neben dem Umstand, dass die Zielgruppe einen viel jüngeren Altersdurchschnitt erreicht, steht zu erwarten, dass die Studierenden eher aus einkommensstarken, eher wohlhabenden und eher gebildeten gesellschaftlichen Schichten kommen. Wie bereits dargelegt, beeinflussen sozioökonomische Variablen politische Einstellungen und politisches Verhalten, so könnte es sein, dass die Zielgruppe sich u.a. dahingehend von der Gesamtbevölkerung unterscheidet.

Empirischer Teil

6. Operationalisierung/Konstruktion Erhebungsinstrument

Nachdem im vorigen Abschnitt bereits die Zielgruppe bestimmt wurde, die zu untersuchenden (allgemeinen) Hypothesen abgeleitet und festgelegt wurden, sowie die abstrakten theoretischen Konstrukte nominal definiert wurden, soll nun die Konstruktion des Erhebungsinstruments beschrieben werden, die Zuordnung von Indikatoren zu den (latenten) Variablen. Das Forschungsinteresse dieser Arbeit hat bereits relativ früh die Verwendung eines Fragebogens als Erhebungsinstrument nahe gelegt, letztlich war dies auch durch die aufgestellten Hypothesen notwendig. Der Fragebogen sollte im Sinne der empirischen Partizipationsforschung standardisiert und eine quantitative Erhebung durchgeführt werden. Aus Zeit- und Kostengründen fiel die Entscheidung, den Versuch zu wagen den Fragebogen in einem elektronischen Format *online* durchzuführen. Daraus ergaben sich einige Konsequenzen, vor allem was die Stichprobe anbelangt, auf dies wird am Beginn der Beschreibung der Erhebung im nächsten Kapitel genauer eingegangen werden.

Die Standardisierung des Fragebogens schien durch vorliegende (zum Teil hier referierte) Erfahrungen jahrzehntelanger empirischer Partizipationsforschung gerechtfertigt. So konnte in der folgenden Konstruktion des Fragebogens auf einen breiten Fundus an bereits öfters verwendeten, getesteten und validierten Fragen (Items) zurückgegriffen werden. Nichts desto weniger wurden auch neue Items gebildet, bzw. alte Items entsprechend dem honduranischen Kontext und den Forschungsfragen modifiziert¹³⁷. Der in Folge beschriebene Fragebogen ist außerdem als Ergebnis von Konsultationen honduranischer Studierender zu sehen. Vor allem nachdem eine erste Version vorlag, wurde diese von ca. einem Dutzend KollegInnen aus Honduras beantwortet, kommentiert und evaluiert¹³⁸. Ihre Anregungen flossen in die endgültige Version des Erhebungsinstruments ein und gaben ihm so die vorliegende Form¹³⁹.

Eine wichtige Aufgabe schien darin zu bestehen, den Fragebogen einerseits so kurz wie möglich zu gestalten, andererseits die relevanten Dimensionen der interessierenden Variablen möglichst breit zu fassen. Besonders wichtig schien es außerdem, die Anonymität der RespondentInnen zu wahren und dies, sowie die Integrität der Forschung, glaubhaft zu vermitteln¹⁴⁰. Weiters sollten den RespondentInnen nicht lediglich „Maße abgenommen“ werden, jeder/jedem Befragten wurde ein langes freies Textfeld am Ende der Befragung zur Verfügung gestellt, um den Fragebogen oder das Thema der Befragung ausführlich zu kommentieren¹⁴¹. Zum Schluss des Fragebogens wurde

¹³⁷ Vor allem wurden neue Kategorisierungen, bzw. Skalierungen für die Antworten kreiert.

¹³⁸ Offen Fragen für diese Evaluation waren beispielsweise, ob bestimmte Items für den honduranischen Kontext inadäquat schienen, ob ev. wichtige Aspekte bei den abgefragten Themen fehlten (z.B. Formen politischer Partizipation), ob die Formulierungen eindeutig waren oder ev. missverstanden werden konnten, oder ob die Skalen bei der Beantwortung der Fragen funktionierten, etc. Außerdem wurde nach subjektiven Eindrücken bei der Beantwortung gefragt; etwa ob der Fragebogen Interesse weckte, ob er langwierig schien, oder ob er durch bestimmte Wendungen sozial erwünschte Antwortmuster provozieren könnte.

¹³⁹ Änderungen zeichneten sich hier vor allem bezüglich der Form und der Formulierungen ab, teilweise aber auch bzgl. des Inhalts (so stellte sich etwa heraus, dass Engagement in Wahlkämpfen durchaus zu verbreiteten Partizipationsformen in Honduras gehört).

¹⁴⁰ Die Wahrung der Anonymität ist zwar etwas Generelles, gewinnt hier allerdings dadurch an Bedeutung, dass einige der abgefragten Verhaltensweisen wahrscheinlich gesellschaftlich-normativ unerwünscht sind, bis hin zu klar rechtlich-illegal.

¹⁴¹ Ca. 1400 Zeichen wurden jeweils zur Verfügung gestellt. Die Kommentare sollten zusätzliche Einblicke in den Forschungsgegenstand erlauben. Hier sollte beispielsweise auch wichtiger Kritik am Instrument Raum gegeben werden. So ist etwa davon auszugehen, dass der Zielgruppe ein viel größeres Partizipationsrepertoire zur Verfügung steht, als dies das Instrument fassen könnte, wäre die Diskrepanz zu gravierend, würden etwa die wichtigsten Formen politischer Partizipation nicht erfasst werden, sollte dies hier zum Ausdruck kommen können.

außerdem angeboten, ein E-Mail an die Adresse des Verfassers zu schicken (mit einem bestimmten Betreff), um den Forschungsbericht nach abgeschlossener Arbeit zu erhalten. Die Ergebnisse sollten so an die Zielgruppe zurückgehen und von dieser weiterverwendet werden können¹⁴².

Der gesamte Fragebogen findet sich im Anhang. Die einzelnen Fragen, Variablen und Indikatoren sollen hier anhand des Originalformats (im Anhang) übersetzt beschrieben werden. Davon scheint es noch wichtig anzumerken, dass die endgültigen Entscheidungen darüber, welche Indikatoren konkret für die Messung der jeweiligen (latenten) Variablen herangezogen wurden, erst nach deskriptiven Analysen und strukturentdeckenden Verfahren mit den bereits erhobenen Daten getroffen werden konnten und sollten¹⁴³. Dies implizierte auch, dass die operationalen Definitionen und Testhypothesen erst nach vollendeten Skalenkonstruktionen sinnvoll wurden. Die in Folge beschriebenen Fragen und Items ergaben sich nun aus den zu testenden (allgemeinen) Hypothesen und aus weiteren, vermutlich wichtigen und interessanten, Dimensionen und Determinanten politischer Partizipation¹⁴⁴.

6.1. Abhängige Variablen

Die abhängigen Variablen sind in der vorliegenden Arbeit alle zu erfassenden Formen politischer Partizipation, welche möglichst breit erhoben werden sollte¹⁴⁵. Die verwendeten Items sollen hier anhand provisorischer, im Konstruktionsprozess erwarteter Dimensionen vorgestellt werden. Denn welche Items (Aktivitäten) letztlich welche Dimensionen bilden würden, sollte erst durch statistische (v.a. faktoranalytische) Verfahren ermittelt werden.

Politische Partizipation sollte hier ausschließlich auf der Handlungsebene erhoben werden. Damit war die Frage nach der adäquaten Skalierung der Handlungshäufigkeiten essentiell, ebenso wie die Festlegung des Referenzzeitraums¹⁴⁶. In vielen recherchierten Studien der empirischen Partizipationsforschung wurden die verschiedenen Partizipationsformen dichotom abgefragt. Die Antwortkategorien waren demnach etwa (eine bestimmte Aktivität in einem bestimmten Zeitraum oder überhaupt) „ausgeführt“ und „nicht ausgeführt“ (vgl. etwa die Skalierungen von Items politischer Partizipation bei Fischer/ Kohn 1980, des DJI-Jugendsurvey bei Gaiser et al. 2006, oder auch das Instrument von Booth/ Seligson 2009). In anderen Studien wiederum wurden Skalierun-

142 Angedacht wurde außerdem, den gesamten Datensatz (in SPSS-Format) mit KollegInnen in Honduras zu teilen.

143 Diese zum Teil explorative Vorgehensweise sollte dem Umstand gerecht werden, dass viele der hier verwendeten Items in dieser Form und an der konkreten Zielgruppe noch nicht getestet wurden, bzw. dass kein umfassender Pretest durchgeführt wurde (die beschriebenen Konsultationen erfüllen dieses Attribut im Grunde nicht). Darüber hinaus schien die so entstehende Entwicklung und Anpassung des Instruments an den spezifischen Kontext generell essentiell, wie dies etwa Fischer/ Kohn für die fortlaufende Validierungsarbeit an Instrumenten zur Untersuchung politischen Verhaltens betonten (1980: 18).

144 Angemerkt sei hier zusätzlich noch, dass viele Items, neben der jeweils angegebenen Literatur, außerdem mithilfe der Itemsammlung der *Corporación Latinobarómetro* konstruiert wurden. Hier sind vor allem die Items zu den Konstrukten „Demokratie“, „Ökonomie“ und „öffentliche Politik“ zu nennen, wie sie für Erhebungen in Honduras über die Jahre verwendet wurden (vgl. *Corporación Latinobarómetro*).

145 Wichtig anzumerken scheint, dass die hier eingebauten Formen politischer Partizipation sicherlich nicht erschöpfend sind, die Aufgabe der Konstruktion eines erschöpfenden Katalogs politischer Aktivitätsformen schien nicht lösbar und der Versuch hätte darüber hinaus dem Anspruch der Kürze und Einfachheit des Instruments widersprochen. Die Aufgabe sollte demnach sein, so viele wichtige Partizipationsformen wie möglich zu fassen, ohne den Rahmen zu sprengen.

146 Theoretisch hätte auch nach Einstellungen bzgl. der verschiedenen Formen politischer Partizipation gefragt werden können, bzw. nach Verhaltensdispositionen (welche letztlich zwar das Verhalten entscheidend beeinflussen, sich mit ihm allerdings nicht decken), dies leitete sich aber nicht von den Hypothesen ab und wurde deshalb verworfen.

gen vorhandener Datensätze dichotomisiert, beispielsweise weil diese (wie etwa bei Erhebungen des „*World Values Survey*“) bei den Antwortkategorien Handlungs- und Einstellungsebene, bzw. Handlungsdispositionsebene vermischten – z.B.: „*did do*“, „*would do*“, „*would never do*“ – (vgl. Van Deth 2001, Gabriel et al. 2002, Klesner 2004). In wieder anderen Studien wurden gehaltvollere Häufigkeitsausprägungen verwendet. So umfasste etwa der Index „Konventionelle politische Partizipation“, in der bereits angesprochenen „Political Action“-Studie aus dem Jahr 1979, eine 4-stufige Antwortskala (*oft – manchmal – selten – niemals*) (vgl. Barnes/ Kaase 2010). Differenzierter noch sind Studien mit verschiedenen Skalierungen der Häufigkeitsausprägungen (und unterschiedlichen Referenzzeiträumen) für verschiedene Items und Dimensionen politischer Partizipation (vgl. etwa Verba et al. 1995).

Für das hier konstruierte Instrument wurde eine einheitliche 5-stufige Antwortskala für alle Items (außer Wählen) festgelegt (*niemals – selten – manchmal – öfters – sehr oft*)¹⁴⁷. Diese Antwortskala wurde auf alle Items angewandt. Die Einheitlichkeit schien die Beantwortung zu vereinfachen (und damit auch zu beschleunigen), nicht zu detaillierte Ansprüche an die Erinnerung zu stellen und die Vergleichbarkeit der Items in statistischen Analysen zu begünstigen¹⁴⁸. Die festgelegte Antwortskala überlässt zwar die Beurteilung der Häufigkeit von Aktivitäten in besonderem Maße der subjektiven Einschätzung, wodurch etwa davon ausgegangen werden muss, dass die einzelnen Stufen der Skala von verschiedenen RespondentInnen nicht völlig äquivalent aufgefasst werden. Nachdem der Großteil der abgefragten Aktivitäten allerdings soziale Handlungen sind, d.h. in Interaktion mit anderen ausgeführt werden, kann erwartet werden, dass durchaus Vergleichsmaßstäbe vorliegen. Anzumerken ist außerdem, dass die unterste Kategorie der Antwortskala (*niemals*) völlig eindeutig ist, sollte sich also herausstellen, dass die 5-stufige Skala nicht funktionierte, könnte immer noch dichotomisiert werden, was dann einem großen Teil der zitierten Studien entsprechen würde. Der Referenzzeitraum wurde auf die letzten zwei Jahre festgelegt. Damit schien einerseits eine ausreichend große Zeitspanne bestimmt zu sein, um verschiedenste Häufigkeitsausprägungen der erfragten Aktivitäten erfassen zu können, andererseits schien diese Zeitspanne das Erinnerungsvermögen nicht überzustrapazieren. Darüber hinaus deckte der Referenzzeitraum damit die gesamte Zeitspanne seit dem Staatsstreich im Juni 2009 ab (die Erhebung begann im April 2011 und endete über zwei Monate später am 01. Juli), was von besonderem Interesse war.

6.1.1. Wählen

Wählen sollte zu den Formen konventioneller politischer Partizipation gezählt werden, erhielt aber aufgrund seiner Besonderheit als einmaliger Akt (pro Wahl) eine eigene (nominale) Skalierung und sollte damit separat analysiert werden¹⁴⁹. Die Frage „*Haben Sie bei den letzten nationalen Wahlen 2009 gewählt?*“ konnte pro Wahl (es fanden 2009 Kommunalwahlen, Kongresswahlen und Präsidentschaftswahlen statt) durch Auswahl einer von 5 Antwortkategorien beantwortet werden (vgl. **Items V1001, V1002 und V1003** im Fragebogen im Anhang). Die Antwortkategorien waren: –

¹⁴⁷ Es sollte also nicht nur gemessen werden, ob eine Aktivität ausgeführt wurde oder nicht, sondern der Umfang dieser Aktivität miteinbezogen werden. Verba et al. begründen die Logik davon damit (auch wenn sie viel differenziertere Antwortskalen erstellen), dass das Ausmaß an Aktivität etwa einen Hinweis auf den Druck geben kann, den diese erzeugt. „*To a certain extent, augmenting the volume of activity produces an increase in pressure on policymakers to respond*“ (Verba et al. 1995: 46).

¹⁴⁸ „*Because the metrics are different – hours devoted to activity, (...), communications dispatched, protests attended – it is difficult to make comparisons across activities with respect to the extent to which it is possible to increase the amount of activity*“ (Verba et al. 1995: 46).

¹⁴⁹ Wählen wird in der empirischen Partizipationsforschung von jeher als Form politischer Partizipation erhoben. Als eigene Dimension (neben anderen Formen) findet sich Wählen etwa bei Milbrath/ Goel 1977, Verba et al. 1978, Verba et al. 1995 oder auch Booth/ Seligson 2009.

Ja, ich habe gewählt – Nein, ich habe aus Protest nicht gewählt – Ich hatte noch kein Wahlrecht – Ich war im Ausland – Ich habe aus anderen Gründen nicht gewählt –. Noch kein Wahlrecht gehabt zu haben (durch die relativ junge Zielgruppe relevant) oder im Ausland gewesen zu sein, schienen objektive Gründe für Nichtwählen darzustellen, sollten also als „Missing“ definiert werden. Aus Protest nicht gewählt zu haben stellt allerdings eine eigene Form dar, die sich nicht in die Dichotomie von Wählen und Nichtwählen einfügen lässt, und wurde daher für die gesonderte Analyse zusätzlich zur Auswahl gestellt¹⁵⁰. Prinzipiell ist es im Nachhinein noch möglich, die drei Items zu dichotomisieren (*gewählt – nicht gewählt*), bzw. aus diesen (dann) dichotomen Items eine Skala von 4 Stufen zu erstellen (*nicht gewählt – einmal gewählt – zweimal gewählt – dreimal gewählt*).

6.1.2. Konventionelle politische Partizipation

Mit Ausnahme des ersten wurden alle weiteren Items zur politischen Partizipation mit der bereits im Vorangegangenen besprochenen 5-stufigen Skala beantwortet (1 *niemals* – 2 *selten* – 3 *manchmal* – 4 *öfters* – 5 *sehr oft*).

- **Item V1101** - Engagement im Wahlkampf: *„Haben Sie bei den nationalen Wahlen 2009 einen Teil Ihrer Zeit investiert, um einen Kandidaten oder eine Partei aktiv zu unterstützen? Bitte antworten Sie auf Basis der folgenden 5-stufigen Skala“*

Beim darauf folgenden Frageblock 12 lautete die Fragestellung folgendermaßen:

„Bitte geben Sie an, mit welcher Häufigkeit (ca. in den letzten 2 Jahren) Sie freiwillig in den folgenden Organisationen (politische und soziale) oder bei deren Aktivitäten partizipiert haben. (Falls Sie nicht partizipiert haben, geben Sie das bitte an, indem Sie die 1 ankreuzen)“¹⁵¹.

- **Item V1201**: *Große politische Parteien* (Partido Nacional de Honduras, Partido Liberal de Honduras) *abseits des Wahlkampfes*
- **Item V1202**: *Kleine politische Parteien* (Partido Unificación Democrática, Partido Demócrata Cristiano de Honduras, Partido Innovación y Unidad) *abseits des Wahlkampfes*

Engagement in Wahlkämpfen und im Rahmen politischer Parteien wurden relativ früh in die Forschung aufgenommen und als „konventionelle“ Partizipation bezeichnet, seitdem „unkonventionelle“ Formen wie Protestverhalten ebenfalls erhoben wurden (vgl. Hoecker 2006; Van Deth

¹⁵⁰ In einigen Studien wurde „Aktives Nichtwählen“ sogar als eigenes Item integriert (vgl. Gaiser et al. 2006 oder Van Deth 2001; Van Deth 2003). Zur politischen Bedeutung von „aktiver“ Wahlenthaltung vgl. Eilfort 2006. Vor allem im Kontext der honduranischen Wahlen 2009, in dem eine breite Opposition zum Wahlboykott aufgerufen hatte, scheint die politische Bedeutung des Nichtwählens evident. Anzumerken ist außerdem, dass die Stimmabgabe nach honduranischer Verfassung obligatorisch ist, in Artikel 44 heißt es: *„El sufragio es un derecho y una función pública. El voto es universal, obligatorio, igualitario, directo, libre y secreto“* (Constitución de la República de Honduras 2009: 37). Wenngleich die Wahlpflicht nicht exekutiert wird, scheint dies die Bedeutung der Wahlenthaltung zusätzlich hervorzuheben.

¹⁵¹ Die Freiwilligkeit sollte hier betont werden, weil es in dieser Arbeit um freiwillige politische Partizipation geht, nicht um BerufspolitikerInnen, von denen andere Verhaltens- und Motivationsmuster erwartet werden können. Berufspolitik sollte allerdings in der studentischen Zielgruppe ohnehin keine besonders große Rolle spielen. Partizipation in politischen Organisationen und Parteien wurde in der Forschung oftmals (auch) über Mitgliedschaften in denselben erhoben (vgl. Van Deth 2003). Nachdem hier auf der Handlungsebene geblieben werden sollte und es fraglich schien, ob Mitgliedschaften notwendigerweise Aktivitäten implizieren, wurde die Frage dementsprechend konstruiert.

2003)¹⁵². Engagement für kleine und große politische Parteien wurde deshalb getrennt, weil durch das traditionelle und sehr dominante Zwei-Parteien-System in Honduras angenommen werden kann, dass hier unterschiedliche Partizipationsmuster vorliegen¹⁵³.

6.1.3. Organisationspartizipation

Abgefragt wurde außerdem freiwilliges Engagement im Rahmen der folgenden Organisationen:

- **Item V1203:** *Andere politische Gruppen/Organisationen/Bewegungen*
- **Item V1204:** *Gewerkschaften*
- **Item V1205:** *Berufs- Wirtschaftsverbände*
- **Item V1206:** *Studierendenorganisationen*
- **Item V1207:** *Bauernorganisationen*
- **Item V1208:** *Menschenrechts- und Friedensorganisationen*
- **Item V1209:** *Frauenorganisationen*
- **Item V1210:** *Internationale Entwicklungsorganisationen*
- **Item V1211:** *Umwelt- und Tierschutzorganisationen*
- **Item V1212:** *Karitative und soziale Organisationen*¹⁵⁴
- **Item V1213:** *Nachbarschaftsvereinigungen, kommunale Organisationen*

Miteinbezogen wurden nur solche Organisationen, deren politischer Gehalt offensichtlich erscheint¹⁵⁵. Die Organisationen sind teilweise sehr unterschiedlich, so verfolgen einige z.B. eher materielle (redistributive) Ziele, andere eher postmaterielle. Es finden sich hier solche, die eher der politischen, andere die eher der zivilgesellschaftlichen oder sozialen Sphäre zugeordnet wurden, wobei diese Zuordnungen in verschiedenen Studien alles andere als einheitlich sind (vgl. z.B. Booth/Seligson 2009; Mannarini 2008; Klesner 2004; Gaviria et al. 2003; Gabriel 2002; Van Deth 2001; Verba et al. 1995). Darüber hinaus findet sich hier auch kommunale Aktivität (resp. Aktivität in der Nachbarschaft), welche einmal der politischen, ein anderes Mal der sozialen Sphäre zugeordnet wurde, und in vielen Studien überhaupt eine eigene Dimension politischer Partizipation darstellt (vgl. Booth/ Seligson 2009; Verba et al. 1995, Verba et al. 1978, Milbrath/ Goel 1977)¹⁵⁶. Aufgrund

¹⁵² Wahlkampfengagement und Engagement in/für Parteien finden sich etwa bei Booth/Seligson 2009 in einer gemeinsamen Dimension politischer Partizipation, ebenso bereits bei Verba et al. 1978 oder Milbrath/ Goel 1977.

¹⁵³ Wahrscheinlich wird Engagement für kleine politische Parteien eher auf einer anderen Dimension politischer Partizipation zu liegen kommen.

¹⁵⁴ Mit diesem Item sollte auch jener Teil kirchlicher Organisationen mit karitativen Anliegen gefasst werden.

¹⁵⁵ So wurden etwa Sport-, Gesangs- und andere Freizeitorganisationen nicht miteinbezogen. Partizipation in vielfältigen politischen Gruppierungen mit einzubeziehen (über den Rahmen der institutionalisierten Parteien und Interessensgruppen hinaus) schien vor allem im Zusammenhang mit der Diskussion um die wachsende Bedeutung „Neuer“ Sozialer Bewegungen wichtig (vgl. Geißel/ Thilmann 2006). Die niedrigere Schwelle zur Partizipation in diesen Organisationen, bzw. die flexibleren Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Gaiser et al. 2006) sind ein weiterer Grund, warum Partizipation nicht über Mitgliedschaften gemessen werden sollte. Gefasst werden sollte auch der „zivilgesellschaftliche“ Bereich, welcher sich etwa bei Booth/ Seligson für den honduranischen Kontext als besonders bedeutsam erwies (2009: 157).

¹⁵⁶ Die Bedeutung des kommunalen Engagements im lateinamerikanischen Kontext wird von Booth/ Seligson hervorgehoben, insbesondere für Honduras. „*Hondurans, who live in one of the two poorest and most rural countries in*

dieser Diskrepanzen schien es wenig Sinn zu machen, konzeptuell definitiv zu trennen und es sollte in besonderem Maße explorativ vorgegangen werden.

6.1.4. Protestpartizipation

Der Frageblock I₃ wurde folgendermaßen eingeleitet: „Bitte geben Sie an; mit welcher Häufigkeit haben Sie (ca. in den letzten 2 Jahren) an folgenden politischen Aktivitäten teilgenommen? (Sollten Sie nicht teilgenommen haben, geben Sie das an, indem Sie die 1 ankreuzen)“.

- **Item V₁₃₀₁**: *Eine Petition unterzeichnen*
- **Item V₁₃₀₂**: *An genehmigten Demonstrationen teilnehmen*
- **Item V₁₃₀₃**: *An einem Streik teilnehmen*
- **Item V₁₃₀₄**: *Den Verkehr blockieren*
- **Item V₁₃₀₅**: *An nicht genehmigten Demonstrationen teilnehmen*
- **Item V₁₃₀₆**: *Land / Gebäude besetzen*
- **Item V₁₃₀₇**: *Slogans an Wände malen*
- **Item V₁₃₀₈**: *An einem Boykott teilnehmen*
- **Item V₁₃₀₉**: *An Protestversammlungen teilnehmen*

Hier scheinen zwar verschiedene Protestformen vermischt zu werden (etwa legale und illegale Aktivitäten), trotzdem wurde angenommen, dass alle auf der gleichen Dimension zu liegen kommen¹⁵⁷. Protest als eigene Dimension politischer Partizipation findet sich in zahlreichen Studien (vgl. etwa Booth/ Seligson 2009; Gaviria et al. 2003; Verba et al. 1995; Barnes/ Kaase 2010; Milbrath/ Goel 1977). Aufgrund der hier bestehenden hohen Gefahr sozial erwünschter Antworten haben viele Studien dieses Verhalten über die Einstellungsebene (bzw. Verhaltensdispositionsebene) versucht zu messen. Hier sollte das S.E.-Risiko eingegangen werden und weiterhin auf der Verhaltensebene geblieben werden, wenngleich zum Teil auch illegale Verhaltensweisen abgefragt wurden. Die Items beinhalten keine Formen politischer Gewalt, sondern maximal Formen des zivilen Ungehorsams.

6.1.5. Weitere Formen politischer Partizipation

Folgende weitere Formen wurden versuchsweise in die Erhebung mit aufgenommen, ohne eine konkrete Vorstellung davon, auf welchen Dimensionen diese liegen würden.

- **Item V₁₄₀₁**: *Veröffentlichen / Teilen von politischen Inhalten im Internet*

Dieses Item schien aus mehreren Gründen interessant. Die Online-Partizipation wurde in der Forschung bislang wenig berücksichtigt, wenngleich ihr gegenwärtig wachsende Bedeutung zukommt. Sie überschneidet sich einerseits mit alten Formen politischer Partizipation, bzw.

our sample, engage in communal activism significantly more than do the citizens of the other countries” (Booth/Seligson 2009: 165).

¹⁵⁷ Wenngleich auch angenommen werden musste, dass verschiedene Protestformen sich bis zu einem gewissen Grad mit Engagement in bestimmten Organisationen überschneiden würden.

ergänzt diese, eröffnet aber gleichzeitig auch neue Partizipationsräume (vgl. Hoecker 2006-1)¹⁵⁸. Hier sollte lediglich nach einer populären und spezifischen Form, dem Teilen von politischen Inhalten im Internet (etwa in sozialen Netzwerken, in Diskussionsforen oder via E-Mail) gefragt werden. Auf welcher Dimension dieses Item zu liegen kommen würde, war weitgehend unklar. Es sollte generell geklärt werden, ob diese Form überhaupt relevant ist, und wenn, wie sie sich in Beziehung mit anderen Formen politische Partizipation verhält. Dadurch, dass die Erhebung *online* durchgeführt werden sollte, konnte erwartet werden, eine relativ große Gruppe von „Online-Partizipierenden“ zu erreichen.

- **Item V1402:** *Medien oder Politiker kontaktieren*

Kontaktieren ist eine Form politischer Partizipation, die bereits sehr früh von der empirischen Partizipationsforschung aufgegriffen wurde (vgl. Van Deth 2003). In vielen Studien stellt Kontakt (allerdings lediglich zu PolitikerInnen) sogar eine eigene Dimension politischer Partizipation dar (vgl. Booth/ Seligson 2009; Verba et al. 1995; Verba et al. 1978; Milbrath/ Goel 1977).

- **Item V1403:** *Mit anderen über Politik diskutieren*

Auch diese Frage wurde in der Forschung vielfach verwendet (vgl. Mannarini et al. 2008; Gairia et al. 2003; Van Deth 2003; Gabriel et al. 2002; Verba et al. 1995; Fischer/ Kohr 1980; Barnes/ Kaase 2010; Milbrath/ Goel 1977). Bei diesem Item scheint die Grenze zwischen öffentlich und privat im Grunde klar überschritten zu werden. Es wurde dennoch im Sinne der explorativen Vorgehensweise mit aufgenommen.

6.2. Unabhängige Variablen

Die unabhängigen Variablen sind ausschließlich auf der Einstellungsebene zu verorten. Sie ergaben sich aus den zu testenden Hypothesen.

6.2.1. Legitimität (des politischen Systems)

Theorie und Operationalisierung dieser Variablen orientieren sich an dem multidimensionalen Konstrukt „*Legitimacy*“ bei Booth/ Seligson 2009, allerdings mit mehreren Modifikationen. Hier sollten nur drei der sechs Dimensionen miteinbezogen werden, welche von diesen Autoren verwendet wurden. Die drei verworfenen Dimensionen schienen für die Forschungsfrage hier nicht relevant.

Frageblock 6 wurde auf einer 7-stufigen Likert-Skala (von 1=*überhaupt nicht* bis 7=*sehr*) beantwortet. Eingeleitet wurde dieser Block folgendermaßen:

„Bei den folgenden Fragen geht es um Ihre persönliche Evaluation des politischen Systems in Honduras. Bitte beantworten Sie die Fragen auf der folgenden Skala...“ (vgl. Fragebogen im Anhang).

¹⁵⁸ Diese Form ist also von anderen wahrscheinlich nicht vollkommen disjunkt, muss es allerdings auch nicht sein, Multikollinearität wird nicht erwartet.

Folgende Items sollten der Dimension „Support for Regime Institutions“ bei Booth/ Seligson 2009 entsprechen, wobei die Items leicht geändert wurden, um sie der angegebenen Antwortskala anzupassen, V606 und V607 wurden neu hinzugefügt, andere weggelassen¹⁵⁹.

- **Item V601:** *Denken Sie dass die Gerichte in Honduras gerechte Urteile garantieren?*
- **Item V602:** *Vertrauen Sie dem Obersten Wahlgericht?*
- **Item V603:** *Vertrauen Sie der nationalen Legislative (dem Kongress)?*
- **Item V604:** *Vertrauen Sie den politischen Parteien?*
- **Item V605:** *Vertrauen Sie dem Obersten Gerichtshof?*
- **Item V606:** *Vertrauen Sie dem Militär?*
- **Item V607:** *Vertrauen Sie der Polizei?*

Folgende Items sollten der Dimension „Support for Political Actors or Authorities“ (bei Booth/ Seligson 2009) entsprechen, wobei hierbei allerdings kein Item übernommen wurde.

- **Item V608:** *Vertrauen Sie der Regierung von Porfirio Lobo?¹⁶⁰*
- **Item V609:** *Halten Sie die bisherige Arbeit der Regierung von Porfirio Lobo für gut?*

Folgende Items sollten der Dimension „Regime Performance“ entsprechen, wobei nur das erste Item V612 (leicht modifiziert) übernommen wurde. Item V613 orientierte sich an einer (in Honduras bereits verwendeten) Frage zur öffentlichen Politik aus der Itemsammlung der *Corporación Latinobarómetro*.

- **Item V612:** *Würden Sie die ökonomische Situation in Honduras generell als gut bewerten?*
- **Item V613:** *Halten Sie die Verteilung der Reichtümer in Honduras für gerecht?*

Zusätzlich wurde folgender Item zur Korruptionswahrnehmung eingebaut:

- **Item V614:** *Denken Sie das politische System in Honduras ist korrupt?*

Zumindest einen Item zur Wahrnehmung von Korruption einzubauen schien äußerst wichtig, zeigte sich doch bei Booth/ Seligson (2009), dass sie die politische Legitimität, Partizipation, sowie demokratische Einstellungen stark beeinflusste. Bei diesem Item wurde die Richtung (der inhaltliche Sinn) der Fragestellung umgedreht, dadurch sollte es möglich werden, eventuelle „Response-Set“- Effekte ausfindig zu machen, eine Vorgehensweise, die sich später als äußerst ungünstig erweisen sollte¹⁶¹.

¹⁵⁹ Unterstützung für die staatlichen Institutionen stellt eine jener Dimensionen von Legitimität dar, welche bislang am stärksten beforscht wurde (Booth/ Seligson 2009: 125).

¹⁶⁰ *“In Latin America, politics is heavily centralized, with a primary focus on the incumbent president and his/her administration ...”* (Booth/ Seligson 2009: 56).

¹⁶¹ Kritisch sei außerdem angemerkt, dass im Zuge der Anpassung der Items an die einheitliche Antwortskala des Frageblocks 6 die Regel der Neutralität der Fragestellung verletzt wurde. Die positive Tendenz der Fragestellungen schien allerdings keineswegs besonders positive Bewertungen zu provozieren.

6.2.2. Wahrgenommene Demokratie

Diese Variable orientiert sich am Konstrukt „Supply of Democracy“ bei Booth/ Seligson 2009, beide Items sind abgeleitet von (in Honduras bereits verwendeten) Fragen zur Demokratie von *Latinobarómetro*, das erste Item wurde auch von Booth/ Seligson 2009 ähnlich verwendet. Beantwortet wurden hier die Items auf der gleichen Likert-Skala wie zuvor.

- **Item V610:** *Für wie demokratisch halten Sie Honduras?*
- **Item V611:** *Denken Sie herrscht in Honduras Pressefreiheit?*

6.2.3. Demokratische Überzeugung

Diese Variable orientiert sich am Konstrukt „Demand for Democracy“ bei Booth/ Seligson 2009, die Items wurden von Fragen der Itemsammlung der *Corporación Latinobarómetro* zu demokratischen Einstellungen übernommen. Beantwortet werden sollte hier anhand einer 7-stufigen Likert-Skala von 1= *lehne stark ab* bis 7= *stimme stark zu*. Eingeleitet wurde folgendermaßen:

„Die folgenden Aussagen handeln von verschiedenen politischen Einstellungen. Bitte bewerten Sie diese Aussagen anhand der folgenden Skala...“.

- **Item V701:** *Die Demokratie mag Probleme aufweisen, ist aber das beste Regierungssystem.*
- **Item V702:** *Unter keinen Umständen würde ich eine Militärregierung unterstützen.*
- **Item V703:** *Mit ist es egal, ob eine nicht-demokratische Regierung an die Macht kommt, solange sie die ökonomischen Probleme löst.*
- **Item V704:** *Die Regierung sollte Medien zensurieren können, wenn diese Inhalte veröffentlichen, die ihr missfallen.*

Die Richtung (der Sinn) der Fragestellung der letzten beiden Items ist jener der ersten beiden Items entgegengesetzt. Dies hätte eventuellem automatisiertem Antwortverhalten entgegenzuwirken sollen¹⁶².

6.3. Weitere einbezogene Variablen

Die folgenden einbezogenen Variablen stellen weitere, eventuell interessante, potentielle Determinanten politischer Partizipation dar, die vor allem als Kontrollvariablen in die Modelle integriert werden sollten¹⁶³. Geantwortet wurde auf der gleichen Skala wie zuvor.

- **Item V801:** *Ich habe Angst davor, ich könnte Probleme bekommen, würde ich mich in politische Angelegenheiten einmischen.*

¹⁶² Dieses (im Fragebogen nicht kommunizierte) Umdrehen von Fragerichtungen schien sich später abermals als äußerst ungünstig zu erweisen.

¹⁶³ Im Grunde hätte auch direkt nach Gründen und Motivationen für politische Partizipation gefragt werden können, dafür schienen allerdings lediglich offene Fragen, resp. eine qualitative Studie sinnvoll.

Hier sollte die Angst vor potentiellen politischen Repressalien gemessen werden. Besonders im Kontext politischer Entwicklungen im Honduras des Referenzzeitraums schien es wichtig, diese Variable mit einzubeziehen. Als Determinante politischer Partizipation wurde dieses Item bereits bei Verba et al. 1995 verwendet.

- **Item V802:** *Aufgrund des Stresses in meinem Leben habe ich einfach keine Zeit mich für politische Anliegen zu engagieren.*

Hier sollte der Zeitfaktor gemessen werden. Es scheint offensichtlich, warum Zeitressourcen einen wichtigen Faktor für politisches Engagement darstellen können, wenngleich argumentiert werden könnte „Zeit hat man nicht – man nimmt sie sich“. Auch dieses Item wurde (sehr ähnlich) bereits bei Verba et al. 1995 als Determinante politischer Partizipation verwendet.

- **Item V901:** *In der Politik wird oftmals von „links“ und „rechts“ gesprochen. Auf einer Skala bei der 1 links bedeutet und 7 rechts, wo würden Sie sich einordnen?*

Links-Rechts Selbsteinstufungen scheinen zum Standardrepertoire von Fragebögen zur politischen Partizipation zu gehören¹⁶⁴. Nachdem auch im gegenwärtigen politischen Konflikt in Honduras diese Zuordnungen Bedeutung haben, könnte diese Variable interessante Einblicke liefern.

- **Item V615:** *Wenn Sie an die Stadt / das Dorf denken, in dem Sie leben, wie sicher sind Sie, dass Sie Opfer eines Überfalls werden könnten?*

Beantwortet wurde diese Frage auf der 7-stufigen Likert-Skala von 1= *überhaupt nicht* bis 7= *sehr*. Ein sehr ähnliches Item wurde auch in *The Legitimacy Puzzle in Latin America* als „predictor“ verwendet¹⁶⁵. Hier zeigte sich, dass das subjektive Sicherheitsempfinden (gegenüber Raub, Überfall) in der eigenen Nachbarschaft (sowie bereits Opfer eines Überfalls geworden zu sein) politische Legitimität, Partizipation und Einstellungen bei demokratierelevanten Themen beeinflusst (Booth/Seligson 2009)¹⁶⁶.

6.4. Soziodemographische Variablen

Vorab sei angemerkt, dass bewusst keine sozioökonomischen Variablen miteinbezogen wurden, auch wenn die Erfahrungen der empirischen Partizipationsforschung die Wichtigkeit dieser Variablen (SES-Modell) betonen. Aufgrund der studentischen Zielgruppe scheint dies gerechtfertigt, denn Fragen zu persönlichem Einkommen oder Ausbildung hätten nur begrenzt Sinn gemacht. Die sozioökonomischen Fragen hätten über den (familiären) Haushalt gestellt werden müssen, was eventuell dem subjektiven Sicherheitsgefühl der RespondentInnen abträglich

164 Auch in Honduras wurde eine sehr ähnliche Skala von *Latinobarómetro* vielfach verwendet.

165 Leider passierte hier ein Übersetzungsfehler, denn eigentlich sollte es heißen „*Wie sicher fühlen Sie sich DAVOR, Opfer eines Überfalls zu werden?*“ Generell schien allerdings nichts dagegen zu sprechen, dass die Frage auch auf diese Art funktionieren könnte.

166 Beispielsweise bzgl. politischer Legitimität: „*Governments that cannot establish or maintain a sense of safety among their citizens – a real problem for the regimes in Honduras and Colombia, for example – get poor performance marks from their citizens*“ (Booth/ Seligson 2009: 135).

gewesen wäre. Es kann allerdings angenommen werden, dass Studierende in Honduras eher aus überdurchschnittlich hohen Einkommensschichten stammen.

- **Item V1:** *Geschlecht* (männlich/weiblich)
- **Item V2:** *Alter* (in Jahren)
- **Item V3:** *An welcher Universität studieren Sie?* (hier stand ein freies Textfeld, Kategorisierungen sollten erst später vorgenommen werden)
- **Item V4:** *Welche Studienrichtung studieren Sie?* (auch hier stand ein freies Textfeld, es sollte später kategorisiert werden)
- **Item V5:** *Wie viele Jahre studieren Sie bereits an der Universität?* (nachdem in Honduras manche Universitäten Trimester, andere Semester abhalten, sollte die bisherige Studienzeit in Jahren angegeben werden)

7. Erhebung

Die Erhebung begann Mitte April 2011 und endete über zwei Monate später mit 1. Juli 2011. Für die Erhebung wurde der Fragebogen in das *Online Survey Tool* „AskMe: :Online“ integriert, ein institutseigenes Instrument der Soziologie Wien¹⁶⁷. Abgesehen vom völlig reibungslosen Funktionieren der Erhebung hatte die Verwendung dieses Instruments den großen Vorteil, dass der Link zur Befragung eine Adresse direkt auf dem Server des Instituts für Soziologie der Universität Wien erhielt, was bei den Kontaktpersonen und RespondentInnen sicherlich zusätzliches Vertrauen geschaffen hat.

Eine Erhebung mit einem Online-Instrument birgt evidenterweise gewisse Probleme. So muss etwa von einer „digitalen Kluft“ ausgegangen werden, was bedeutet, dass die Internetnutzung in einer Bevölkerung ungleich verteilt ist (vgl. Hoecker 2006-1)¹⁶⁸. Es besteht allerdings Grund zur Annahme, dass diese Verzerrung in der studentischen Zielgruppe weit weniger stark ins Gewicht fällt als in der Gesamtbevölkerung. Zusätzlich ergab sich der glückliche Umstand, dass diese Frage einem sehr hilfsbereiten Professor in Honduras ein besonderes Anliegen war, sodass er, nach einigen Rücksprachen, an zwei Tagen mit zwei Kolleginnen und mehreren über Wireless mit dem Internet verbundenen Laptops, Befragungen am Campus der *Universidad Nacional Autónoma de Honduras* (UNAH) durchführte. Diese Anstrengungen trugen eindeutig Früchte, die Rücklauffrequenzen zeigten, dass allein an diesen Tagen ca. 100 Fragebögen vollständig ausgefüllt wurden.

Bei der Erhebung sollte nach dem „Schneeball-Verfahren“ vorgegangen werden, d.h. die Anfragen zur Befragung wurden mit der Bitte versehen, diese an andere weiterzuleiten – in der Hoffnung, so den „Schneeball“ ins Rollen zu bringen. Nachdem keine vollständigen Listen der Zielgruppe, auch nicht von Teilen der Zielgruppe, geschweige denn Listen mit E-Mail-Adressen, zur Verfügung standen, schien dies angebracht. Auch diese Vorgehensweise bringt allerdings gewisse Probleme mit sich, vor allem was die Inferenzstatistik betrifft, denn das Schneeball-Verfahren stellt im Grunde keine Zufallsauswahl dar (Schnell et al. 1992). Es sollte daher versucht werden, den Fragebogen an so vielen Stellen wie möglich „einzuspeisen“, von möglichst vielen Seiten in Umlauf zu bringen, um zumindest die hypothetische Möglichkeit zu schaffen, dass alle Studierenden einen Fragebogen erhalten könnten.

Die gesamte Zielgruppe besteht ca. aus 150.000 Studierenden an allen Universitäten in Honduras¹⁶⁹. Nachdem diese nicht direkt erreicht werden konnten, musste indirekt versucht werden, den Fragebogen in Umlauf zu bringen. So wurden zunächst die Homepages aller Universitäten in Honduras (eine fluktuierende Menge an ca. 20 Universitäten wurde identifiziert), sowie weiteren Internetseiten, akribisch nach Kontakten durchforstet. Alle recherchierten Kontakte (Name, Position, Funktion und vor allem Email-Adresse) wurden in eine Excel-Liste aufgenommen, um persönliche Anfragen schreiben zu können und um den Überblick nicht zu verlieren, mit wem welches Gespräch geführt wurde, welche Adresse nicht funktionierte, bei wem schon angefragt

¹⁶⁷ Dieses Instrument wurde von Johannes Strodl entwickelt. An dieser Stelle sei Robert Strodl für die Einführung in den Umgang mit dem Instrument gedankt, sowie für die Betreuung der Erhebung.

¹⁶⁸ Während sich in „industrialisierten“ Gesellschaften bereits sukzessive eine stärkere Gleichverteilung der Internetnutzung einstellt, ist auch hier die Teilnahme weiterhin von sozioökonomischen Faktoren beeinflusst (Hoecker 2006-1). Es steht zu erwarten, dass im honduranischen gesellschaftlichen Kontext die Nutzung des Netzes einer weit stärkeren sozioökonomischen Stratifikation unterliegt.

¹⁶⁹ Diese Schätzung basiert auf Statistiken, welche die UNAH für das Jahr 2007 veröffentlichte (vgl. UNAH).

wurde, etc. Eine Anzahl von 372 Kontakten von 16 verschiedenen Universitäten wurde auf diese Art recherchiert, hauptsächlich von Lehrenden und ForscherInnen, aber auch Führungs-, Verwaltungs- und Administrationspersonal. Die Kontakte des Führungspersonals waren für fast jede Universität recherchierbar, bei manchen kleinen Universitäten gab es hauptsächlich die Möglichkeit im „Kontaktfeld“ Nachrichten zu hinterlassen, was auch genutzt wurde. Für nur wenige, kleine Universitäten konnte keine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme ermittelt werden.

Zusätzlich wurde das Internet nach Studierendenorganisationen und anderen StudentInnengruppen durchsucht. Im Internet konnten lediglich 4 derartige Organisationen mit der Möglichkeit zur Kontaktaufnahme gefunden werden. Reichhaltiger gestaltete sich die Suche auf „Facebook“, hier konnten 87 Gruppen gefunden werden, neben politischen Gruppen auch Freizeitgruppen, Gruppen von AbsolventInnen bestimmter Universitäten oder Gruppen bestimmter Studienrichtungen und Lehrgänge. 50 dieser Gruppen hatten eigene E-Mailadressen, bei den anderen wurden die AdministratorInnen direkt via Facebook kontaktiert (bei 3 Gruppen war auch das nicht möglich). Eine Idee dabei war (allerdings nicht das einzige was zur Debatte stand), dass diese Gruppen die Umfrage auf ihren Seiten einfach hätten „posten“ können, um ihre MitgliederInnen zu erreichen¹⁷⁰. Auch alle diese Organisationen und Gruppen wurden in die Excel-Liste übernommen.

Die Anfragen beinhalteten neben dem Link zur Befragung eine kurze Beschreibung der Befragung (Thema, Zielgruppe), sowie der Diplomarbeit, einen Hinweis und Link zur Universität Wien und ihrem Institut für Soziologie. Es wurde klargestellt, dass die Befragung völlig anonym sei und dass sie nur ca. 5 Minuten dauerte, der Zeitraum der Befragung wurde erwähnt, letztlich wurde darum gebeten, den Link (bzw. einen extra angebotenen Text) an Studierende weiterzuleiten. Außerdem wurde angeboten, eine E-Mail mit dem Betreff „Resultados Encuesta“ an die Adresse des Verfassers zu schicken, um nach Abschluss der Arbeit den Forschungsbericht zu erhalten. Zum Schluss wurde die Bereitschaft zu weiteren Erläuterungen, Gesprächen, etc. signalisiert. Die Anfrage modifizierte sich mit der Zeit hinsichtlich häufig gestellter Rückfragen. Die Anfrage variierte außerdem notwendigerweise zwischen ProfessorInnen und Studierenden (sowie Facebook). So oder so wurden keine Massenanfragen verschickt, bei jedem Kontakt sollte persönlich – mit Namen etc. – angefragt werden.

An die 372 Kontakte der verschiedenen Universitäten wurden sukzessive die E-Mail-Anfragen geschickt, 95 davon konnten nicht übermittelt werden („Mail Delivery Failure“)¹⁷¹. Erinnerungsmails wurden nur ein einziges Mal, einen Monat nach der ersten Anfrage verschickt, falls der Kontakt nicht geantwortet hatte. Von den verbleibenden Kontakten haben 14 bei der ersten Anfrage und weitere 12 bei der zweiten Anfrage geantwortet, diese ProfessorInnen stammten von nur 4 verschiedenen Universitäten (darunter allerdings die größten des Landes). Mit ihnen entstanden teilweise sehr anregende und informative Gespräche, die meisten davon haben die Umfrage in der einen oder anderen Weise unterstützt, sie an ihre StudentInnen, aber auch an KollegInnen weitergeleitet. Die Anfrage wurde außerdem an administratives Personal weitergeleitet, zwecks Einspeisung in E-Mail-Verteiler, sowie an KollegInnen von anderen Universitäten. Denjenigen ProfessorInnen (aber auch studierenden KollegInnen), welche Interesse zeigten, wurde angeboten, den gesamten Datensatz der Erhebung, nach abgeschlossener Arbeit, auf persönliche Anfrage zur

¹⁷⁰ Diese Idee entstand, nachdem einige Bekannte und FreundInnen dies bereits getan hatten und es gut zu funktionieren schien.

¹⁷¹ Von diesen 95 erfolglosen Anfragen konnten 19 erst beim Erinnerungsmail nicht übermittelt werden, was darauf schließen lässt, dass hier die erste Anfrage im „Spam“-Ordner gelandet war.

Verfügung zu stellen. Enttäuschend war, dass sich von den Soziologie-ProfessorInnen offenbar niemand für die Befragung interessierte. Von den verbleibenden Kontakten ist allerdings nicht auszuschließen, dass auch hier in der einen oder anderen Weise die Anfrage weitergeleitet wurde.

Entgegen den produktiven, informativen und erfreulichen Kontakten mit einigen ProfessorInnen gestaltete sich die versuchte Kontaktaufnahme mit Studierendenorganisationen und –gruppen weitgehend erfolglos. Lediglich eine Organisation sagte dankenswerterweise Unterstützung zu. Facebook stellte sich, entgegen aller Erwartungen, als kompletter Reinfluss dar. Von ca. 80 Gruppen antworteten lediglich drei und nur eine davon wollte die Anfrage weiterleiten.

Abgesehen von privaten Anfragen an FreundInnen und Bekannte bzgl. der Umfrage wurden (inklusive Erinnerungsmails) ca. 750 persönliche Anfragen versendet. Wie im nächsten Kapitel genauer beschrieben, umfasste der Datensatz vor Bereinigung 365 ausgefüllte Fragebögen von Studierenden aus 12 verschiedenen honduranischen Universitäten¹⁷². Rückanfragen bzgl. Studienergebnisse „Resultados Encuesta“ (wie in den Anfragen, sowie auch am Ende des Fragebogens angeboten) gingen ca. 100 beim Verfasser ein. Erfreulich war, dass viele dieser Rückanfragen mit positiven Kommentaren zur Befragung verbunden waren. Sehr erfreulich war, dass auch von „außerhalb“ Anfragen bzgl. der Ergebnisse kamen. So etwa von einer Menschenrechtsorganisation, wo angeboten wurde, eine Veranstaltung zu organisieren, sollte der Verfasser die Diplomarbeit in Honduras präsentieren wollen.

¹⁷² Allerdings umfassten 4 dieser 12 Universitäten lediglich 1 bis 2 gültige Fälle.

8. Auswertung: Exploration des Datensatzes und Skalenkonstruktion

Technische Anmerkungen:

— *Ausgewertet wurde mit dem Programm SPSS 13.0 und SPSS 17.0* —

— *Graphiken wurden mit Microsoft Excel erstellt* —

— *Die Berechnungen orientieren sich vor allem an Field 2009 und Janssen/ Laatz 2007* —

Zunächst wurde der Datensatz bereinigt. Der ursprüngliche Datensatz umfasste 365 Fälle, 8 davon wurden gelöscht (ausschließlich aufgrund von Nichtzugehörigkeit zur Zielgruppe), sodass der bereinigte Datensatz insgesamt 357 gültige Fälle beinhaltet¹⁷³. Manche RespondentInnen beantworteten die eine oder andere Frage nicht, generell allerdings war die Beantwortung sehr vollständig, die meisten beantworteten alle Fragen¹⁷⁴. In einem nächsten Schritt wurden alle Variablen mit Namen und Labels versehen, fehlende Werte definiert (*Missing*), die noch nicht kategorisierten Variablen (Universität, Studiengang) kategorisiert, Variablen umcodiert, neu codiert, etc. Anschließend wurden deskriptive Statistiken für alle Variablen berechnet und einer ersten Analyse unterzogen.

8.1. Soziodemographische Variablen

Die Variable Geschlecht zeigt, dass von den gültigen Prozent etwa 10% mehr Männer als Frauen den Fragebogen ausfüllten. Ca. 4% beantworteten diese Frage nicht.

	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent
Männlich	188	52,7	54,8
Weiblich	155	43,4	45,2
N Gültig	343	96,1	100
Missing	14	3,9	
Total	357	100	

Tabelle 1: Geschlecht Häufigkeiten

ABBILDUNG 1 und ABBILDUNG 2 zeigen die Verteilungen der Variablen Alter und Studienjahre. TABELLE 2 zeigt wichtige Kennwerte dieser Verteilungen. Die Variable Alter zeigt in der Stichprobe ein arithmetisches Mittel von 25,96 Jahren, der Median liegt fast zwei Jahre darunter bei 24. Dies ergibt sich durch die „extremen“ Werte einiger Studierender (oftmals in postgradualen Studiengängen), welche sich wohl auch auf die Standardabweichung von fast 7 Jahren und die relativ starke (Rechts-) Schiefe der Verteilung von +2,15 auswirken. 50% der Befragten waren zwischen 22 und 27 Jahren alt.

¹⁷³ Es ist wohl immer schade, vollständig ausgefüllte Fragebögen löschen zu müssen, vor allem weil die Betroffenen sich extra Zeit genommen haben. Leider haben sie den Einleitungstext wohl nicht gelesen, in dem bereits im zweiten Satz gesagt wurde, dass bitte nur Studierende an honduranischen Universitäten diesen ausfüllen sollten (siehe Fragebogen im Anhang). Die Nichtzugehörigkeit konnte durch die Variablen Universität, Studienrichtung oder Kommentar ermittelt werden, in denen die Betroffenen entweder angaben, dass sie nicht (mehr) studieren würden, oder was sie (dezidiert früher einmal) studierten. Ohne freie Textfelder hätte dies nicht ermittelt werden können.

¹⁷⁴ Eine einzige Kollegin beantwortete neben den demographischen Angaben nur eine einzige Frage. Letztlich fiel der Entschluss diese nicht zu löschen, schließlich erhöhte sie zumindest die Aussagekraft dieser einen Variablen.

	Alter	Studienjahre
Valid	350	346
Missing	7	11
Mean	25,96	4,42
Median	24	4
0,25-Quantil	22	3
0,75-Quantil	27	5
Mode	23	4
Std. Deviation	6,945	2,811
Skewness	2,15	3,364
Minimum	17	1
Maximum	59	30

Tabelle 2: Deskriptive Statistiken (Alter & Studienjahre)

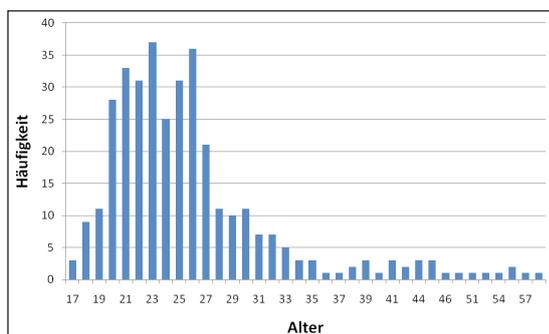


Abbildung 1: Alter Häufigkeiten

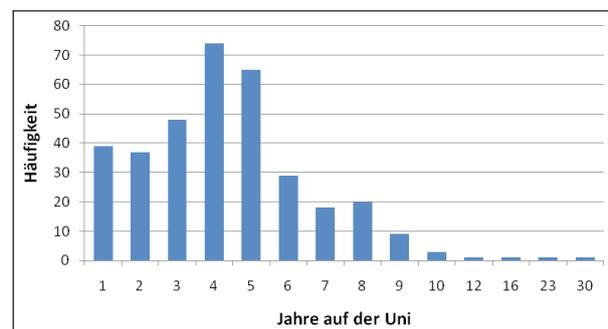


Abbildung 2: Studienjahre Häufigkeiten

Auch die Verteilung der Variablen Studienjahre scheint durch Ausreißer stark beeinflusst zu sein. Ob tatsächlich je eine Person 12, 16, 23 und sogar 30 Jahre bisher studiert haben, könnte hinterfragt werden, auszuschließen ist es allerdings nicht, weswegen der Datensatz nicht getrimmt werden sollte.

ABBILDUNG 3 zeigt die Verteilungen der RespondentInnen auf die verschiedenen Universitäten, die in der Stichprobe vertreten waren. Klar dominierend ist, mit ca. 61% der gültigen Werte ($N=344$), die *Universidad Nacional Autónoma de Honduras* (UNAH). Zu ihr wird auch in der Grundgesamtheit ca. die Hälfte aller Studierenden des Landes gezählt. Ein paar sehr kleine Universitäten fanden keinen Eingang in die Stichprobe. Die Nummerierung der Universitäten folgt ihrer tatsächlichen Größe in Studierendenzahlen. Wenngleich diese der Verteilung in der Stichprobe nicht entspricht, zeigt sich doch zumindest das Verhältnis zwischen staatlichen (blaue Balken) und privaten Universitäten (rote Balken) – mit ca. 67% zu 33% – annähernd konsistent mit dem realen Verhältnis (2007) von ca. 71% zu 29% (vgl. UNAH). Welche Abkürzungen für welche Universitäten stehen, kann in TABELLE 30 im Anhang eingesehen werden.

TABELLE 3 zeigt die Verteilung der Variablen Studienrichtung in der Stichprobe. Die einzelnen Kategorien ergaben sich aus den vorhandenen Daten (offene Frage) und entsprechen damit nicht gängigen Unterscheidungen. Bei der Zusammenfassung schien es notwendig, keine allzu großen oder zu kleinen Kategorien zu produzieren. Aufgrund dessen wurden für einige, häufig vertretene, spezifische Studien eigene Kategorien gebildet (Architektur, Psychologie und vor allem *Ingeniería Civil* - Zivilingenieurwesen), während alle anderen in allgemeinere Kategorien integriert wurden.

Im Anhang in TABELLE 3I finden sich die genauen Beschreibungen dafür, welche Angaben zu Studienrichtungen welche Kategorien bilden.

	Häufigkeit	Gültige Prozent
1 Architektur	22	6,5
2 Zivilingenieurwesen	49	14,5
3 Technische Studien (& Informatik)	53	15,6
4 Betriebswirtschaftliche Studien	55	16,2
5 Rechtswissenschaften	28	8,3
6 Naturwissenschaften (& Mathematik)	26	7,7
7 Medizinische Studien	32	9,4
8 Psychologie	19	5,6
9 Sozial- Geistes- Kultur- & Kommunikationswissenschaften	55	16,2
N Gültig	339	100
Missing	18	
Total	357	

Tabelle 3: Studienrichtungen Häufigkeiten

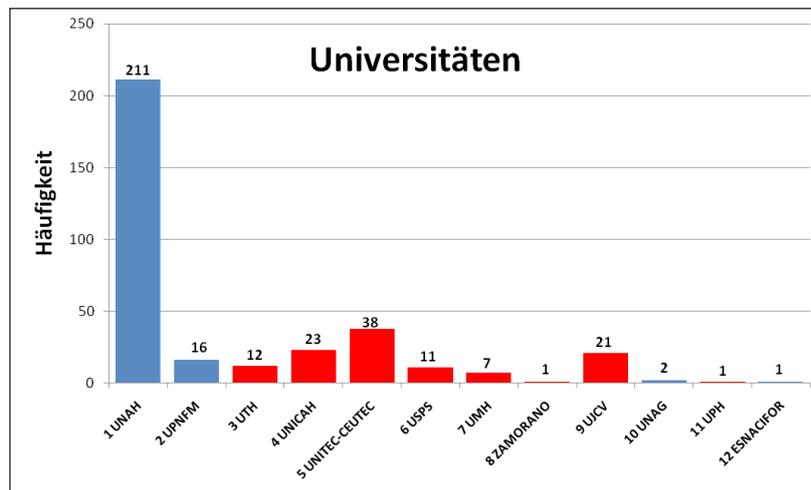


Abbildung 3: Universitäten Häufigkeiten

8.2. Abhängige Variablen

8.2.1 Deskriptive Statistiken

Zunächst seien die drei nominalen Items zu den Wahlen im November 2009 betrachtet. Die Kategorie „Hatte noch kein Wahlrecht“ wurde als *Missing* definiert, analysiert werden sollten die drei verbleibenden Kategorien „Gewählt“, „Aus Protest nicht gewählt“ und „Aus anderen Gründen nicht gewählt“ (wobei in diese letzte Kategorie auch die Kategorie „War im Ausland“ integriert wurde). TABELLE 4 zeigt die Häufigkeiten dieser Antworten. Die Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen lag in der studentischen Stichprobe bei ca. 58%, was 8% über der offiziellen nationalen Wahlbeteiligung von ca. 50% liegt (vgl. Tribunal Supremo Electoral), sowie über der von Kollegin Mendoza Raudales erhobenen Wahlbeteiligung unter einer Stichprobe der jünge-

ren Generation, welche sich dem offiziellen nationalen Level annähert (Mendoza 2011)¹⁷⁵. Die Wahlbeteiligung bei Kongress- und Kommunalwahlen liegt in der Stichprobe unter jener bei den Präsidentschaftswahlen.

	V1003 Partizipation Präsidentschaftswahlen	V1002 Partizipation Kongresswahlen	V1001 Partizipation Kommunalwahlen
1 Gewählt	193 = 57,8 %	164 = 50,3 %	182 = 54,8 %
2 Aus Protest nicht gewählt	91 = 27,2 %	95 = 29,1 %	93 = 28,0 %
3 Aus anderen Gründen nicht gewählt	50 = 15,0 %	67 = 20,6 %	57 = 17,2 %
N Gültig	334 = 100 %	326 = 100%	332 = 100 %
Missing	23	31	25

Tabelle 4: Partizipation Wahlen 2009

Bemerkenswert scheint, dass von jenen die nicht gewählt haben, die überwiegende Mehrheit dies aus Protest (nicht) getan hat. Dies gilt ebenso für die Präsidentschafts-, wie für die anderen zwei Wahlen.

TABELLE 5 zeigt die Häufigkeiten eines Indexes, der aus den dichotomisierten Versionen (gewählt-nicht gewählt) der drei Wahlitems gebildet wurde. Nach dieser Berechnung haben ca. 40% gar nicht gewählt und ca. 60% zumindest bei einer Wahl ihre Stimme abgegeben.

	Häufigkeiten	Prozent
0 Kein Mal Gewählt	128	39,6
1 Einmal Gewählt	21	6,5
2 Zweimal Gewählt	17	5,3
3 Dreimal Gewählt	157	48,6
N Gültig	323	100,0
Missing	34	

Tabelle 5: Index Wählen

TABELLE 6 zeigt wichtige deskriptive Statistiken für alle übrigen erhobenen Partizipationsformen, die alle auf Skalen von 1 (=Niemals) bis 5 (=Sehr Oft) abgefragt wurden. Neben den deskriptiven Kennwerten der Verteilungen, finden sich in dieser Tabelle auch die gültigen Prozente für die erste Antwortkategorie (Niemals), sowie die Differenz von dieser zu allen gültigen Antworten – also der Anteil jener, welche die jeweilige Aktivität „Mindestens Selten“ ausgeführt hat. Die genauen Verteilungen auf alle Antwortkategorien können (in totalen Zahlen) im Anhang in TABELLE 32 eingesehen werden. Fehlende Werte spielen bei den Fragen nach den Partizipationsformen eine eher geringe Rolle. Im Durchschnitt beantworteten 16,73 RespondentInnen, also 4,7% diese Fragen nicht.

¹⁷⁵ Ihre Stichprobe umfasste ca. 400 RespondentInnen aus der Hauptstadt, die im Wahljahr 2009 zw. 18 und 30 Jahren alt gewesen waren (Mendoza 2011).

	V1101 Wahl- kampf 2009	V1201 Große Parteien	V1202 Kleine Parteien	V1203 Andere Pol. Gruppen	V1204 Gewerke- schaften	V1205 Berufs- & Wirtschaftsverb.	V1206 Studie- rendenorg.	V1207 Bau- ernorg.	V1208 Men- schenrechts- & Friedensorg.	V1209 Frau- enorg.	V1210 Int. Ent- wicklungsorg.	V1211 Umwelt- & Tierschutzorg.	V1212 Karita- tive- & soziale Org.
N Gültig	348	345	342	342	335	339	344	338	342	340	340	338	338
Fehlend	9	12	15	15	22	18	13	19	15	17	17	19	19
Mittelwert	1,60	1,54	1,16	1,82	1,32	1,60	2,44	1,31	1,74	1,54	1,74	1,72	2,48
Median	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	2,00
Modus	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Standardabweichung	1,102	1,072	,582	1,327	,852	1,117	1,483	,774	1,228	1,114	1,288	1,225	1,492
Schiefe	1,887	2,067	4,460	1,370	2,908	1,821	,553	2,725	1,455	2,081	1,538	1,582	,425
Niemals (gültige %)	69,8	73	90,9	66,4	84,8	72,9	40,7	83,1	67,5	75,6	70,3	67,2	41,4
Mindestens Selten (gültige %)	30,2	27	9,1	33,6	15,2	27,1	59,3	16,9	32,5	24,4	29,7	32,8	58,6

	V1213 Nach- barschafts- & kommunale Org.	V1301 Petition	V1302 Demonstra- tion (genehmigt)	V1303 Streik	V1304 Ver- kehrsblokkade	V1305 Demons- tration (nicht genehmigt)	V1306 Beset- zung (Gebäude/ Land)	V1307 Slogans an Wände malen	V1308 Boykott	V1309 Pro- testversammlungen	V1401 Veröff- entlichung im Internet	V1402 Medien/ Po- litiker kontaktieren	V1403 Diskus- sionen über Politik
N Gültig	340	341	340	342	338	339	340	341	339	343	338	337	338
Fehlend	17	16	17	15	19	18	17	16	18	14	19	20	19
Mittelwert	1,95	2,15	2,20	1,73	1,50	1,66	1,32	1,20	1,20	1,94	2,31	1,81	3,59
Median	1,00	2,00	2,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	2,00	1,00	4,00
Modus	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	5
Standardabweichung	1,283	1,338	1,419	1,278	1,125	1,268	,922	,744	,759	1,391	1,368	1,209	1,287
Schiefe	1,147	,827	,870	1,586	2,200	1,747	3,057	3,962	3,921	1,212	,664	1,400	-,528
Niemals (gültige %)	55,3	47,8	46,8	69	79,6	74	85,9	91,8	92	61,5	40,5	59,9	8,9
Mindestens Selten (gültige %)	44,8	52,2	53,2	31	20,4	26	14,1	8,2	8	38,5	59,5	40,1	91,1

Tabelle 6: Partizipationsformen Deskriptive Statistik

Bei der Analyse von TABELLE 6 ist zunächst zu erwähnen, dass die meisten erhobenen Partizipationsformen eher eine Sache von Minderheiten darstellen, denn von Mehrheiten. Lediglich bei 6 von 26 Items hat die Mehrheit bei der jeweiligen Aktivität „mindestens selten“ in den letzten zwei Jahren partizipiert. Der höchste Anteil von allen ist hier bei politischen Diskussionen (V1403) zu verzeichnen, 91,1% haben dies zumindest selten getan (dies ist auch das einzige Item, bei dem der Modus nicht auf 1, sondern auf 5 fällt)¹⁷⁶. In etwa 60% haben (zumindest selten) politische Inhalte im Internet veröffentlicht (in Folge *Online*-Partizipation V1401), sich für Studierendenorganisationen (V1206) und karitative/ soziale Organisationen (V1212), resp. deren Anliegen engagiert. Leicht über 50% der Befragten haben außerdem an (genehmigten) Demonstrationen teilgenommen (V1302) und Petitionen unterschrieben (V1301).

Diese sechs Items sind außerdem die einzigen, bei denen die generell sehr rechtsschiefe Verteilung unter einen Wert von 1,0 fällt. Item V1403 ist mit einem Wert von -0,528 sogar leicht linksschief verteilt. Sie sind auch die einzigen, bei denen der Mittelwert über 2,0 zu liegen kommt und der Median über 1,0 liegt (wären die Items idealerweise normalverteilt, würden Mittelwert und Median bei 3,0 liegen)¹⁷⁷.

Ca. 45% haben sich in/für Nachbarschafts- und kommunale Organisationen (V1213) – zumindest selten – engagiert, ca. 40% haben Medien/Politiker kontaktiert (V1402) und an Protestversammlungen teilgenommen (V1309). Ca. ein Drittel war aktiv für „Andere politische Gruppen“ (V1203), für Umwelt- Tierschutzorganisationen (V1211) und Menschenrechts-Friedensorganisationen (V1208). Ca. 30% haben an einem Streik teilgenommen (V1303) oder sich für Internationale Entwicklungsorganisationen (V1210) engagiert. Ca. 25% waren aktiv für Berufs- und Wirtschaftsverbände (V1205), für große politische Parteien (V1201), haben an nicht genehmigten Demonstrationen teilgenommen (V1305), oder sich für Frauenorganisationen (V1209) engagiert. Immerhin ca. 20% haben an einer Verkehrsblockade (V1304) teilgenommen. Lediglich ca. 15% waren für Bauernorganisationen (V1207), Gewerkschaften (V1204) aktiv, oder haben an einer Besetzung von Land/Gebäuden (V1306) teilgenommen. Überhaupt nur unter 10% engagierten sich für kleine politische Parteien (V1202), malen Slogans an Wände (V1307), oder partizipierten bei einem Boykott (V1308).

Die letztgenannten sechs Items, bei denen die Partizipation unter 20% (sogar unter 17%) fiel, bzw. unter 10% bei den letzten 3 Items, sind offensichtlich auch jene mit den niedrigsten Mittelwerten. Von 1,32 bei Item V1306 und Item V1204, bis hinunter zu 1,16 bei Item V1202. Diese sechs Items weisen außerdem die stärkste Rechtsschiefe der Verteilung auf, von 2,725 bei V1207 bis zu 4,460 wiederum bei Item V1202. Zusätzlich zeigt sich, dass bei genau diesen sechs Items die Streuung um den Mittelwert (Standardabweichung) am niedrigsten ist und unter 1,0 fällt. Dies weist auf die Stabilität der extrem niedrigen Mittelwerte hin. Trotz der ohnehin sehr ungünstigen Schiefe der Verteilungen aller Items zu verschiedenen politischen Partizipationsformen und Bereichen, besteht bei diesen sechs Items mit ihren extremen Werten besondere Gefahr, dass sie weitere statistische Analysen beeinträchtigen könnten.

¹⁷⁶ Hierzu ist zusätzlich anzumerken, dass dies um 30% deutlich höher liegt als die nächsthäufig ausgeführte Aktivität (V1401), was die in der Operationalisierung angesprochenen Zweifel daran bekräftigen könnte, politische Diskussionen überhaupt als Form politischer Partizipation zu behandeln.

¹⁷⁷ Item V1403 sticht auch hier wieder heraus mit einem Mittelwert von 3,59 und einem Median von 4,0.

8.2.2. Korrelationsmatrix Politische Partizipation

TABELLE 33 im Anhang zeigt die bivariaten Korrelationskoeffizienten (Pearson) zwischen allen erhobenen Formen politischer Partizipation, inklusive des Indexes aus den drei Wahl-Items. Angeführt werden Korrelationen erst ab einer Signifikanz von $p < 0,05$ und einer Stärke des Koeffizienten von $\geq +0,1$, resp. $\leq -0,1$. Dadurch, dass die Tabelle trotzdem fast voll ist (was bereits auf die Verbundenheit der meisten Items hinweist), soll die Beschreibung der Matrix hier nur generell vorgenommen werden, sich vor allem auf die mittleren (ab $\pm 0,3$) und starken (ab $\pm 0,5$) Korrelationskoeffizienten (Field 2009) beziehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich Wählen eindeutig anders verhält, als die anderen Items. Positiv (wenn auch schwach) korreliert der Index Wählen lediglich mit Wahlkampfarbeit (V1101) und Engagement für große Parteien (V1201). Mit Engagement für einige Organisationen (sowie kleine Parteien und Diskussionen) besteht kein Zusammenhang, mit allen anderen Items ist der Zusammenhang negativ, dies insbesondere auch bei Protest.

Wahlkampfarbeit und Engagement für große Parteien verhalten sich ähnlich, scheinen ein gemeinsames Muster zu bilden. Diese zwei Items korrelieren stark positiv miteinander, mit Engagement in den meisten Organisationen zeigen sich schwache positive Zusammenhänge, mit den meisten Protestformen besteht keine Beziehung (außer dem schwachen positiven Zusammenhang zwischen Engagement für große Parteien und Petitionen unterzeichnen, sowie Teilnahme an Demonstrationen). Mit *Online*-Partizipation, Kontakt zu Medien/Politiker und Diskussionen über Politik zeigen sich schwache positive ZH.

Engagement für kleine politische Parteien (V1202) scheint sich besonders zu verhalten (allerdings partizipierten hier nur ca. 9% der Befragten). Es zeigt sich kein Zusammenhang mit Wählen, aber ein mittelstarker ZH mit Wahlkampfarbeit (und Engagement für Gewerkschaften), keine Zusammenhänge mit Engagement in bestimmten Organisationen (karitative/soziale und Nachbarschaftsorg.), ansonsten fast durchwegs schwache positive Korrelationen mit den anderen Partizipationsitems, auch mit (fast) allen Protestformen.

Bei den Items zu Engagement in Organisationen scheinen sich drei grobe Muster abzuzeichnen. **Erstens** Engagement in „Anderen polit. Gruppen und Org.“ (V1203), in Gewerkschaften (V1204), in Studierendenorg. (V1206), in Bauernorg. (V1207), in Menschenrechtsorg. (V1208) und in Frauenorg. (V1209). Alle diese sechs Items stehen in negativem Zusammenhang zu Wählen, in schwachem bis starkem positivem Zusammenhang zu den Items zu Engagement für andere Organisationen, alle sechs korrelieren hauptsächlich mittelstark und positiv mit den Protestformen, sowie schwach bis mittelstark positiv mit *Online*-Partizipation und Kontakt zu Medien/Politiker. **Zweitens** Engagement in Berufs- und Wirtschaftsverbänden (V1205), in Org. der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (V1210) und in Nachbarschafts-kommunalen Org. (V1213). Diese drei Items stehen in keinem ZH zu Wählen, alle drei Items korrelieren schwach (+) mit *Online*-Partizipation und Kontakt zu Medien/Politiker, sowie mit den Protestformen, hier allerdings nicht mit allen (nicht mit Besetzung von Gebäuden/Land etwa). **Drittens** Engagement in Umwelt- und Tierschutzorg., sowie in karitativen/sozialen Organisationen. Beide Items stehen in keinem ZH zu Wählen, außerdem zeigt sich bei beiden kein ZH zu Protest. Zweites und drittes Muster scheinen miteinander eher verbunden, als mit dem ersten Muster.

Die Korrelationen der Items zur Protestpartizipation (V₁₃₀₁-V₁₃₀₉) wurden zum Großteil bereits beschrieben. Die Korrelationen zwischen den verschiedenen Protestformen selbst sind durchwegs positiv mittelstark bis stark. Lediglich ausschließlich mittelstark korreliert Petitionen unterzeichnen (V₁₃₀₁) mit den anderen Protestformen. Auch mit *Online*-Partizipation, Kontakt zu Medien und Politikern zeigen sich fast durchwegs mittelstarke Zusammenhänge. Alle Protestformen scheinen außerdem Diskussionen über Politik zu begünstigen, der ZH ist schwach bis mittelstark.

Extra erwähnt sei noch die *Online*-Partizipation und Kontakt zu Medien/Politikern (V₁₄₀₁ und V₁₄₀₂). Diese Items scheinen ebenfalls einem gemeinsamen Muster zu folgen. Während sie schwach negativ mit Wählen korrelieren, bestehen positive Korrelationen mit allen anderen Formen (außer Engagement in karitativen Org.). Dieser ZH ist bei manchen Organisationen mittelstark (etwa Studierendenorg. und Bauernorg.), sowie bei fast allen Protestformen. Der ZH miteinander (V₁₄₀₁ und V₁₄₀₂) ist stark, der ZH zu Diskussionen über Politik mittelstark bis stark. Diskussionen über Politik (V₁₄₀₃) korreliert nicht mit Wählen, die Zusammenhänge mit Organisationspartizipation sind schwach positiv, oder nicht vorhanden (bei Berufs- und Wirtschaftsorg., sowie Umweltschutz- Tierschutzorg.). Die Zusammenhänge zu Protest sind positiv, schwach bis mittelstark.

8.2.3. Explorative Faktorenanalyse Politische Partizipation

Um aus den zahlreichen Partizipationsitems sinnvolle Skalen für die Hypothesentestung erstellen zu können, wurden in Folge mehrere explorative Faktorenanalysen durchgeführt¹⁷⁸. Drei Modelle werden in Folge beschrieben, zwei generelle und ein spezifisches. Im Vordergrund steht allerdings das erste (allgemeine) Modell, nur dieses soll genauer beschrieben werden. Das zweite (allgemeine) Modell scheint zwar stärker als das erste zu sein, trotzdem soll das erste hier im Vordergrund stehen, nachdem es alle Items enthält und dies für die Anschaulichkeit der Beschreibung vorteilhaft scheint. Das zweite Modell dient also im Hintergrund der Absicherung der Ergebnisse des ersten Modells. Diese beiden Modelle unterscheiden sich lediglich durch zwei Einstellungen, der Grund für zwei allgemeine Modelle wird in Folge erläutert.

Integriert werden sollten in Modell 1, aufgrund der relativ hohen Interkorrelationen, zunächst alle Items außer Wählen¹⁷⁹. Gewählt wurde die Extraktionsmethode der Hauptachsenanalyse, sowie bei der Rotation eine schiefwinklige (*oblique*) Lösung, konkret die Methode *Direct Oblimin* (mit einem *Delta* von 0), denn es musste stark angenommen werden, dass die einzelnen Faktoren miteinander korrelieren (Field 2009; Janssen/ Laatz 2007). Extrahiert werden sollten nach *Kaiser-Kriterium* nur Faktoren mit Eigenwerten größer als 1. Koeffizienten unter 0,1 sollten nicht angezeigt werden. Fehlende Werte sollten „listenweise“ ausgeschlossen werden¹⁸⁰. Bei der

178 Angemerkt sei, dass es eine Voraussetzung der Faktorenanalyse ist, dass die Items mindestens intervallskaliert sind (Field 2009). Die hier verwendeten Items weisen zwar nur ordinales Skalenniveau auf, es scheint allerdings *USAS* in der empirischen Sozialforschung zu sein, bei der Faktorenanalyse ordinalskalierte Items, etwa Likertskalen, als intervallskalierte zu behandeln.

179 Wählen sollte von Anfang an extra analysiert werden, aufgrund der eigenen Skalierung und in Anlehnung an die Praxis der empirischen Partizipationsforschung, außerdem stellte nun auch die Korrelationsmatrix die Besonderheit von Wählen heraus.

180 Hier liegt nun auch der Hauptunterschied zu Modell 2, in diesem wurden fehlende Werte durch Mittelwerte ersetzt. Dies schien höchst angebracht, nachdem die Vorgehensweise *Missings* „listenweise“ auszuschließen einen massiven Informationsverlust brachte, denn dadurch verblieben nur mehr 273 Fälle im Modell, 84 Fragebögen wurden also ausgeschlossen. Fehlende Werte – wie bereits eingangs beschrieben – schienen allerdings eher zufällig bei der einen oder anderen Variablen aufzutreten und betrafen sehr selten ganze Frageblöcke. Bei der

Extraktion wurde die Maximalzahl der *Iterationen* für Konvergenz erhöht, da sich zeigte, dass die Standardeinstellung von 25 nicht ausreichte (33 Iterationen wurden benötigt), bei der Rotation war die Standardeinstellung mehr als ausreichend. Sechs Faktoren wurden extrahiert.

Die Adäquatheitsfrage konnte positiv beantwortet werden, das *Kaiser-Meyer-Olkin* Maß der Stichprobeneignung ergab einen Wert von 0,889, was nicht fabelhaft aber recht gut ist (Field 2009; Janssen/ Laatz 2007; Backhaus et al. 2006). In der *Anti-Image* Korrelationsmatrix (hier nicht angeführt) zeigten nur vier Items in der Diagonalen Werte $< 0,8$ – nachdem diese allerdings über dem Minimum von 0,5 lagen, konnten sie als akzeptabel angesehen werden (Field 2009)¹⁸¹ – bei allen anderen Items lag das KMO-Maß zwischen 0,8 und 1.

Der *Bartlett-Test* auf Sphärizität war (bei einem χ^2 von 3762,101 und *df* von 325) auf einem $p < 0,001$ Niveau signifikant¹⁸².

Aus TABELLE 7 ist zu entnehmen, dass nach *Kaiser Kriterium* sechs Faktoren extrahiert wurden und welche nicht mehr extrahiert wurden (der zuletzt extrahierte Faktor weist einen anfänglichen Eigenwert von 1,051 auf). In dieser Tabelle zeigt sich außerdem, dass das 6-Faktoren Modell rund 55,7% der Gesamtvarianz aller Items zur politischen Partizipation erklärt¹⁸³. Vor Rotation wies der erste Faktor einen bedeutend größeren Eigenwert auf als alle anderen, erklärte damit weit mehr Gesamtvarianz als die anderen Faktoren. Nach Rotation verteilten sich die Anteile erklärter Varianz zwischen den Faktoren gleichmäßiger, wie an den Eigenwerten der Faktoren in der dritten Spalte eingesehen werden kann. Der dritte Faktor erklärt nun den geringsten Varianzanteil, der fünfte den größten.

Vorgehensweise *Missings* durch Mittelwerte zu ersetzen zeigte sich, dass bei jenem Item, bei dem die meisten fehlenden Werte ersetzt werden mussten, dies nur 20 Fälle betraf, also nur 1/4 der Anzahl jener Fälle, die beim „listenweisen“ Ausschluss aus dem Modell genommen wurden (ein Fall wurde so oder so ausgeschlossen, da er zu viele fehlende Werte aufwies, N war also 356). Die Approximation durch Mittelwerte produzierte also eventuell sogar einen kleineren Schätzfehler als der Ausschluss von 84 Fällen. Die Approximation durch Mittelwerte reduzierte zwar die Standardabweichungen der einzelnen Items im Modell, dies aber nur in sehr geringem Ausmaß. Demgegenüber erhöhte der Ausschluss von 84 Fällen die Mittelwerte der Items im Modell durchgehend, allerdings auch in geringem Ausmaß. Die Stärke des Ersetzens von *Missings* durch Mittelwerte zeigte sich u.a. darin, dass um einen ganzen Faktor weniger Faktoren extrahiert wurden. Der Grund dafür, warum nun nicht überhaupt diese Vorgehensweise gewählt wurde und überhaupt nur ein einziges, allgemeines Modell berechnet wurde liegt darin, dass dieses Modell nicht mit allen Items funktionierte. SPSS lieferte – hinauf bis zu einer Maximalzahl von 45 Iterationen für Konvergenz – die Fehlermeldung, dass noch mehr Iterationen benötigt würden und daher die Extraktion abgebrochen wurde. Ab einer Maximalzahl von 46 Iterationen überschritt allerdings die Kommunalität einer Variablen den Wert 1,0 und die Extraktion wurde erst wieder abgebrochen. Bei paarweisem Fallausschluss geschah das gleiche schon ab 27 Iterationen. Wurde allerdings das Item V1202 (Engagement für kleine Parteien), welches bereits aufgrund relativ niedriger Korrelationen mit den anderen Items, sowie aufgrund sehr niedriger Kommunalitäten und Eigenwerten in der Faktorenanalyse ohnehin ausgeschlossen werden sollte, aus dem Modell entfernt, funktionierten alle Extraktionen einwandfrei. Dies ist also der zweite Unterschied zwischen den ersten beiden Modellen, Modell 2 wurde ohne V1202 durchgeführt. Obwohl Modell 2 doch eindeutig das bessere war, sollte Modell 1 aufgrund der Vollständigkeit und Anschaulichkeit im Vordergrund verbleiben.

181 Bei V1101 (Wahlkampf) lag der Wert mit 0,557 am niedrigsten, bei V1201 und V1202 (Parteienpartizipation) lag er zwischen 0,6 und 0,7, bei V1212 (karitative und soziale Org.) lag er zw. 0,7 und 0,8.

182 Bei Modell 2 (gleiche Einstellungen, außer dass *Missings* durch Mittelwerte ersetzt wurden und V1202 ausgeschlossen wurde) wurden 27 Iterationen benötigt und 5 Faktoren extrahiert. Das KMO-Maß für das ganze Modell erreichte einen Wert von 0,909, also ein hervorragendes Ergebnis. Der Bartlett-Test auf Sphärizität war signifikant auf einem Niveau von $p < 0,001$. Das Modell umfasste 356 Fälle, also wurde nur ein Fall ausgeschlossen. Bei jenem Item, bei dem die meisten *Missings* durch Mittelwerte ersetzt wurden, geschah dies bei 21 Fällen. Die Mustermatrix und Strukturmatrix von Modell 2 können im Anhang eingesehen werden (TABELLE 35, TABELLE 36).

183 Dies scheint relativ wenig zu sein und gibt einen Hinweis darauf, dass das *Kaiser Kriterium* eventuell zu hoch angesetzt ist. Um die Analyse zu vereinfachen, sollte das Extraktionskriterium allerdings nicht herabgesetzt werden und nicht mehr Faktoren extrahiert werden.

Faktor	Anfängliche Eigenwerte			Summen von quadrierten Faktorladungen für Extraktion			Rotierte Summe der quadrierten Ladungen ^a Gesamt
	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	Gesamt	% der Varianz	Kumulierte %	
1	8,491	32,659	32,659	8,125	31,249	31,249	4,962
2	3,057	11,759	44,418	2,641	10,158	41,407	3,057
3	1,835	7,059	51,478	1,455	5,595	47,002	1,901
4	1,371	5,273	56,750	,956	3,677	50,679	4,679
5	1,124	4,324	61,075	,752	2,891	53,570	5,028
6	1,051	4,041	65,116	,553	2,126	55,696	3,979
7	,916	3,524	68,640				
8	,834	3,209	71,849				
9	,762	2,932	74,782				
10	,743	2,858	77,640				
11	,662	2,548	80,187				
12	,621	2,387	82,574				
13	,593	2,282	84,857				
14	,511	1,967	86,824				
15	,439	1,688	88,512				
16	,434	1,668	90,180				
17	,406	1,562	91,742				
18	,331	1,274	93,016				
19	,303	1,167	94,183				
20	,275	1,059	95,243				
21	,261	1,003	96,245				
22	,236	,909	97,155				
23	,228	,876	98,030				
24	,203	,780	98,810				
25	,175	,674	99,485				
26	,134	,515	100,000				

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse

a. Wenn Faktoren korreliert sind, können die Summen der quadrierten Ladungen nicht addiert werden, um eine Gesamtvarianz zu erhalten.

Tabelle 7: Erklärte Gesamtvarianz Faktorenanalyse PP

TABELLE 8 zeigt die Anteile gemeinsamer Varianz (Kommunalitäten) der einzelnen Items vor und nach Extraktion der sechs Faktoren.

	Anfänglich	Extraktion
V1101	,578	,875
V1201	,571	,556
V1202	,219	,119
V1203	,549	,543
V1204	,382	,300
V1205	,318	,312
V1206	,376	,329
V1207	,611	,695
V1208	,615	,620
V1209	,627	,621
V1210	,437	,501
V1211	,350	,380
V1212	,344	,452
V1213	,317	,276
V1301	,331	,299
V1302	,639	,631
V1303	,702	,759
V1304	,745	,763
V1305	,799	,816
V1306	,723	,780
V1307	,648	,704
V1308	,494	,510
V1309	,763	,794
V1401	,585	,744
V1402	,583	,652
V1403	,449	,451

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse

Tabelle 8: Kommunalitäten PP

Bei den meisten Items, die bereits vor Extraktion einen hohen Anteil der Varianz mit den anderen teilten, stiegen diese Anteile mit der Extraktion an. Bei vielen Items, vor allem jenen die bereits vor Extraktion wenig Varianz teilten, sanken allerdings die Anteile gemeinsamer Varianz im 6-Faktoren-Modell. Bei einigen Items liegen die Kommunalitäten nach Extraktion unter 0,4 – also unter 40% (bei Item V1204, V1205, V1206 und V1211), bei zwei Items sogar unter 0,3 (V1213 und V1301). Item V1202 (Engagement für kleine politische Parteien) weist nach Extraktion überhaupt nur mehr eine Kommunalität von 0,119 auf, und scheint damit für dieses Modell und spätere Indexkonstruktionen ungeeignet.

In der Faktorenmatrix (TABELLE 34 im Anhang) können die Faktorladungen der Anfangslösung eingesehen werden. Für die inhaltliche Interpretation hilft diese Matrix kaum, hier zeigt sich allerdings erneut, dass Item V1202 besonders niedrig auf die Faktoren lädt, sehr niedrig lädt auch Item V1213 (Engagement für Nachbarschafts- kommunale Organisationen).

Analysiert werden soll hier zunächst die Mustermatrix (TABELLE 9), die eindeutigere Ergebnisse liefert, nachdem die hier wiedergegebenen Faktorladungen nur die direkten Wirkungen (Regressionskoeffizienten) der Faktoren auf die Items darstellen. Parallel wird allerdings auch die Strukturmatrix (TABELLE 10) betrachtet, welche die direkten und indirekten Wirkungen (Korrelationen) der Faktoren auf die Items wiedergibt, also die Beziehungen zwischen den Faktoren mit einbezieht (Field 2009; Janssen/ Laatz 2007). Für die Absicherung der hier entdeckten Strukturen werden außerdem Muster- und Strukturmatrix des zweiten Modells analysiert (TABELLE 35 und TABELLE 36 im Anhang).

Zunächst sei der dritte Faktor in der Mustermatrix in TABELLE 9 betrachtet. Auf diesen Faktor laden die Items V_{1101} (Wahlkampf) und V_{1201} (Engagement für Große Parteien) relativ hoch und alle anderen Items – wenn überhaupt – nur sehr schwach (die Strukturmatrix in TABELLE 10 bestätigt dieses Bild). Die Strukturmatrix zeigt außerdem, dass die Korrelationen dieser beiden Items mit den anderen Faktoren sehr schwach sind. V_{1101} und V_{1201} in einem gemeinsamen Faktor scheint auch inhaltlich sehr sinnvoll, beide Items wurden zur Messung des Konstrukts „konventioneller“ politischer Partizipation herangezogen und sollen nunmehr zur Bildung eines gemeinsamen Indexes verwendet werden (auch Modell 2 spricht für diese Vorgehensweise). Item V_{1202} lädt zwar auch auf diesen Faktor, allerdings äußerst schwach. Engagement für kleine Parteien scheint im dominanten 2-Parteiensystem in Honduras offensichtlich nicht zu dieser Dimension zu gehören. Die generell geringen Faktorladungen von Item V_{1202} , sowie auch die schwachen und diffusen Korrelationen in der Strukturmatrix, sprechen nun erneut dafür, dieses Item überhaupt von der Indexkonstruktion auszuschließen.

Als nächstes sei der Faktor 4 betrachtet, hier laden (Mustermatrix) die Items V_{1401} , V_{1402} und V_{1403} relativ hoch, es laden zwar auch ein paar andere Items auf diesen Faktor, diese Ladungen sind allerdings schwach und diese Items haben ihren Schwerpunkt jeweils woanders. Außer V_{1301} „Petitionen unterschreiben“, dieses Item ist zwar in gewisser Weise bipolar, lädt auf Faktor 1 und Faktor 4 (auf beide sehr schwach), hat aber auf Faktor 4 den Schwerpunkt. Das gleiche bestätigt sich in der Strukturmatrix. Hier wiederum zeigen sich zahlreiche Korrelationen zwischen weiteren Items und Faktor 4, allerdings haben wiederum all diese Items ihren Schwerpunkt woanders. Bezüglich V_{1301} liefert das Modell 2 ein anderes Ergebnis, hier lädt das Item auch generell schwach, allerdings mit dem Schwerpunkt auf Faktor 1. Demnach soll V_{1301} , wenn nicht überhaupt ausgeschlossen aufgrund der niedrigen Kommunalitäten, Faktor 1 zugerechnet werden. V_{1401} , V_{1402} und V_{1403} zur Bildung einer gemeinsamen Skala heranzuziehen scheint inhaltlich sinnvoll. Alle drei Items stehen für, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß, relativ häufig ausgeführte, allgemeine Aktivitäten. Diese können u.a. von zuhause ausgeführt werden, benötigen keine besondere politische Assoziation und scheinen mit besonders wenig Risiko verbunden zu sein. Eventuell könnte diese Dimension eine Art „individueller“ politischer Partizipation ausdrücken.

	Faktor					
	1	2	3	4	5	6
V1101- Wahlkampf 2009			,960			
V1201- Große Partei			,686			-,124
V1202- Kleine Partei	,301		,168			
V1203- Polit. Organisation	,397	,153		-,167	,128	-,237
V1204- Gewerkschaft	,237				,105	-,392
V1205- Berufs-Wirtschaftsverband		,174	,172		-,213	-,379
V1206- Studierendenorg.	,274	,130	,129		,142	-,224
V1207- Bauernorg.		,154			,307	-,582
V1208- Menschenrechts-Friedensorg.		,274	,132		,127	-,539
V1209- Frauenorg.		,409			,243	-,416
V1210- Internat.Entwicklungsorg.		,660				-,106
V1211- Umwelt-Tierschutzorg.		,583				
V1212- Karitative-Soziale Org.		,723				,153
V1213- Nachbarschafts-kommunale Org.	,151	,389		-,118		-,125
V1301- Petition	,257			-,279		-,137
V1302- Demonstration genehmigt	,594			-,271		-,193
V1303- Streik	,730		-,112		,288	
V1304- Verkehrsblockade	,391				,611	
V1305- Demonstration nicht genehmigt	,581		-,143	-,191	,353	
V1306- Besetzung	,199				,814	
V1307- Slogan auf Wände					,766	-,114
V1308- Boykott			-,104	-,338	,475	-,117
V1309- Protestversammlung	,669			-,153	,156	-,181
V1401- Online Partizipation				-,888		
V1402- Kontakt Medien/Politiker				-,731		-,198
V1403- Politische Diskussion	,155	,103	,137	-,563		,219

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse. Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.
Die Rotation ist in 14 Iterationen konvergiert.

Tabelle 9: Mustermatrix Politische Partizipation

	Faktor					
	1	2	3	4	5	6
V1101- Wahlkampf 2009		,186	,929	-,186		
V1201- Große Partei	,138	,259	,725	-,228	-,111	-,173
V1202- Kleine Partei	,290		,205	-,108		
V1203- Polit. Organisation	,598	,343		-,482	,436	-,500
V1204- Gewerkschaft	,379	,127		-,243	,322	-,467
V1205- Berufs-Wirtschaftsverband	,166	,376	,285	-,186		-,425
V1206- Studierendenorg.	,438	,301	,182	-,317	,317	-,411
V1207- Bauernorg.	,300	,409		-,419	,526	-,757
V1208- Menschenrechts-Friedensorg.	,314	,536	,208	-,346	,315	-,712
V1209- Frauenorg.	,250	,607	,163	-,344	,371	-,651
V1210- Internat.Entwicklungsorg.		,691		-,228	,103	-,368
V1211- Umwelt-Tierschutzorg.		,610	,207	-,157		-,271
V1212- Karitative-Soziale Org.		,649	,163			-,103
V1213- Nachbarschafts-kommunale Org.	,238	,467		-,265		-,324
V1301- Petition	,421	,200		-,444	,307	-,329
V1302- Demonstration genehmigt	,724	,137		-,524	,388	-,409
V1303- Streik	,814	,110		-,316	,579	-,313
V1304- Verkehrsblockade	,645		-,110	-,425	,794	-,315
V1305- Demonstration nicht genehmigt	,779		-,117	-,527	,687	-,331
V1306- Besetzung	,511			-,390	,857	-,228
V1307- Slogan auf Wände	,328	,149	-,128	-,409	,822	-,388
V1308- Boykott	,284		-,155	-,504	,637	-,325
V1309- Protestversammlung	,827	,155		-,511	,549	-,449
V1401- Online Partizipation	,295	,213	,155	-,858	,307	-,196
V1402- Kontakt Medien/Politiker	,279	,218	,165	-,783	,356	-,408
V1403- Politische Diskussion	,356	,213	,255	-,613	,221	

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.

Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.

Tabelle 10: Strukturmatrix Politische Partizipation

Als nächstes sei Faktor 1 betrachtet. Wenngleich sich hier zeigt, dass ebenso Items des Protests (welche am stärksten auf diesen Faktor laden), wie auch einige Items der Organisationspartizipation auf diesen Faktor laden, sollen diese nicht in gemeinsame Skalen integriert werden. Immerhin handelt sich bei den Protestitems um spezifische Aktivitäten und bei den Organisationsitems eher um Themenbereiche der Partizipation.

Die Protestitems V1302, V1303, V1305 und V1309 bilden quasi den „Kern“ des Faktors 1. Interessanterweise teilten sich die Protestitems auf zwei Faktoren auf. In Faktor 5 finden sich V1304, V1306, V1307 und V1308. Im Modell 2 hatte zwar V1304 eine leicht höhere Ladung auf Faktor 1, die Ergebnisse des Modells 1 scheinen aber inhaltlich durchaus sinnvoll. In Faktor 1 finden sich die häufiger ausgeführten Protestformen, in Faktor 5 die eher „exponierteren“ Formen des Protests. In Folge sollen also zwei Skalen für Protest konstruiert werden.

Die Faktorladungen der Items zur Organisationspartizipation in der Mustermatrix scheinen in dieser Faktorenlösung schwer interpretierbar. Die höchsten Faktorladungen der jeweiligen Items teilen sich auf drei Faktoren auf, Faktor 1, 2 und 6. Manche Items weisen generell äußerst

niedrige Faktorladungen auf, andere zeigen starke Bipolarität der Ladungen. Die Korrelationen in der Strukturmatrix zeigen ein noch diffuseres Bild. Lediglich V1207 und V1208 auf der einen, sowie V1210, V1211, V1212 auf der anderen Seite schienen relativ eindeutig von einem gemeinsamen Faktor beeinflusst. In Muster- und Strukturmatrix des zweiten Modells teilen sich die höchsten Ladungen zwar auf nur zwei Faktoren auf, trotzdem scheint es angebrachter, ein eigenes Modell für diese Items (V1203 bis V1213) zu berechnen. Dieses dritte Modell soll in Folge in aller Kürze vorgestellt werden.

Die Berechnungseinstellungen für Modell 3 waren die gleichen wie für Modell 1: Extraktionsmethode der Hauptachsenanalyse, bei der Rotation die Methode *Direct Oblimin* (mit einem *Delta* von 0), extrahiert werden sollten nach *Kaiser-Kriterium* nur Faktoren mit Eigenwerten größer als 1, fehlende Werte sollten „listenweise“ ausgeschlossen werden, bei der Anzeige wurden Koeffizienten unter 0,1 unterdrückt. Analysiert wurden durch den listenweisen Fallausschluss nur 310 Fälle, 47 Fälle wurden also unterdrückt¹⁸⁴. Das *Kaiser-Meyer-Olkin* Maß der Stichprobeneignung ergab einen Wert von 0,878, der *Bartlett-Test* auf Sphärizität war ($\chi^2 = 1112,672$, $df = 55$) auf einem $p < 0,001$ Niveau signifikant. 2 Faktoren wurden extrahiert, wobei 6 Iterationen benötigt wurden. Das gesamte Modell erklärte 42,617% der Gesamtvarianz aller Items. TABELLE 11 zeigt die Anteile geteilter Varianz der einzelnen Items. Generell scheinen diese nicht besonders hoch. Bei V1205, V1206 und V1213 liegen die Kommunalitäten auch nach Extraktion noch unter 0,3.

	Anfänglich	Extraktion
V1203	,381	,441
V1204	,264	,319
V1205	,239	,236
V1206	,291	,296
V1207	,504	,575
V1208	,585	,629
V1209	,585	,600
V1210	,441	,558
V1211	,307	,383
V1212	,296	,403
V1213	,244	,247

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.

Tabelle 11: Kommunalitäten Modell 3

Von den letztgenannten drei Items mit äußerst niedrigen Kommunalitäten scheint sich V1206 relativ gut dem ersten Faktor zuordnen zu lassen, wie in Muster- und Strukturmatrix (TABELLE 12, TABELLE 13) eingesehen werden kann. V1205 und V1213 zeigen sich allerdings bipolar und weisen äußerst niedrige Ladungen und relativ niedrige Korrelationen mit den beiden Faktoren auf. Alle anderen Items verteilen sich relativ eindeutig auf beide Faktoren. Inhaltlich scheinen sich im ersten Faktor eher politische Organisationen und Interessensvertretungen zu finden, im zweiten dagegen eher unpolitische und eher soziale Organisationen. Auf Basis dieser beiden Faktoren sollen in Folge zwei Skalen gebildet werden, V1203, V1204, V1207, V1208 und V1209 auf der einen Seite, V1210, V1211 und V1212 auf der anderen Seite. V1205 und V1213 sollen nicht einbezogen werden, da sie sich nicht zuordnen ließen. V1206 (Engagement für Studierendenorganisationen) soll dagegen

¹⁸⁴ Einwänden gegen diese Vorgehensweise sei entgegnet, dass die Option *Missings* durch Mittelwerte zu ersetzen für dieses Modell in Muster- und Strukturmatrix im Grunde die gleichen Ergebnisse lieferte.

vor allem deswegen separat analysiert werden, weil dieses Item in Hinblick auf die studentische Stichprobe besonders interessant scheint.

	Faktor	
	1	2
V1203-Polit. Organisation	,659	
V1204-Gewerkschaft	,632	-,171
V1205-Berufs-Wirtschaftsverband	,286	,274
V1206-Studierendenorg.	,520	
V1207-Bauernorg.	,721	
V1208-Menschenrechts-Friedensorg.	,607	,289
V1209-Frauenorg.	,577	,301
V1210-Internat.Entwicklungsorg.		,708
V1211-Umwelt-Tierschutzorg.		,604
V1212-Karitative-Soziale Org.		,670
V1213-Nachbarschafts-kommunale Org.	,256	,315

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.

Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.

Die Rotation ist in 7 Iterationen konvergiert.

Tabelle 12: Mustermatrix Modell 3

	Faktor	
	1	2
V1203-Polit. Organisation	,664	,344
V1204-Gewerkschaft	,545	,149
V1205-Berufs-Wirtschaftsverband	,425	,419
V1206-Studierendenorg.	,543	,308
V1207-Bauernorg.	,756	,435
V1208-Menschenrechts-Friedensorg.	,753	,597
V1209-Frauenorg.	,730	,594
V1210-Internat.Entwicklungsorg.	,431	,745
V1211-Umwelt-Tierschutzorg.	,334	,618
V1212-Karitative-Soziale Org.	,263	,631
V1213-Nachbarschafts-kommunale Org.	,416	,445

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.

Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.

Tabelle 13: Strukturmatrix Modell 3

TABELLE 37 und TABELLE 38 im Anhang zeigen die Korrelationsmatrizen der Faktoren von Modell 1 und Modell 3. Die mitunter mittelstarken Korrelationen zwischen den einzelnen Faktoren zeigen an, wie wichtig es war, eine schiefwinklige Rotation, statt einer orthogonalen zu verwenden, welche diese Beziehungen zwischen den Faktoren unterdrückt hätte.

8.2.4. Reliabilitätsanalyse und Indexkonstruktion

- ◆ Die Reliabilitätsanalyse mit den Items V1101 und V1201 (N=338) ergab einen Wert für *Cronbachs Alpha* von 0,786, was ein akzeptables Ergebnis darstellt (Field

2009, Spector 1992)¹⁸⁵. Es kann also angenommen werden, dass die Skala intern konsistent ist. Mit V_{1101} und V_{1201} wurde ein einfacher additiver Index gebildet und dieser durch die Zahl der Items dividiert, um wieder eine Skala von 1 bis 5 zu erhalten, was der Vergleichbarkeit dienen soll $[(V_{1101}+V_{1201})/2]$. Wichtige deskriptive Kennwerte des neuen Indexes (*Index_Konventionelle_PP*) finden sich in TABELLE 14, sie werden am Ende des Abschnitts besprochen.

- ◆ Die Reliabilitätsanalyse für V_{1401} , V_{1402} und V_{1403} ($N=335$) ergab einen Wert für Cronbachs α von 0,775. Es zeigte sich zwar, dass der Ausschluss von V_{1403} α auf 0,791 leicht erhöht hätte, diese Verbesserung der internen Konsistenz wäre allerdings gering, V_{1403} sollte also in den Index mit aufgenommen werden. Wichtige deskriptive Maße des additiven Indexes *Index_Individuelle_PP* $[(V_{1401}+V_{1402}+V_{1403})/3]$ werden nach TABELLE 14 genauer analysiert.
- ◆ Die Reliabilitätsanalyse mit V_{1301} , V_{1302} , V_{1303} , V_{1305} und V_{1309} ($N=336$) ergab ein Cronbachs α von 0,881, also ein gutes Ergebnis. Der Ausschluss von V_{1301} hätte α sogar auf 0,908 erhöht. Obwohl der Ausschluss von V_{1301} auch aufgrund der relativ niedrigen Kommunalitäten und niedrigen Faktorladungen in der Faktorenanalyse angedacht wurde, soll das Item in die Indexkonstruktion mit einbezogen werden. Die Verbesserung von α stellt sich um 0,027 gering dar und findet auf einem ohnehin hohen Niveau statt. Die neue Skala *Index_Protest* $[(V_{1301}+V_{1302}+V_{1303}+V_{1305}+V_{1309})/5]$ wird ebenfalls nach TABELLE 14 genauer analysiert.
- ◆ Die Reliabilitätsanalyse für die Items V_{1304} , V_{1306} , V_{1307} und V_{1308} ($N=333$) ergab ein Cronbachs α von 0,865, also ein gutes Ergebnis. Der Ausschluss von keinem der Items würde den Wert für α erhöhen. Der neue additive Index $[(V_{1304}+V_{1306}+V_{1307}+V_{1308})/4]$ *Index_Protest_Exponiert* wird ebenfalls weiter unten genauer behandelt.
- ◆ Die Reliabilitätsanalyse der Items V_{1203} , V_{1204} , V_{1207} , V_{1208} und V_{1209} ($N=322$) ergab ein Cronbachs α von 0,814, ein gutes Ergebnis also. Das Löschen von keinem der Items würde die interne Konsistenz der Skala erhöhen. Der neue additive Index heißt *Index_Organisationspartizipation_Politisch_Interessen* $[(V_{1203}+V_{1204}+V_{1207}+V_{1208}+V_{1209})/5]$.
- ◆ Die Reliabilitätsanalyse für die Items V_{1210} , V_{1211} , V_{1212} ($N=331$) ergab ein Cronbachs α von 0,703, ein noch akzeptables Ergebnis (angemerkt sei, dass dieser Wert mit Anzahl der Items zunimmt). Das Löschen von keinem Item würde die Reliabilität der Skala erhöhen. Der neue Index heißt *Index_Partizipation_Soziale_Organisationen* $[(V_{1210}+V_{1211}+V_{1212})/3]$.

¹⁸⁵ Nach Field 2009 sind Werte zwischen 0,7 und 0,8 bereits akzeptabel, auch nach Spector 1992 sollte Cronbachs *Alpha* bei einer intern konsistenten Skala mindestens bei 0,7 liegen.

	Index Konventionel- le Politische Partizipation	Index Individuelle Politische Partizipation	Index Protestparti- zipation	Index Exponierte Protestpartizi- pation	Index Organisations- partizipation Poli- tisch Interessen	Index Partizipation Soziale Organi- sationen
Gültig	338	335	336	333	322	331
Fehlend	19	22	21	24	35	26
Mittelwert	1,5651	2,5662	1,9333	1,2928	1,5211	1,9678
Median	1,0000	2,3333	1,6000	1,0000	1,1000	1,6667
Modus	1,00	2,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Standard- abweichung	,97608	1,07171	1,10298	,73929	,79960	1,05711
Schiefe	2,002	,680	1,310	3,217	1,830	1,040
0,25-Quantil	1,0000	1,6667	1,0000	1,0000	1,0000	1,0000
0,75-Quantil	2,0000	3,3333	2,4000	1,0000	1,8000	2,3333

Tabelle 14: Deskriptive Statistik Indizes Politischer Partizipation

TABELLE 14 zeigt, dass – trotz der Art der Berechnungen der Skalen (fehlende Werte werden listenweise ausgeschlossen) – der Ausfall von Fällen nicht besonders groß ist. Die meisten *Missings* weist der Index zur Partizipation in politischen Organisationen und Interessensvertretungen auf. Aufgrund dieses geringen Ausfalls wurde davon abgesehen, bei der Konstruktion der Skalen eine gewisse Anzahl von fehlenden Werten durch Mittelwerte zu ersetzen. Die Werte auf diesen Skalen gehen von 1=*keine Partizipation* (bei keinem der einbezogenen Items) bis 5=*häufige Partizipation* (bei allen einbezogenen Items). Alle neuen Indizes folgen logischerweise der Rechtsschiefe der Verteilung der Items zur politischen Partizipation. Am wenigsten rechtsschief verteilt ist der Index zur „individuellen“ Partizipation, was nicht verwundert, nachdem sich hier etwa V1403 befindet, welches sogar leicht linksschief verteilt war. Die stärkste Schiefe weist der Index zum exponierten Protest auf, hier befindet sich auch der niedrigste Mittelwert. Erst beim 0,75-Quantil überschreitet einer der Indizes (jener zur „individuellen“ politischen Partizipation) den Wert 3,0, welcher in einer „idealen“ Normalverteilung bei diesen Skalen bereits das 0,5-Quantil (Median), sowie den Mittelwert und Modus darstellen würde.

8.3. Unabhängige Variablen

8.3.1. Politische Legitimität

Für die nähere Analyse zur Konstruktion eines Indexes der (subjektiven) Politischen Legitimität sollen erstens die Items V601 bis V607 herangezogen werden, welche sich hauptsächlich auf Vertrauen gegenüber verschiedenen politischen und staatlichen Institutionen beziehen. Zweitens die Items V608 und V609, welche Evaluationen der gegenwärtigen Regierung darstellen, drittens die Items V612 und V613, welche Evaluationen der honduranischen Ökonomie ausdrücken und viertens das Item V614, welches sich auf Korruption im politischen System bezieht. Gemessen wurden all diese Items auf der gleichen 7-stufigen Likert-Skala von 1=*überhaupt nicht* bis 7=*sehr*, resp. sollte 1 niedrige Legitimität und 7 hohe Legitimität ausdrücken. Lediglich bei Item V614 ist der Sinn der Fragestellung umgedreht, dieses Item wurde daher vorab umcodiert, das neue Item heißt V614_Korruption_REC. TABELLE 39 im Anhang zeigt wichtige deskriptive Messwerte der Verteilungen dieser zwölf Items. Die genauen (totalen) Verteilungen können ebenfalls im Anhang in TABELLE 40 eingesehen werden.

Die deskriptiven Messwerte zeigen zunächst, dass fehlende Werte bei diesen Items fast gar keine Rolle spielen, 9 fehlende Werte sind das Höchste was erreicht wird. Besonders auffällig sind die äußerst niedrigen Mittelwerte aller Items. Die niedrigsten Mittelwerte liegen mit 1,55 und 1,78 bei Item V613-Verteilungsgerechtigkeit und V612-Evaluation der Ökonomie, diese beiden Items weisen gleichzeitig die niedrigsten Standardabweichungen auf. Die höchsten Mittelwerte liegen mit 2,66 und 2,53 bei V606-Vertrauen in die Militärs und V609-Evaluation der Regierung von Präsident Lobo. V606 weist gleichzeitig die zweithöchste Standardabweichung auf. Angemerkt sei, dass der (statistisch) ideale, normalverteilte Mittelwert, Median und Modus bei diesen Skalen bei 4,0 zu liegen kommen würde. Der Median liegt bei den meisten Items bei 2,0 – fällt bei manchen sogar auf 1,0 herab. Sogar das 0,75-Quantil liegt bei einem Item (V613) bei 1,0. Bei den meisten allerdings bei 3,0 – lediglich 2 Items erreichen beim 0,75-Quantil einen Wert von 4,0. Das Bild wird dadurch vervollständigt, dass der Modus bei allen Items auf die erste Antwortkategorie fällt. Die Verteilungen sind also durchgehend rechtsschief, am stärksten kommt dies wiederum bei V613 zum Ausdruck (Wert für *Skewness* von +2,613). Niedrige Werte auf den Skalen sollten inhaltlich niedrige Legitimität bedeuten. Die entscheidende Frage ist, ob hier tatsächlich derart niedrige Legitimität gemessen wurde, oder ob die Fragen nicht anders besser hätten gestellt werden können. Dies kann hier nicht beantwortet werden, allerdings weisen auch andere in Honduras durchgeführte Studien auf sehr schiefe Verteilungen, bzw. wenig Vertrauen in Staat, Parteien, Kongress, Regierung, Gerichte, Polizei, Militär, etc. hin¹⁸⁶. Fest steht, dass derart schiefe Verteilungen für statistische Analysen eher ungünstig sind.

Betrachtet werden soll in Folge die besondere Verteilung von Item V614 (Korruptionswahrnehmung). Ein Balkendiagramm der nicht umcodierten, also originalen Verteilung dieses Items ist der TABELLE 40 angefügt, sowie eines der Verteilung jenes Items, welches im Fragebogen vor V614 kam, also V613. Das Muster der Verteilung von V613 ist beispielhaft für die Verteilungen aller anderen Items zur Legitimität, wenngleich V613, wie dargestellt, bedeutend schiefer verteilt ist als die anderen. Nach Frage V613 kam im Fragebogen die Frage V614, der Sinn der Fragestellung wurde hier allerdings umgedreht, sodass nunmehr hohe Werte niedrige Legitimität bedeuteten. Es könnte also sein, dass der relativ große Ausschlag bei Antwortkategorie 1 von V614 einen Messfehler abbildet. Kein anderes Item von V601 bis V613 zeigte einen derartigen Ausschlag in der generell rechtsschiefen Verteilung. Auch V615 scheint von diesem Ausschlag betroffen zu sein, weshalb auch für dieses Item ein Balkendiagramm angefügt wurde. Dieser Ausschlag ist in jedem Fall der Grund für den hohen Mittelwert der umcodierten Version von V614 in TABELLE 39, sowie die sehr hohe Standardabweichung und das sehr hohe 0,75-Quantil. Es muss stark angenommen werden, dass dieser Ausschlag bei V614 und V615 einen Messfehler darstellt und diese Items damit nicht für weitere Analysen herangezogen werden sollten. Für V614 bestätigt sich diese Vermutung in der Korrelationsmatrix von TABELLE 41. V614 korreliert nicht mit den anderen Items zur Politischen Legitimität, soll daher endgültig von weiteren Analysen ausgeschlossen werden¹⁸⁷.

Nicht signifikante Korrelationen wurden in der Korrelationsmatrix in TABELLE 41 wieder unterdrückt. Außer mit V614 zeigen alle Items zur politischen Legitimität starke (positive) Korrelationen miteinander. Lediglich V613 und V609 korrelierten schwächer, aber auch durchgehend mittelstark mit den anderen Items. All diese Items werden in die folgende Faktorenanalyse integriert.

186 Vgl. Corporación Latinobarómetro.

187 V614 korrelierte außerdem nur schwach mit weiteren Items des gesamten Datensatzes (die generelle Korrelationsmatrix aller Items kann hier nicht dargestellt werden), außer einer mittelstarken positiven Korrelation mit V615, was ein Hinweis auf einen gemeinsamen Messfehler darstellen kann.

Verwendet wurde wiederum die gleiche Methode wie bei den vorherigen Modellen. Extraktionsmethode Hauptachsenanalyse, bei der Rotation die Methode *Direct Oblimin* (mit einem *Delta* von 0), denn wiederum muss angenommen werden, dass die Faktoren korrelieren. Extrahiert werden sollten nach *Kaiser-Kriterium* nur Faktoren mit Eigenwerten größer als 1. Fehlende Werte sollten „listenweise“ ausgeschlossen werden, denn dies brachte hier keinen großen Verlust an Daten, lediglich 15 Fälle wurden ausgeschlossen, 342 verblieben also im Modell. Das *Kaiser-Meyer-Olkin* Maß der Stichprobeneignung ergab einen Wert von 0,907, was eine „hervorragende“ Eignung ausdrückt, in der Diagonale der *Anti-Image* Matrix waren fast alle Elemente > 0,9, lediglich zwei Werte lagen darunter, allerdings waren diese $\geq 0,8$. Der *Bartlett-Test* auf Sphärizität war ($\chi^2 = 2245,623$, $df = 55$) auf einem Niveau von $p < 0,001$ hoch signifikant. Zwei Faktoren wurden extrahiert, wobei 18 Iterationen benötigt wurden. Das gesamte Modell erklärte 58,987% der Gesamtvarianz aller Items. Die Kommunalitäten waren für fast alle Items, vor und nach Extraktion > 0,4 – in den meisten Fällen > 0,5 – lediglich V613 (Verteilungsgerechtigkeit) teilte vor Extraktion lediglich 32,7% an Varianz und nach Extraktion nur mehr 29,9% an Varianz mit den anderen Items im Modell. V613 war gleichzeitig jenes Item, welches die geringsten Faktorladungen aufwies, lud allerdings mit 0,592 auf den ersten Faktor (siehe Mustermatrix in TABELLE 15) in akzeptablem Ausmaß (Koeffizienten unter 0,1 werden in der Anzeige unterdrückt). Die Items verteilten sich recht gut auf beide Faktoren, es zeichnete sich ein klares Bild ab. V601, V602, V603, V604, V605, V606, V607, V612 und V613 luden auf den ersten Faktor. V608 und V609 auf den zweiten. Dies macht auch inhaltlich Sinn, Faktor 2 bezieht sich auf die konkrete gegenwärtige Regierung, Faktor 1 auf alle anderen politischen und staatlichen Institutionen, sowie auf das ökonomische System. Die Evaluation der gegenwärtigen Regierung als eigener Faktor findet sich etwa auch in der Studie von Booth/ Seligson 2009.

Die Ergebnisse der Strukturmatrix (TABELLE 42 im Anhang) weisen auf die relativ starke Verbundenheit der Faktoren hin¹⁸⁸, die Items korrelieren mit beiden Faktoren, haben allerdings doch eindeutige Schwerpunkte, welche die Ergebnisse der Mustermatrix bestätigen.

	Faktor	
	1	2
V601 Gerechtigkeit Justiz	,720	
V602 Vertrauen Oberstes Wahlgericht	,776	
V603 Vertrauen Legislative	,675	,121
V604 Vertrauen Parteien	,717	
V605 Vertrauen Oberster Gerichtshof	,906	
V606 Vertrauen Militär	,727	
V607 Vertrauen Polizei	,690	
V608 Vertrauen Regierung Lobo		,839
V609 Evaluation Regierung Lobo		,912
V612 Evaluation Ökonomie	,648	
V613 Verteilungs- Gerechtigkeit	,592	

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.

Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.

Die Rotation ist in 4 Iterationen konvergiert.

Tabelle 15: Mustermatrix Legitimität

¹⁸⁸ Der Korrelationskoeffizient zwischen beiden Faktoren beträgt 0,616, zeigt also eine starke positive Beziehung an.

Die Items der beiden Faktoren werden in Folge zur Konstruktion von zwei Skalen zur politischen Legitimität herangezogen. Die Reliabilitätsanalyse für die Items V601, V602, V603, V604, V605, V606, V607, V612 und V613 (N=343) ergab einen Wert für *Cronbachs alpha* von 0,909, ein sehr gutes Resultat für die interne Konsistenz der Skala also. Lediglich die Entfernung von V613 hätte die Verlässlichkeit der Skala erhöht, allerdings nur auf ein *Cronbachs alpha* von 0,91, weswegen das Item in der Skala verbleiben sollte. Aus diesen neun Items wurde nun die neue Skala *Index_Politische_Legitimität_Generell* erstellt¹⁸⁹. Wichtige Kennwerte dieser neuen Skala zeigt TABELLE 16. Die Reliabilitätsanalyse der Items V608 und V609 (N=349) ergab ein *Cronbachs alpha* von 0,896, gegeben die geringe Anzahl an Items wiederum ein sehr gutes Resultat. Die Skala, welche aus diesen beiden Items gebildet wurde heißt *Index_Politische_Legitimität_Regierung*¹⁹⁰.

	Index Politische Legitimität Generell	Index Politische Legitimität Regierung
Gültig	343	349
Fehlend	14	8
Mittelwert	2,1199	2,4269
Median	1,7778	2,0000
Modus	1,00	1,00
Standardabweichung	1,07995	1,32058
Schiefe	1,011	,803
0,25-Quantil	1,2222	1,0000
0,75-Quantil	2,7778	3,2500

Tabelle 16: Deskriptive Statistik (Indizes Legitimität)

Äußerst wenige Fälle wurden bei der Skalenbildung ausgeschlossen. Die Skalen gehen beide von 1=*niedrige politische Legitimität* (subjektiv) bis 7=*hohe politische Legitimität* (subjektiv). Die Mittelwerte liegen, wie auch bei den einbezogenen Items, äußerst weit unten. Die Mittelwerte liegen zwischen 2,0 und 2,5 (der „ideale“ normalverteilte Mittelwert, sowie Median und Modus, würde hier bei 4,0 liegen). Der Median fällt bei der ersten Skala sogar unter 2,0. Der Modus liegt bei beiden bei 1,0. Die Verteilungen sind also rechtsschief, das 0,75-Quantil überschreitet beim zweiten Index gerade einmal den Wert von 3,0.

8.3.2. Wahrgenommene Demokratie

Zur Messung dieses Konstrukts wurden die Items V610 (*Für wie demokratisch halten Sie Honduras?*) und V611 (*Denken Sie herrscht in Honduras Pressefreiheit?*) in den Fragebogen integriert. Gemessen wurde anhand der gleichen Likert Skala wie zuvor (von 1=*überhaupt nicht* bis 7=*sehr*). Niedrige Werte sollten also ausdrücken, dass wenig „Demokratie“ wahrgenommen wird. TABELLE 17 zeigt, dass *Missings* bei diesen Items kaum eine Rolle spielen. Median, 0,25-Quantil und Modus unterscheiden sich zwar um einen ganzen Punkt zwischen beiden Items, das arithmetische Mittel und die Standardabweichung liegen allerdings sehr nahe beisammen. Auch das 0,75-Quantil ist das gleiche¹⁹¹. Auch die (Rechts-)Schiefe der Verteilung gleicht sich stark.

189 $[(V601+V602+V603+V604+V605+V606+V607+V612+V613)/9]$.

190 $[(V608 + V609) / 2]$.

191 Erwähnt sei auch hier, dass der ideale (im statistischen Sinne), normalverteilte Mittelwert, sowie Median und Modus, dort liegen würde, wo nun das 0,75-Quantil zu liegen kommt, bei Kategorie 4.

	V610 Honduras demokratisch?	V611 Pressefreiheit Honduras	Index Wahrgenommene Demokratie
Gültig N	347	346	343
Fehlend	10	11	14
Mittelwert	2,81	2,92	2,8601
Median	3	2	2,5
Modus	2	1	1,00
Standardabweichung	1,578	1,896	1,53638
Schiefe	0,743	0,71	,652
0,25-Quantil	2	1	1,5
0,75-Quantil	4	4	4,0

Tabelle 17: Deskriptive Statistik Wahrgenommene Demokratie

Letzteres wird auch dadurch deutlich, dass rund 70% der Befragten Honduras eher nicht für demokratisch halten (kumulierte Prozent der Kategorien 1, 2 und 3), während rund 66% eher nicht an die Pressefreiheit in Honduras glauben, wie aus TABELLE 43, welche die Häufigkeiten der Antworten in absoluten Zahlen angibt, errechnet werden kann. Zwischen beiden Items besteht eine starke positive Korrelation (Pearson) von 0,571, welche auf einem Niveau von $p < 0,01$ signifikant ist. Cronbachs α ergab einen akzeptablen Wert von 0,718 (bei $N=343$). Es schien nichts weiter gegen die Bildung eines Indexes aus beiden Items zu sprechen. Dieser wurde in Folge konstruiert. Wichtige Messwerte der Verteilung des *Index_Wahrgenommene_Demokratie*¹⁹² können in der dritten Spalte von TABELLE 17 eingesehen werden. Die Werte des Indexes reichen von 1=*wenig wahrgenommene Demokratie* bis 7=*viel wahrgenommene Demokratie*.

8.3.2. Demokratische Überzeugung

Zur Messung dieses Konstrukts wurden die Items V701 (*Generelle Zustimmung demokratisches Regierungssystem*), V702 (*Generelle Ablehnung Militärregierung*), V703 (*Zustimmung zu nicht-demokratischer Regierung wenn sie ökonomische Probleme löst*) und V704 (*Zustimmung Medienszensur*) in den Fragebogen integriert. Gemessen wurde hier wiederum auf einer 7-stufigen Skala von 1=*lehne stark ab* bis 7=*stimme stark zu*. Offensichtlich sind die letzteren zwei Items die in andere Richtung skaliert, deshalb wurden neue, umcodierte Items für V703 und V704 erstellt, um alle vier besser vergleichen zu können. Hohe Werte sollen nun bei allen vier Items starke demokratische Überzeugung ausdrücken. Die neuen Items heißen V703_REC (*Ablehnung nicht-demokratischer Regierung auch wenn sie ökonomische Probleme löst*) und V704_REC (*Ablehnung Medienszensur*).

TABELLE 18 zeigt wichtige Messwerte der Verteilung dieser vier Items. *Missings* spielen auch hier fast keine Rolle. Auffällig sind die generell hoch ausfallenden Werte. Der niedrigste Mittelwert und niedrigste Median liegt mit 4,11 und 4,0 bei Item V703_REC, der höchste bei V704_REC mit 6,15 und 7,0, letzteres stellt den höchst möglichen Wert der Skala dar. Bei V704_REC liegt sogar das 0,25-Quantil noch bei 6,0, also dem zweithöchsten Wert der Skala, bei V703_REC liegt es viel weiter unten bei 2,0. Dies drückt sich auch in der Schiefe der Verteilungen aus, zwar sind alle vier Items linksschief verteilt, V703_REC allerdings kaum, V704_REC äußerst stark. Die generelle Linksschiefe der Verteilungen wird auch dadurch deutlich, dass Modus und 0,75-Quantil bei allen auf die höchste Kategorie 7 fallen. Durch diese Ergebnisse könnte angenommen werden, dass Demokratische Überzeugung in der Stichprobe etwas stark Verallgemeinertes darstellt.

¹⁹² $[(V610 + V611) / 2]$.

	V701- Generelle Zustimmung demokratisches Regierungssystem	V702- Generelle Ablehnung Militärregierung	V703_REC- Ablehnung nicht-demokrat. Reg. (auch wenn ökonom. Probleme löst)	V704_REC- Ablehnung Medienzensur
Gültig	342	341	340	342
Fehlend	15	16	17	15
Mittelwert	5,11	4,61	4,11	6,15
Median	6,00	5,00	4,00	7,00
Modus	7	7	7	7
Standardabweichung	2,056	2,425	2,364	1,664
Schiefe	-,752	-,370	-,042	-2,080
0,25-Quantil	4,00	2,00	2,00	6,00
0,75-Quantil	7,00	7,00	7,00	7,00

Tabelle 18: Deskriptive Statistik Demokratische Überzeugung

ABBILDUNG 4 stellt die (totalen) Häufigkeiten dieser Verteilungen graphisch dar¹⁹³. Auffällig sind die Ausschläge, welche auf der antidemokratischen Seite der Verteilung, in Kategorie 1 beobachtet werden können, dies vor allem beim zweiten und dritten Item. Es könnte sein, dass dies dadurch provoziert wurde, dass zuerst zu einer zustimmenden Aussage Zustimmung oder Ablehnung ausgedrückt werden sollte (V701), dann eine ablehnende Aussage bewertet wurde (V702) und dann wiederum eine zustimmende Aussage, allerdings mit umgekehrter inhaltlicher Richtung (V703 im Original, nicht umcodiert). Es könnte also sein, dass hier für Konfusion gesorgt wurde und Messfehler vorliegen.

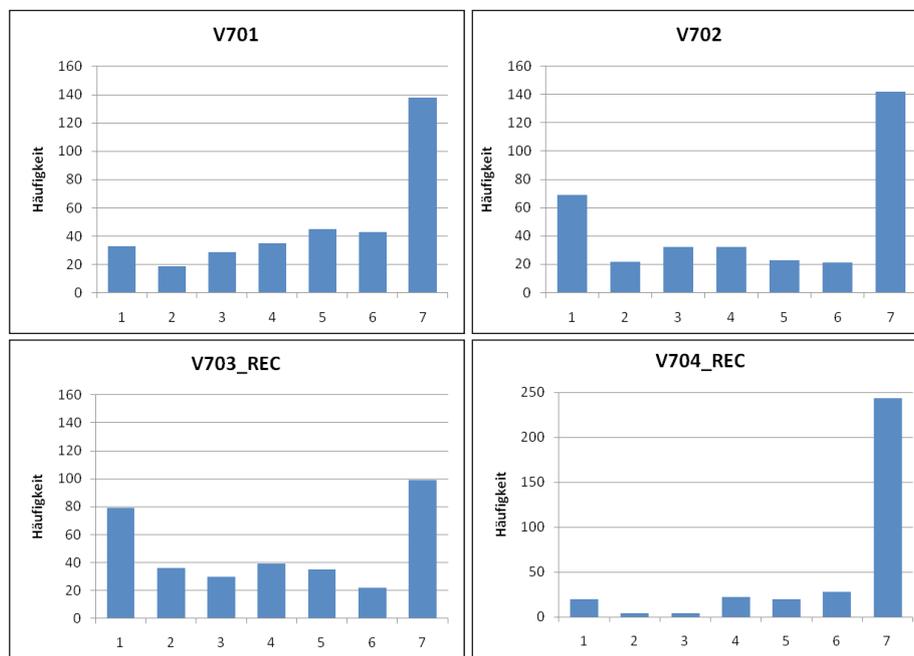


Abbildung 4: Häufigkeiten Demokratische Überzeugung

¹⁹³ Die genauen (totalen) Häufigkeiten können dazu im Anhang in TABELLE 44 eingesehen werden (hier allerdings der originalen Items und nicht der umcodierten).

Gegen Messfehler sprechen Vergleiche mit Daten, welche *Latinobarómetro* in verschiedenen Jahren in Honduras erhoben hatte (vgl. Corporación Latinobarómetro). V701 kann gut verglichen werden, weil hier die gleiche Aussage zur Bewertung vorgelegt wurde („La Frase de Churchill“), die Skalierung ist allerdings eine andere. Rund 79% bevorzugten bei *Latinobarómetro* in Honduras im Jahr 2010 (N=937) ein demokratisches Regierungssystem, in der vorliegenden Arbeit sind es (Kategorie 5 + 6 + 7) lediglich 66,2% (wie aus TABELLE 44 berechnet werden kann), allerdings wurde hier mit einer mittleren Kategorie auf der Skala (Kategorie 4) gemessen, bei *Latinobarómetro* nicht. Würde diese entfernt, nähern sich die Ergebnisse an. Bzgl. V702 wurde von *Latinobarómetro* im Jahr 2010 in Honduras (N=831) anhand eines dichotomen Items gemessen, dass 56,6% unter keinen Umständen eine Militärregierung unterstützen würden, in der vorliegenden Arbeit waren dies (Kategorie 5 + 6 + 7) 54,5%, würde Kategorie 4 entfernt, würde sich dieser Anteil wiederum leicht erhöhen. Item V703 wurde von *Latinobarómetro* zuletzt im Jahr 2008 in Honduras erhoben (auf einer 4-stufigen Skala, wiederum ohne mittlere Kategorie). Rund 75% (N=851) drückten Gleichgültigkeit gegenüber einer hypothetischen Machtübernahme einer nicht-demokratischen Regierung aus, solange diese die ökonomischen Probleme löse. In der vorliegenden Arbeit sind dies lediglich 42,6% (Kategorie 5 + 6 + 7 in V703, 1 + 2 + 3 in V703_REC), ohne dass Kategorie 4 ausgeschlossen wurde. Bzgl. Item V704 wurde ein ähnliches von *Latinobarómetro* in Honduras im Jahr 2009 zuletzt erhoben (N=917), rund zwei Drittel lehnten Zensur ab, in der vorliegenden Arbeit waren es überwiegende 85,3% (Kategorie 1 + 2 + 3 in V704 und Kategorie 5 + 6 + 7 in V704_REC). Diese Vergleiche dürfen klarerweise nicht überbewertet werden, weisen allerdings auf bestimmte Tendenzen hin. So könnte auf Basis dieser Vergleiche angenommen werden, dass die Ausschläge in Kategorie 1 bei V702 und V703-REC keine Messfehler sondern eventuell tatsächliche Einstellungen abbilden.

Für Messfehler sprechen allerdings die Ergebnisse der Korrelationsmatrix dieser Items. In TABELLE 19 sind lediglich signifikante Korrelationskoeffizienten (Pearson) ab einer Stärke der Beziehung von +/- 0,1 abgebildet. Die Tabelle offenbart, dass zwischen den Items kaum Beziehungen bestehen.

	V701	V702	V703_REC	V704_REC
V701	1	,179**	,123*	
V702	,179**	1		
V703_REC	,123*		1	,108*
V704_REC			,108*	1

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig) signifikant.

Tabelle 19: Korrelationsmatrix (Demokratische Einstellung)

Am schwächsten korreliert Item V704_REC, was aufgrund der extremen Schiefe seiner Verteilung nicht unbedingt verwundert. Die generelle Korrelationsmatrix aller Items im Datensatz (in dieser Arbeit aus offensichtlichen Gründen nicht angeführt) zeigte, dass dieses Item darüber hinaus mit fast keinen anderen in Beziehung stand (abgesehen von ein paar äußerst schwachen Korrelationskoeffizienten). Das Ergebnis einer generellen Ablehnung von Zensur ist zwar in sich interessant, allerdings kann das Item damit schwerlich für weitere Analysen verwendet werden. Die anderen drei Items können keinesfalls in eine gemeinsame Skala integriert werden, sie müssen als eigene Variablen weiter verwendet werden. Die Ergebnisse der Analyse der Items zu Demokratischer Überzeugung sind äußerst ungünstig, sie werden zur Hypothesentestung benötigt.

8.4. Kontrollvariablen

Folgende Items wurden als Kontrollvariablen für die Modelle zur Hypothesentestung erhoben. Zunächst seien die Variablen V801 (*Ich habe Angst davor, ich könnte Probleme bekommen, würde ich mich in politische Angelegenheiten einmischen*) und V802 (*Aufgrund des Stresses in meinem Leben habe ich einfach keine Zeit mich für politische Anliegen zu engagieren*) betrachtet. Gemessen wurde hier wiederum auf der gleichen 7-stufigen Skala wie zuvor (1= *lehne stark ab* bis 7= *stimme stark zu*). TABELLE 20 zeigt wichtige Kennwerte der Verteilung beider Variablen. ABBILDUNG 5 zeigt die graphische Darstellung ihrer Häufigkeiten.

	V801- Angst vor Problemen bei politischem Engagement	V802- Durch Stress keine Zeit für politische Anliegen
Gültig N	337	336
Fehlend	20	21
Mittelwert	4,57	3,72
Median	5,00	4,00
Modus	7	1
Standardabweichung	2,170	2,176
Schiefe	-,351	,236
0,25-Quantil	3,00	2,00
0,75-Quantil	7,00	6,00

Tabelle 20: Deskriptive Statistik V801, V802

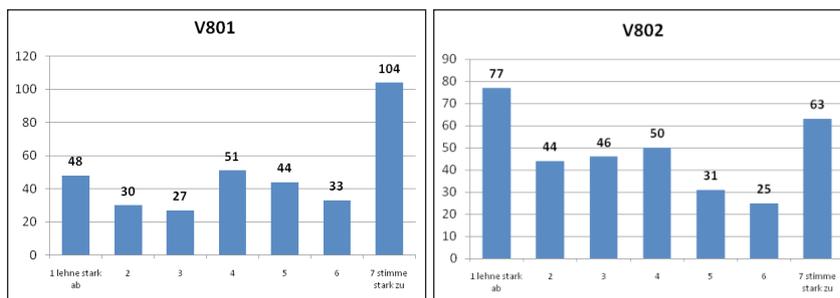


Abbildung 5: Häufigkeiten V801 und V802

V801 zeigt insgesamt eine leicht linksschiefe Verteilung, V802 insgesamt eine leichte Rechtsschiefe. Bemerkenswert scheint, dass rund 54% (Kategorie 5 + 6 + 7 von V801) der Befragten Angst vor Konsequenzen bei politischem Engagement ausdrückten. Rund 31% (Kategorie 1 + 2 + 3) drückten aus, dass sie keine Angst davor hätten. Stress ist für ca. 35% der Befragten ein Grund, sich nicht politisch zu engagieren (Kategorie 5 + 6 + 7 von V802), für ca. 50% (Kategorie 1 + 2 + 3) ist dies kein Grund.

Als nächstes sei die Variable V901 betrachtet (*Links-Rechts Selbsteinstufung*). Die Skala ging von 1=*links* bis 7=*rechts*. TABELLE 21 zeigt wichtige Kennwerte der Verteilung, ABBILDUNG 6 die graphische Darstellung der Häufigkeiten.

V901- Links-Rechts Selbsteinstufung

Gültig N	345
Fehlend	12
Mittelwert	3,92
Median	4,00
Modus	4
Standardabweichung	1,755
Schiefe	,086
0,25-Quantil	3,00
0,75-Quantil	5,00

Tabelle 21: V901 (Deskriptive Statistik)

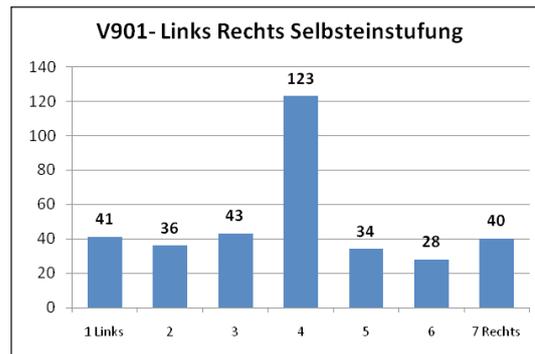


Abbildung 6: Häufigkeiten Links-Rechts

Die Verteilung weist kaum eine Schiefe auf. Median und Modus liegen bei 4 und auch der Mittelwert liegt mit 3,92 knapp bei 4, die Verteilung ist damit von allen Verteilungen im Datensatz am ehesten normalverteilt, wenn sie auch äußerst steilgipflig ist. Ca. 35% kreuzten die Kategorie 4 an, ca. 35% stufen sich links davon ein und ca. 30% rechts davon.

Zuletzt sei noch V615 (*Angst vor einem Überfall in der eigenen Nachbarschaft*) erwähnt. Wie bereits in Abschnitt 8.3.1. beschrieben wurde, scheint durch einen Fragereihungseffekt, bzw. durch das Umdrehen der inhaltlichen Richtung der Fragestellung ab Item V614 ein Messfehler auch bei V615 zu bestehen (sowie bei V614, welches bereits ausgeschlossen wurde). Nachdem V615 in der gesamten Korrelationsmatrix aller Items kaum Beziehungen zu anderen Items aufwies, soll es nun ebenso von weiteren Analysen ausgeschlossen werden. Das Umdrehen von Fragerichtungen erwies sich als fataler Fehler, zumindest hätte dies im Fragebogen wohl deutlicher kommuniziert werden müssen. Oder ein und dieselbe Frage hätte in beide Richtungen abgefragt werden sollen, dann hätten jene RespondentInnen mit automatisiertem Antwortverhalten herausgefiltert werden können.

8.5. Operationale Definitionen und Testhypothesen

Für die Testung der Haupthypothesen seien folgende theoretische Konstrukte folgendermaßen operational definiert:

- **Konventionelle politische Partizipation** sei mit dem, aus den Wahlitems V1001, V1002 und V1003 gebildeten *Index Wählen*, sowie mit dem *Index Konventionelle Politische Partizipation*, bestehend aus den Items V1101 und V1201 operationalisiert.
- **Protestpartizipation** sei mit den zwei gebildeten Indizes *Index Protest*, bestehend aus den Items V1301, V1302, V1303, V1305 und V1309, sowie *Index Exponierter Protest*, bestehend aus den Items V1304, V1306, V1307 und V1308 operational definiert.
- **Politische Legitimität** sei mit den Indizes *Index Politische Legitimität Generell*, bestehend aus den Items V601, V602, V603, V604, V605, V606, V607, V612 und V613, sowie dem *Index Politische Legitimität Regierung*, bestehend aus V608 und V609, operationalisiert.
- **Wahrgenommene Demokratie** sei mit dem *Index Wahrgenommene Demokratie*, bestehend aus V610 und V611 operational definiert.

- **Demokratische Überzeugung** sei mit den einzelnen Items V701, V702 und V703_REC operationalisiert.

Aus den Haupthypothesen ergeben sich demnach folgende Testhypothesen:

Ad Haupthypothese 1:

- **Alternativhypothese 1:** Zwischen dem *Index Politische Legitimität Generell* (sowie dem *Index Politische Legitimität Regierung*) und dem *Index Wählen* (sowie dem *Index Konventionelle Politische Partizipation*) bestehen positive Zusammenhänge.
- **Nullhypothese 1:** Zwischen dem *Index Politische Legitimität Generell* (sowie dem *Index Politische Legitimität Regierung*) und dem *Index Wählen* (sowie dem *Index Konventionelle Politische Partizipation*) bestehen negative oder keine Zusammenhänge.

Ad Haupthypothese 2:

- **Alternativhypothese 2:** Zwischen dem *Index Politische Legitimität Generell* (sowie dem *Index Politische Legitimität Regierung*) und dem *Index Protest* (sowie dem *Index Exponierter Protest*) bestehen negative Zusammenhänge.
- **Nullhypothese 2:** Zwischen dem *Index Politische Legitimität Generell* (sowie dem *Index Politische Legitimität Regierung*) und dem *Index Protest* (sowie dem *Index Exponierter Protest*) bestehen positive oder keine Zusammenhänge.

Ad Haupthypothese 3:

- **Alternativhypothese 3:** Zwischen dem Item V701 (sowie den Items V702 und V703_REC) und den Indizes *Index Wählen*, *Index Konventionelle Politische Partizipation*, *Index Protest*, *Index Exponierter Protest*, sowie den weiteren erhobenen Formen politischer Partizipation¹⁹⁴, bestehen positive Zusammenhänge.
- **Nullhypothese 3:** Zwischen dem Item V701 (sowie den Items V702 und V703_REC) und den Indizes *Index Wählen*, *Index Konventionelle Politische Partizipation*, *Index Protest*, *Index Exponierter Protest*, sowie den weiteren erhobenen Formen politischer Partizipation, bestehen negative oder keine Zusammenhänge.

Ad Haupthypothese 4:

- **Alternativhypothese 4:** Der *Index Wahrgenommene Demokratie* und der *Index Wählen* (sowie der *Index Konventionelle Politische Partizipation*) stehen in positivem Zusammenhang.
- **Nullhypothese 4:** Der *Index Wahrgenommene Demokratie* und der *Index Wählen* (sowie der *Index Konventionelle Politische Partizipation*) stehen in negativem oder keinem Zusammenhang.

¹⁹⁴ Für die weiteren erhobenen Formen politischer Partizipation werden keine multivariaten Modelle erstellt. Hier werden lediglich die bivariaten Korrelationen analysiert.

Ad Haupthypothese 5:

- *Alternativhypothese 5:* Der *Index Wahrgenommene Demokratie* und der *Index Protest* (sowie der *Index Exponierter Protest*) stehen in negativem Zusammenhang.
- *Nullhypothese 5:* Der *Index Wahrgenommene Demokratie* und der *Index Protest* (sowie der *Index Exponierter Protest*) stehen in positivem oder keinem Zusammenhang.

9. Auswertung: Hypothesentestung

Um die Beziehungsmuster zwischen allen relevanten Variablen zu explorieren, wurde zunächst eine generelle Korrelationsmatrix erstellt und analysiert. In Folge wurden einige multivariate Modelle berechnet, um die spezifischen Hypothesen gesondert zu testen.

9.1. Hauptkorrelationsmatrix

Integriert werden sollten in die nun als „Hauptkorrelationsmatrix“ bezeichnete TABELLE 22 alle gebildeten Skalen zu den abhängigen und unabhängigen Variablen, die demographischen Variablen, sowie die Kontrollvariablen. Die Korrelationsmatrix zeigt nur signifikante (Pearsons-) Korrelationskoeffizienten ab einer Stärke von $\pm 0,1$ an. Bei den bivariaten Korrelationen wurden fehlende Werte „paarweise“ ausgeschlossen. Die meisten fehlenden Werte lagen mit einer Anzahl der gültigen Fälle von $N=297$ zwischen dem *Index Wählen* und dem *Index Organisationspartizipation Politisch Interessen*. Bei allen anderen Paaren war $N > 300$.

Zunächst noch einige Worte zu den nicht in die Matrix integrierten Variablen. Die Variablen V_{614} (*Korruptionswahrnehmung*) und V_{615} (*Angst vor Überfall in eigener Nachbarschaft*) zeigten zwar einige signifikante Beziehungen mit anderen Variablen der Hauptkorrelationsmatrix, diese waren allerdings durchwegs schwach. Aufgrund des bereits besprochenen Verdachts auf Messfehler sollten diese zwei Variablen nicht mit einbezogen werden. Die Variable *Geschlecht* wurde aus der Matrix genommen, da sie keine einzige signifikante Korrelation mit den anderen Variablen und Indizes aufwies. Folgende Formen politischer Partizipation, die nicht in die Indizes integriert worden sind, wurden hier ebenfalls aus der Matrix genommen: V_{1202} (*Engagement für kleine politische Parteien*), V_{1205} (*Engagement für Berufs- und Wirtschaftsverbände*), sowie V_{1213} (*Engagement für Nachbarschafts- und kommunale Organisationen*). Alle drei Formen korrelierten nicht mit den unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen, außer dass V_{1205} und V_{1213} eher von den älteren ausgeführt wurden und dass jene, die sich für kleine politische Parteien engagierten (V_{1202}) eher keine Angst vor Problemen bei politischem Engagement hatten und sich selbst eher politisch links einstuften. Bei den Beziehungen zu den anderen Formen politischer Partizipation kann wieder gesagt werden, dass alle drei Items nicht mit Wählen in Zusammenhang standen, sich ansonsten fast durchwegs positive, schwache bis mittelstarke, Beziehungen zu allen anderen Formen fanden.

Zunächst sei der rechte, untere Teil von TABELLE 22 betrachtet, also die Beziehungen der Partizipationsformen untereinander. Die Ergebnisse hier sind klarerweise generell die gleichen wie jene, die bereits in der Analyse der einzelnen Partizipationsitems, bei der Konstruktion der Indizes, herausgestellt wurden. *Wählen* korreliert lediglich mit *konventioneller Partizipation* (leicht) positiv, mit *Engagement für soziale Organisationen* nicht und mit allen anderen Formen negativ, insbesondere mit *Protest*, wo sich mittelstarke negative Korrelationen beobachten lassen. Zwischen allen anderen Formen finden sich schwache bis starke positive Korrelationen, mit Ausnahme dessen, dass sich zwischen *konventioneller politischer Partizipation* und *Engagement in sozialen Organisationen* auf der einen und *Protest* auf der anderen Seite, keinerlei Zusammenhänge zeigen.

Als nächstes sei der linke, obere Teil der Matrix betrachtet, also die Beziehungen der unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen untereinander. *Alter* und *Jahre auf der Uni* korrelieren leicht positiv miteinander, was nicht verwundert. *Alter* korreliert des Weiteren positiv mit dem *Index Wahrgenommene Demokratie*, außerdem scheinen Ältere sich selbst eher als politisch rechts einzustufen – dieser Zusammenhang ist allerdings äußerst schwach. Interessanterweise korreliert die Variable *V3I- Uni dichotom (öffentlich& privat)* leicht negativ mit *V5- Jahre auf der Uni*. Bei *V3I* wurden die öffentlichen Universitäten mit 1 codiert und die privaten mit 2. Dies könnte vielerlei bedeuten, aufgrund der niedrigen Stärke des Zusammenhangs soll diesem hier keine besondere Aufmerksamkeit zukommen¹⁹⁵. Des Weiteren scheint an öffentlichen Universitäten zu studieren die generelle Ablehnung der Zensur zu begünstigen (im relativen Sinn, im Vergleich zu studieren an privaten Universitäten), auch dieser Zusammenhang ist allerdings äußerst schwach. Interessant scheint auch das Ergebnis, dass jene, die an privaten Universitäten studieren, sich selbst eher als politisch rechts einstufen als jene, die an öffentlichen Universitäten studieren. Dieser Zusammenhang ist stärker als zuvor, aber mit 0,208 immer noch schwach.

Die Indizes zur politischen Legitimität korrelieren stark positiv miteinander, allerdings nicht so stark, dass Multikollinearität angenommen werden müsste. Der *Index Politische Legitimität Generell* korreliert stark positiv mit dem *Index Wahrgenommene Demokratie*, der *Index Politische Legitimität Regierung* korreliert mittelstark positiv mit dem *Index Wahrgenommene Demokratie*. Dies bedeutet, dass jene, welche das politische System positiver evaluieren, es auch für demokratischer halten, resp. dass jene, welche es negativer evaluieren, es für weniger demokratisch halten.

Bei den Items zu Demokratischer Einstellung (*V701*, *V702*, *V703_REC* und *V704_REC*), aus welchen kein Index gebildet werden konnte, zeigen sich diskrepante Beziehungen zu Politischer Legitimität und Wahrgenommener Demokratie. Während *V701- Generelle Zustimmung demokratisches Regierungssystem* positiv, schwach bis mittelstark, mit den Legitimitäts-Indizes und dem *Index Wahrgenommene Demokratie* korreliert, zeigen *V703_REC* und *V704_REC* schwache negative Korrelationen mit je einem der zuvor genannten Indizes. So drücken etwa jene, welche in Honduras mehr Demokratie vorzufinden meinen, und jene welche das politische System positiver bewerten, eher geringere generelle Ablehnung von Medienzensur aus¹⁹⁶. Wenngleich diese

195 Dieser negative Zusammenhang könnte etwa bedeuten, dass Studierende an privaten Universitäten tendenziell kürzer studieren, entweder schließen sie früher ab, oder sie scheiden früher aus. Aufgrund der Kosten des Studiums an privaten Universitäten scheint es durchaus plausibel, dass sie schneller studieren müssen. Der negative Zusammenhang könnte allerdings auch bedeuten, dass die Stichprobe an privaten Universitäten eher die unteren Semester erfasst hat. Ein anderer, möglicher Erklärungsgrund liegt darin, dass Studiengänge mit höheren Abschlüssen (und daher längeren Studienzeiten) eher von staatlichen Universitäten angeboten werden (vgl. UNAH).

196 Die ist vor allem auch insofern bemerkenswert, als dass ein Item des *Index Wahrgenommene Demokratie* die Pressefreiheit in Honduras zum Gegenstand hatte. Auch in der einzelnen bivariaten Korrelation (in der generellen Korrelationsmatrix aller Items, die in dieser Arbeit nicht angeführt wird) eben dieses Items (*V611- Existiert in*

negativen Korrelationen schwach sind, zeigen sie doch an, dass sich die Items zu Demokratischer Einstellung unterschiedlich verhalten. Dieser Eindruck wird durch die Beziehungsmuster mit der Variablen *V901- Links-Rechts Selbsteinstufung* ergänzt (sowie durch die diskrepanten Beziehungen einiger Partizipationsindizes zu *V701* auf der einen, sowie *V702* und *V703_REC* auf der anderen Seite). Jene RespondentInnen, welche höhere Werte bei den Indizes zur politischen Legitimität erreichen, und welche höhere Werte auf dem *Index Wahrgenommene Demokratie* erreichen, stufen sich selbst eher politisch rechts ein. Auch jene, welche nach *V701* stärkere generelle Zustimmung zu demokratischen Regierungssystemen ausdrücken, stufen sich selbst eher rechts ein (auch wenn dieser Zusammenhang schwach ist). Jene allerdings, welche nach *V702* stärkere generelle Ablehnung zu hypothetischen Militärregierungen ausdrücken, stufen sich selbst eher politisch links ein (wenngleich auch dieser Zusammenhang schwach ist). Im Prinzip musste bereits bei der versuchten Skalenkonstruktion mit den vier Items zur Demokratischen Einstellung festgestellt werden, dass es sich nicht um eindimensionale Indikatoren handeln kann, dies bestätigt sich nunmehr durch die diskrepanten Beziehungen zu den anderen Variablen und Indizes, welche weitere Vermutungen darüber erlauben, was welches der vier Items misst. So könnte es z.B. sein, dass *V701* nicht generelle Zustimmung zu demokratischen Regierungssystemen an sich misst, wie eigentlich intendiert, sondern die Zustimmung zum konkreten honduranischen Regierungssystem. Dafür würde sprechen, dass *V701*, wie gesagt, mittelstark positiv mit dem *Index Wahrgenommene Demokratie* und ebenso positiv (aber schwach) mit den Legitimitäts-Indizes korreliert. *V701* scheint sich außerdem in den Beziehungen zu den anderen Variablen ähnlich zu verhalten wie diese drei Indizes, so etwa bei *V802*, *V901*, sowie den Partizipationsformen, auf was weiter unten näher eingegangen wird. Dies muss hier allerdings (leider) im Bereich der Spekulation verbleiben¹⁹⁷.

Angesprochen seien noch die Beziehungen der Kontrollvariablen *V801- Angst vor Problemen bei politischem Engagement* und *V802- Durch Stress im Leben keine Zeit für politische Anliegen*. Beide stehen in (schwachem) positivem Zusammenhang zueinander. *V802* korreliert außerdem (schwach) positiv mit dem *Index Politische Legitimität Generell*, dem *Index Wahrgenommene Demokratie* und *V701- Generelle Zustimmung Demokratisches Regierungssystem*. Die letzteren Ergebnisse scheinen nicht unbedingt Sinn zu machen, die Beziehungen sind allerdings auch äußerst schwach. Durchaus sinnvoll erscheinen allerdings die negativen (schwachen) Korrelationen zwischen *V802* und den meisten Partizipationsformen, lediglich für Wählen, konventionelle politische Partizipation und Engagement für soziale Organisationen scheint Stress keinen Hinderungsgrund darzustellen.

V801 korreliert (schwach) negativ mit den Indizes zur politischen Legitimität und dem *Index Wahrgenommene Demokratie*, d.h. je stärker jemand Angst vor eventuellen Problemen bei politischem Engagement ausdrückte, desto negativer evaluierte er/sie die politischen Institutionen und die Regierung und desto weniger Demokratie wurde wahrgenommen. Interessanterweise standen lediglich 3 von 8 in der Matrix angeführten Partizipationsformen in (schwachem) negativem Zusammenhang mit *V801*. Insbesondere auch die „riskanteren“ Partizipationsformen des Protests schienen nicht mit *V801* in Zusammenhang zu stehen.

Honduras Pressefreiheit?) mit *V704_REC* zeigt sich ein schwacher negativer Zusammenhang. Dies bedeutet konkret, dass jene, welche eher an die Pressefreiheit in Honduras glauben, die Medienzensur generell eher weniger ablehnen.

¹⁹⁷ Nicht vergessen werden darf, dass das Drehen von Fragerichtungen von *V701* bis *V704* wahrscheinlich Verwirrung und somit Messfehler produziert hat. Angenommen wird allerdings, dass dies nicht die generellen Richtungen der Zusammenhänge verdrehte, sondern hauptsächlich deren Stärke und Konsistenz beeinflusste, auch dies muss allerdings wohl oder übel im Bereich der Spekulation verbleiben.

Damit ist die Analyse bereits im linken, unteren (resp. rechten oberen) Teil der Matrix angekommen, den Beziehungen zwischen den unabhängigen Variablen, sowie den Kontrollvariablen auf der einen und den abhängigen Variablen (Partizipationsformen) auf der anderen Seite. *Alter* steht mit einigen Partizipationsformen in (schwachem) positivem Zusammenhang, mit *V1206-Engagement für Studierendenorganisationen* in (schwach) negativem. *V5-Jahre auf der Uni* korreliert nicht mit den Partizipationsvariablen, lediglich unbedeutend gering mit einem der Indizes. Demgegenüber scheint die Variable *V901-Links-Rechts Selbsteinstufung* doch bedeutenden Einfluss auf politische Partizipation auszuüben. Die Beziehungen zu den einzelnen Partizipationsformen stellen sich allerdings uneinheitlich dar. Sie scheinen dem gleichen Muster zu folgen wie auch die Beziehungen der beiden Legitimitätsindizes, des *Index Wahrgenommene Demokratie*, sowie (in geringerem Ausmaß) der Variablen *V701* und *V31* mit den verschiedenen Partizipationsformen. Angemerkt sei, dass alle diese fünf Variablen mit *V901* in schwachem bis starkem positiven Zusammenhang stehen. Das beispielhafte Muster der Beziehungen von *V901* mit politischer Partizipation stellt sich folgendermaßen dar: Positive Beziehungen zum konventionellen Bereich politischer Partizipation (*Index Wählen* und *Index Konventionelle Politische Partizipation*), keine Beziehung zum *Index Partizipation Soziale Organisationen* und negative Beziehungen zu allen anderen Formen, insbesondere zu Protest. Dies bedeutet hier, dass sich politisch eher rechts eingestuft zu haben, die Wahrscheinlichkeit eindeutig erhöht, 2009 gewählt zu haben, sowie die Wahrscheinlichkeit leicht erhöht, in weiteren konventionellen Kanälen zu partizipieren. Demgegenüber scheint sich politisch eher links eingestuft zu haben die Wahrscheinlichkeit leicht zu erhöhen, für politische Organisationen aktiv zu sein, sich für Studierendenorganisationen engagiert zu haben, sowie individuell politisch zu partizipieren. Sich politisch eher links eingestuft zu haben erhöht darüber hinaus sehr eindeutig die Wahrscheinlichkeit für Protest¹⁹⁸.

Die nächsten zu beschreibenden Beziehungen, welche wie gesagt dem gleichen Muster zu folgen scheinen wie zuvor, sind bereits im Sinne der Hypothesentestung relevant¹⁹⁹. Der *Index Politische Legitimität Generell* steht in mittelstarkem, positiven Zusammenhang zum *Index Wählen* und in schwachem, positiven Zusammenhang zum *Index Konventionelle Politische Partizipation*. Der *Index Politische Legitimität Regierung* steht lediglich mit dem *Index Wählen* in schwach positivem Zusammenhang, bzw. in keinem Zusammenhang zum *Index Konventionelle Politische Partizipation*. Alle drei gefundenen Beziehungen waren auf einem Niveau von $p < 0,01$ signifikant. Vor allem was die generelle politische Legitimität betrifft, scheinen diese Ergebnisse für das Ablehnen der **Nullhypothese 1** zu sprechen.

Beide Indizes zur politischen Legitimität stehen in mittelstarken, negativen Zusammenhängen mit dem *Index Protestpartizipation* und in schwachen, negativen Zusammenhängen mit dem *Index Exponierter Protest*. Diese vier signifikanten ($p < 0,01$) Zusammenhänge scheinen relativ eindeutig für das Ablehnen von **Nullhypothese 2** zu sprechen.

Der *Index Wahrgenommene Demokratie* steht in mittelstarkem, positiven Zusammenhang zum *Index Wählen* ($p < 0,01$), allerdings lediglich in schwachem, positiven Zusammenhang zum *Index*

198 Angemerkt sei, dass, wie gesagt, auch die Variable *V31- Uni dichotom (öffentlich& privat)*, welche in leicht positivem Zusammenhang mit *V901* steht, einem ähnlichen Muster folgt. Auf privaten (gegenüber öffentlichen) Unis inskribiert gewesen zu sein scheint die Wahrscheinlichkeit leicht zu erhöhen 2009 gewählt zu haben, sowie die Wahrscheinlichkeit leicht zu senken, in politischen Organisationen/ Interessensvertretungen aktiv gewesen zu sein, sowie protestiert zu haben.

199 Ab nun werden nur mehr die Beziehungen zu jenen Partizipationsformen genauer betrachtet, welche für die Hypothesen von Bedeutung sind.

Konventionelle Politische Partizipation ($p < 0,05$). Vor allem was Wählen betrifft, scheint dies für die Ablehnung von **Nullhypothese 4** zu sprechen.

Der Index Wahrgenommene Demokratie steht mit beiden Indizes zum Protest in mittelstarkem, negativen Zusammenhang. Dies scheint relativ eindeutig für die Ablehnung von **Nullhypothese 5** zu sprechen.

Zuletzt seien die Beziehungen jener Items zu politischer Partizipation betrachtet, welche Generelle Demokratische Einstellung hätten messen sollen und welche zur Überprüfung der Haupthypothese 3 herangezogen werden sollten. Wie bereits weiter oben erwähnt, verhalten sich diese Items auch hier inkonsistent. So steht etwa Item V701 in positiver Beziehung zu Wählen und in negativer Beziehung zum *Index Organisationspartizipation Politisch Interessen*, sowie in negativer Beziehung zu den Protestindizes. Wäre V701 eine valide Messung des Konstrukts genereller demokratischer Einstellung würde dies bedeuten, dass etwa Protest und politische Organisationspartizipation mit eher undemokratischen Einstellungen assoziiert sind, was der Annahme der Haupthypothese 3 widersprechen würde. V702 und V703_REC zeigen allerdings, dass Politische Organisationspartizipation und Protestpartizipation (sowie auch weitere Partizipationsformen) positiv mit genereller Ablehnung von hypothetischen Militärregierungen und anderen undemokratischen Regierungen verknüpft sind. Dies spräche wiederum für die Annahme der Haupthypothese 3. So oder so kann die Nullhypothese 3 hier nicht falsifiziert werden, weil keine klare und konsistente Messung des theoretischen Konstrukts genereller demokratischer Einstellung vorzuliegen scheint. Für künftige Untersuchungen wird empfohlen, klarere Maße zur Messung dieses Konstrukts zu verwenden, oder dieses in spezifischere Dimensionen aufzuteilen, um dann konkretere Hypothesen zu formulieren.

9.2. Regressionsanalysen

Die folgenden multivariaten Regressionsmodelle dienen der genaueren Prüfung der Haupthypothesen 1, 2, 4 und 5. Erwähnt sei, dass bei der Analyse dieser Modelle nicht die Güte der Modelle selbst im Vordergrund steht, sondern die Frage, ob die Einflüsse der jeweils für die Hypothesen relevanten unabhängigen Variablen auf die abhängigen Variablen auch unter Kontrolle von weiteren Variablen herausgestellt werden können. Nur jene Kontrollvariablen wurden in die Modelle integriert, welche signifikante bivariate Korrelationen mit den jeweiligen abhängigen Variablen aufwiesen.

Eine der Voraussetzungen für (lineare) multiple Regressionsmodelle ist, dass die abhängigen und die unabhängigen Variablen tatsächlich in linearem Zusammenhang zueinander stehen. Für die verschiedenen, für die Hypothesen relevanten, Kombinationen aus Unabhängigen und Abhängigen wurden Streudiagramme erstellt und in der Kurvenanpassung R^2 jeweils für ein lineares und ein quadratisches Modell berechnet. Letzteres schien besonders durch die Ergebnisse von Booth/ Seligson (2009) wichtig. Wenngleich R^2 für quadratische Modelle jeweils höher war als für lineare, wurden trotzdem lineare Modelle berechnet. Dies schien erstes für das Testen der Hypothesen notwendig, zweitens war die Verbesserung des Bestimmtheitsmaßes in quadratischen Modellen nicht besonders groß und drittens schienen auch die Streudiagramme keine eindeutig nicht linearen Beziehungen nahe zu legen. Die Streudiagramme und die Vergleiche der jeweiligen Bestimmtheitsmaße können im Anhang in TABELLE 45 und ABBILDUNG 7 eingesehen werden.

9.2.1. Regressionsmodelle ad Haupthypothese 1

Zwei Modelle wurden berechnet (in Folge Modell A und Modell B), erstes mit dem *Index Wählen* als abhängige Variable, zweites mit dem *Index Konventionelle Politische Partizipation* als abhängige Variable. Die unabhängigen Variablen sind die Indizes zur politischen Legitimität. Die Unabhängigen und Kontrollvariablen wurden hierarchisch eingegeben, vor allem um Änderungen in den Regressionskoeffizienten nachvollziehen zu können.

In Modell A (abhängige Variable *Index Wählen*) wurde in einem ersten Schritt nur der *Index Politische Legitimität Regierung* aufgenommen, in einem zweiten Schritt der *Index Politische Legitimität Generell* und in einem dritten Schritt die Kontrollvariablen hinzugefügt. Fehlende Werte wurden listenweise ausgeschlossen, N lag damit nur mehr bei 295. Im ersten Schritt ergab das Bestimmtheitsmaß R^2 lediglich einen Wert von 0,042. Dieses Modell erklärt also lediglich 4,2% der Varianz der abhängigen Variablen. Im zweiten Schritt erhöht sich R^2 auf 0,164 und im dritten Schritt auf 0,272. Dies ist zwar wenig Varianzaufklärung, die geringen Änderungen in R^2 waren allerdings in jedem Schritt signifikant ($p < 0,001$). Das korrigierte R^2 war in jedem Schritt nur marginal kleiner als das Bestimmtheitsmaß selbst. Die *F-Tests* für alle drei Modelle (Schritte) waren hoch signifikant ($p < 0,001$), was bedeutet, dass die jeweiligen Modelle die Vorhersage auf die abhängige Variable verbessern. Der *Durbin-Watson Test* ergab einen Wert von 2,037 – was bedeutet, dass die Residuen wahrscheinlich unkorreliert sind. Zusätzlich sei erwähnt, dass die Werte des *VIF* (*variance inflation factor*), sowie die Werte für *Toleranz* ($1/VIF$), für alle Regressionskoeffizienten im ganzen Modell anzeigen, dass eher kein Grund zur Sorge besteht, dass Multikollinearität das Modell verzerrt²⁰⁰. Insgesamt scheint viel für die Generalisierbarkeit des Modells zu sprechen, die Varianzaufklärung scheint trotzdem eher gering auszufallen, insbesondere des *Index Politische Legitimität Regierung*. TABELLE 23 zeigt die Regressionskoeffizienten des Modells A. Wichtig ist hier vor allem das Ergebnis, dass der hoch signifikante und positive (aber eher geringe) Koeffizient des *Indexes Legitimität Regierung* des ersten Modells (Schritts) im zweiten Modell, unter Einbezug des *Indexes Legitimität Generell*, verschwindet. Der *Index Politische Legitimität Regierung* wird im zweiten (sowie auch im dritten) Modell eindeutig redundant, was bedeutet, dass er lediglich solche Varianzanteile erklärt, die ebenfalls vom *Index Generelle Legitimität* erklärt werden, welcher anscheinend für die Vorhersage von *Wählen* bedeutend besser geeignet ist. Diese Ergebnisse scheinen nachvollziehbar, nachdem beide Legitimitätsindizes hoch miteinander korrelieren und der *Index Legitimität Generell* höher mit *Wählen* korreliert als der *Index Legitimität Regierung*. Wichtig scheint auch das Ergebnis, das Variable *V901* (Links-Rechts Selbsteinstufung) einen stärkeren Prädiktor für *Wählen* darstellt als *Legitimität Generell*, wie aus den standardisierten Koeffizienten in Schritt 3 ersichtlich wird. Trotzdem kann in Hinsicht auf die Haupthypothese 1 gesagt werden, dass *Legitimität Generell* in signifikantem positivem Zusammenhang mit *Wählen* steht, der auch unter Kontrolle von *Legitimität Regierung*, *Links-Rechts Selbsteinstufung*, *Alter* und *Unis dichotom* herausgestellt werden kann. Dies kann durch den hoch signifikanten Koeffizienten von *Legitimität Generell* in Schritt 3 nachvollzogen werden.

200 Der höchste Wert für *VIF* liegt mit 1,730 beim Koeffizienten des *Index Politische Legitimität Generell* im 3. Schritt des Modells. Der zweithöchste Wert liegt mit 1,534 beim Koeffizienten des *Index Politische Legitimität Regierung*. Beide liegen zwar klar unter etwa einem kritischen Wert von 10, in Folge wird sich allerdings zeigen, warum hier der *VIF* erhöht ist.

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.
	Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta		
(Konstante)	1,126	,167		6,737	,000
1 Index Politische Legitimität Regierung	,222	,062	,204	3,564	,000
(Konstante)	,573	,178		3,224	,001
2 Index Politische Legitimität Regierung	-,051	,072	-,047	-,711	,478
Index Politische Legitimität Generell	,567	,086	,431	6,555	,000
(Konstante)	-,818	,381		-2,146	,033
3 Index Politische Legitimität Regierung	-,043	,068	-,040	-,643	,521
Index Politische Legitimität Generell	,379	,087	,289	4,372	,000
V901 Links-Rechts	,248	,046	,306	5,342	,000
V2 Alter	,014	,010	,069	1,369	,172
V31 Unis dichotom öffentlich & privat	,314	,154	,106	2,039	,042

Abhängige Variable: Index Wählen

Tabelle 23: Koeffizienten Regressionsmodell A

In Regressionsmodell B (*Index Konventionelle Politische Partizipation* als abhängige Variable) wurde in einem ersten Schritt lediglich *Legitimität Generell* einbezogen, in einem zweiten Schritt bereits alle relevanten Kontrollvariablen, also *Links-Rechts*, *Alter* und *V80I- Angst vor Problemen bei politischem Engagement*. *Legitimität Regierung* korrelierte bivariat nicht mit konventioneller Partizipation. Regressionsmodell B schien generalisierbar (N = 303), die Verringerungen von R^2 zum korrigierten R^2 waren marginal, die Änderungen in R^2 waren in beiden Schritten signifikant ($p = 0,001$ und $p < 0,001$), der F-Test für beide Schritte war ebenso signifikant ($p = 0,001$ und $p < 0,001$), die Durbin-Watson Statistik zeigte mit 1,971 wahrscheinlich unkorrelierte Residuen an, und die Werte für den VIF lagen im Durchschnitt bei 1,161 (höchster Wert bei 1,304), was impliziert dass wahrscheinlich keine beunruhigende Multikollinearität bei den unabhängigen Variablen vorliegt. Trotz dieser guten Ergebnisse sind die Bestimmtheitsmaße beider Schritte äußerst gering mit $R^2 = 0,037$ und $R^2 = 0,129$. Im ersten Schritt bedeutet das, dass *Legitimität Generell* lediglich 3,7% der Varianz in *Konventionelle Partizipation* erklärt. Hinzu kommt, dass der (ohnehin geringe) Regressionskoeffizient von *Legitimität Generell* im zweiten Schritt redundant wird und nicht mehr signifikant ist (TABELLE 24). Interessanterweise scheint V80I die größte Vorhersagekraft auf *Konventionelle Partizipation* aufzuweisen, wie anhand der β -Gewichte eingesehen werden kann.

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.	
	Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta			
1	(Konstante)	1,204	,125	9,640	,000	
	Index Politische Legitimität Generell	,179	,053	,191	3,383	,001
2	(Konstante)	,886	,273	3,242	,001	
	Index Politische Legitimität Generell	,079	,058	,085	1,372	,171
	V901 Links-Rechts	,067	,034	,120	1,960	,051
	V2 Alter	,026	,008	,187	3,406	,001
	V801 Angst vor Problemen bei polit. Engagement	-,093	,025	-,205	-3,715	,000

Abhängige Variable: Index Konventionelle Politische Partizipation

Tabelle 24: Koeffizienten Regressionsmodell B

In Bezug auf die Haupthypothese 1 bedeutet das, dass die Nullhypothese 1 nur für den *Index Wählen*, nicht aber für den *Index Konventionelle Politische Partizipation* abgelehnt werden kann. Alternativhypothese 1 wird also lediglich für den *Index Wählen* (vorläufig) angenommen.

9.2.2. Regressionsmodelle ad Haupthypothese 2

Die folgenden Regressionsmodelle C (*Index Protestpartizipation* als abhängige Variable) und D (*Index Exponierter Protest* als abhängige Variable) dienen zur Überprüfung der Haupthypothese 2. In beide Modelle werden hierarchisch zuerst der *Index Politische Legitimität Regierung*, dann der *Index Politische Legitimität Generell* und schließlich die Kontrollvariablen *Links-Rechts Selbsteinstufung*, *V802- Durch Stress keine Zeit für Politische Anliegen*, sowie *V31- Unis dichotom (öffentlich & privat)* integriert.

Bei Modell C (N = 296) liegt das Bestimmtheitsmaß R^2 in den drei Schritten bei 10%, 14,7% und 31,9% Varianzaufklärung, das korrigierte R^2 liegt jeweils nur knapp unter dem Bestimmtheitsmaß selbst. Die Änderungen in R^2 sind in jedem Schritt hoch signifikant ($p < 0,001$), die Durbin-Watson Statistik liefert mit 1,844 ein gutes Ergebnis, VIF für die Koeffizienten liegt im Durchschnitt bei 1,362, der höchste Wert liegt mit 1,715 bei *Legitimität Generell*, in Folge wird sich zeigen warum. Im ersten Schritt ist der Koeffizient für *Legitimität Regierung* hoch signifikant ($p < 0,001$), im zweiten Schritt (Einbezug von *Legitimität Generell*) verringert sich dieser Koeffizient, bleibt aber auf einem Niveau von $p < 0,05$ signifikant (siehe TABELLE 25). Der Koeffizient von *Legitimität Generell* ist im zweiten Schritt höher und hoch signifikant ($p < 0,001$). Interessanterweise wird genau dieser Koeffizient im dritten Schritt, anscheinend durch den Einbezug von *V901* redundant, ist zwar noch leicht negativ, aber nicht mehr signifikant. Dies scheint einleuchtend, nachdem die Korrelationsmatrix zeigte, dass *V901* mit *Legitimität Generell* mittelstark korreliert und mit *Legitimität Regierung* nur schwach. Dafür ist im dritten Schritt allerdings der negative Koeffizient von *Legitimität Regierung* wieder hoch signifikant ($p < 0,005$). Interessanterweise hat *Links-Rechts Selbsteinstufung* den höchsten Anteil an der Varianzaufklärung von Protestpartizipation (siehe β -Gewichte). Der angenommene negative Zusammenhang zwischen Legitimität und Protestpartizipation bestätigt sich unter Kontrolle der anderen Variablen also nur für *Legitimität Regierung*. Die Ergebnisse des zweiten Schritts des Modells zeigen allerdings auch für *Legitimität*

Generell einen signifikanten negativen Zusammenhang mit *Protestpartizipation*, anscheinend überschneiden sich die hier erklärten Varianzanteile aber stark mit jenen, welche V₉₀₁ erklärt.

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.	
	Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta			
1	(Konstante)	2,630	,131	20,105	,000	
	Index Politische Legitimität Regierung	-,276	,048	-,316	-,5702	,000
2	(Konstante)	2,907	,145	20,080	,000	
	Index Politische Legitimität Regierung	-,145	,057	-,166	-,2534	,012
	Index Politische Legitimität Generell	-,281	,070	-,264	-,4039	,000
3	(Konstante)	4,084	,220	18,588	,000	
	Index Politische Legitimität Regierung	-,152	,052	-,174	-,2945	,003
	Index Politische Legitimität Generell	-,077	,067	-,073	-,1147	,252
	V901 Links-Rechts	-,239	,036	-,367	-,6630	,000
	V802 Durch Stress keine Zeit für Politik	-,089	,025	-,172	-,3511	,001
	V31 Unis dichotom öffentlich & privat	-,246	,119	-,103	-,2065	,040

Abhängige Variable: Index Protestpartizipation

Tabelle 25: Koeffizienten Regressionsmodell C

Auch Regressionsmodell D (N = 294) scheint generalisierbar, das korrigierte R² ist in jedem Schritt nur marginal kleiner als R² selbst, die Änderung von R² ist in jedem Schritt ist hoch signifikant ($p < 0,001$), Durbin-Watson ergab einen Wert von 1,418, was zwar schlechter ist als zuvor, aber immer noch akzeptabel, der F-Test für alle Modelle (Schritte) war hoch signifikant ($p < 0,001$), VIF lag im Durchschnitt bei 1,378, bei *Legitimität Generell* und *Legitimität Regierung* im 3. Schritt am höchsten (1,743 und 1,515). Der Wert für das Bestimmtheitsmaß R² ist allerdings außerordentlich gering, im ersten Schritt (nur *Legitimität Regierung* im Modell) beträgt es nur 4,2%, im zweiten Schritt (zusätzlich *Legitimität Generell* im Modell) noch immer nur 8,2%, erst im dritten Schritt erhöht es sich auf 17,9% erklärte Varianz. Der Regressionskoeffizient von *Legitimität Regierung* im ersten Modell ist negativ, zwar gering aber hoch signifikant (TABELLE 26). Im zweiten Modell (durch Einbezug von *Legitimität Generell*) wird dieser Koeffizient redundant, ist nicht mehr signifikant. Der Koeffizient von *Legitimität Generell* ist hier, gemäß den Erwartungen, negativ und hoch signifikant. Im dritten Schritt werden allerdings die Koeffizienten beider Legitimitäts-Indizes redundant, beide sind äußerst klein und nicht mehr signifikant. Wiederum wurde dies anscheinend von V₉₀₁ verursacht, diese Variable korrelierte auch bivariat stärker mit *Exponiertem Protest* als die beiden Legitimitäts-Indizes. V₉₀₁ hält die stärkste Vorhersagekraft auf die abhängige Variable im Regressionsmodell. Die Koeffizienten aller drei Kontrollvariablen sind im dritten Schritt stärker als jene der Legitimitäts-Indizes. In Hinblick auf die Hypothesentestung bedeutet dies, dass die Nullhypothese für Exponierte Protestpartizipation wohl nicht verworfen werden sollte. Abgesehen davon, dass beide Legitimitäts-Indizes bei Konstanthaltung der Kontrollvariablen nicht mehr signifikant sind, war auch R² für das erste und zweite Modell äußerst gering.

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.	
	Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta			
1	(Konstante)	1,577	,089	17,744	,000	
	Index Politische Legitimität Regierung	-,118	,033	-,206	-3,589	,000
2	(Konstante)	1,744	,099	17,637	,000	
	Index Politische Legitimität Regierung	-,037	,039	-,064	-,925	,356
	Index Politische Legitimität Generell	-,171	,048	-,245	-3,567	,000
3	(Konstante)	2,395	,160	15,013	,000	
	Index Politische Legitimität Regierung	-,042	,038	-,073	-1,105	,270
	Index Politische Legitimität Generell	-,079	,049	-,113	-1,607	,109
	V901 Links-Rechts	-,104	,026	-,244	-4,006	,000
	V802 Durch Stress keine Zeit für Politik	-,047	,018	-,140	-2,609	,010
	V31 Unis dichotom öffentlich & privat	-,183	,085	-,118	-2,146	,033

Abhängige Variable: Index Exponierte Protestpartizipation

Tabelle 26: Koeffizienten Regressionsmodell D

Nullhypothese 2 wird damit für den *Index Protestpartizipation* verworfen, nicht aber für den *Index Exponierter Protest*. Alternativhypothese 2 also nur für den *Index Protestpartizipation* (vorläufig) angenommen.

9.2.3. Regressionsmodelle ad Haupthypothesen 4 und 5

Regressionsmodelle E, F, G und H prüfen Haupthypothese 4 und 5, den Einfluss des *Index Wahrgenommene Demokratie* auf den *Index Wählen*, *Index Konventionelle Politische Partizipation*, *Index Protestpartizipation* und *Index Exponierter Protest*. In einem ersten Schritt der Regression wird jeweils der *Index Wahrgenommene Demokratie* aufgenommen, in einem zweiten Schritt die relevanten (bivariat mit der Abhängigen korrelierenden) Kontrollvariablen integriert. *Wahrgenommene Demokratie* sollte nicht in die vorherigen Regressionsmodelle integriert werden, obwohl dies die Modelle E, F, G und H unnötig gemacht hätte. Grund dafür war, dass der Index sehr stark mit *Legitimität Generell* korreliert und mittelstark mit *Legitimität Regierung* (vgl. TABELLE 22). Beide Korrelationen sind darüber hinaus stärker als alle Beziehungen zu den jeweiligen abhängigen Variablen, was die Unterdrückung weiterer, für die Hypothesen relevanter, Varianzanteile zur Folge hatte. Bei den folgenden vier Modellen soll jeweils erwähnt werden, was mit den Koeffizienten passiert wäre, würden die Legitimitäts-Indizes in einem weiteren Schritt in das Modell integriert werden.

In Regressionsmodell E (N = 295) ist die abhängige Variable der *Index Wählen*, es scheint relativ gut generalisierbar. R^2 weist im ersten Schritt (nur *Wahrgenommene Demokratie* als Prädiktor) einem Wert von 19% auf, im zweiten Schritt beträgt das Bestimmtheitsmaß 26%, diese Änderungen in R^2 sind in beiden Schritten hoch signifikant ($p < 0,001$). Auch der F-Test ist für beide Modelle

(Schritte) hoch signifikant ($p < 0,001$), das korrigierte R^2 verringert sich nur marginal, die Durbin-Watson Statistik deutet mit einem Wert von 2,039 darauf hin, dass die Residuen wahrscheinlich unkorreliert sind. Die Werte des VIF (Durchschnitt liegt bei 1,25) geben keinen Grund zur Sorge wegen Multikollinearität der unabhängigen Variablen. Der Regressionskoeffizient von *Wahrgenommene Demokratie* ist in beiden Schritten hoch signifikant ($p < 0,001$), verringert sich zwar wahrscheinlich durch den Einfluss von *V901*, hält aber im zweiten Schritt das höchste β -Gewicht (siehe TABELLE 27). Der positive Zusammenhang zwischen *Wählen* und *Wahrgenommener Demokratie* bleibt also auch unter Kontrolle der anderen einbezogenen Variablen bestehen und hoch signifikant. Wären in einem dritten Schritt die Legitimitäts-Indizes integriert worden, hätte sich R^2 nur auf 29,4% Varianzaufklärung erhöht, was allerdings auf einem Niveau von $p < 0,05$ signifikant gewesen wäre. Der Koeffizient von *Wahrgenommener Demokratie* hätte sich verringert, wäre aber weiterhin auf einem Niveau von $p < 0,05$ signifikant gewesen. Der Koeffizient von *Legitimität Generell* wäre leicht größer und auf $p < 0,01$ signifikant gewesen, jener von *Legitimität Regierung* nicht.

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.
	Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta		
(Konstante)	,499	,157		3,183	,002
1 Index Wahrgenommene Demokratie	,400	,048	,436	8,300	,000
(Konstante)	-,599	,366		-1,636	,103
Index Wahrgenommene Demokratie	,258	,056	,282	4,632	,000
2 V901 Links-Rechts	,206	,050	,254	4,111	,000
V31 Unis dichotom (öffentlich & privat)	,331	,154	,112	2,155	,032
Alter	,009	,011	,046	,888	,375

Abhängige Variable: Index Wählen

Tabelle 27: Koeffizienten Regressionsmodell E

In Regressionsmodell F ist die abhängige Variable der *Index Konventionelle Politische Partizipation*. Das Modell (N = 304) scheint zwar generalisierbar, R^2 beträgt allerdings für den ersten Schritt (nur *Wahrgenommene Demokratie* integriert) lediglich 0,014, also 1,4% Varianzaufklärung. Der Koeffizient von *Wahrgenommene Demokratie* ist außerdem im zweiten Schritt bereits nicht mehr signifikant. Wiederum kann die Nullhypothese 4 nur für den *Index Wählen*, nicht aber für den *Index Konventionelle Politische Partizipation* abgelehnt werden. Die Alternativhypothese 4 wird also lediglich für den *Index Wählen* (vorläufig) angenommen.

In Regressionsmodell G (N = 297) ist die abhängige Variable der *Index Protestpartizipation*. Im ersten Schritt beträgt $R^2 = 0,142$, im zweiten Schritt erhöht sich das Bestimmtheitsmaß auf $R^2 = 0,282$. Die Änderungen von R^2 sind in beiden Schritten hoch signifikant ($p < 0,001$). Das korrigierte R^2 ist jeweils nur marginal kleiner als das Bestimmtheitsmaß selbst. Der F-Test ist für beide Schritte (Modelle) hoch signifikant ($p < 0,001$). Die Durbin-Watson Statistik ergibt einen Wert von 1,762, was zwar nicht ideal ist, aber auch nicht Grund zur Annahme gibt, dass die Residuen korrelieren. VIF liegt im Durchschnitt bei 1,26, am höchsten bei *Wahrgenommene Demokratie* und *V901*, was zwar nicht unbedingt auf Multikollinearität schließen lässt, allerdings anscheinend bereits anzeigt, dass diese beiden Variablen teilweise ähnliche Varianz erklären. Der Regressionskoeffizient von *Wahrgenommene Demokratie* ist im ersten Modell hoch signifikant ($p < 0,001$), ver-

ringert sich anscheinend durch den Einbezug von V901 im zweiten Modell, bleibt aber auch hier signifikant, wenn auch nur auf einem Niveau von $p < 0,05$ (vgl. TABELLE 28). Das β -Gewicht von V901 ist im zweiten Modell entscheidend größer als das von *Wahrgenommene Demokratie* und auch die Kontrollvariable V802 weist ein leicht höheres β -Gewicht auf. Trotzdem bleibt, wie gesagt, der Koeffizient von *Wahrgenommene Demokratie* signifikant und ist – gemäß der Annahme – negativ. Wermutstropfen dieses Ergebnisses ist, dass unter Einbezug der Legitimitäts-Indizes in einem dritten Schritt der Koeffizient von *Wahrgenommene Demokratie* äußerst klein würde und nicht mehr signifikant wäre.

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.	
	Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta			
1	(Konstante)	2,770	,129	21,518	,000	
	Index Wahrgenommene Demokratie	-,282	,040	-,377	-,6985	,000
2	(Konstante)	3,873	,212	18,285	,000	
	Index Wahrgenommene Demokratie	-,109	,045	-,145	-,2426	,016
	V901 Links-Rechts	-,222	,039	-,341	-,5638	,000
	V802 Durch Stress keine Zeit für Politik	-,095	,026	-,184	-,3640	,000
	V31 Unis dichotom (öffentlich & privat)	-,277	,122	-,116	-,2278	,023

Abhängige Variable: Index Protestpartizipation

Tabelle 28: Koeffizienten Regressionsmodell G

In Regressionsmodell H (N = 295) ist die abhängige Variable der *Index Exponierter Protest*. R^2 des ersten Schritts (nur *Wahrgenommene Demokratie* aufgenommen) beträgt 0,114. R^2 erhöht sich mit Einbezug der Kontrollvariablen auf 0,184. Die Bestimmtheitsmaße sind zwar gering, aber die Änderungen sind jeweils hoch signifikant ($p < 0,001$). Das korrigierte R^2 liegt nur knapp unter dem Bestimmtheitsmaß selbst, der F-Test ist für beide Schritte (Modelle) hoch signifikant ($p < 0,001$). Die Durbin-Watson Statistik beträgt 1,386, was zwar klar unter einem idealen Wert von 2,0 liegt, aber eindeutig noch über einem Grenzwert von 1,0, die Residuen korrelieren wahrscheinlich nicht. Der VIF beträgt im Durchschnitt 1,25. Der Koeffizient von *Wahrgenommene Demokratie* ist wie erwartet negativ und im ersten Schritt hoch signifikant ($p < 0,001$). Im zweiten Schritt sinkt der Koeffizient (wahrscheinlich wieder durch V901) zwar, bleibt aber auf einem Niveau von $p < 0,005$ hoch signifikant. Größte Varianzaufklärung, resp. größtes β -Gewicht hat auch hier wieder die Variable V901. Auch hier würde unter Einbezug der Legitimitäts-Indizes der Koeffizient von *Wahrgenommene Demokratie* noch kleiner werden und nicht mehr signifikant sein.

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.	
	Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta			
1	(Konstante)	1,763	,086	20,431	,000	
	Index Wahrgenommene Demokratie	-,165	,027	-,338	-6,146	,000
2	(Konstante)	2,329	,149	15,591	,000	
	Index Wahrgenommene Demokratie	-,095	,031	-,193	-3,041	,003
	V901 Links-Rechts	-,088	,027	-,207	-3,215	,001
	V802 Durch Stress keine Zeit für Politik	-,045	,018	-,134	-2,473	,014
	V31 Unis dichotom (öffentlich & privat)	-,186	,084	-,120	-2,202	,028

Abhängige Variable: Index Exponierter Protest

Tabelle 29: Koeffizienten Regressionsmodell H

Obwohl R^2 jeweils relativ klein war, ebenso wie die Koeffizienten von *Wahrgenommener Demokratie*, waren die Ergebnisse trotzdem signifikant und blieben dies auch unter Einbezug der Kontrollvariablen. Damit soll Nullhypothese 5 nun abgelehnt werden, wenngleich unter dem Vorbehalt, dass die Effekte von *Wahrgenommener Demokratie* jeweils nicht signifikant wären, würden die Legitimitäts-Indizes in die Modelle integriert werden. Alternativhypothese 5 wird (vorläufig) angenommen.

10. Fazit

Das in dieser Arbeit verwendete Konstrukt der Politischen Legitimität scheint, wenngleich es vor allem dem teilgesellschaftlichen Bereich der Politik zugeordnet werden kann, für soziologische Forschung relevant und fruchtbar. Der in dieser Arbeit herausgestellte Zusammenhang zwischen der subjektiven Evaluation der verschiedenen Institutionen des politischen Systems und einem sehr breit gefassten Konzept politischer Partizipation, zeigt den Einfluss den dieses auf soziales Verhalten ausübt. Insbesondere in Zeiten sozialer Wandlungsprozesse, die eben auch die Institutionen des politischen Systems erfassen, scheint die Bedeutung dieses Zusammenhangs evident.

Zunächst seien nun die Fragestellungen dieser Arbeit abschließend kommentiert und einige Schlussfolgerungen gezogen. Im Anschluss daran werden ein paar Anmerkungen zur generellen und spezifischen Vorgehensweise dieser Arbeit, auch in selbstkritischer Absicht, gemacht.

Bei den Beziehungen der verschiedenen Partizipationsformen untereinander zeigte sich, dass Wählen lediglich mit Wahlkampfarbeit und Engagement für (große) politische Parteien in (leichtem) positiven Zusammenhang stand, mit ein paar anderen Formen in keinem, mit der überwiegenden Mehrzahl allerdings in negativem Zusammenhang, insbesondere mit Protest. Dieser Befund ist insofern besonders, als er den Ergebnissen vieler Studien der empirischen Partizipationsforschung entgegenläuft (vgl. Kapitel 4). Er weist erstens darauf hin, dass Wahlenthaltung nicht mit politischer Passivität in Verbindung steht, sondern eher mit verstärktem Engagement in anderen Bereichen politischer Partizipation²⁰¹. Zweitens weist dies auf eine gewisse Polarisierung zwischen Wählen und den anderen Partizipationsformen hin. Hierbei muss allerdings bedacht werden, dass die Wahlen vom November 2009 in Honduras, auf welche sich die Messung bezog, ein punktuell Ereignis darstellen und in einer besonderen politischen Situation stattfanden²⁰². Eine generelle Polarisierung zwischen „konventionellem“ Partizipationsverhalten (also neben Wählen auch Parteienpartizipation und Wahlkampfarbeit) und den anderen Bereichen politischen Engagements konnte nicht festgestellt werden. Wählen war die einzige erhobene Form (von insgesamt 27), welche negative Beziehungen mit anderen aufwies. Die anderen Formen wiesen untereinander entweder keine Beziehungen auf, oder hatten – in ihrer überwiegenden Mehrheit – positive Zusammenhänge. Zu den verschiedenen politischen Aktivitäten (exklusive Wählen) sei noch angemerkt, dass sich zwar bei allen sehr schiefe Verteilungen zeigten, die Partizipation meistens also eher eine Sache von Minderheiten darstellte, zumindest bei 6 von 26 Aktivitäten beteiligten sich allerdings über 50% der Befragten „mindestens selten“ in den letzten zwei Jahren vor der Befragung. Diese sind Diskussionen über Politik, Veröffentlichen/Teilen von politischen Inhalten im Internet, Engagement für Studierendenorganisationen, Engagement für karitative und soziale Organisationen, Teilnahme an genehmigten Demonstrationen und Unterschreiben von Petitionen. Darüber hinaus zeigt ein hierfür gebildeter Index aus allen diesen 26 Aktivitäten, dass lediglich 1,1 (gültige) Prozent, bzw. 3 RespondentInnen von N = 273, „niemals“ bei irgendeiner der abgefragten Formen partizipierte. Wenngleich auch diese Verteilung sehr schief ist, waren so gesehen nahezu

201 Die Mehrzahl jener die nicht wählten gab auch an, dies – quasi aktiv – aus Protest nicht getan zu haben.

202 So könnte es sein, dass bei den nächsten nationalen Wahlen, wenn diese in einem gänzlich anderen politischen Kontext stattfinden und etwa ein erweitertes Spektrum politischer Parteien antritt, wieder andere Partizipationsmuster auftreten.

alle befragten Studierenden in den letzten zwei Jahren vor der Befragung, in der einen oder anderen Form, zumindest selten, aktiv (vgl. ABBILDUNG 8 im Anhang)²⁰³.

Zu den unabhängigen Variablen ist zu sagen, dass auch die Maße zur politischen Legitimität (verstanden als die subjektive Evaluation der verschiedenen Institutionen des politischen Systems) äußerst schiefe Verteilungen zeigten. Die verschiedenen Institutionen wurden äußerst negativ bewertet, vor allem den politischen Parteien wird kaum Vertrauen entgegengebracht, was lediglich von der generellen Evaluation der Ökonomie und der Verteilungsgerechtigkeit unterschritten wird. Am wenigsten negativ wurde das Militär und die bisherige Arbeit der derzeitigen Regierung evaluiert, wenngleich auch hier das Misstrauen groß ist. Die niedrige politische Legitimität steht signifikant damit in Zusammenhang, dass das politische System generell eher als wenig demokratisch wahrgenommen wird. Demgegenüber steht eine starke generelle Zustimmung zu demokratischen Regierungssystemen²⁰⁴, etwa auch eine fast einstimmige Ablehnung von Medienzensur. Gleichzeitig wurde allerdings auch ein beträchtlicher Anteil an Unterstützung für hypothetische, undemokratische Regierungen erhoben, vor allem wenn diese die ökonomischen Probleme lösen sollten.

Zu den Beziehungen der unabhängigen zu den abhängigen Variablen ist zu sagen, dass politische Legitimität in positiver Beziehung zu Wählen und (ausgenommen die Legitimität der Regierung) zu Wahlkampfarbeit und Engagement für große Parteien stand. Dieser positive Zusammenhang konnte für die Beziehung zwischen genereller, politischer Legitimität (ausgenommen jener der Regierung) und Wählen auch unter Konstanthaltung der relevanten Kontrollvariablen herausgestellt werden, bzw. blieb hier signifikant.

Mit einigen Formen politischer Partizipation stand politische Legitimität in keinem Zusammenhang (etwa mit Engagement für Studierendenorganisationen und Engagement für „soziale“ Organisationen), mit anderen allerdings in negativer Beziehung; etwa mit Engagement für politische Organisationen und Interessensvertretungen, mit „individueller“ Partizipation, aber vor allem mit den verschiedenen Protestformen. Der negative Zusammenhang zwischen den Teilskalen *Politische Legitimität Regierung* und *Protestpartizipation* blieb auch unter Konstanthaltung der relevanten Kontrollvariablen signifikant.

Insgesamt bedeutet dies, bzw. kann gesagt werden, dass erstens politische Legitimität durchaus das politische Partizipationsverhalten beeinflusste, dass zweitens niedrige Legitimität eher zur Wahlenthaltung (2009) führte, dass sie (die niedrige Legitimität) drittens nicht mit politischer Passivität einherging, sondern viertens eher mit Partizipation außerhalb der „konventionellen“ Kanäle, und fünftens v.a. zu Protest führt.

Das Ausmaß, in dem das politische System als demokratisch wahrgenommen wird, beeinflusste das Partizipationsverhalten in ähnlicher Weise wie politische Legitimität. Während es mit Wählen (und in sehr geringerem Ausmaß auch mit Wahlkampfarbeit und Engagement für große Parteien) in positivem Zusammenhang stand, beeinflusste es die anderen Formen politischer Partizipation (außer Engagement für „soziale“ Organisationen) in negativer Richtung, insbesondere Protest. Für

203 Zu ABBILDUNG 8 ist zu sagen, dass bei diesem Index die theoretischen Werte von 1 bis 5 gehen, wobei 1 bedeutet, dass niemals, bei keiner Aktivität teilgenommen wurde. Der Index ist ein einfacher additiver Index aus allen 26 Partizipationsformen (die jeweils auf Skalen von 1 bis 5 gemessen wurden) dividiert durch 26.

204 Angemerkt sei, dass die Validität dieses Maßes fraglich war, auf dies wird noch einmal eingegangen werden.

Wählen und Protest bestätigten sich diese Ergebnisse auch unter Konstanthaltung der relevanten Kontrollvariablen in den multiplen Regressionsmodellen. Dies bedeutet, dass jene, welche das politische System für eher demokratisch halten, 2009 eher gewählt haben und jene, die es für weniger demokratisch halten, eher auf andere Weise versuchen, politisch Einfluss zu nehmen.

Interessanterweise beeinflusste die Kontrollvariable *Links-Rechts Selbsteinstufung* das Partizipationsverhalten teilweise stärker als die unabhängigen Variablen. Während sich politisch eher rechts eingestuft zu haben eindeutig Wählen (2009) begünstigte (sowie in sehr geringem Ausmaß auch Wahlkampfarbeit und Engagement für große Parteien), begünstigte sich politisch eher links eingestuft zu haben sehr eindeutig Protestpartizipation. Auch die meisten anderen erhobenen Partizipationsformen wurden eher von jenen ausgeführt, die sich politisch eher links einstuften (Engagement für politische Organisationen und Interessensvertretungen, Studierendenorganisationen, kleine politische Parteien und „individuelle“ politische Partizipation), wobei diese Zusammenhänge schwach waren. Mit anderen Formen stand die politische Selbsteinstufung in keinem Zusammenhang (Engagement für „soziale“ Organisationen oder Nachbarschaftsvereinigungen und kommunale Organisationen). Die Variable Alter und vor allem die Variable Geschlecht beeinflussten die politische Legitimität und das Partizipationsverhalten kaum. Studieren an privaten Universitäten schien allerdings Wählen (2009) zu begünstigen, während Studieren an öffentlichen Universitäten Protest begünstigte.

Die Beziehungen der verschiedenen Partizipationsformen zu demokratischen Einstellungen (abseits des Ausmaßes an wahrgenommener Demokratie) konnten sinnvollerweise nicht getestet werden. Damit ist bereits ein wichtiger Punkt der kritischen Reflexion der vorliegenden Arbeit angesprochen. Es erwies sich als gravierender Fehler, Fragerichtungen im Fragebogen unkommentiert umzudrehen, dies stiftete höchstwahrscheinlich Verwirrung an ein paar Stellen und verursachte somit Messfehler²⁰⁵. Glücklicherweise betraf dies nur wenige Fragen, wenngleich sehr wichtige, wie jene zur demokratischen Einstellung/Überzeugung und die Kontrollvariablen zur Angst in der eigenen Nachbarschaft und zur Korruptionswahrnehmung (v.a. letzteres spielt eine bedeutende Rolle, wie den Kommentaren im Anhang entnommen werden kann). Zur Messung der demokratischen Einstellung ist zusätzlich anzumerken, dass jenes Item, welches generelle Zustimmung zu demokratischen Regierungssystemen messen sollte, eher die Zustimmung zum derzeitigen, konkreten Regierungssystem maß²⁰⁶. Es wird daher empfohlen, solche Fragen anders zu stellen, etwa über die Zustimmung zu der Idee, dass das Volk herrscht, oder dass es die Regierung hervorbringt, oder ähnliches.

Mit dem Ausfall der angesprochenen Daten fehlten einige, vielleicht wichtige Erklärungsvariablen für politisches Verhalten. Dies drückte sich auch in den geringen Varianzaufklärungen in den multiplen Regressionsmodellen aus. Es ist auch generell anzumerken, dass der Fragebogen eher wenige, außer jenen für politische Legitimität, Items für die Erklärung der politischen Partizipation beinhaltete. Dies war nicht unbeabsichtigt, denn der Fragebogen sollte möglichst kurz sein, um auch angenommen zu werden – zum Ausfüllen sollten nicht mehr als 5 bis 10 Minuten benötigt werden.

205 Das Umdrehen der Fragerichtungen hätte automatisiertem Antwortverhalten entgegenwirken und genaueres Nachdenken animieren sollen. Dies hätte allerdings kommuniziert werden müssen, oder zumindest hätte ein und dieselbe Frage in beide Richtungen abgefragt werden sollen, um die RespondentInnen mit automatisiertem Antwortverhalten herausfiltern zu können.

206 Die zu bewertende Aussage von V701 lautete: „Die Demokratie mag Probleme aufweisen, ist aber das beste Regierungssystem“ (vgl. Fragebogen im Anhang). Dieses Item wird u.a. von Latinobarómetro verwendet – „La frase de Churchill“ (vgl. Corporación Latinobarómetro).

Erfreulicherweise wurde die Befragung sehr gut aufgenommen, was u.a. das relativ große Sample und viele positive Kommentare (vgl. Anhang) zeigen. Die Anzahl der abgegebenen, freiwilligen Kommentare, die teilweise bis auf das letzte Zeichen ausgefüllt wurden, scheinen ein starkes Bedürfnis in der Zielgruppe auszudrücken, zu politischen Themen konsultiert zu werden und zu Wort zu kommen. In Würdigung der vielen, teilweise sehr detaillierten, Kommentare der Studierenden, wurden alle (bzw. alle inhaltlichen) in anonymisierter Form in den Anhang dieser Arbeit aufgenommen. Diese werden hier nicht mehr spezifisch analysiert, sondern sollen künftigen Forschungen etwas tiefere Einblicke in die politischen Vorstellungswelten der honduranischen Studierenden ermöglichen.

Künftiger Forschung sei außerdem gesagt, dass Fragebögen durchaus (ein wenig) länger sein können. Es scheint wichtig, weitere Erklärungsvariablen zu integrieren, vor allem was gesellschaftspolitische Einstellungen und Motivationen für politisches Verhalten betrifft, nach welchen auch direkt gefragt werden könnte.

Angesprochen seien weiters die starken Schiefen der Verteilungen. Eventuell hätten hier Formulierungs- und Skalierungsänderungen es vermocht, für die Analyse günstigere Verteilungen zu produzieren. Dafür hätte allerdings ein Pretest durchgeführt werden müssen, welcher wohl in vielerlei Hinsicht vorteilhaft gewesen wäre. Die vorab durchgeführten Evaluationen des Erhebungsinstruments durch einzelne KollegInnen aus Honduras waren zwar hilfreich, sie konnten es allerdings nicht ermöglichen, jene Probleme herauszustellen, die sich später zeigen sollten, nachdem ihnen zu dem Zeitpunkt ja keine Vergleichsbasis zur Verfügung stand.

Zu der erhobenen Stichprobe sei kritisch angemerkt, dass diese zwar relativ groß war, die Altersvariable eine angemessene Streuung zeigte, sich gemäß der Grundgesamtheit relativ gut auf private und öffentliche Universitäten verteilte und eine große Bandbreite an Universitäten und Studienrichtungen erfasste. Allerdings waren v.a. bei den Studienrichtungen einige über- andere unterrepräsentiert, ebenso wie bei den Universitäten, auch das Geschlechterverhältnis war unausgewogen und zeigte mit 55 gültigen Prozentpunkten eine Mehrzahl an männlichen RespondentInnen, während die Grundgesamtheit ein genau gegenteiliges Verhältnis zeigt (vgl. UNAH). Die Repräsentativität wird zusätzlich durch die Art der Erhebung (online) in Frage gestellt.

Angemerkt sei noch, dass es im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit wohl günstiger gewesen wäre, noch mehr Forschung und Theoriebildung aus Honduras selbst zu berücksichtigen. Wenngleich sich die Diskurse hier nicht wesentlich zu unterscheiden scheinen, hätte dies vielleicht weitere oder andere wichtige Aspekte in den Vordergrund gestellt.

Idealerweise sollte sich hier am Ende der Arbeit wohl auch eine Art konkrete, politische Handlungsempfehlung ableiten lassen. Auf Basis der erhobenen Daten scheint dies seriöserweise nicht leistbar. Angebracht scheint es, eine ebenso essentielle wie offensichtlich aktuelle Frage hier an den Schluss zu stellen: Wie kann sich das politische, aber auch soziale und ökonomische System in Honduras dergestalt wandeln, dass es alle seine Mitglieder einschließt, dass es von diesen angenommen, getragen und geformt werden kann, um die kollektiven Bedürfnisse, physisch wie psychisch, besser zu befriedigen, sodass politische Legitimität eingelöst wird und autoritäre Experimente endgültig unmöglich werden? Auf dem Weg zur Beantwortung dieser Frage ist nicht nur die nationale Politik in die Pflicht zu nehmen, sondern ebenso die internationale. So scheinen etwa politische und ökonomische Konditionalitäten bei Schuldenerlassen oder Vergaben von

Entwicklungsgeldern und –krediten insbesondere dann unangebracht, wenn sie der politischen Emanzipation oder ohnehin schwachen Umverteilungsmechanismen entgegenstehen.

Diese Frage zu beantworten scheint allzu lange überfällig. In der Hoffnung, dass die vorliegende Arbeit in der einen oder anderen Weise noch weiterverwendet werden kann, um diese Frage zu beantworten und um Studierenden in Honduras eine Stimme zu geben, möchte ich diese nun schließen.

II. Literaturverzeichnis

ANDARA VELÁSQUEZ, Gerson Anibal, 2008: *El fenómeno de las Maras. Investigación y análisis del lenguaje y la comunicación entre los integrantes de pandillas juveniles en Honduras*. Diplomarbeit, Wien: Universität Wien.

BACKHAUS, Klaus; ERICHSON, Bernd; PLINKE, Wulff; WEIBER, Rolf, 2006: *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 11. Auflage, Berlin: Springer Verlag.

BARBER, Benjamin, 1994 (1984): *Starke Demokratie*. Hamburg: Rotbuch Verlag.

BARNES, Samuel H.; KAASE, Max, 2010: *Konventionelle politische Partizipation. Protestattitüden / Protestverhalten*. In: GLÖCKNER-RIST, Angelika (Hg.), *Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen*. ZIS Version 14.00. Bonn: GESIS.

BECK, Ulrich, 1999: *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft*. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

BECK, Ulrich, 2009: *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.

BERG-SCHLOSSER, Dirk; KERSTING, Norbert, 2000: *Armut und Demokratie. Politische Partizipation und Interessenorganisation der städtischen Armen in Afrika und Lateinamerika*. Frankfurt/Main: Campus Verlag GmbH.

BOOTH, John A.; SELIGSON, Mitchell A., 2009: *The Legitimacy Puzzle in Latin America. Political Support and Democracy in Eight Nations*. Cambridge: Cambridge University Press.

CASTELLANOS, Julieta, 2006: *Honduras: Kontinuität auch von Armut und Ungleichheit*. In: *Nueva Sociedad Sonderheft Wahlen (2006)*, 23-27. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/iez/o3627.pdf>, 10.02.2012.

CHAMBERS, Robert, 2001 (1998): *Beyond "Whose Reality Counts?" New Methods We Now Need?* Brighton: IDS – Institute of Development Studies (University of Sussex). <http://julkingsosiologia.files.wordpress.com/2009/05/whoserealitycounts.pdf>, 04.02.2011.

CHAMBERS, Robert, 2007: *From PRA to PLA and Pluralism: Practice and Theory*. Brighton: IDS – Institute of Development Studies (University of Sussex). <http://community.eldis.org/.59b4ab37/wp286.pdf>, 04.02.2012.

CHOMSKY, Noam, 2003 (2000): *Profit over People. Neoliberalismus und Globale Weltordnung*. 8. Auflage, Hamburg: Europa Verlag GmbH.

CONSTITUCIÓN DE LA REPÚBLICA DE HONDURAS, 2009: *Decreto No. 131 del 11 de enero de 1982*. Edición actualizada. 8. Auflage: Editorial Guaymuras.

- COOKE, Bill; KOTHARI, Uma, 2004 (2001): *Participation. The New Tyranny?* 3. Auflage, London: Zed Books.
- DÖRRE, Klaus, 2010: *Überbetriebliche Regulierung von Arbeitsbeziehungen*. In: BÖHLE, Fritz; Voss, G. Günter; WACHTLER, Günther (Hg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, 873-912.
- EILFORT, Michael, 2006: *Wahlenthaltung: ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender politischer Bedeutung*. In: HOECKER, Beate (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 55-73.
- ENZI, Christine, 2004: *PRSP (Poverty Reduction Strategy Paper) – Die neue Strategie der Armutsbekämpfung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit*. DIPLOMARBEIT, Wien: Universität Wien.
- FIELD, Andy, 2009: *Discovering Statistics Using SPSS*. London: Sage Publications.
- FISCHER, Arthur; KOHR, Heinz-Ulrich, 1980: *Politisches Verhalten und empirische Sozialforschung. Leistung und Grenzen von Befragungsinstrumenten*. München: Juventa Verlag.
- FRIEDMAN, Milton, 1984 (1962): *Kapitalismus und Freiheit*. Frankfurt am Main: Ullstein Verlag.
- FUCHS, Dieter, 2004: *Modelle der Demokratie: Partizipatorische, Liberale und Elektronische Demokratie*. In: ZITTEL, Thomas; KAISER, André (Hg.): *Demokratietheorie und Demokratieentwicklung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- GABRIEL, Oscar W.; KUNZ, Volker; ROSSTEUSCHER, Sigrid; VAN DETH, Jan W., 2002: *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: WUV-Universitätsverlag.
- GAISER, Wolfgang; GILLE, Martina; DE RIJKE, Johann, 2006: *Politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen*. In: HOECKER, Beate (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 211-234.
- GAVIRIA, Alejandro; PANIZZA, Ugo; SEDDON WALLACK, Jessica, 2003: *Economic, Social and Demographic Determinants of Political Participation in Latin America: Evidence from the 1990s*. http://www.iadb.org/res/files/Participation_2004_GPS.pdf, 17.09.2011.
- GEISSEL, Brigitte; THILLMAN, Katja, 2006: *Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen*. In: HOECKER, Beate (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 159-182.
- GRATIUS, Susanne, 2005: *Ursachen und Folgen der Migration aus Lateinamerika*. In: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nummer 14, Juli 2005, Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg, 165-172. <http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?ots591=0C54E3B3-1E9C-BE1E-2C24-A6A8C7060233&lng=en&id=89496>, 19.06.2011.

HOECKER, Beate (Hg.), 2006: *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

HOECKER, Beate, 2006-I: *Mehr Partizipation via Internet? Theoretische Erwartungen und empirische Befunde*. In: HOECKER, Beate (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 211-234.

HOFMEISTER, Wilhelm; MANSILLA, H. C. F. (Hg.), 2004: *Die Entzauberung des kritischen Geistes. Intellektuelle und Politik in Lateinamerika*. Bielefeld: transcript Verlag.

HRW, 2011: *World Report 2011. Events of 2010*. Human Rights Watch. Abschnitt zu Honduras, 252-256. <http://www.hrw.org/world-report-2011>, 01.03.2012.

HRW, 2012: *World Report 2012. Events of 2011*. Human Rights Watch. Abschnitt zu Honduras, 259-264. <http://www.hrw.org/world-report-2012>, 01.03.2012.

JANSSEN, Jürgen; LAATZ, Wilfried, 2007: *Statistische Datenanalyse mit SPSS für Windows. Eine anwendungsorientierte Einführung in das Basissystem und das Modul Exakte Tests*. 6. Auflage, Berlin: Springer-Verlag.

KISS, Gabor, 1977 (1972): *Einführung in die soziologischen Theorien I*. Studienbücher zur Sozialwissenschaft. Band 13, 3. Auflage, Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH.

KLESNER, Joseph L., 2004: *Social Capital and Political Participation in Latin America*. http://www2.kenyon.edu/Depts/PSci/Fac/klesner/Klesner_Social_Capital_lasa_2004.pdf, 13.09.2011.

KOSER, Khalid; LACZKO, Frank (Hg.), 2010: *World Migration Report 2010. The Future of Migration: Building Capacities for Change*. Genf, International Organization for Migration (IOM). http://publications.iom.int/bookstore/free/WMR_2010_ENGLISH.pdf, 22.06.2011.

KUPPE, René, 2010: *Das Ringen ums Recht: vom liberalen zum plurinationalen Konstitutionalismus*. In: GABRIEL, Leo; BERGER, Herbert (Hg.), *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch*. Wien: Mandelbaum Verlag.

KÜBLBÖCK, Karin, 2006: *Hoffnungsträger PRSP. Eine Bilanz der ersten Jahre*. Wien: Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe (ÖFSE). <http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/HoffnungstraegerPRSP.pdf>, 04.02.2012.

LÖDING, Torge, 2009: *Zentralamerika: Die Remesa-Ökonomie offenbart ihre Schwächen*. Hamburg: GIGA Focus Lateinamerika, 6/2009. http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0906.pdf, 10.02.2012.

LÖSCH, Bettina, 2005: *Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

MENZEL, Ulrich, 1992: *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

MANNARINI, T.; LEGITTIMO, M.; TALÒ, C., 2008: *Determinants of Social and Political Participation among Youth. A Preliminary Study*. <http://www.uv.es/garzon/psicologia%20politica/N36-5.pdf>, 19.09.2011.

MENDOZA RAUDALES, Ana Elsy, 2011: *Comportamiento Electoral de la Juventud del Distrito Central: Elecciones Honduras 2009*. Master Tesis de la Universidad Nacional Autónoma de Honduras.

MENZEL, Ulrich, 1992: *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

MILBRATH, Lester W.; GOEL, M.L., 1977: *Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics?* 2. Auflage, Chicago: Rand Mc Nally College Publishing Company.

NEGT, Oskar, 2010: *Subjektivität in der Erosionskrise*. In: DEMIROVIĆ, Alex; KAINDL, Christina; KROVOZA, Alfred (Hg.): *Das Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation*. 1. Auflage, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 12-26.

NEUMANN, Franz (Hg.), 1998: *Handbuch Politische Theorien und Ideologien*. Band 1, 2. Auflage, Opladen: Leske + Budrich.

NIKISIANLI, Nikoleta, 2009: *Partizipation als entwicklungspolitisches Konzept und Desiderat; Unter besonderer Berücksichtigung der ländlichen Entwicklung*. DIPLOMARBEIT, Wien: Universität Wien.

NOHLEN, Dieter (Hg.), 1993 (1984): *Lexikon Dritte Welt*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH.

NUSCHELER, Franz, 1996: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. 4. Auflage, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH.

OAKLEY, Peter, 1995: *People's Participation in Development Projects. A critical review of current theory and practice*. INTRAC. <http://www.intrac.org/data/files/resources/128/OPS-7-Peoples-Participation-in-Development-Projects.pdf>, 04.02.2012.

OAKLEY, Peter; CLAYTON, Andrew, 2000: *The Monitoring and Evaluation of Empowerment*. Oxford: INTRAC, <http://dspace.cigilibrary.org/jspui/bitstream/123456789/21813/1/The%20Monitoring%20and%20Evaluation%20of%20Empowerment.pdf?1>, 04.02.2012.

OBERNDORFER, Lukas, 2010: *Post-neoliberale Integrationsweise der EU. Perspektivenwechsel an der Schnittstelle Politik / Ökonomie / Recht*. In: BLAHA, Barbara; WEIDENHOLZER, Josef (Hg.): *Freiheit. Beiträge für eine demokratische Gesellschaft*. Wien: Wilhelm Braumüller, 105-122.

OFFE, Claus (Hg.), 2003: *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH.

OETTLER, Anika; PEETZ, Peter, 2010: *Putsch in Honduras: Störfall in der defekten Demokratie*. In: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG), 1/2010, 82-95. http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2010-1/06_oettlerpeetz_d.pdf, 10.02.2012.

PEETZ, Peter, 2009: *Honduras: Von einem Militärputsch, der keiner sein will*. Hamburg: GIGA Focus Lateinamerika, 7/2009. http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0907.pdf, 10.02.2012.

PELINKA, Anton, 2004: *Grundzüge der Politikwissenschaft*. Wien: Böhlau Verlag.

POSAS, Mario, 2009: *Ciudadanía y desarrollo humano*. Tegucigalpa: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo en Honduras (PNUD). http://www.undp.un.hn/publicaciones_cuadernillos_upe.htm, 10.02.2012.

RAISON, Emmanuel, 2003: *La democracia desde abajo. Nuevos sujetos para la participación política en Honduras*. In: Colección Visión de País Vol. 18. Tegucigalpa: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD). http://www.undp.un.hn/publicaciones/coleccion/VP_18.pdf, 10.02.2012.

SCHMIDT, Manfred G., 2000: *Demokratietheorien*. 3. Auflage, Opladen: Leske Verlag + Budrich GmbH.

SCHNELL, Rainer; HILL, Paul; ESSER, Elke, 1992: *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 3. Auflage, München: R. Oldenbourg Verlag.

SPANGER, Hans-Joachim; WOLFF, Jonas, 2003: *Armutreduzierung durch Demokratisierung? PRSP: Chance und Widersprüche einer neuen entwicklungspolitischen Strategie*. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). <http://www.cibera.de/fulltext/5/5006/downloads/repo603.pdf>, 18.04.2010.

SPECTOR, Paul, 1992: *Summated Rating Scale Construction*. London: Sage Publications.

SPROLL, Martina, 2010: *High Tech für Niedriglohn: Neotayloristische Produktionsregimes in der IT-Industrie in Brasilien und Mexiko*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

TRINKLE, Hermann, 1997: *Veränderungen politischer Partizipation. Entwicklung eines erweiterten Analyse- und Interpretationsmodells und dessen Bedeutung für die politische Bildung*. Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH, Europäischer Verlag für Wissenschaften.

UNDP, 2009: *Human Development Report Honduras 2008/2009. From social exclusion to a youth citizenship*. United Nations Development Programme Honduras. <http://hdr.undp.org/en/reports/national/latinamericathecaribbean/honduras/name.3434.en.html>, 10.02.2012.

VAN DETH, Jan W., 2003: *Vergleichende politische Partizipationsforschung*. In: Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.), *Vergleichende Politikwissenschaft*. 4. Auflage, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 167-188.

VAN DETH, Jan W., 2001: *Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?* In: KOCH, Achim; WASMER, Martina; SCHMIDT, Peter (Hg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und Erklärungen*. Opladen: Leske + Budrich, 195-219, http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/Blickpunkt/6/vanDeth.pdf, 12.09.2011.

VERBA, Sidney; NIE, Norman H.; KIM, Jae-On, 1978: *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*. Cambridge: Cambridge University Press.

VERBA, Sidney; SCHLOZMAN, Kay Lehman; BRADY, Henry E., 1995: *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.

VOS, Rob; CABEZAS, Maritza, 2006: *Illusions and Disillusions with Pro-Poor Growth*. The Hague: Institute of Social Studies (Document prepared for SIDA, Swedish International Development Cooperation Agency).

WALLERSTEIN, Immanuel, 2006 (2004): *World Systems Analysis. An Introduction*. 4. Auflage, Durham: Duke University Press.

WIESENDAHL, Elmar, 1981: *Politik. Moderne Demokratietheorie*. Frankfurt am Main: Verlag Moritz Diesterweg GmbH.

ZINECKER, Heidrun, 2008: *Gewalt im Gleichgewichtssystem – Der Fall Honduras*. HSFK-Report 1/2008, Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <http://www.hsfk.de/downloads/report08.pdf>, 10.02.2012.

Internetressourcen auf welche im Text verwiesen wurde:

Corporación Latinobarómetro: <http://www.latinobarometro.org/latino/LATANalyze.jsp>, 03.01.2012.

FNRP - Frente Nacional de Resistencia Popular: <http://resistenciahonduras.net/>, 10.02.2012.

Tribunal Supremo Electoral: http://www.tse.hn/web/estadisticas/procesos_electorales.html, 10.02.2012.

UCD - Unión Cívica Democrática: <http://www.ucdhonduras.org/>, 10.02.2012.

UNAH - Universidad Nacional Autónoma de Honduras: <https://www.unah.edu.hn/?cat=1214>, 10.02.2012.

United Nations: <http://esa.un.org/wpp/unpp/p2kodata.asp>, 10.02.2012.

World Bank: <http://data.worldbank.org/indicator/>, 10.02.2012.

World Values Survey: <http://www.worldvaluessurvey.org/>, 18.01.2012.

12. Anhang

12.1. Fragebogen



universität
wien

Participación Política de los Estudiantes en Honduras

Encuesta para un Trabajo de Tesis

18. April 2011

Nepomuk Hurch

a0204669@unet.univie.ac.at

Estimadas/os Colegas,

Esta es una encuesta como parte de un trabajo de tesis sobre el tema "Participación política de los estudiantes" en el instituto de Sociología de la Universidad de Viena, Austria. Por favor llene esta encuesta solamente si usted es estudiante en alguna universidad de Honduras.

Responder esta encuesta durara aproximadamente 5 minutos. Se le pide que responda las preguntas de manera espontánea, no existen respuestas correctas o incorrectas. Usted puede estar completamente seguro/a que esta encuesta sólo se utilizará para la investigación científica y al responder las preguntas es usted completamente anónimo.

¡Gracias por apoyar este proyecto de investigación!

V1 1. Primero se le pide que indique algunos datos sociodemográficos:

Sexo

Masculino

Femenino

V2 2. *Edad*

Edad en años

V3 3. ¿En cuál universidad estudia?

V4 4. ¿Qué carrera estudia?

V5 5. ¿Cuántos años lleva estudiando en la universidad?

6. Las siguientes preguntas tratan sobre su evaluación personal respecto al sistema político de Honduras.

Por favor responda las preguntas basándose en la siguiente escala de 7 puntos (a partir de 1=„de ninguna manera“ hasta 7=„mucho/muy“):

		1 de ninguna manera	2	3	4	5	6	7 mucho / muy
V601	¿Piensa usted que los tribunales en Honduras garantizan juicios justos?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V602	¿Confía en el Tribunal Supremo Electoral?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V603	¿Confía en la Legislación Nacional (el Congreso)?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V604	¿Confía en los partidos políticos?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V605	¿Confía en la Corte Suprema de Justicia?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V606	¿Confía en los militares?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V607	¿Confía en la policía?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V608	¿Confía en el Gobierno de Porfirio Lobo?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V609	¿Considera bueno el trabajo realizado hasta ahora por el Gobierno de Porfirio Lobo?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V610	¿Cuán democrático cree que es Honduras?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V611	¿Cree que existe la libertad de prensa en Honduras?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V612	¿En general evaluaría la situación económica en Honduras como buena?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V613	¿Piensa que la distribución de las riquezas en Honduras es justa?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V614	¿Piensa que el sistema político en Honduras es corrupto?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V615	¿Cuándo piensa en la ciudad/pueblo donde vive, cuán seguro está usted de poder ser víctima de un asalto o robo?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

7. Las siguientes afirmaciones tratan sobre diferentes opiniones políticas.
Por favor evalúe las afirmaciones basándose en la siguiente escala de 7 puntos (a partir de 1=„muy en desacuerdo“ hasta 7=„muy de acuerdo“):

		1 muy en desacuerdo	2	3	4	5	6	7 muy de acuerdo
V701	La democracia puede tener problemas pero es el mejor sistema de gobierno.	<input type="radio"/>						
V702	Por ninguna circunstancia apoyaría un gobierno militar.	<input type="radio"/>						
V703	No me importaría que un gobierno no democrático llegue al poder si resuelve los problemas económicos.	<input type="radio"/>						
V704	El gobierno debería poder censurar un medio de comunicación cuando éste publica cosas que le molestan.	<input type="radio"/>						

8. Ahora dos afirmaciones diferentes:

		1 muy en desacuerdo	2	3	4	5	6	7 muy de acuerdo
V801	Temo que podría tener problemas al involucrarme en asuntos políticos.	<input type="radio"/>						
V802	Debido al estrés que tengo en mi vida, simplemente no tengo tiempo para comprometerme en asuntos políticos.	<input type="radio"/>						

9. En política se habla a menudo de izquierda y derecha.
 V901 *En una escala donde 1 es la izquierda y 7 la derecha. ¿Dónde se ubicaría Ud.?*

	1	2	3	4	5	6	7
	<input type="radio"/>						

10. Las siguientes preguntas se refieren a diferentes actividades políticas:

¿Votó en las últimas elecciones nacionales del 2009?

		Si voté	No voté como protesta	No tenía derecho a votar	Estaba en el extranjero	No voté por otras razones
V1001	Elecciones Municipales	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V1002	Elecciones Congreso Nacional	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
V1003	Elecciones Presidenciales	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

11. ¿Usted invirtió parte de su tiempo para apoyar activamente a algún candidato/partido en las elecciones nacionales del 2009?

V1101 *Por favor responda basándose en la siguiente escala de 5 puntos:*

	1 nunca	2 rara vez	3 algunas veces	4 a menudo	5 muy frecuente
	<input type="radio"/>				

12. Por favor indique ¿Con qué frecuencia (aprox. en los últimos dos años) ha participado usted voluntariamente en las siguientes organizaciones (políticas y sociales) o en sus actividades?

(Si no ha participado en las organizaciones siguientes indíquelo marcando el 1)

		1 nunca	2 rara vez	3 de vez en cuando	4 a menudo	5 muy frecuente
V1201	Partidos políticos grandes (PNH, PLH) (aparte de la campaña electoral)	<input type="radio"/>				
V1202	Partidos políticos pequeños (PUD, PDCH, PINU) (aparte de la campaña electoral)	<input type="radio"/>				
V1203	Otros grupos/ organizaciones/ movimientos políticos	<input type="radio"/>				
V1204	Sindicatos	<input type="radio"/>				
V1205	Asociaciones profesionales/ empresariales	<input type="radio"/>				
V1206	Organizaciones estudiantiles	<input type="radio"/>				
V1207	Org. de campesinos	<input type="radio"/>				
V1208	Org. de derechos humanos, org. por la paz	<input type="radio"/>				
V1209	Org. para la mujer	<input type="radio"/>				
V1210	Org. internacionales para el desarrollo	<input type="radio"/>				
V1211	Org. ambientalistas, org. para la protección animal	<input type="radio"/>				
V1212	Org. caritativas/ de ayuda social	<input type="radio"/>				
V1213	Junta de vecinos, org. comunales	<input type="radio"/>				

13. Por favor indique con que frecuencia (aprox. en los últimos dos años) ha participado usted en las siguientes actividades políticas?

(Si no ha participado en las siguientes actividades indíquelo marcando el 1)

		1 nunca	2 rara vez	3 de vez en cuando	4 a menudo	5 muy frecuente
V1301	Firmar una petición	<input type="radio"/>				
V1302	Participar en marchas/ protestas autorizadas	<input type="radio"/>				
V1303	Participar en una huelga	<input type="radio"/>				
V1304	Bloquear el tráfico	<input type="radio"/>				
V1305	Participar en marchas/ protestas no autorizadas	<input type="radio"/>				
V1306	Ocupar edificios/ terrenos	<input type="radio"/>				
V1307	Pintar eslóganes en muros/ paredes	<input type="radio"/>				
V1308	Participar en un boicot	<input type="radio"/>				
V1309	Participar en reuniones/ eventos de protesta	<input type="radio"/>				

14. Y por último con que frecuencia ha:

		1 nunca	2 rara vez	3 de vez en cuando	4 a menudo	5 muy frecuente
V1401	Publicado/compartido contenido político en el Internet?	<input type="radio"/>				
V1402	Contactado medios de comunicación/políticos?	<input type="radio"/>				
V1403	Discutido con otros sobre política?	<input type="radio"/>				

15. Se le agradece cualquier comentario adicional que le parezca importante sobre esta encuesta:

¡Muchas gracias por haber participado en esta encuesta!

¡Para finalizar la encuesta haga clic en "siguiente"!

¡Para cancelar sus respuestas haga clic en "cancelar"!

FB speichern

Si usted está interesado/a en los resultados de este estudio puede mandar un correo electrónico (escriba en Asunto „resultados encuesta por favor“) a la siguiente dirección electrónica:
a0204669@unet.univie.ac.at

ENDE

12.2. Kommentare der befragten Studierenden

Alle (inhaltlichen) Kommentare wurden übernommen. Sie wurden anonymisiert, ihre Reihenfolge entspricht auch nicht jener der Fälle im Datensatz. Ansatzweise kommen zuerst eher inhaltliche Kommentare zum Thema, dann Kritik am Instrument (positiv und negativ), dann Anregungen, dann sonstige Kommentare.

- en esta epoca la juventud se ha carecterizado por la apatia ante los eventos y la politica
- El movimiento estudiantil sufre constantes represiones, sin embargo las acciones se desarrollan con fuerza y conviccion
- aqui en Honduras los jovenes sentimos mucho desinteres por la politica no por no querer ayudar a nuestro pais con nuestras ideas y sueños si no porque una persona humilde honrada y preparada muchas veces prefiere no entrar en ese ambiente de corrupcion, creo que si en Honduras no existiera la peste de la corrupcion los problemas economicos, educacionales, delincuencia y muchos mas serian minimos.
- La situacion es compleja para los jovenes actualmente, porque sino estamos de acuerdo con el sistema se nos persigue y a muchos se les golpea. Durante el golpe de estado del 2009, personalmente adquiri conciencia del problema y muchos companeros nos avocamos a los movimientos estudiantiles y fui testigo de como a los miembros mas activos de los grupos se les trato muy mal, se les golpeo y algunos no los volvimos a ver....
- Existimos jóvenes en Honduras que nos educamos con estudios superiores con la esperanza de lograr un cambio en la sociedad y que algun dia podamos ser nosotros los que estemos en las siilas del gobierno dirigiendo al pais por un mejor camino. Ya estamos cansados de los mismos políticos de siempre que hacen sus campañas de fantasía y que al llegar al poder padecen de amnesias de campaña.
- PIENSO QUE ES MUY IMPORTANTE QUE SE ABRAN CANALES PARA QUE EL ESTUDIANTE SE EXPRESELIBREMENTE
- La problematica de Honduras, no radica en la pobreza, ni la inseguridad sino en la falta de honradez y decencia de las persona, la corrupcion es el peor virus que puede existir en una sociedad, y es un virus tan expansivo que abarca hasta el ultimo rincon con sus ataques. Los pueblos como el de MI pais, necesita gente de buen corazon, que no tenga preferencias, que actue con honradez y humildad, gente que como yo, queremos que miren nuestro pais por lo bueno y no lo malo, y habiendo tantas cosas extraordinarias en nuestro pais, los gobiernos que han tenido el poder no han hecho otra cosa mas que enriquecerse y maltratar al que no tiene sin importarles el daño a los mas necesitados. ASi que si alguien nos pueda ayudar, que lo haga, a todos los entes internacionales, aqui no necesitamos ni a Chavez ni a Obama, necesitamos a Dios y personas que deseen el bien comun de los pueblos, no solo de este pais, sino de todos.
- la politica en cualquier pais del mundo es buena... en Honduras los politicos son quienes hacen que esta sea muy mala.... por otra parte en este pais si ayuda de la politica muy dificilmente alguien puede sobresalir!!
- A TRAVEZ DE LOS AÑOS QUE HE VENIDO ACERCANDOME A PERSONAS ADULTAS QUE POSEEN CARGOS PUBLICOS, ME HE DADO CUENTA QUE AQUI EN HONDURAS NO EXISTE NI POLITICA NI JUSTICIA, AMBAS COSAS SON MANIPULADAS POR CIERTAS PERSONAS QUE ACOMODAN TODO A SU CONVENIENCIA. LA POLICIA SOLO ANDA EN LAS CALLES VIENDO QUIEN DE LOS CONDUCTORES ANDA MAL PARA IR A PEDIR LA MORDIDA(20 LPS). ES UN CAOS QUE TODOS LOS HONDUREÑOS NOS HEMOS ACOSTUMBRADO A ESTAR VIVIENDO Y YA ESTAMOS COMO CONCIENTIZADOS A TODO ESTO Y YA NADA EN LAS NOTICIAS NOS SORPRENDE.
- En mi opinion, la democracia esta bien, si tiene un sentido de justicia social que no existe en mi pais. La democracia (poder del pueblo) debe de ayudar a la gente, no a las cifras; y eso se logr a traves de verdaderas acciones en pro de la educacion, salud y empleo, en principio. Ademas, en todo sistema politico hay corrupcion, pero en Honduras hay demasiada y eso hace que no avancemos y que incluso retrocedamos y eso es casi imposible de desaparecerlo, porque son las mismas personas y los mismos problemas los que estan en el poder, solo que cambian de partido politico y de nombre.
- El sistema democratico, crea una situacion politica economica un poco inestable, lo mas ironico ha sido que mi familia es liberal y tuve familiares en poder politico y se tuvo muy poco apoyo economico y de trabajo para varios familiares mios, pero a raiz del golpe de estado hubo una revuelta en todos los factores laborales y en mi familia estamos pasando una de las situaciones economicas mas dificiles por las que hallamos pasado y la situacion no parece mejorar. Otra circunstancia que ha ocurrido a partir del golpe de estado ha sido que el gobierno de Lobo instauro unas leyes donde se prohíbe que durante 15 años , mas o menos hasta el 2037, es ilegal proponer un cambio a las leyes politicas del pais , o algo asi, lo que percibo es que se esta asegurando el continuismo de la misma situacion politica corrupta en el pais y por lo tanto nunca mas volvere a participar en ningun proceso politico de este pais mientras no se haga un cambio real de las oligarquias politicas de Honduras.
- Mas que un movimiento o color politico lo que Honduras necesita es un gobierno totalmente dedicado a las necesidades del pueblo. si bien es cierto que la situacion no es nada facil pero esto solamente es resultado de todos los gobiernos corruptos que han habido por años.
- la politica en mi pais esta tan deteriorada por muchos antivalores, como ser la corrupcion, la mentira, bipartidismo, y la politiqueria barata, pareciera que no hay lideres capaces en Honduras, y si son buenos luego el sistema los co-

rompe. la politica es el arte de participar de manera individual y colectiva en el bien comun de mi pueblo y no de mis entereses personales, y eso es lo que hacen nuestros politicos, una cultura de aprovechamiento y de enriquecimiento ilicito que siempre queda impune.

- Necesitamos sacar del poder a los ricos a como de lugar, solo ellos se benefician, y lo de las elecciones es solo un teatro en el q solo se pasan el poder entre ellos mismos.
- la politica en honduras es una manera de que los grupos de poder del pais sigan gobernando de manera desigual e injusta el destino de la nacion...en honduras no importa cuan capacitada este una persona academicamente ,lo que en verdad es impotrante es tener un „cuello“ politico para ocupar un puesto importante en cualquier organizmo estatal
- LA POLITICA EN NUESTRO PAIS Y LA CLASE ALTA ESTA ABSORVIENDO LA ECONOMIA Y PERJUDICANDO A LAS COMUNIDADES SOCIALES MAS BAJAS Y DE BAJOS RECURSOS.
- creo que se ha perdido el respeto por los politicos, es triste ver nuestros politicos con doble moral
- En Honduras, los medios de comunicacion son sectaristas, no existe represion a ellos, algunos estan con el gobierno otros no y todos opinan libremente sobre ello aunque digan lo contrario.
- Actualmente se vive un tipo de inconformidad e inestabilidad política social...la cual verá reflejada en las respuestas...ya que esta bien desacreditada la politica tradicional y la nuevas tendencias no se muestran nada prometedoras...
- La mayoría de los hondureños nos encontramos en una posicion neutral. Consideramos que Manuel Zelaya hizo cosas muy buenas por los pobres pero jamas aceptaríamos el continuismo...por otra parte Micheleti es un enfermo de poder, tras ser uno de los menos votados en las elecciones no le importo hacer lo que hizo con tal de ser presidente por unos dias. Es un verdadero patán. El pueblo no sabe que creer, todos son un atajo de picaros, ladrones, oportunistas. Los medios de comunicacion al igual que las iglesias se han vendido como prostitutas del lado de los que tienen el poder. El malestar va tambien en contra de los militares, seres con espiritu animal, barbarico que solo reprimen al pueblo. No hay libertad de expresión y lo que a diario leemos en los diarios es puro manipulismo político.
- Essperamos que la undiad del Partido Liberal vuelba a su cause, porque la política es bonita pero nuestros politicos la convierten en sucia y fea.....
- Considero que es importante abordar estos temas, sin embargo todavia nuestra educacion civica no es muy buena, y por eso muchos profesionales tenemos problemas en entender bien los sistemas politicos y toca aprender por propagandas baratas y falsas que se hacen durante las campañas previa a las votaciones, donde solo hay promesas pero ninguna propuesta inteligente para solventar problemas serios. Cuando uno como profesional que quiere este pais y que desea salir adelante, se encuentra con muchas limitantes y ve como muchos politicos mal preparados y sin meritos ganan cantidades exageradas de dinero, parece un insulto para muchos profesionales que laboramos dia a dia por aportar desarrollo a este pais en condiciones precarias. Y ver como los gobiernos no resuelven eficientemente los problemas sociales.Ciertamente que la Politica deberia ser algo que depurar, comenzando porque alguien les exiga el cumplimiento de metas asi como que los votantes se informen mas y voten de manera inteligente. La educaciones es la Brecha que Marcara el cambio en esta Nacion!
- Que cualquier politico (diputado, alcalde, presidente, etc) lo que busca es ayudarse ellos economicamente, simplemente no les importa los demas ciudadanos, solo ellos y sus familiares.en vez de mejorar al país lo terminan hundiendo mas. y los policias en su mayoría son unos corruptos.
- Solo me gustaria agregar, que aca la politica como en todo el resto del mundo es manejada por las familias mas fuerte de nuestras sociedades, es difícil pertenecer a un partido político ya que sin dinero no puedes entrar y si no entras a un partido politico no consigues empleo asi que estamos bien manipulados por este absurdo sistema, que el mas acaudalado es quien tiene los mayores beneficios gracias por escucharme
- Me parece que en este país estamos viviendo una guerra contra las compañías, contra el capitalismo, contra la mala dirección de los políticos, el problema es que actualmente, la gente pobre, la que más necesita al país, no recibe ayuda, solamente los grandes empresarios, ellos reciben condonación de impuestos, de deudas con servicios eléctricos, prestamos del país, ayuda, etc. Mientras que la gente trabajadora, tiene que pagar con sus impuestos por todas esas ayudas a la gente rica.Donde está la humanidad, cuando golpean y silencian a la fuerza a la gente que protesta por una vida mejor, esto no es democracia, pues los empresarios deciden todo, y cuando queremos un cambio, mejor igualdad, es cuando desaparecen personas y cometen atropellos contra la dignidad y los derechos de cada ser humano.
- en nuestro país como en todos hay cosas buenas y cosas malas y en mi opinión uno de los factores que aumenta la corrupción y la mala administración de recursos y ayudas son los partidos políticos.. uno no vota por el mejor candidato sino por cual de todos es el menos malo paragobernar. ultimas generaciones ni muestran interés por los partidos políticos porque están llenos de farsas y de interés individual.
- creo que el ser conciente de tu realidad te hace responsable y es inevitable el sumarse a la lucha justa, y necesaria. !No mas Injusticia Social, desigualdades, enriquecimiento ilicito!
- Lamentablemente mi pais sufrio una de sus peores crisis en los ultimos años y no hemos podido salir del agujero en el cual los ricos y poderosos no metieron por miedo a perder sus privilegios.
- La politica en mi país es un asco!!!, la injusticia esta a la orden del dia. El cambio solo es un SUEÑO que pocos apoyan de manera sincera.
- En este pais estamos pasando una decadencia de lideres politicos que realmente sean honrados y honestos. Los que llegan al poder solo son personas adineradas que no conocen realmente la situacion econimica de las personas mas pobres de mi pais Honduras

- La política en este país, esta conformada por personas que llegan a la política por dinero, siendo estos los mismos burgueses, típico. Pero estar personas no se preocupan de un desarrollo en el país, nuestro pueblo necesita líderes que entiendan como funciona el país, en todos los aspectos posibles para poder llevar cabo proyectos que incentiven al mismo pueblo a producir y no comprar, librándonos de la deuda para poder establecer nuestra propia independencia económica, de este gran sistema que nos esta absorbiendo poco a poco.
- Nuestro país actualmente pasa por la crisis nacional mas grande de su historia, la corrupción corroe toda instancia publica, los gobernantes descaradamente hacen de las suyas,tememos una policia y militares que en vez de darnos seguridad son los que conforman bandas de delincuentes y asesinos a sueldo. Se ha perdido el respeto hacia los demas, hacia el bien comun, ya no se tiene pudor, pena, humillación, decencia para cometer delitos de corrupción.
- „POR UNA HONDURAS MEJOR SIN CORUPCION NO ME IMPORTARIA EL COLOR QUE LO GOBIERNE“
- Desde el golpe de estado del 2009, los medios de comunicacion golpistas han aumentado su campaña contra los organismo de dercho humanos, especialmente el periodista llamado rodrigo wong arevalo, que dice el que tiene un canal educativo y solo lo utiliza para desprestigiar los sindicatos, org. campesinas, org. de derchos humanos y periodistas independientes.
- No me interesa ningun tipo de gobierno ni de izquierda ni de derecha que busque quedarse por tiempo indefinido en el poder. Son demasiado CORRUPOTOS
- En retrospectiva, diria que mi interes por la politica es casi nulo.Dada la corrupcion y el ejemplo descarriado de los que operan el sistema hondureño, concluyo que soy indiferente a la política hondureña, pero poseo una posición sobre la realidad nuestra.
- Honduras es un Estado donde no se respetan los derechos, y gracias al golpe al fin las personas se pudieron dar cuenta de eso. Toda persona que llega al poder, ya sea que ocupe cualquier puesto del estado es o se hace corrupto.
- En Honduras todo el sistema institucional es corrupto, la justicia no existe y las desigualdades sociales no le interesan resolverlas a los políticos: Es una bomba de tiempo la situación soical, económica y política de Honduras
- la politica se a convertido en un arma de doble filo en nuestro pais, por eso es que ya se esta perdiendo el poder creer en los partidos politicos debido a la corrupcion de sus miembros, hay que sanearlos y encontrar nuevos rostros honestos que ganas de hacer las cosas bien, por mi parte soy partidario de que mi pais necesita orden y disciplina por el momento, se necesita mano fuerte por eso apoyo a los militares por un tiempo determinado para que luego venga la democracia pero por los momentos lo que se ocupa es fuerza en un pais como el mio.
- En mi caso, me interesa involucrarme activamente con un partido político, no lo hago por la sectorizacion del trabajo, si no eres del partido ganador no consigues trabajo, y si existe cambio en la presidencia de un partido a otro corres el riesgo de perder tu empleo. No me parece nada justa la distribución de los bienes en este país, pero ese es solo otro problema mas.
- El proceso de eleccion presidencia fue considerado falso y alterado, Honduras esta sumido en la corrupcion de toda indole, gracias por basar su tesis en tal asunto, espero como hondureño saber de estos resultados ya que generalmente se vierten opniones sectariales o manipuladas para crear barreras mediaticas e informar a la nacion con falsedades
- De Honduras se habla si hay o no democracia y se pierde mucho tiempo en discusiones esteriles y no resuelven la crisis de la falta de empleo, la inseguridad y problemas economicos.
- Es importante participar, pero más importante hacerlo con convicción y de manera permanente, ya que necesitamos trabajar para construir una Honduras mejor.
- DEFINITIVAMENTE, el comportamiento de los políticos en Honduras es una farsa. Sabemos que el presidente no es el que elije, que no puede actuar aunque quisiera por que tiene las manos amarradas gracias a las obligaciones que tiene que cumplir con los empresarios que fueron los que costearon su candidatura.
- LA POLITICA COMO DESIA MAQUIABELO EL PODER REQUIERE PODER TODOS LOS POLITICOS EN HONDURAS SON CORRUPOTOS LA CORRUCION EL EL GOGIERNO DEL PRESIDENTE PORFIRIO LOBO SOSA ES CORRUPTO YA QUE EL CUANDO ERA PRESIDENTE DEL CONGRESO NACIONAL SE CONDENO UNA DEUDA DE 60 MILLONES POR LA TORMENTA DEL HURACAN MITH Y CON QUE ESCUSA LE VA ARECLAMAR A MEL ZELAYA DE TODO EL DINERO QUE SACO FLORES LANZA POR ORDEN DEL PRESIDENTE MEL MIENTRAS TODOS ESTOS CORRUPOTOS ESTAN LIBRES EN SU CASA COMIENDO BIEN OTROS HONDUREÑOS ESTAN PRESOS POR ROBAR ALGO QUE COMER PARA SU FAMILIA O POR ROBAR UNA GALLINA O ALGUN ROBO MINIMO ESTOS DEVERIAN DE ESTAR LIBRES O QUE LES APLIQUE LAS MISMAS MEDIDAS QUE LES APLICARON A LOS FUNSIONARIS DEL EXPRESIDENTE ZELAYA O DEL GOBIERNO DEL PRESIDENTE SOSA.
- El sistema de gobierno de Honduras es de carácter proteccionista de los grupos de poder, llamese los Callejas, Maduro, Flores Facusse, Ferrari dueño de los canales del grupo TVC. Esta gente financia ambos partidos tradicionales PNH y PLH y desde allí promueven y estimulan un gobierno que está lleno de gente corrupta hasta la médula. Desde Europa ustedes deberían hacer una intervención política para promover una sociedad más justa. Si esto sigue el camino que lleva tarminaremos en una guerra que acabará con todos nosotros.
- es importqnte tener la participacion de personas que tienen alto grado de educacion, medio y las masas populares que carecen de algn tipo de educacion para medir en que grado de aceptacion estan nuestros lideres o para medir todo tipo de situaciones que nos puedan llevar a una revolucion pacifica y sin que haya derramamiento de sangre para defender los derechos que como seres humanos nos pertenecen y han sido frecuentemente violentados y sufrimos de discriminacion por la mayoria de extranjeros se han adueado de todos nuestras riquezas tanto a nivel politico, economico, diplomatico....dia a dia vemos comonos oprimien y cda dia ellos se fortalecen en grandes

alianzas. tenemos sueños e ideales para nosotros y nuestro hijos pero aun carecemos de lideres que tengan valores morales y no se dejen comprar como hasta la fecha lo han venido haciendo en abuso de poder y autoridad con-fabulandose con los poderesos mesquinos y ambiciosos aturcos y araabes con su mentalidad avallasadora nos han despojado de nuestras tierras.

- Participar en politica en mi pais es dificil si no acepta las reglas del juego, que frecuentemente implican actos de corrupcion. La situacion actual refleja un desencanto de la poblacion con el sistema politico bipartidista que no ha resuelto sus grandes problemas, el narcotrafico domina todas las esferas de la vida social y genera un ambiente de violencia e inseguridad permanente, por este motivo nuevas iniciativas, opciones politicas como el socialismo o con la bandera de anticorrupcion atraen el interes general.
- **OJALA QUE LA POLITICA CAMBIARA, QUE NO SEAN DE SOLO DEL DIENTE AL LABIO. L O QUE SE DICE NO SE CREE HASTA QUE SE COMBIERTA EN ACCION**
- el apoyo que miramos hacia el gobierno de parte de tanto el interior como el exterior del país
- Nunca me ha interesado la politica, pero si estoy consciente de ella ya que obviamente afecta nuestra vida.
- Hay que estudiar de que manera los educadores están aportando en la definición política del joven.
- Bueno realmente no me inclino por ningun partido politico ni por un lado de la politica soy mas un ente observador de los pro y contras de la politica de mi pais y como yo hay varias personas que tambien se encuentran en esta situacion
- Honduras esta cansada de la misma clase política de siempre, y ahora por primera vez tenemos una opción, en que el pueblo puede buscar y alcanzar sus logros, y no es mas que mediante el Frente Nacional de Resistencia Popular, un frente amplio que abarcara a todas las partes de la sociedad.
- **ME GUSTA TRABAJAR, PIENSO QUE ES LA UNICA FORMA DE SALIR ADELANTE, COMO PERSONA Y COMO PUEBLO.**
- Bueno tengo (...) y estoy retomando nuevamente mis estudios en la universidad, pero puedo decir que Honduras y su población está cambiando, están tomando con mayor interés el destino de su nación, me parece que hace un tiempo eran muy indiferentes y que de alguna manera además temerosos. Los Hondureños estan tomando participación activa en el destino de su pais.
- **REFERENTE A POR QUE NO VOTE EN LAS ELECCIONES, POR PROTESTA .. SI POR QUE NO TIENE SENTIDO VOTAR SI EL PRESIDENTE SEA NACIONAL O LIVERAL DE IZQUIERDA O DERECHA.. SERA QUITADO CUANDO A LOS INTEREZADOS O GRUPOS DE PODER NO LES AGRADA SU FORMA DE GOBIERNO, DE TAL MANERA LA SITUACION EN HONDURAS ES INESTABLE POLITICAMENTE Y EN OTROS ASPECTOS DUDANDO ASI DE LA LEJISLACION NACIONAL DE ESTE PAIS, PRUEVA DE ELLO ES EL PORCENTAJE DE VOTOS JAMAS VISTO EN LA HISTORIA.. AUNQUE CIENTOS DE FAMILIAS NO VOTARON ... LOS MUERTOS SI SALIERON A LAS URNAS ESE DIA.**
- la democracia en mi pais es un oceano de incertidumbre.
- que se apoyo ala gente pobre para que pueda optar a estudios superiores por medio de becas
- La verdad en nstro pais hay uan deficiecia tremanda en todos los aspectos, la gente solo busca señalar pero no esta dispuesta a hacer nada, La juventud de Honduras necesita un ejemplo a seguir, pero un ejemplo verdadero q lo demuestre!!
- Interesante ya que hacen las preguntas de una forma directa sin darle vueltas al asunto.
- Me parece un tema interesante a encuestar, ya que debido ciertos sucesos politicos, los jovenes hondureños se han visto divididos, muchas veces influenciados por los medios de comunicacion, familiares o amigos, y considero que no se ha tratado realmente el tema de llevar a las cifras estas nuevas y diferentes tendencias. Me gustaria que tambien en Honduras levantarán este tipo de encuestas, sin que sea un tema de tabu.
- muy interesante y muy actual en nuestro pais
- interesante el trabajo, les felicito, cuando se vuelva a presentar la ocacion de participar ya sea como entrevistado o en el ambito de una investigacion le agradecere mucho, feliz día.
- gracias por preocuparse por honduras
- muy intereante su encuesta, debido a que va directamente ha estudiantes de universidades
- Me parece muy interesante su interes por realizar este tipo de encuestas en nuestro pais, y seria muy bueno conocer los resultados. Actualmente la politica en el pais se considera un problema para todos, el gobierno realmente no esta cumpliendo sus funciones como deberia. Los precios de la canasta basica y el combustible aumentan constantemente y ya la poblacion no puede hacer frente a tantos gastos.
- Me parece muy buen trabajo, ojala sirva de algo en un futuro...
- Si el objetivo es medir a la distancia, alguna cierta realidad de interes de los jovenes en politica esta bien realizada esta encuesta. La sorpresa se la llevan cuando se den cuenta q todo el mundo habla de los temas politicos, pero terminan siendo los mismo y unos pocos los que estan involucrados, y lo mas peor de todo es que con trabajo asegurado (segun quien gane) la gente ya no tiene otra opinion . Y apoyan al que le dio el trabajo. Me considero muy capaz en el conocimiento social de esta tierra . Estamos a la orden (...)
- Muy buena la encuesta!
- SIII muy buena . por que nosotros como jovenes y estudiantes tenemos derechos a ser atendidos y escuchados!!
- Es una muy buena encuesta, y gracias por interesarse en este pequeño país, que suceden muchas cosas que la gente no se da cuenta de lo que esta pasando.

- esta muy excelente y gracias por la intencion de quere saber del joven politico en desarrollo en este pais..
- Gracias Por La Oportunidad De Expresarnos, Soi u Miembro Militante Del (...)
- La verdad creo que es muy excelente esta encuesta y saber lo que la gente piensa en realidad
- Gracias
- Esta encuesta me parece de suma importancia para asi poder comprender y analizar la mentalidad del pueblo Hondureño con respecto al punto de vista que tienen hacia el gobierno y todas sus ramificaciones. En conclusion, es una encuesta interesante.
- muy interesante ya que estos estudios permite que se fortalezca la verdadera opinion publica sin intereses o compromisos
- Aprecio mucho el interés que se ha tomado, respecto a la problemática que se vive en mi país. Suscitada a raíz del Golpe de Estado que produjo el derrocamiento del Sr. Manuel Zelaya y que ha traido consigo muchas repercusiones tanto políticas como económicas que han afectado grandemente a mi país. Espero que dichos resultados sean para un excelente fin y que esto traiga consigo, soluciones o sugerencias a fin de resolver los problemas que nos han acaecido al pueblo hondureño y que ha afectado de mayor manera al 95% de la Población :D...Muchas gracias que Dios les Bendiga.
- Muy importante para tomar determinaciones firmes sobre una Democracia real en Honduras
- Es muy bueno que tomen en cuenta estos problemas ya que de alguna manera se debe de mejorar la situación política de nuestro país.
- Interesante, Exito!!!!
- Muy buen trabajo.
- Muy interesante la encuesta, feliciades.
- Muy buena y me sirve para darme cuenta que no me interesa la politica, es tema para otros y es muy importante si se sabe llevar bien, con transparencia.
- muy bien e interesante po la informacion que se aporta a toda la comunidad
- Muy interesante y me gusta la tecnica de Investigacion utilizada, ¡espero haber contribuido! Saludos cordiales
- MUY INTEREZANTE Y OBJETIVA
- Interesante!!
- Excelente iniciativa, espero mi información les sea útil.
- Me parece que es muy imporetante sus encuesta ya que en mi pais jamas nos piden la opinion de lo que sentimos, lo que creemos, lo que pensamos y sobre todo enfocarse en la juventud, me siento bien gratificado saber que existen personas en el mundo que si les inresa lo que piensa la juventud Hondureña, donde podemos opinar sin sentirse temor de perder la vida por pensar diferente a la politica tradicional. Gracias.
- LA VERDAD ME ALEGRA MUCHO QUE AGAN ESTE TIPO DE ENCUESTA LOS GELISITO... SIGAN ADELANTE DIOS ME LOS BENDIGA Y DERRAME MUCHAS BENDICIONES SOBRE USTEDES.
- muy interesante...
- Me parece muy buena encuesta debido a que es sencilla y rapida de contestar abarcando de manera concreta rapida y precisa lo que se quiere saber gracias
- Muy interesante su entrevista ojala pudiesemos ver publicado en todos los periodicos de nuestro pais sus resultados.
- Me parece muy esencial su encuesta e interesante, pero si le sugeriria que cuando haga el vaciado o presentacion de la tesis , pueda publicar los resultados y el ojeetivo de su tesis, y asi poder conocer mas tus trabajo y apoyarle en estudios o encuestas subsiguientes.
- Muy interesante esta investigación, precisamente porque se ha pasado recientemente por una crisis política de país y porque en la actualidad imperan algunos intereses políticos para cambiar el sistema de gobierno de Honduras.
- que me ha parecido una encuesta interesante ya que me hace recordad la mala politica que existe en honduras y con ello me hace pesar bien sien algun futuro metoca votar ya que jamas lo he hecho por el simple hecho que kienes nos gobiernan son pura basura!!!!!!!!!!!!!!
- digo que es muy buena deben incluir mas de estas
- MUY BUENAS PREGUNTAS
- es una encuesta muy completa!!!
- la vredada ninguno pero me parece una encusta de gran importancia.
- DE SUMA IMPORTANCIA ESTE TEMA QUE HAN ELEGIDO.
- ME PARECE UNA BUENA ENCUESTAS Y ESPERO Q LOS GOBIERNOS PROXIMOS A GONERNAR CUMPLAN CON LO QUE PROMETENEN CAMPAÑAS POLITICAS
- Me parece muy enteresante y me gustaria saber los resusltados de la misma una vez que hayan sido tabulados y analizados. Gracias
- Creo que es muy evidente que la itnencion del encuestador es averiguar sobre el grado en el que podria estar involucrado el encuestado en movimientos de resistencia popular zelayista, y descuida la existencia de otros movimientos populares que gozan de mayor cantidad de apoyo popular como lo fueron los movimientos pacifistas hondureños. yo personalmente, me involucre mucho en el movimiento de Mel Zelaya cuando aspiraba a la presidencia, e incluso

- apoye con alegría la llegada de Chavez a Honduras. sin embargo, pronto me desilusione e incluse me avergonze de haber apoyado a estos personajes, cuando comenzaron a desafiar nuestro orden constitucional. yo estudio (...), por lo que me ofendio muchisimo cuando ellos pretendieron pasar por alto la constitucion y la pretendieron derogar. ahora me opongo a cualquier movimiento interno o externo que pretenda violar nuestra soberania. somos un pueblo pobre, pero muy orgullosos de nuestra independencia... aun cuando debamos pagar "tributo" a los bancos internacionales y potencias extranjeras, todavia desafiamos al mundo si pretenden imponernos una forma de gobierno o a personas que no son de nuestro agrado. cuando derrocamos a Mel Zelaya, lo hicimos por eso mismo, pq quiso cambiar la ley para quedarse en el poder y traer a Chavez a gobernar sobre nuestra política interior. Tuvo muy
- Unas de las preguntas en la encuesta indaga en si he participado en bloqueo de calles, pintar paredes, y actividades de esa indole, y conozco gente que si lo hace , pero son muy pocos lo que utilizan o tienen acceso a internet para hacer de esa pregunta reciba la inclinacion o puntaje real.
 - ME PARECE QUE ESTA MUY ORIENTADA EN SEGRAGAR A LAS PERSONAS QUE LA CONTESTAN EN FUNCION A SU ORIENTACION POLITICA DIFERENTE A LA DE LA CULTURA DOMINANTE EN HONDURAS(ULTRA DERECHA) SIENTO QUE ESTA MUY SESGADA HACIA LA TENDENCIA CONDUCTUAL DE LAS PERSONAS QUEPENSAMOS DIFERENTE.
 - posiblemente en algunas preguntas exista algun cierto tipo de dudas sobre el de acuerdo o no de acuerdo; hay como dos preguntas que se podrían prestar a confusion
 - hay que tomar en cuenta que en Honduras la poblacion no tiene mucho acceso al internet y que la poblacion entrevistada es muy reducida con respecto al resto de la poblacion solo el 1% de los estudiantes de secundaria ingresa a la universidad y que la poblacion estudiantil es aproximadamente 160,000 estudiantes de universidades publicas y privadas en todo el país tambien es importante conocer los resultados para conocer el comportamiento de la poblacion estudiantil
 - deberian de se mas precisos en las preguntas,las primeras dan lugar a confucí'on.
 - Es una encuesta interesante, aunque es dificil encasillarse en ciertas preguntas. En caso de necesitar profundizar en esta materia pueden contactarme por medio de (...)
 - Tal y como se informa estos datos no representan mas que una serie de respuestas no politicas de mi forma de pensar sino mas basada en la intuicion inicial segun la pregunta, las preguntas denotan una inclinacion política por lo que me parece un fraude, y hare responsable a quien utilice mis datos irresponsablemente a traves del sistema de comunitario de proteccion de datos personales
 - ES MUY LARGA...:/
 - Muy interesante, pero podria preguntar mas acerca de la beligerancia de los jovenes que participan o creen en los cambios politicos, en las nuevas estructuras creadas a partir del golpe de estado.
 - Esta es mi segunda carrera en (...). Tal vez se podría determinar o identificar la izquierda como izquierda pura en vez de extrema izquierda, para evitar ambigüedad en la pregunta.
 - deberia de agregar la pregunta: si en un futuro piensa ser politico y porque?
 - Considero que debe considerar ademas indicadores relacionas con nuevas iniciativas para como avanzar hacia un nuevo modelo democrático en donde los ciudadanos gozen de mayores libertades, pues es del conocimiento de la comunidad académica nacional e intervencional, la escasa y debil „ democracia representativa“ custodiada por los que empleando la fuerza realizaron hechos intolerable como el golpe de Estado, cuya consecuencias han generado varias discusiones entre los jovenes y de hecho un despegar de una especie de nacionalismo, y postparticipacion desde perspectivas alternativa.
 - En las organizaciones les falta la Union Civica Democratica. UCD
 - Sería importante poder cerrar más las preguntas, sobre todo las primeras como la de universidad o la carrera, podría darle datos significativos
 - Es de vital importancia añadir preguntas que expresen por ejemplo: Si voto en las elecciones del 2009, ¿considera que supo elegir al candidato correcto? otra pregunta sería: ¿Considera que los jóvenes tienen una orientación adecuada para saber elegir las autoridades que gobernarán el país?
 - deberia tomarse en cuenta que tanto se nos enseña de política en nuestros centros educativos, pues en lo personal en la universidad que yo estudio es un tabú hablar de política.
 - Enfatizar sobre la democracia y protestas pacificas me parece relevante
 - considerar la variable „golpe de estado“ en el estudio
 - Seria importante incluir algunos item sobre factores determinantes del liderazgo politico transformacional con creditos a la idiosincracia.estoy muy interesado en hacer estuios conjuntos.
 - Seria bueno agregar preguntas sobre corrupcion y transparencia en las organizacones políticas y en las instituciones del Estado.
 - *conocer el grado de conocimiento(valga la redundancia)que tiene el pueblo sobre la ingerencia de paises u organismos externos sobre la politica criolla seria muy interesante.* la complicidad de organismos y paises en intevenir en asuntos de otros paises.*el grado de corrupcion que hay en organsimos que se consideran incorruptibles pero se aprovechan de nuestros politicos corruptos y ellos salen igual corrompiendose.(venta de influencia,acoso sexual,trafico de drogas, armas, evasion de impuestos etc etc)
 - SI ES PARA AQUI EN HONDURAS DERIA DE PREGUNTAR MAS PUNTUALMENTE SOBRE EL FRENTE NACIONAL DE RESISTENCIA, YA QUE ES UN ACTOR POLITICO IMPORTANTE, IGUAL SOBRE LOS LIBERALES EN RESISTENCIA YA QUE ESTO ULTIMO INCIDE SOBRE UNO DE LOS GRANDES PARTIDO EL LIBERAL, YA QUE LA BASE MILITANTE DE ESTE PARTIDO

EN SU MAYORIA SIGUIENDO SU VOCACIÓN DEMOCRATICA ESTA OPUESTO A SU DIRECCIÓN CENTRAL CLARAMENTE IDENTIFICADA CON EL GOLPE DE ESTADO DE 28 DE JUNIO DEL 2009

- deberían preguntar algunas de las razones por las que las personas no participan activamente en política y las actividades que esta conlleva
- es muy interesante pero debería enfocarse también que cuando se vive en un sistema funcione o no el error más grande es pretender que el mal sistema político de otro país se quiera probar en un país emergente como Honduras
- ASPECTOS RELACIONADOS CON LA RELIGIÓN CONSIDERO
- Falta de mención en cuanto a la política socialmente-responsable
- he contestado con la verdad, solo espero que se me respete mi opinión y que la misma no se manipule, como todo lo que se da en nuestro país, que mis respuestas no sean motivo de persecución y no dañen mi integridad física ni moral. lo he contestado porque me lo ha mandado una persona muy seria con profundo compromiso hacia nuestra Honduras. muchas gracias.
- Exitos. Me gustaría publicaran sus resultados.
- Jesucristo es el Dios que un día regresara, buscale, perdón porque mi comentario no se trata de la encuesta.
- urge Mel!
- Me gustaría saber los resultados (...)
- burn babylon
- Espero leer los resultados de la encuesta y el análisis respectivo
- ninguno pero espero ver los resultados hasta ahora, urge mel, pero sus ministros en la cárcel
- Realmente funciona este tipo de estudios??
- Que al participar en esta encuesta no sirva para tipificar al encuestado por la afinidad política o ideología pueda permanecer...
- excelente solo que no parece de una universidad tan prestigiosa sino de algún político de Honduras para saber si estamos en resistencia o apoyando al gobierno de Pepe, hondurasa nunca saldrá de pobre porque al poder solo llegan corruptos a robar y robar
- saber con que objetivo principal se llena esta encuesta??
- ME GUSTARIA SABER EL RESULTADO DE SU ENCUESTAS, HABER SI LA PUBLICA.
- Interesante sería bueno conocer los resultados cuando este lista
- Soy del tipo de personas que le gusta hablar de política basada en opiniones expertas y académicas... no en sentimentalismos.
- QUE OJALA LOS RESULTADOS DE ESTA ENCUESTA SIRVAN PARA MEDIR EL GRADO DE PARTICIPACIÓN DE LA MAYORÍA DE LOS CIUDADANOS
- Ojala no nos estén mapeando con esta encuesta, que bien podría ser de la CIA o algo parecido ya que por la dirección IP se pueden dar seguimiento
- creo que es bueno participar en este tipo de encuesta, ya que creo que es importante que nos escuchen a los jóvenes y en especial a las mujeres
- Ojala que esta información proporcionada les pueda servir para que se den cuenta de que no confiamos en las políticas del país, ya estamos cansados de lo mismo
- Quiero saber cuál fue el resultado de la encuesta (...)
- ojala se practicara e implementara la verdad

12.2. Tabellen

Abkürzung	Name	Homepage
1 UNAH	Universidad Nacional Autónoma de Honduras	https://www.unah.edu.hn/
2 UPNFM	UNIVERSIDAD PEDAGÓGICA NACIONAL FRANCISCO MORAZÁN	http://www.upnfm.edu.hn/
3 UTH	Universidad Tecnológica de Honduras	http://www.uth.hn/
4 UNICAH	UNIVERSIDAD CATÓLICA DE HONDURAS	http://www.unicah.edu/
5 UNITEC-CEUTEC	Universidad Tecnológica Centroamericana	http://www.unitec.edu
6 USPS	Universidad de San Pedro Sula	http://www.usps.edu/
7 UMH	UNIVERSIDAD METROPOLITANA DE HONDURAS	http://www.unimetro.edu.hn/
8 ZAMORANO	Escuela Agrícola Panamericana	http://www.zamorano.edu/
9 UJCV	Universidad José Cecilio del Valle	http://www.ujcv.edu.hn/

10 UNAG	UNIVERSIDAD NACIONAL DE AGRICULTURA	http://www.unag.edu.hn/
11 UPH	UNIVERSIDAD POLITECNICA DE HONDURAS	http://www.lapolitecnicahn.org/
12 ESNACIFOR	ESCUELA NACIONAL DE CIENCIAS FORESTALES	http://esnacifor.hn/

Tabelle 30: Universitäten in der Stichprobe

Tabelle 31: Kategorien der Studiengänge

Wie bereits angesprochen, bestanden die **Kategorien 1 (Architektur)**, **2 (Ingeniería Civil)** und **8 (Psychologie)** ausschließlich aus eben diesen, sehr häufig angegebenen, Studienrichtungen. Im Folgenden wird beschrieben, aus welchen Studienrichtungsangaben die anderen Kategorien gebildet wurden. Angaben im freien Textfeld der Variablen Studienrichtung werden hierher übernommen und nicht korrigiert. Allerdings werden nicht alle Angaben übernommen, nachdem viele die gleichen Angaben machten, oder Angaben den bereits Angeführten sehr ähnlich sind, oder Kombinationen von diesen sind. Die Reihenfolge der Angaben entspricht nicht der Häufigkeit derselben.

Kategorie 3 (Technische Studien und Informatik): „Ingeniería Industrial“, „Ingeniería Química Industrial“, „Ingeniería Agroindustrial“, „Ing. Agronómica“, „Ing. Forestal“, „Ingeniería Eléctrica“, „Ingeniería Mecánica“, „Ingeniería Estructural“, „Mecatrónica“, „Diseño Grafico“, „Ingeniería Informática“, „Ingeniería en Sistemas“, „Ingeniería en Telecomunicaciones“, „Sistemas computacionales“, „Ciencias de la Computación“, „Informática Educativa“, „Desarrollo de Sistemas de Información“, „Informática Administrativa“, sowie weitere Abwandlungen und Kombinationen dieser Studien.

Kategorie 4 (Betriebswirtschaftliche Studien): „Administracion“, „Administracion Industrial“, „Administracion de Empresas“, „mba“, „Doctorado en Ciencias de la Ad“, „Ingenieria Comercial“, „Mercadotecnia“, „Ingenieria de Negocios“, „Maestria de Negocios“, „agronegocios“, „Comercio Internacional“, „Relaciones Industriales“, „Gestión de Proyectos“, „Maestria de Proyectos“, „Comunicacion“, „Comunicaciones y Publicidad“, „Publicidad“, „Maestria en Formulacion y Gest“, „finanzas“, „MAESTRIA EN FINANZAS“, „CONTADURIA“, „Contaduria Publica“, „contaduria publica y finanzas“, „Turismo y Hostelería“, „Turismo“, „Ecoturismo“, sowie weitere Abwandlungen und Kombinationen dieser Studien.

Kategorie 5 (Rechtswissenschaften): „Derecho“ und „Leyes“.

Kategorie 6 (Naturwissenschaften und Mathematik): „Astronomia“, „Física“, „Matemáticas“, „Ciencias Naturales“, „RR NN y Ambiente“, „QUIMICA Y FARMACIA“, „Biologia“, „MICROBIOLOGIA“.

Kategorie 7 (Medizinische Studien): „Medicina“, „Odontologia“, „Medicina y Cirugía“.

Kategorie 9 (Sozial-, Geistes-, Kultur- und Kommunikationswissenschaften): „Sociología“, „economia“, „Investigación socio economica“, „Maestria en Demografia Social“, „Relaciones Internacionales“, „ciencias sociales“, „Doctorado en ciencias sociales“, „Trabajo Social“, „Periodismo“, „Filosofia“, „Historia“, „LETRAS“, „Literatura“, „Música“, „Lenguas Extranjeras“, „Educación Básica Bilingüe“, „diplomado en educacion superior“, „Pedagogía“, „Maestria en Conservación del P“, „GYDES“, „Gestion del Desarrollo“, sowie weitere Kombinationen dieser Studien.

	V1101	V1201	V1202	V1203	V1204	V1205	V1206	V1207	V1208	V1209	V1210	V1211	V1212	V1213
1 Nunca	243	252	311	227	284	247	140	281	231	257	239	227	140	188
2 Rara Vez	47	42	17	30	19	26	53	25	34	34	26	40	42	56
3 Algunas Veces	28	23	8	32	16	38	64	20	29	15	26	30	55	46
4 A Menudo	13	12	3	25	9	12	33	9	31	17	24	19	55	25
5 Muy Frecuente	17	16	3	28	7	16	54	3	17	17	25	22	46	25

	V1301	V1302	V1303	V1304	V1305	V1306	V1307	V1308	V1309	V1401	V1402	V1403
1 Nunca	163	159	236	269	251	292	313	312	211	137	202	30
2 Rara Vez	57	65	34	18	20	18	9	6	36	66	56	39
3 Algunas Veces	57	47	26	21	27	11	4	7	39	63	40	81
4 A Menudo	36	26	19	10	13	6	9	7	20	37	18	79
5 Muy Frecuente	28	43	27	20	28	13	6	7	37	35	21	109

Tabelle 32: Totale Häufigkeiten Partizipationsformen

Index V1101 V1201 V1202 V1203 V1204 V1205 V1206 V1207 V1208 V1209 V1210 V1211 V1212 V1213 V1301 V1302 V1303 V1304 V1305 V1306 V1307 V1308 V1309 V1401 V1402 V1403

Index Wählen	1	,206"	,112"	-,235"	-,136"	-,118"	-,247"	-,150"	-,151"		-,222"	-,330"	-,388"	-,406"	-,464"	-,336"	-,271"	-,259"	-,418"	-,152"	-,217"						
V1101	,206"	1	,647"	,132"	,240"	,160"	,274"	,159"	,149"	,183"	,138"										,170"	,187"	,205"				
V1201	,112"	,647"	1	,177"	,182"	,318"	,149"	,116"	,258"	,237"	,176"	,245"	,157"	,190"	,138"	,145"						,174"	,195"	,246"			
V1202	,316"	1	,241"	,370"	,171"	,198"	,216"	,212"	,136"	,123"	,136"			,161"	,254"	,227"	,234"	,142"	,139"	,185"	,252"	,175"	,214"	,149"			
V1203	-,235"	,132"	,177"	,241"	1	,446"	,308"	,448"	,443"	,478"	,442"	,316"	,217"	,202"	,279"	,387"	,560"	,519"	,561"	,389"	,398"	,418"	,600"	,366"	,430"	,225"	
V1204	-,136"	,182"	,370"	,446"	1	,259"	,280"	,462"	,377"	,356"	,187"	,163"		,199"	,230"	,402"	,389"	,418"	,401"	,387"	,378"	,429"	,239"	,267"	,137"		
V1205	,240"	,318"	,171"	,308"	,259"	1	,290"	,316"	,392"	,302"	,323"	,258"	,251"	,314"	,204"	,207"	,145"	,120"	,147"			,225"	,167"	,269"			
V1206	-,118"	,160"	,149"	,198"	,448"	,280"	,290"	1	,392"	,426"	,428"	,199"	,244"	,196"	,249"	,217"	,379"	,413"	,403"	,373"	,365"	,318"	,279"	,417"	,301"	,322"	,175"
V1207	-,247"	,116"	,216"	,443"	,462"	,316"	,392"	1	,607"	,607"	,396"	,303"	,201"	,353"	,355"	,355"	,415"	,482"	,456"	,413"	,524"	,484"	,457"	,354"	,454"	,187"	
V1208	-,150"	,274"	,258"	,212"	,478"	,377"	,392"	,426"	,607"	1	,704"	,502"	,400"	,343"	,350"	,268"	,363"	,348"	,348"	,231"	,360"	,290"	,401"	,290"	,412"	,174"	
V1209	-,151"	,159"	,237"	,136"	,442"	,356"	,302"	,428"	,607"	,704"	1	,490"	,428"	,320"	,348"	,267"	,310"	,330"	,360"	,319"	,245"	,378"	,280"	,359"	,275"	,346"	,170"
V1210	,149"	,176"	,123"	,316"	,187"	,323"	,199"	,396"	,502"	,490"	1	,512"	,478"	,295"	,170"	,162"	,117"	,150"	,118"			,165"	,129"	,184"	,216"	,257"	,130"
V1211	,183"	,245"	,136"	,217"	,163"	,258"	,244"	,303"	,400"	,428"	,512"	1	,372"	,289"												,166"	,169"
V1212	,138"	,157"	,202"	,251"	,196"	,201"	,343"	,320"	,478"	,372"	1	,331"															,133"
V1213	,190"	,279"	,199"	,314"	,249"	,353"	,350"	,348"	,295"	,289"	,331"	1	,236"	,241"	,206"	,181"	,184"					,169"	,126"	,205"	,148"	,216"	,227"
V1301	-,222"	,138"	,387"	,230"	,204"	,217"	,355"	,268"	,267"	,170"		,236"	1	,422"	,359"	,337"	,454"	,305"	,254"	,294"		,458"	,458"	,361"	,338"	,250"	
V1302	-,330"	,145"	,161"	,560"	,402"	,207"	,379"	,355"	,363"	,310"	,162"		,241"	,422"	1	,652"	,571"	,638"	,419"	,337"	,417"	,730"	,408"	,459"	,329"		
V1303	-,388"	,254"	,519"	,412"	,145"	,413"	,415"	,331"	,330"	,117"		,206"	,359"	,652"	1	,725"	,744"	,619"	,481"	,409"	,747"	,295"	,289"	,232"			
V1304	-,406"	,227"	,561"	,389"	,120"	,403"	,482"	,348"	,360"	,150"		,181"	,337"	,571"	,725"	1	,779"	,735"	,654"	,577"	,715"	,367"	,379"	,319"			
V1305	-,464"	,234"	,575"	,418"	,147"	,373"	,456"	,348"	,319"	,118"		,184"	,454"	,638"	,744"	,779"	1	,684"	,573"	,549"	,776"	,420"	,413"	,341"			
V1306	-,336"	,142"	,389"	,401"			,365"	,413"	,231"	,245"			,305"	,419"	,619"	,735"	,684"	1	,722"	,537"	,576"	,340"	,325"	,253"			
V1307	-,271"	,139"	,398"	,387"			,318"	,524"	,360"	,378"	,165"		,169"	,254"	,337"	,481"	,654"	,573"	,722"	1	,585"	,518"	,330"	,382"	,207"		
V1308	-,259"		,185"	,418"	,378"		,279"	,484"	,290"	,280"	,129"		,126"	,294"	,417"	,409"	,577"	,549"	,537"	,585"	1	,468"	,421"	,465"	,239"		
V1309	-,418"		,252"	,600"	,429"	,225"	,417"	,457"	,401"	,359"	,184"		,205"	,458"	,730"	,747"	,715"	,776"	,576"	,518"	,468"	1	,427"	,434"	,342"		
V1401	-,152"	,170"	,174"	,175"	,366"	,239"	,167"	,301"	,354"	,290"	,275"	,216"	,166"		,148"	,361"	,408"	,295"	,367"	,420"	,340"	,330"	,421"	,427"	1	,660"	,520"
V1402	-,217"	,187"	,195"	,214"	,430"	,267"	,269"	,322"	,454"	,412"	,346"	,257"	,169"		,216"	,338"	,459"	,289"	,379"	,413"	,325"	,382"	,465"	,434"	,660"	1	,420"
V1403		,205"	,246"	,149"	,225"								,133"	,227"	,250"	,329"	,232"	,319"	,341"	,253"	,207"	,239"	,342"	,520"	,420"	1	

** Die Korrelation ist auf einem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.

* Die Korrelation ist auf einem Niveau von 0,05 (2-seitig) signifikant.

Tabelle 33: Korrelationsmatrix alle Partizipationsformen

	Faktor					
	1	2	3	4	5	6
V1101 Wahlkampf 2009	,107	,566	,602	,216	,365	
V1201 Große Partei	,174	,541	,416	,178	,159	
V1202 Kleine Partei	,173		,191	,207		
V1203 Polit. Organisation	,719			,103	-,108	
V1204 Gewerkschaft	,478			,125		-,213
V1205 Berufs-Wirtschaftsverband	,268	,430		,127		-,174
V1206 Studierendenorg.	,537	,132		,151		
V1207 Bauernorg.	,698	,158	-,306		,129	-,252
V1208 Menschenrechts-Friedensorg.	,614	,387	-,223			-,186
V1209 Frauenorg.	,605	,391	-,288		,121	
V1210 Internat.Entwicklungsorg.	,338	,478	-,331	-,108		,181
V1211 Umwelt-Tierschutzorg.	,275	,463	-,212			,211
V1212 Karitative-Soziale Org.	,136	,486	-,237			,362
V1213 Nachbarschafts-kommunale Org.	,357	,301	-,142		-,179	
V1301 Petition	,524				-,139	
V1302 Demonstration genehmigt	,703	-,133	,132	,157	-,264	
V1303 Streik	,719	-,327		,337		,116
V1304 Verkehrsblockade	,765	-,367			,151	,131
V1305 Demonstration nicht genehmigt	,807	-,368		,102		
V1306 Besetzung	,703	-,352			,347	,202
V1307 Slogan auf Wände	,679	-,236	-,147	-,193	,353	
V1308 Boykott	,586	-,236		-,297	,141	
V1309 Protestversammlung	,813	-,213		,228	-,170	
V1401 Online Partizipation	,566	,111	,383	-,473	-,199	
V1402 Kontakt Medien/Politiker	,613	,151	,261	-,392		-,160
V1403 Politische Diskussion	,451	,117	,381	-,188	-,144	,180

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.

6 Faktoren extrahiert. Es werden 33 Iterationen benötigt.

Tabelle 34: Faktorenmatrix Modell 1_Politische Partizipation

	Faktor				
	1	2	3	4	5
V1101 Wahlkampf 2009			,756		
V1201 Große Partei			,829		
V1203 Polit. Organisation	,520	,267			
V1204 Gewerkschaft	,289	,170	,122		,246
V1205 Berufs-Wirtschaftsverband	,212	,376	,190		-,152
V1206 Studierendeng.	,290	,279			,134
V1207 Bauernorg.		,510		-,119	,361
V1208 Menschenrechts-Friedensorg.	,135	,655	,108		,155
V1209 Frauenorg.		,662			,181
V1210 Internat. Entwicklungsg.		,712			
V1211 Umwelt-Tierschutzorg.	-,120	,598			
V1212 Karitative-Soziale Org.	-,113	,596			
V1213 Nachbarschafts-kommunale Org.	,164	,447			
V1301 Petition	,379			-,209	
V1302 Demonstration genehmigt	,794			-,176	-,127
V1303 Streik	,802				,173
V1304 Verkehrsblockade	,535				,440
V1305 Demonstration nicht genehmigt	,677			-,110	,273
V1306 Besetzung	,263	-,120			,663
V1307 Slogan auf Wände					,806
V1308 Boykott				-,289	,484
V1309 Protestversammlung	,800			-,105	
V1401-Online Partizipation				-,873	
V1402-Kontakt Medien/Politiker		,119		-,695	
V1403-Politische Diskussion			,118	-,545	

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.
Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.
Die Rotation ist in 11 Iterationen konvergiert.

Tabelle 35: Mustermatrix Modell 2_Politische Partizipation

	Faktor				
	1	2	3	4	5
V1101 Wahlkampf 2009		,215	,740	-,208	
V1201 Große Partei	,111	,300	,842	-,219	
V1203 Polit. Organisation	,670	,466	,217	-,422	,395
V1204 Gewerkschaft	,465	,327	,197	-,260	,403
V1205 Berufs-Wirtschaftsverband	,267	,476	,353	-,197	
V1206 Studierendenorg.	,464	,423	,218	-,305	,331
V1207 Bauernorg.	,466	,608	,137	-,409	,528
V1208 Menschenrechts-Friedensorg.	,423	,758	,342	-,331	,325
V1209 Frauenorg.	,383	,727	,260	-,294	,332
V1210 Internat.Entwicklungsorg.	,176	,696	,209	-,225	,104
V1211 Umwelt-Tierschutzorg.		,594	,259	-,148	
V1212 Karitative-Soziale Org.		,548	,188	-,107	
V1213 Nachbarschafts-kommunale Org.	,272	,489	,176	-,219	
V1301 Petition	,486	,246	,142	-,403	,245
V1302 Demonstration genehmigt	,803	,236	,152	-,500	,331
V1303 Streik	,832	,198		-,323	,551
V1304 Verkehrsblockade	,767	,197		-,422	,728
V1305 Demonstration nicht genehmigt	,837	,180		-,480	,645
V1306 Besetzung	,594	,100		-,361	,788
V1307 Slogan auf Wände	,477	,235		-,377	,851
V1308 Boykott	,481	,205		-,482	,639
V1309 Protestversammlung	,883	,245	,117	-,499	,524
V1401 Online Partizipation	,381	,251	,198	-,859	,289
V1402 Kontakt Medien/Politiker	,410	,343	,229	-,762	,326
V1403 Politische Diskussion	,311	,149	,244	-,581	,169

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.
Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.

Tabelle 36: Strukturmatrix Modell 2_Politische Partizipation

Faktor	1	2
1	1,000	,507
2	,507	1,000

Tabelle 37: Korrelationsmatrix Faktoren (Organisationspartizipation)

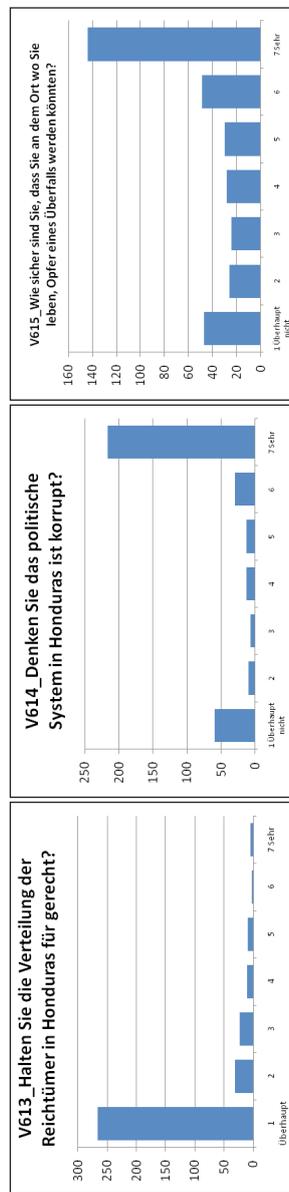
Faktor	1	2	3	4	5	6
1	1,000	,134	,118	-,391	,397	-,280
2	,134	1,000	,244	-,249	,054	-,392
3	,118	,244	1,000	-,158	-,178	-,042
4	-,391	-,249	-,158	1,000	-,386	,318
5	,397	,054	-,178	-,386	1,000	-,313
6	-,280	-,392	-,042	,318	-,313	1,000

Tabelle 38: Korrelationsmatrix Faktoren (Politische Partizipation)

	V601 Gerechtigkeit Justiz	V602 Vertrauen Oberstes Wahlgericht	V603 Vertrauen Legislative Parteien	V604 Vertrauen Parteien	V605 Vertrauen Oberster Gerichtshof	V606 Vertrauen Militär	V607 Vertrauen Polizei	V608 Vertrauen Regierung Lobo	V609 Evaluation Regierung Lobo	V612 Evaluation Ökonomie	V613 Verteilungs- gerechtigkeit	V614 Korruption- REC
Gültig N	350	350	349	350	349	350	349	349	348	348	348	349
Fehlend	7	7	8	7	8	7	8	7	8	9	9	8
Mittelwert	2,20	2,32	2,39	1,88	2,42	2,66	2,11	2,34	2,53	1,78	1,55	2,51
Median	2,00	2,00	2,00	1,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	1,00	1,00	1,00
Standard- abweichung	1,285	1,494	1,479	1,341	1,564	1,869	1,377	1,406	1,380	1,136	1,220	2,330
Schiefte	,886	,951	,917	1,573	,892	,788	1,096	,796	,748	1,723	2,613	1,181
0,25-Quantil	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
0,75-Quantil	3,00	3,00	3,00	2,00	3,00	4,00	3,00	3,00	3,00	2,00	1,00	4,00
Modus	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Tabelle 39: Deskriptive Statistiken Legitimitäts-Items

	V601 Gerechtigkeit Justiz	V602 Vertrauen Ober- tes Wahlgericht	V603 Vertrauen Legislative	V604 Vertrauen Parteien	V605 Vertrauen Ober- ter Gerichtshof	V606 Vertrauen Militär	V607 Vertrauen Polizei	V608 Vertrauen Regierung Lobo	V609 Evaluation Regierung Lobo	V612 Evaluation Ökonomie	V613 Verteilungs- gerechtigkeit
1 de ninguna manera	143	149	137	209	144	157	170	139	100	198	266
2	79	71	70	59	61	35	67	70	92	77	31
3	69	50	60	31	63	48	49	67	76	42	23
4	39	44	50	28	35	42	36	41	48	20	11
5	14	22	20	15	28	31	20	24	22	7	9
6	6	12	7	6	15	23	6	9	9	2	3
7 mucho / muy	0	2	5	2	3	14	1	0	2	2	5



	V614- Korruption_ REC
1 mucho /muy	217
2	30
3	13
4	13
5	7
6	10
7 de ninguna manera	59

Tabelle 40: Häufigkeiten (total) Legitimitäts-Items

	V601 Gerechtigkeit Justiz	V602 Vertrauen Oberstes Wahlgericht	V603 Vertrauen Legislative	V604 Vertrauen Parteien	V605 Vertrauen Oberster Gerichtshof	V606 Vertrauen Militär	V607 Vertrauen Polizei	V608 Vertrauen Regierung Lobo	V609 Evaluation Regierung Lobo	V612 Evaluation Ökonomie	V613 Verteilungs- gerechtigkeit	V614 Korruption REC
V601 Gerechtigkeit Justiz	1	,659 ^{***}	,578 ^{***}	,548 ^{**}	,729 ^{***}	,491 ^{**}	,551 ^{**}	,488 ^{**}	,435 ^{***}	,485 ^{***}		
V602 Vertrauen Oberstes Wahlgericht		1	,674 ^{***}	,539 ^{**}	,699 ^{***}	,595 ^{***}	,610 ^{**}	,506 ^{**}	,468 ^{**}	,518 ^{***}		
V603 Vertrauen Legislative			1	,576 ^{**}	,682 ^{**}	,507 ^{**}	,529 ^{**}	,555 ^{***}	,472 ^{**}	,515 ^{***}		
V604 Vertrauen Parteien				1	,610 ^{**}	,469 ^{**}	,520 ^{**}	,467 ^{**}	,399 [*]	,554 ^{**}		
V605 Vertrauen Oberster Gerichtshof					1	,633 ^{**}	,625 ^{***}	,506 ^{**}	,432 ^{**}	,530 ^{**}		
V606 Vertrauen Militär						1	,648 ^{**}	,434 ^{**}	,360 ^{**}	,395 ^{**}		
V607 Vertrauen Polizei							1	,526 ^{**}	,457 ^{**}	,500 ^{**}		
V608 Vertrauen Regierung Lobo								1	,812 ^{**}	,430 ^{**}		
V609 Evaluation Regierung Lobo									1	,387 ^{**}		
V612 Evaluation Ökonomie										1		
V613- Verteilungsgerechtigkeit											1	
V614 Korruption REC												1

** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig) signifikant

Tabelle 41: Korrelationsmatrix Politische Legitimität

	Faktor	
	1	2
V601 Gerechtigkeit Justiz	,752	,496
V602 Vertrauen Oberstes Wahlgericht	,811	,535
V603 Vertrauen Legislative	,749	,537
V604 Vertrauen Parteien	,710	,430
V605 Vertrauen Oberster Gerichtshof	,876	,509
V606 Vertrauen Militär	,701	,407
V607 Vertrauen Polizei	,745	,513
V608 Vertrauen Regierung Lobo	,614	,899
V609 Evaluation Regierung Lobo	,532	,894
V612 Evaluation Ökonomie	,672	,439
V613 Verteilungs- Gerechtigkeit	,544	,286

Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse.

Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung.

Tabelle 42: Strukturmatrix Legitimität

	V610 Honduras demokratisch?	V611 Pressefreiheit Honduras
1 Überhaupt nicht	84	106
2	89	83
3	70	39
4	50	36
5	30	33
6	15	31
7 Sehr	9	18

Tabelle 43: Totale Häufigkeiten (Demokratiewahrnehmung)

	V701 La democracia puede tener problemas pero es el mejor sistema de gobierno	V702 Por ninguna circunstancia apoyaría un gobierno militar	V703 No me importaría que un gobierno no democrático llegue al poder si resuelve los problemas económicos	V704 El gobierno debería poder censurar un medio de comunicación cuando éste publica cosas que le molestan
1 muy en desacuerdo	33	69	99	244
2	19	22	22	28
3	29	32	35	20
4	35	32	39	22
5	45	23	30	4
6	43	21	36	4
7 muy de acuerdo	138	142	79	20

Tabelle 44: Häufigkeiten Demokratische Überzeugung

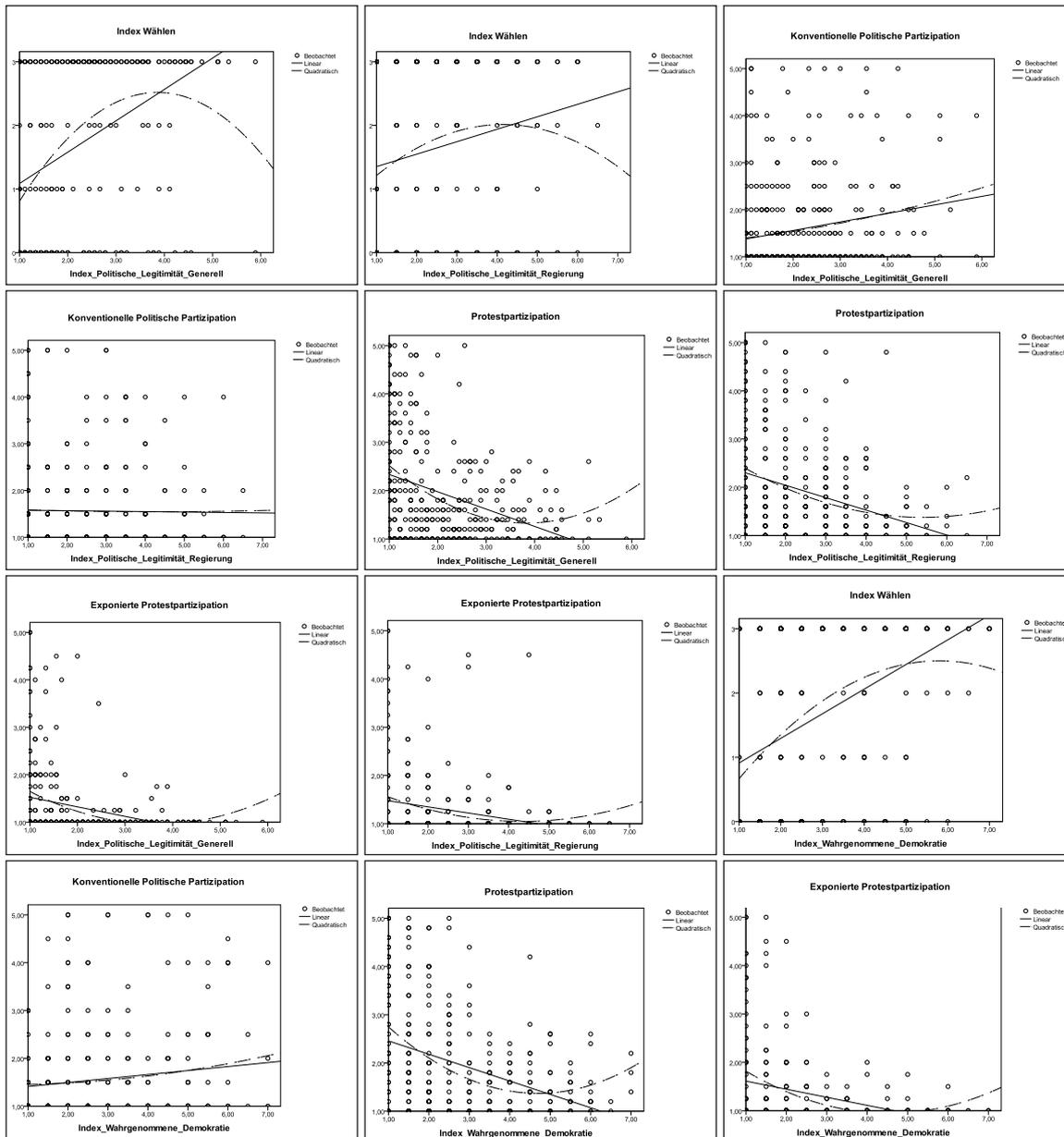


Abbildung 7: Kurvenanpassung ad Regressionsmodelle

Gleichung	Wählen vs. Legitimität Generell			Wählen vs. Legitimität Regierung			Konventionelle PP vs. Legitimität Generell		
	R-Quadrat	F	Sig.	R-Quadrat	F	Sig.	R-Quadrat	F	Sig.
Linear	,148	54,210	,000	,034	11,109	,001	,038	12,952	,000
Quadratisch	,191	36,618	,000	,046	7,538	,001	,039	6,575	,002

Gleichung	Konventionelle PP vs. Legitimität Regierung			Protest vs. Legitimität Generell			Protest vs. Legitimität Regierung		
	R-Quadrat	F	Sig.	R-Quadrat	F	Sig.	R-Quadrat	F	Sig.
Linear	,000	,055	,814	,118	43,403	,000	,094	34,021	,000
Quadratisch	,000	,037	,964	,149	28,082	,000	,102	18,662	,000

Gleichung	Exponierter Protest vs. Legitimität Generell			Exponierter Protest vs. Legitimität Regierung			Wählen vs. Wahrgenommene Demokratie		
	R-Quadrat	F	Sig.	R-Quadrat	F	Sig.	R-Quadrat	F	Sig.
Linear	,082	28,447	,000	,052	17,762	,000	,179	67,517	,000
Quadratisch	,109	19,589	,000	,066	11,496	,000	,198	38,157	,000

Gleichung	Konvent. PP vs. Wahrgenommene Demokratie			Protest vs. Wahrgenommene Demokratie			Exponierter Protest vs. Wahrgenommene Demokr.		
	R-Quadrat	F	Sig.	R-Quadrat	F	Sig.	R-Quadrat	F	Sig.
Linear	,017	5,678	,018	,144	54,459	,000	,115	41,509	,000
Quadratisch	,018	3,016	,050	,190	37,657	,000	,162	30,895	,000

Tabelle 45: Kurvenanpassung Regressionsmodelle

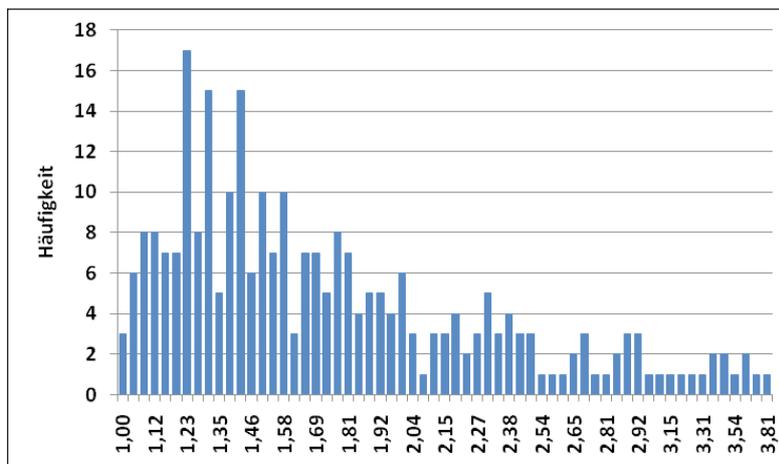


Abbildung 8: Index Alle Partizipationsformen

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Nepomuk Hurch

Geburtsdatum: 28.09.1982

Geburtsort: Wien

E-Mail: nep.hurch@gmx.at

Fremdsprachen: Englisch und Spanisch fließend



Bildungsweg und berufliche Laufbahn

- 2002 Matura an der AHS Rahlgasse
- Ab 2002 Studium der Soziologie an der Universität Wien, mit späterem Fokus auf Entwicklungssoziologie und politische Soziologie
- Produktionsmitarbeiter bei mehreren Filmprojekten (z.B. mehrere Folgen von „Tatort“ oder Kinofilme wie Revanche und Herrn Kukas Empfehlungen), z.B. für Prisma Film oder Allegro Film
- TouristInnenführer nach Prag und Budapest bei Royal Tours
- Ehrenamtlicher Mitarbeiter für den Verein Grenzenlos
- Einige Projektarbeiten (Interviews) für das IHS (Institut für Höhere Studien)
- Seit 2009 Sprechstundenhilfe (Teilzeit) bei Ordination Dr. Hurch-Rath

Interessen/Hobbies

Politisches Engagement, Musik (Gitarre), Sport (im Wasser und an Land), Sauna, Geschichte, Aufenthalte in Honduras